

# **Stadt und Kirche im demographischen Wandel**

**Herausgegeben von  
Wolfgang Puschmann und Herbert Schmalstieg**

**in Verbindung mit  
Wolfgang Reinbold und Rolf Grave**

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

© Ev.-luth. Stadtkirchenverband, Hannover 2006

Fotos:

Ulrich Ahrensmeier, Garbsen

Landeshauptstadt Hannover – Flächennutzungsplanung

Projektentwicklung und Gesamtherstellung:

Scherrer Druck-Management, Hannover

[www.scherrer.de](http://www.scherrer.de)

Gedruckt mit Unterstützung  
der Hanns-Lilje-Stiftung Hannover

ISBN 3-00-018136-9

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	
Wolfgang Reinbold / Rolf Grave . . . . .	5
Begrüßung des Stadtsuperintendenten	
Wolfgang Puschmann . . . . .	11
Begrüßung des Oberbürgermeisters	
Herbert Schmalstieg . . . . .	15
Demographischer Wandel: Polarisierung der deutschen Städte	
Albrecht Göschel . . . . .	19
Utopien und Angstbilder – Leben in Hannover 2030	
Heiko Geiling . . . . .	33
Passanten, Pendler und Flaneure: Religion in der City	
Hans-Joachim Höhn . . . . .	45
Fremde. Alte. Niedersachsen.	
Kultur als Sinnstifter in einer anderen Stadt	
Ulrich Krempel . . . . .	63
Urbanes Christentum	
Wilhelm Gräb . . . . .	71
Exkursion zu Beispielen urbanen Bauens und Lebens . . . . .	83
Stadtumbau	
Dieter Hoffmann-Axthelm . . . . .	87
Stadt und Kirche:	
Erfahrungen und Herausforderungen in Dortmund	
Barbara von Bremen . . . . .	105
Stadt und Kirche:	
Erfahrungen und Herausforderungen in Berlin	
Lothar Wittkopf . . . . .	115

„Jeder Topf findet seinen Deckel und Deutschland ist für uns  
der Deckel geworden“ – Die zweite Generation türkischer  
Migranten in Hannover  
Ayça Polat / Andrea Janßen . . . . . 123

Hannover plusZehn. Ein Stadtentwicklungsprogramm  
Michael Heesch . . . . . 143

Was die Stadt im Innersten zusammen hält –  
Die Segensmacht der Stadtkirche  
Wolfgang Grünberg . . . . . 151

Das Programm des Symposiums . . . . . 167

Verzeichnis der Autoren und Autorinnen . . . . . 171



## Wolfgang Reinbold / Rolf Grave

Vom 10. bis 12. Oktober 2005 fand in Hannover das Symposium „Stadt und Kirche im demographischen Wandel“ statt,<sup>1</sup> veranstaltet vom Evangelisch-lutherischen Stadtkirchenverband Hannover und der Landeshauptstadt Hannover.

In diesem Band dokumentieren wir die Hauptvorträge, die während des Symposiums gehalten worden sind.

Das Thema des Symposiums ist eines der großen Themen unseres Jahrzehnts und bedarf keiner Rechtfertigung. Unsere Städte und mit ihnen unsere Kirchengemeinden befinden sich in einem tiefgreifenden Wandel.

Auf die Stadt Hannover bezogen: Die Zahl der Einwohner und Einwohnerinnen wird abnehmen. Zugleich wird die Zahl derjenigen stark zunehmen, die selbst Migranten sind oder aus Migrantenfamilien stammen. Schon heute kommen etwa 40% der in Hannover geborenen Kinder aus Migrantenfamilien.

Die Konsequenz bereits dieser einen Zahl für die Zukunft der Kirchengemeinden liegt auf der Hand: Da die meisten Kinder aus Migrantenfamilien Muslime sind, werden die Kirchengemeinden in den kommenden Jahrzehnten, aufs Ganze besehen, kleiner werden. Waren das 19. und das 20. Jahrhundert Zeiten des starken Wachstums der Kirche – zwischen 1945 und 2000 hat sich die Anzahl der evangelischen Kirchen in Hannover ver-

---

1 Das Programm ist abgedruckt auf S. 167–169. Im Internet: <http://www.kirche-hannover.de/Symposium>.

doppelt –,<sup>2</sup> so wird das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert des Schrumpfens werden.

Wie stark dieses Schrumpfen ausfallen wird, lässt sich nicht auf den Prozentpunkt genau vorhersagen, dass es dazu kommen wird, ist gewiss – ganz gleich, wie Stadt und Kirche sich heute einstellen auf diesen Prozess. Demographische Prozesse lassen sich nicht kurzfristig ändern, was wir heute sehen, sind die Folgen der Entwicklung seit der Mitte der 60er Jahre, als die Zahl der Kinder in Deutschland in Folge der gesellschaftlichen Veränderungen stark zurückging.

„Kurz- bis mittelfristig muss dieser Wandel zu einer Umkehrung des Altersaufbaus, zur so genannten Überalterung, langfristig jedoch zu dem sehr viel gravierenderen Problem der ‚schrumpfenden Gesellschaft‘ führen. In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist bereits ein Drittel der nachwachsenden Bevölkerung ausgefallen, Überalterung und Schrumpfung sind also bereits im Gang. Sie sind kurzfristig nicht mehr korrigierbar und auch langfristig nur mit enormen Anstrengungen und Aufwendungen, die zur Sicherung des Humankapitals in Kinder- und Familienpolitik zu investieren wären. Die deutsche Bevölkerung befindet sich also bereits auf dem Weg in eine demographisch bedingte Krise, die auch durch massive Zuwanderung nur noch verschoben, nicht mehr grundsätzlich aufgefangen werden kann.“<sup>3</sup>

Insbesondere für die Kirchengemeinden ist dieser Schrumpfungsprozess schmerzhaft. Schon heute ist ein gut gefüllter Kindergottesdienst mancherorts nur noch eine Erinnerung an vergangene Tage, Jugendarbeit findet z. T. nicht statt, weil es kaum noch Jugendliche gibt. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass die Zahl der Gemeinden in den nächsten Jahrzehnten sinken wird, dass sich Kirchengemeinden zusammen tun müssen, dass sie Immobilien verkaufen müssen, dass sie mit sehr viel weniger hauptamtlichem Personal auskommen müssen als heute. Langfristige, die Realitäten nüchtern und unverzagt in den Blick nehmende Planung ist geboten.

„Derzeit bereiten wir im Kirchenkreis eine Zukunftskonferenz vor. Für das Jahr 2015 werden alle relevanten Daten der Kirchengemeinden in einem Fortschreibungs-Szenario hochgerechnet. Dabei werden alle prognostizierten Rückgänge bei den Finanzeinnahmen berücksichtigt, ebenso die Verlustraten beim Immobilienvermögen durch notgedrungen unterlassene Bauinvestitionen. Das Ergebnis wird uns sehr wahrscheinlich vor Augen führen, dass die bisher prak-

---

2 Vgl. W. Puschmann (Hg.), Hannovers Kirchen. 140 Kirchen in Stadt und Umland, Hannover 2005, 6–9 und passim.

3 A. Göschel, S. 19 in diesem Band.

tizierten Strukturanpassungen nicht ausreichend sind und wir bei verantwortlicher Planung eine sehr viel grundsätzlichere und weitreichendere Reform-Agenda verabreden müssen.“<sup>4</sup>

Freilich gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Stadtteilen und so auch zwischen den Kirchengemeinden. Solche Unterschiede hat es immer schon gegeben. Neu ist jedoch, dass gegenwärtig ein Prozess der Entmischung zu beobachten ist, der die Verschiedenheit zwischen den Stadtteilen z. T. rapide verstärkt. Geht in den innenstadtnahen Quartieren die Zahl der Kinder zurück, weil es viele junge Familien in die Vorstadt zieht, so steigt sie dort, wo attraktive Neubaugebiete ausgewiesen sind. Gibt es in dem einen Stadtteil Schulen mit einem Migrantenanteil von 80 Prozent, so findet sich andernorts in einem Kindergarten nicht ein einziges Kind türkischer Herkunft.

Der Segregationsprozess, der zur Bildung von „Lebensweltinseln“ in unseren Städten führt, ist von der Stadtsoziologie eingehend beschrieben worden.<sup>5</sup> Es ist vorherzusehen, dass er sich in Zukunft verstärken wird. Wird am Ende dieser Entwicklung eine Situation stehen, wie wir sie aus vielen Metropolen kennen? Wird es auch in Deutschland, wird es in Hannover Stadtteile geben, die so prekär geworden sind, dass sich „Ghettos“ gebildet haben, in die niemand mehr geht, der nicht gezwungen ist dort zu leben?

„Das Wichtigste – zugleich aber auch das Schwierigste – ist es, durch gezielte Maßnahmen der Stigmatisierung der Stadtteile entgegenzuwirken. Bauliche Maßnahmen verbessern den äußeren Charakter eines Quartiers und so vielleicht auch das Image, können aber Stigmatisierung nicht aufheben. Um das Image nachhaltig zu verbessern, müsste die stigmatisierende Wirkung jahrzehntelanger negativer Berichterstattung in den Medien, sozialer Segregation und anhaltender selektiver Wanderungen entschärft werden.“<sup>6</sup>

Am Ende stellt sich die Frage, frei nach Goethes Faust: Was hält die Stadt eigentlich im Innersten zusammen? Was kann die Stadt, was können die Kirchengemeinden tun, um diese „Lebensweltinseln“ zusammenzubinden zu *einer* Stadt? Wie ist die Rolle der City und der Citykirchen zu bestimmen in dieser Gemengelage?

4 L. Wittkopf, S. 116 in diesem Band.

5 Vgl. z. B. W. Siebel (Hg.), Die europäische Stadt, Frankfurt, M. 2004. Das Stichwort „Lebensweltinsel“ findet sich bei: H. Häußermann, Szenarien zur Zukunft des Wohnbaubestands, VHW Forum für Wohneigentum 3/2003, 126 f.

6 A. Polat/A. Janßen, S. 142 in diesem Band.

Damit sind die Leitfragen des Symposiums umrissen. Es geht zurück auf eine Anregung von Stadtsuperintendent Wolfgang Puschmann, die vom Fachbereich Citykirche im Ev.-luth. Stadtkirchenverband aufgegriffen wurde. Das Symposium wurde entwickelt von einer Projektgruppe der Koordinierungsgruppe Citykirche unter Leitung des Stadtsuperintendenten in Kooperation mit dem Fachbereich Planen und Stadtentwicklung der Landeshauptstadt Hannover. Einbezogen in die Planungen waren viele Akteure des gesellschaftlichen, politischen und kirchlichen Lebens in Hannover, insbesondere die Katholische Kirche in der Region Hannover, vertreten durch Propst Klaus Funke, die Diakonie, vertreten durch Diakoniepastor Walter Lampe, und der „Runde Tisch für ein interkulturelles Hannover gegen Rassismus, Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit“, vertreten durch Dipl.-Päd. Dirk von der Osten.

Die Hauptvorträge des Symposiums sind abgedruckt in der Reihenfolge, in der sie gehalten worden sind.

Zu Beginn informiert *Albrecht Göschel* über die Entwicklung der deutschen Städte, mit der aus demographischer Perspektive zu rechnen ist, über ihre Konsequenzen sowie geeignete und ungeeignete Maßnahmen der Gegensteuerung: *Demographischer Wandel: Polarisierung der deutschen Städte*.

Heiko Geiling fragt danach, was das für die Stadt Hannover und ihre Stadtteile im Jahr 2030 heißen könnte, mit der These: Es ist angezeigt, sich zu distanzieren von dem „Mythos von der demographischen Katastrophe“,<sup>7</sup> die politische Akteursfähigkeit und die Fähigkeit der Stadt zu sozialer Integration sind zu betonen: *Utopien und Angstbilder – Leben in Hannover 2030*.

*Hans-Joachim Höhn* sichtet, aus römisch-katholischer Perspektive, die Formen des Lebens und der Religion in der Stadt und plädiert für eine kirchliche Arbeit, die diesen Formen angemessen ist, namentlich für eine „Passantenpastoral“: *Passanten, Pendler und Flaneure: Religion in der City*.

*Wilhelm Gräb* wendet sich, aus evangelischer Perspektive, den Spezifika des städtischen Christentums zu und fragt, auf welche Weise Kirche in der modernen, säkular und plural religiösen Stadt präsent ist. Die öffentliche Präsenz der Kirchen muss, so seine These, ausgebaut werden, denn in der Stadt wird nur wahrgenommen, was öffentlich präsent ist: *Urbanes Christentum*.

*Ulrich Krempel* beschreibt die Kulturen unserer Zeit, die Leitkultur und die minoritären Kulturen neben ihr. Der exklusive Charakter unserer Kultur

---

7 S. 33 Anm. 1.



und unserer Kulturinstitutionen wird sich verändern müssen. In naher Zeit werden wir den Geschichten und der Musik der Anderen zuhören, werden ihre Filme sehen und ihre heiligen wie profanen Bücher lesen: *Fremde. Alte. Niedersachsen. Kultur als Sinnstifter in einer anderen Stadt.*

*Dieter Hoffmann-Axthelm* fragt nach der Rolle, die die Stadtplanung beim notwendigen und schon immer stattfindenden Stadtumbau spielen kann. Ein Stadtumbau aus Einsicht findet nicht statt, die Planungsvernunft scheitert an der Realität, was stattfindet, ist ein Stadtumbau aus Not. Kann die Kirche womöglich ein Subjekt des Stadtumbaus sein? Das wohl nicht, aber es tut ihr gut, wenn sie die Prozesse aufmerksam verfolgt und darauf achtet, dass sie ihren Vorteil in der Stadt wahrnimmt: *Stadtumbau.*

*Barbara von Bremen* informiert über die Arbeit an der evangelischen Kirche St. Petri in Dortmund. Wie in anderen Citykirchen auch, werden in St. Petri neue Konzepte erprobt, die die Kirche weit öffnen für die Stadt, ohne dabei das eigene, evangelische Profil aus dem Blick zu verlieren: *Stadt und Kirche: Erfahrungen und Herausforderungen in Dortmund.*

*Lothar Wittkopf* skizziert die kirchlichen Aufgaben der nächsten Jahre aus der Perspektive des evangelischen Kirchenkreises Berlin-Mitte, in dem die Entwicklung aufgrund seiner besonderen Lage und soziokulturellen Situation besonders weit vorangeschritten ist. Er plädiert für einen nüchternen Blick auf die Realität und dafür, dass Kirche sich dem Wandel nicht zögerlich und resignierend, sondern entschlossen und weitsichtig stellt: *Stadt und Kirche: Erfahrungen und Herausforderungen in Berlin.*

*Ayça Polat und Andrea Janßen* informieren über die Ergebnisse eines Forschungsprojekts zur Biographie türkischer Migranten der zweiten Generation in Hannover (in den Stadtteilen Linden-Nord und Vahrenheide) und fragen, was getan werden kann, um Ausgrenzungskarrieren zu vermeiden und Integration zu stärken: *„Jeder Topf findet seinen Deckel und Deutschland ist für uns der Deckel geworden“ – Die zweite Generation türkischer Migranten in Hannover.*

*Michael Heesch* stellt das Stadtentwicklungsprogramm „Hannover plus-Zehn – Arbeiten für eine junge und innovative Stadt 2005–2015“ vor.<sup>8</sup> Die Hannoveraner werden weniger, bunter und älter, die Schere zwischen arm und reich wird sich weiter öffnen, und die Stadtteile werden sich sehr unterschiedlich entwickeln. Was kann getan werden, um die Qualitäten der

---

8 [http://www.hannover.de/deutsch/politik/pol\\_lhh/hann2015.htm](http://www.hannover.de/deutsch/politik/pol_lhh/hann2015.htm).

Stadt unter diesen Bedingungen zu bewahren?: *Hannover plusZehn. Ein Stadtentwicklungsprogramm.*

Abschließend rückt *Wolfgang Grünberg* die Stadtkirche in den Blickpunkt, mit der These: Die Kirchen sind Abbilder des himmlischen Jerusalems, und sie sind die Kainsmale der Städte. Sie weisen hin auf die Stadt, in der die Gesetze den Menschen ins Herz geschrieben sind, und sie erinnern an die Opfer der Gewalt. In beiden Funktionen sind sie ein Segen für die Stadt: *Was die Stadt im Innersten zusammen hält – Die Segensmacht der Stadtkirche.*

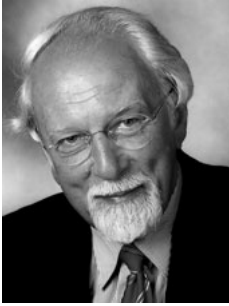
Nicht dokumentiert haben wir die Diskussionen und Podiumsdiskussionen im Anschluss an die Vorträge – so sehr einige von ihnen es verdient hätten, abgedruckt zu werden. Wir bitten um Verständnis.

Ebenfalls nicht dokumentiert haben wir die einführenden Referate während der Exkursion zu einigen Beispielen urbanen Bauens und Lebens am 11. Oktober 2005. Fotos der besuchten Orte finden Sie auf den Seiten 83–86 (Jugendkirche; Gilde-Carré; ehemalige Continental-Limmer, geplante Wasserstadt Limmer; Vahrenheide).

Es braucht viele Köpfe und Hände, um ein Symposium dieser Größenordnung und thematischen Vielfalt zu planen und durchzuführen. Ein herzlicher Dank daher an alle, ohne deren Mitwirkung es nicht möglich gewesen wäre:

Dietmar Althof, Dr. Arno Brandt, Barbara von Bremen, Hans Werner Dannowski, Klaus Funke, Dr. Heiko Geiling, Dr. Albrecht Göschel, Dr. Wilhelm Gräb, Dr. Wolfgang Grünberg, Dr. Peter Hansen, Michael Heesch, Ingrid Heineking, Dr. Dieter Hoffmann-Axthelm, Dr. Hans-Joachim Höhn, Uta Junginger, Bodo Kahle, Roland Kastner, Margret Klingenberg-Aoues, Dr. Dominik von König, Hanna Kreisel-Liebermann, Dr. Ulrich Krempel, Walter Lampe, Dr. Sabine Meschkat-Peters, Dirk von der Osten, Torsten Pappert, Dr. Ayça Polat, Wolfgang Puschmann, Bertram Sauppe, Dr. h. c. Herbert Schmalstieg, Karl Schuchert, Michael Stier, Waltraud Stühmer, Bernd Voorhamme, Lothar Wittkopf, Dr. Barbara Zibell und, für die gute Zusammenarbeit bei der Herstellung des vorliegenden Buches, Frank Scherrer und Marcus Kramer.

Sehr zu danken haben wir zuletzt den Geldgebern: der Hanns-Lilje-Stiftung für die Förderung des Symposiums und dieser Publikation sowie dem Evangelisch-lutherischen Stadtkirchenverband und der Landeshauptstadt Hannover, die sich die übrigen Kosten geteilt haben und deren, wie wir finden, vorzügliche Kooperation das Projekt erst möglich gemacht hat.



## **Wolfgang Puschmann**

### **Begrüßung zum Symposium „Stadt und Kirche im demographischen Wandel“**

Verehrter Herr Oberbürgermeister,  
lieber Herr Dr. Schmalstieg,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Es ist mir eine große Freude, Sie hier heute Morgen in der Marktkirche St. Georgii et Jacobi, der zentralen Kirche der Landeshauptstadt Hannover, begrüßen zu können, in einem Wahrzeichen unserer Stadt, die als Vicus erstmals um 1100 erwähnt wird.

Fast ebenso alt ist die erste, dem Drachentöter St. Georg geweihte, romanische Kirche an dieser Stelle. Später – nach 1360 – wurde die inzwischen fertig gestellte gotische Hallenkirche auch nach Jakobus, dem Schutzpatron der Pilger, benannt. Mag der eine für das kämpferische Wesen des christlichen Glaubens stehen, das sich gegen falsche Götzen ebenso wehrt wie gegen die Entzauberung der Welt, so mag der andere daran erinnern, dass es auch eine *vita* und *via contemplativa* gibt, einen Weg lebendigen Glaubens, der sich weder erkaufen noch sofort erzwingen lässt.

Ein Jahrhunderte hindurch durchbeteter Raum im Herzen der Stadt: Das ist die Marktkirche für viele! Öffentlich und offen, interessiert an vielfältigen Sinndeutungsversuchen: So ist sie Kirche für die Stadt. Ein Raum für die Sehnsucht aller, die mehr suchen, als Zeitgeister versprechen. Ein Ort der Vergewisserung und des Dialogs in Wort und Musik, in der bildenden Kunst, in Literatur, Theater und Philosophie, in denen sich die geistige

und soziale Signatur der Zeit spiegelt – und darüber hinausweist. Das macht Lust auf Leben und Zukunft!

Mit den Mitgliedern der Amtsbereichskonferenzen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Stadt Hannover begrüße ich alle Interessierten aus Hannover und zudem viele Gäste, die zu diesem Symposium „Stadt und Kirche im demographischen Wandel“ in diesen Tagen hier zusammen kommen.

„Prognosen sind immer schwierig – besonders, wenn sie die Zukunft betreffen“ – sagte Karl Valentin. Und die Rede vom demographischen Wandel ist zur Zeit in aller Munde. Wir möchten aber gern wissen, was damit gemeint ist, was es bedeutet und was daraus folgt. Und wir möchten eine möglichst konkrete Vorstellung davon gewinnen, wie wir uns in dieser Stadt Hannover darauf einstellen können.

Demographischer Wandel und schrumpfende finanzielle Handlungsspielräume sind nicht nur Herausforderungen an die Stadtplanung. Bevölkerungsrückgang, Alterung der Gesellschaft, ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt und die Ausdifferenzierung der Lebensstile betreffen viele – auch die Kirchen in dieser Stadt.

Darum bin ich dankbar, dass Stadt und Kirche dieses Symposium gemeinsam veranstalten können. Darum bedarf es eines interdisziplinären Diskurses unter denen, die diese Prozesse mit ihrer Sach- und Fachkompetenz in den Bereichen Planen und Stadtentwicklung, Urbanistik, Soziologie, Kultur und Theologie – einschließlich Diakonie – begleiten. Darum bin ich der Hanns-Lilje-Stiftung dankbar für die freundliche Förderung dieses Vorhabens. Darum gibt es einen Aktionskreis der Religionen und Kulturen in Hannover, der bewusst auch die Chancen einer multireligiösen und multikulturellen Gesellschaft nutzen will in der Absicht, in gegenseitigem Respekt für die Werte und die Freiheit religiösen und kulturellen Wirkens gemeinsam einzutreten. Darum gibt es einen Runden Tisch für ein interkulturelles Hannover. Darum bedarf es des Gesprächs mit denen, die in dieser Stadt stellvertretend für viele andere konkret daran arbeiten. Und natürlich wird es auch Gelegenheit geben, dass auch Sie zu Wort kommen.

Darum haben wir versucht, entsprechende Tagungsorte zu finden: Neben den zentralen Kirchen das Sprengel-Museum, das neue und das Stadtbild im Zentrum mitprägende Gebäude der NORD-LB und das Stadtteilzentrum KroKuS<sup>1</sup> im jüngsten Stadtteil Hannovers auf dem Kronsberg. Darum wollen wir uns Beispiele urbanen Bauens und Lebens mit ihren

---

1 Das Stadtteilzentrum KroKuS wurde am 3. Mai 2000 eingeweiht, im Rahmen des EXPO-Projektes „Stadt als sozialer Lebensraum“. Der Name KroKuS wurde in einem Bürgerwettbewerb ermittelt und steht für „Kronsberger Kultur- und Soziales Stadtteilzentrum“.

sozialen Herausforderungen in einigen Stadtteilen exemplarisch vor Augen führen.

Henri de Mondeville, ein Arzt, der im Paris des 14. Jahrhunderts arbeitete, glaubte an eine direkte Entsprechung zwischen der Struktur des Körpers und der Struktur der Stadt. Er stellte fest, dass vor und nach einer Operation ein Körperorgan dazu neigte, die Schwäche des anderen auszugleichen. Bei einer Operation, schrieb er, „bemitleiden die anderen Glieder die Leiden [des verwundeten Glieds], und sie senden all ihre Geister und Wärme zur Hilfe“.<sup>2</sup> In einer sozialen Krise wurden die Mauern zwischen Menschen niedergerissen, und sie waren zu ungewöhnlichen Akten der Großmut fähig. Aus dieser Sicht hatten gesellschaftliche Krisen ihre positive Seite; gerade in solchen Zeiten wandten die Menschen sich einander zu.

Nun wird niemand ernsthaft behaupten können, dass in ökonomisierten Konkurrenzsystemen Geist und Wärme, Solidarität und Nähe bereits zu den allgemein anerkannten Leitbildern eines neuen engagierten Bürgerbewusstseins gehören. Aber es spricht sich bereits herum: Wenn Verdrängung und Ausgrenzung von Menschen zum System misrät, droht der Demokratie insgesamt Gefahr. Umgekehrt gilt: „Wer das Gemeinwesen beschädigt, ruiniert am Ende sich selbst.“<sup>3</sup>

Das gilt auch für die Stadt, eine der höchsten kulturellen Leistungen der Menschheit. „Über weite Strecken der Geschichte unserer Zivilisation war die Stadt Brennpunkt eines aktiven gesellschaftlichen Lebens, Austragungsort von Interessenkonflikt und -ausgleich und Schauplatz der Entfaltung menschlicher Fähigkeiten und Möglichkeiten. Doch gerade diese ihre zivilisatorische Kraft ruht heute noch vielfach ungenutzt.“<sup>4</sup>

Vermutlich beginnt der Weg von der Institution zur Inspiration mit einer Vision. Wer ein Puzzle-Spiel beginnt, wird sich ein Bild vor Augen führen, das zeigt, wie es werden soll, wenn es fertig ist. Wer nach der Zukunft der Stadt fragt und die zukünftige Stadt<sup>5</sup> will, der braucht Leitbilder!

Auf den letzten Seiten der Bibel<sup>6</sup> wird die Stadt als große Vision vor Augen geführt: Eine Vision, ein Traum von der Stadt am Ende der Tage. Die Stadt Gottes bei den Menschen, deren Tore nicht mehr geschlossen

2 Zitiert in: R. Sennett, *Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation*, Berlin 1995, 208.

3 O. Negt, *Individualismus und Solidarität*, in: W. Lampe u. a. (Hg.), *Diakonie in der veränderten Gesellschaft. Einmischen, helfen, gestalten*, Hemmingen 1997, 27.

4 R. Sennett, *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*, Frankfurt/M. 14 2004, 428.

5 Vgl. Hebräer 13,14: „Denn wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir.“

6 Offenbarung 21.

werden müssen, weil es keine Feinde mehr gibt. Die Stadt, in der niemand mehr ausgeschlossen wird, weil alle dazugehören. Die Stadt, in der alle ein- und ausgehen können, wo der eine soviel gilt wie die andere. Die Stadt, in der alle Völker dieser Welt und ihre Herrschenden miteinander leben und einbringen können, was sie mitbringen an Reichtum, Erfahrung, Kunst und Kultur. Die Stadt, in der es keine Trennung mehr gibt zwischen den verschiedenen und verworrenen Wegen, Gott zu begreifen, weil alle das Geheimnis und den Sinn ihres Lebens von Angesicht zu Angesicht schauen.

Ist sie darum Utopie? Selbst dann macht es Sinn, ihr Raum zu geben in der Stadt. Weil es um Gerechtigkeit geht – und gegen den gesellschaftlichen Tod z. B. der Armen, der Alten, der Behinderten.

Weil die zukünftige Stadt keine Grenzen kennt, macht es Sinn, schon heute die Grenzen zu überschreiten oder sie aufzuheben: Grenzen, die wir aus Angst errichten – zwischen Einheimischen und Fremden, Glaubenden und Nichtglaubenden, Alten und Jungen, Männern und Frauen, Gesunden und Behinderten.

Weil es in der von Gott erleuchteten Stadt nur noch gesundes Leben gibt und Wasser und Bäume und Früchte, die heilen, macht es Sinn, in der Stadt von heute ökologisch bewusst im Einklang mit der Schöpfung zu leben, zu denken, zu planen, zu wirtschaften.

Bis heute sind Städte bedeutsame Orte religiöser Sozialisation, des Lernens und der Bildung. Nirgends lässt sich Religion in Zeichen und Symbolen, in ihren sozialen Ambitionen, aber auch in ihrem Versagen, in Sinngebung und Sinnverlust an einem Ort so anschaulich wahrnehmen, erleben und reflektieren wie in Städten.

Bei der Suche nach der zukünftigen Stadt ist das ebenso von Bedeutung wie die den Religionen innewohnenden Tendenzen, Sinn und Gemeinschaft über den Alltag hinaus zu formulieren, die Bedürfnisse nach Lebensintensität und Lebensfülle nicht auf Konsum zu beschränken und Erinnerungen lebendig zu erhalten als Versuche, sich der eigenen Herkunft und Identität zu vergewissern.



## **Herbert Schmalstieg**

### **Begrüßung des Oberbürgermeisters**

Im Jahre 2005 ist Hannover wie alle anderen Großstädte Deutschlands zweifelsfrei eine Stadt im demografischen Wandel. Wir spüren die vielfältigen Auswirkungen durch niedrige Geburtenraten, steigende Lebenserwartung und einen wachsenden Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund.

Diese Veränderungen können aus den unterschiedlichsten Gesichtspunkten betrachtet werden. Von den Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme, über das Verhältnis der Generationen, bis zu den Perspektiven für den Wirtschaftsstandort. In diesem Symposium soll der demografische Wandel im Bezug auf die Folgen des Lebens in den Städten Deutschlands und anhand der Arbeit der Kirche analysiert werden.

Ich freue mich, Sie heute, vor dem Hintergrund des 50. Jahrestages des Loccumer Vertrages im Jahre 2005, zu diesem Symposium begrüßen zu können. Der Loccumer Vertrag von 1955, der Modellcharakter für alle weiteren Verträge von deutschen Landeskirchen mit dem Staat hat, regelt in Niedersachsen das Miteinander des Staates den lutherischen und den evangelisch-reformierten Kirchen. Der Loccumer Vertrag baut auf Vertrauen und Verständigung zwischen Staat, Kirche und Kommunen. Auf dieser stabilen Grundlage soll und kann erfolgreich gemeinsam gearbeitet werden.

Bei wichtigen gesellschaftlichen Fragen stehen Stadtpolitik und Kirche sicher unter einem ähnlichen Erwartungsdruck. Die Einwohnerinnen und Einwohner wollen nicht, dass ihnen die Probleme nur beschrieben wer-

den. Die Menschen erwarten konkrete Schritte zur Lösung ihrer Probleme; auch bei denen, die mit dem demografischen Wandel in Verbindung stehen.

Zum Thema demografischer Wandel hat die Stadt Hannover im Sommer 2005 ein umfangreiches Arbeitsprogramm für die Stadtpolitik der nächsten zehn Jahre unter dem Namen „Hannover plusZehn“ erarbeitet.<sup>1</sup> Bei der Programmentwicklung wurden die Bevölkerungsentwicklung und die sozialen Veränderungen in Hannover eingehend analysiert und berücksichtigt.

Um das Phänomen „demografischer Wandel“ anschaulicher zu machen, möchte ich einige Fakten nennen.

- Wenn kein gegenläufiger Trend eingeleitet werden kann, wird in Hannover in den nächsten Jahren die Einwohnerzahl von 506.000 auf 487.000 sinken.
- Bis zum Jahr 2010 werden voraussichtlich 10% weniger Kinder in der Stadt geboren.
- Zu Jahresbeginn lebten in Hannover mehr als 117.000 Einwohner, die keine deutsche Staatsbürgerschaft oder neben der deutschen noch eine zweite Staatsbürgerschaft besitzen. Das sind 23% der Bevölkerung.
- Etwa 40% der Neugeborenen in Hannover wachsen in Familien mit Migrationshintergrund auf.
- Jeder fünfte ausländische Schüler verlässt die Schule ohne Abschluss.
- Mehr als die Hälfte der Haushalte in unserer Stadt sind inzwischen Singlehaushalte.
- Rund 20% der Kinder unter 5 Jahren bezogen im Jahr 2004 in Hannover Sozialhilfe.

Viele weitere Zahlen könnten genannt werden. Die bereits aufgeführten verdeutlichen jedoch anschaulich, welchen Herausforderungen die Stadt Hannover sich in den folgenden Jahren stellen muss. Es soll hier keineswegs ein pessimistisches Szenario gemalt werden. Lediglich die Rahmenbedingungen, unter denen die Stadt das nächste Jahrzehnt anzugehen hat, sollen hier realistisch eingeschätzt werden.

Allein die Bewältigung der hohen Arbeitslosigkeit stellt den sozialen Zusammenhalt in der Stadt vor eine immense soziale Belastungsprobe. Die wirkliche Brisanz für die Stadtpolitik entsteht jedoch erst durch die knappen finanziellen Ressourcen, die uns für staatliches und kommunales Handeln zur Verfügung stehen.

Umso wichtiger wird es werden, die Stadtpolitik auf die richtigen Ziele auszurichten und geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um diese Ziele

---

<sup>1</sup> Vgl. u. S. 143 ff.



auch zu erreichen. Die Studie Deutschland 2020 des Berlin Instituts für Bevölkerung und Entwicklung bringt die Herausforderungen des demografischen Wandels für die Städte auf einen einfachen Nenner. Dort wird gefordert: Macht die Städte attraktiver!<sup>2</sup>

So einfach die Forderung auch klingt. Die Erfüllung ist schon etwas anspruchsvoller, da wir in komplexen Strukturen leben: Vermutlich werden in den nächsten 10 Jahren deutlich weniger Kindern in Hannover ihr zu Hause haben. Dieser Trend soll natürlich nicht einfach beobachtet werden, sondern wir müssen versuchen, mit geeigneten Maßnahmen gegenzusteuern und so das städtische Leben in Hannover mit kinder- und familienfreundlicher Politik attraktiver zu gestalten.

Bei der Entwicklung solcher Maßnahmen stellt sich aber immer wieder dar, wie viele verschiedene Aspekte der Stadtpolitik hier zu berücksichtigen sind: Das reicht vom Wohnungsangebot über Zahl und Qualität der Betreuungsplätze bis hin zur Schulsituation. Wir müssen aber auch an schönere Spielplätze, ein familienfreundlicheres Wohnumfeld in den Stadtteilen und an die Imageverbesserung der Stadt an sich denken. Was nützen diese Anstrengungen aber, wenn Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze fehlen?

Standortentscheidungen von Unternehmen wiederum hängen von unterschiedlichsten Faktoren ab. Etwa von der Nähe zu wissenschaftlichen Einrichtungen oder von der Qualität des Freizeitangebotes oder den verkehrlichen Anbindungen.

Wir wollen möglichst viele Menschen in unserer Stadt für das bürgerschaftliche Engagement gewinnen. Die besten Anknüpfungspunkte für die Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen in Vereinen, Kirchengemeinden und Initiativen sehen wir in den Stadtteilen. In den Stadtteilen setzen deshalb auch wichtige stadtplanerische Programme an, die derzeit bearbeitet werden: Integrative Stadtteilarbeit für Teilräume und Stadtteilentwicklungskonzepte für alle Stadtteile.

Wir müssen aber auch feststellen, dass stadträumliche Entmischungsprozesse ablesbar werden, die wir in deutschen Großstädten bisher nicht kannten. So ist hinsichtlich der Bevölkerungszusammensetzung in Zukunft mit sehr viel homogeneren Stadtteilen zu rechnen. Stadtsoziologen sprechen hier von sog. „Lebensweltinseln“, wie sie z.B. in gegensätzlichen Stadtteilen, wie Kirchrode oder Linden-Süd, vorstellbar wären.

Wenn dem so ist, müssen alle Akteure in der Stadt darüber nachdenken, die sozialen Infrastruktureinrichtungen entsprechend anzupassen. Eine an die Bedürfnisse einer Nachbarschaft oder eines Stadtteils orientierte soziale Infrastruktur ist sehr viel wirkungsvoller als eine Standard-Infrastruktur,

---

2 S. Kröhnert/N. van Olst/R. Klingholz, Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation, Berlin 2004 (<http://www.berlin-institut.org/kompl.pdf>).

die keine Rücksicht auf besondere Bedürfnislagen der jeweiligen Stadtteile nimmt. Wichtig erscheint mir an dieser Stelle noch einmal zu betonen, dass wir es außerordentlich wertschätzen, dass es bisher in nahezu allen Stadtteilen eine volksskirchliche Einrichtung gibt mit mehr oder weniger breiten Angeboten für Alte, Kinder, Jugendliche und Familien.

Die Einrichtung der Citykirchen ist im Sinne von Begegnung über Stadtteile hinweg ein vielversprechender Ansatz, weil z.B. in der Jugendkirche die Begegnung von Jugendlichen aus allen Stadtteilen möglich ist und zugleich gefördert wird. Die Stadt versucht ihrerseits mit ausgewählten Wohnungsbauprojekten den Ansprüchen gerecht zu werden.

Dies alles zeigt die Komplexität der Herausforderungen des demografischen Wandels für die Städte und natürlich auch für die Kirche.

Es gibt aber auch viele Hinweise darauf, dass urbanes Leben in Deutschland wieder mehr Zuspruch findet. Das liegt nach meiner Auffassung nicht nur an veränderten Lebensgewohnheiten. Die Städte sind einfach schöner geworden.

In Hannover wollen wir uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen. Wir setzen, auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, auf Innovation und vor allem auf bürgerschaftliches Engagement. Wir wollen, dass möglichst viele Menschen Verantwortung für die Gemeinschaft und Kommune übernehmen.

In diesem Ziel sind Stadt und Kirche sicher einig. Es ist lohnend darüber zu diskutieren, wie wir dieses Ziel erreichen. Ich wünsche dem Symposium einen guten Verlauf und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



## **Albrecht Göschel**

### **Demographischer Wandel: Polarisierung der deutschen Städte**

Zu Beginn einige begriffliche Klärungen: Unter dem demographischen Wandel verstehen wir den Rückgang der Geburtenraten seit Mitte der 1960er Jahre auf ein Niveau, das zur quantitativen Reproduktion der Bevölkerung nicht mehr ausreicht. Zwar sind alle so genannten westlichen Industrieländer von diesem Wandel erfasst, in Deutschland ist er aber mit einer Geburtenrate von konstant 1,4 Kindern pro Frau oder sogar leicht darunter besonders ausgeprägt. Kurz- bis mittelfristig muss dieser Wandel zu einer Umkehrung des Altersaufbaus, zur so genannten Überalterung, langfristig jedoch zu dem sehr viel gravierenderen Problem der „schrumpfenden Gesellschaft“ führen. In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist bereits ein Drittel der nachwachsenden Bevölkerung ausgefallen, Überalterung und Schrumpfung sind also bereits im Gang. Sie sind kurzfristig nicht mehr korrigierbar und auch langfristig nur mit enormen Anstrengungen und Aufwendungen, die zur Sicherung des Humankapitals in Kinder- und Familienpolitik zu investieren wären. Die deutsche Bevölkerung befindet sich also bereits auf dem Weg in eine demographisch bedingte Krise, die auch durch massive Zuwanderung nur noch verschoben, nicht mehr grundsätzlich aufgefangen werden kann.

Unter dem zweiten Begriff, dem der Polarisierung verstehen wir alle Vorgänge, durch die Extrempositionen bei Schwächung von mittleren Positionen betont oder quantitativ erweitert werden. Die letzten Bundestagswahlen haben eine solche Polarisierung angedeutet. Außenpositionen

wurden verstärkt, während mittlere, wie sie in der Regel von den beiden großen Volksparteien vertreten und gebildet werden, geschwächt und reduziert wurden. Streng genommen verstehen wir unter Polarisierung also nicht einfach nur eine Spreizung denkbarer Gegensätze, sondern einen Vorgang, in dem diese mit einer Reduzierung oder gar Auflösung einer verbindenden Mitte einhergeht. Gegenwärtig vermutet man, dass sich die deutsche Gesellschaft auf dem Weg in eine derartige Polarisierung befindet, in dem nicht nur der Gegensatz z. B. von arm und reich immer klarer hervortritt – die Reichen werden reicher, die Armen ärmer – sondern auf dem mittlere Schichten reduziert werden. Das bedeutet z. B. dass die Vorstellung, die deutsche Gesellschaft sei oder befände sich auf dem Weg zu einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, an Überzeugungskraft verliert. Polarisierung kann aber auch die Stadt- oder Regionalentwicklung erfassen, wenn sich gegensätzliche Entwicklungstrends ganzer Städte oder Regionen durchsetzen, wie es gegenwärtig für eine Polarisierung zwischen wachsenden und schrumpfenden Städten erwartet wird und sich bereits sehr deutlich abzeichnet. Es ist die Rede davon, dass sich zwei Typen von Stadtentwicklung herausgebildet hätten, einer des Wachstums und einer der Schrumpfung.

Und zu einem dritten Begriff muss etwas vorausgeschickt werden, zu dem der Zukunft oder der Prognostik. Auch wenn „Zukunft“ im Titel nicht als Formulierung erscheint, wird doch nahe gelegt, dass prognostische Zukunftsaussagen vorgenommen werden sollten. Damit wird ein sehr diffiziles Problem angeschnitten. Jede Planungsaussage, jede Planungsmaßnahme stellt einen nach Möglichkeit vernünftigen und angemessenen, Probleme lösenden Griff in die Zukunft dar. Jede Planung muss versuchen, sich ein Bild von Zukunft, von ihrer Beeinflussbarkeit, aber auch von den Grenzen solche Zukunftsvorstellungen zu machen. Der Philosoph Hermann Lübbe hat diese Zukunftsproblematik von Planung wie kaum ein anderer auf den Punkt gebracht: Einerseits bewirken alle unsere aktuellen Handlungen und Entscheidungen Folgen und Nebenfolgen, die sehr weit, unter den Bedingungen technischer Zivilisation sogar immer weiter in die Zukunft reichen. Man denke an Verkehrsbauten, die aufgrund technischer und Sicherheitsanforderungen extrem hohe Haltbarkeiten aufweisen. Andererseits ändern sich die Bedingungen unseres alltäglichen Lebens mit wachsender Beschleunigung in einem Tempo und in einer alle Lebensbereiche erfassenden Weise, dass es schier unmöglich zu sein scheint, einigermaßen verlässliche Aussagen über Zukunft zu treffen, wenn damit ein relativ weit entfernter Zeitpunkt gemeint sein soll.<sup>1</sup> Wissensgesellschaften, wie die, in der wir leben, produzieren beschleunigt neues Wissen, das „heute“ noch nicht gewusst werden kann, von dem aber Lebensbedingun-

---

1 H. Lübbe, Im Zug der Zeit. Verkürzter Aufenthalt in der Gegenwart, Berlin 1992.

gen und Lebensformen abhängen werden, die damit auch noch nicht bekannt sein können. Gegenwärtige Planung fixiert also Rahmenbedingungen „für morgen“, ohne doch zu wissen, in welches Wissen diese Bedingungen eingebettet sein und wie sie damit wirken werden. Zum einen sind wir also zu Prognostik über die Folgen unseres Handelns gezwungen, zum anderen müssen wir die Aussagenschärfe von Prognosen relativieren. Für demographische Entwicklungen gelten diese ambivalenten Bedingungen von Prognosen in geradezu exemplarischer Weise. Bevölkerungsentwicklung ist eine Folge gegenwärtigen Handelns, nämlich der Bereitschaft der Bevölkerung, Nachwuchs zu haben und großzuziehen oder dieses eben auch nicht zu tun. Und diese Entwicklungen sind „träge“, wie man sagt, d.h. sie kommen langsam in Gang, wirken dann aber über Jahrzehnte, ohne nennenswert oder kurzfristig beeinflusst werden zu können. In welchen Rahmenbedingungen z. B. von wirtschaftlicher Produktivität, internationaler Wanderung aber sich diese Bevölkerungsentwicklungen entfalten, dass können wir kaum vorhersagen. Wir wissen nur eins: Dass wir in den letzten drei Jahrzehnten einen – demographischen – Wandel angestoßen haben, der sich über Jahrzehnte auswirkt und der keinen Bereich der Politik, des öffentlichen und privaten Lebens unbeeinflusst lassen wird. Dazu kommt, dass moderne Bevölkerungswissenschaft über Daten verfügt, die relativ präzise Prognosen auch über längere Zeiträume möglich machen, ganz im Gegensatz zu populärer Meinung, langfristige Prognosen seien in jedem Bereich des Lebens ausgeschlossen. Trotz dieser Möglichkeit, relativ sichere, „fehlerresistente“ Bevölkerungsprognosen zu erstellen, möchte ich im Folgenden aber eher auf die gegenwärtig bereits gut erkennbaren politischen Reaktionen auf das drohende Schrumpfungproblem eingehen, Bevölkerungsprognosen dagegen nicht übermäßig ausbreiten, da diese Daten weitgehend veröffentlicht und allgemein verfügbar sind, von jedem Interessierten also jederzeit abgerufen werden können.

Um dennoch einige Zahlen voranzustellen, die die Dimension des demographischen Wandels verdeutlichen können: Bei einem jährlichen Wanderungsüberschuss von 250.000 Zuwanderern und ungefähr gleich bleibender Geburtenrate erwarten wir zwar bis ungefähr zum Jahr 2020 noch keinen gravierenden Bevölkerungsrückgang, dann aber setzt bis zur Mitte des Jahrhunderts eine Bevölkerungsschrumpfung von gegenwärtig ca. 82 Mill. Einwohnern auf 60 bis 70 Mill. ein, je nach Entwicklung der Geburtenrate. Bleibt diese auf dem gegenwärtig niedrigen Niveau, würde sich der Minimalwert von ca. 67 Mill. Einwohnern realisieren, stiege sie leicht an, könnte die Einwohnerzahl bei knapp über 70 Mill. liegen. Als Rechenmodell, allein um den Umfang des Bevölkerungsrückgangs zu demonstrieren, würde die Einwohnerzahl in Deutschland ohne Zuwanderung bereits um die Mitte des 21. Jahrhunderts nur noch um 50 Mill. liegen. Gleichfalls als Modellrechnung, nicht als exakte Prognose würde man

davon auszugehen haben, dass bei der genannten Zuwanderung von 250.000 Migranten pro Jahr und nur leicht ansteigender Geburtenrate die Einwohnerzahl bis zum Ende des 21. Jahrhunderts in Deutschland zwischen 50 und 60 Mill. läge; und ohne jede Zuwanderung zwischen 25 und 32 Mill. Besonders dramatisch stellen sich diese Zahlen für die neuen Bundesländer dar, für die gegenüber gegenwärtig ca. 14 Mill. Einwohnern um die Mitte des Jahrhunderts nur noch mit 9 und gegen Ende mit 2,5 Mill. Einwohner gerechnet werden könnte, wenn man den hypothetischen Fall unterstellt, dass keine Einwanderung in diese Großregion erfolgt. Allerdings ist dieser Fall gar nicht so hypothetisch. Auf Grund der anhaltenden ökonomischen Schwäche der neuen Bundesländer kommt Einwanderung bisher nicht in Gang und ist auch auf absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Im Gegenteil ist eher noch mit Abwanderung zu rechnen, die die demographisch bedingten Bevölkerungsrückgänge beschleunigt. Wir hätten demnach in absehbarer Zeit in den neuen Bundesländern mit bevölkerungslosen Regionen zu rechnen, also nicht nur mit schrumpfenden sondern sogar mit „sterbenden“ Städten, nicht nur mit Stadtschrumpfung sondern mit Stadtauflösung.<sup>2</sup>

Diese Zahlen machen Vieles deutlich. Zum einen ist sicher, dass der Rückgang der in Deutschland lebenden Bevölkerung ziemlich unabweisbar einsetzen wird. Unklar sind dem gegenüber die Wanderungen, sowohl die Zuwanderungen aus dem Ausland als auch die Wanderungen innerhalb Deutschlands, also zwischen Städten und Regionen. Und erkennbar wird auch, dass bereits zur Mitte des 21. Jahrhunderts jeder dritte Einwohner Deutschlands ein Mensch mit nur kurz zurückliegendem Migrationshintergrund sein könnte und wahrscheinlich sein wird. Und gegen Ende des Jahrhunderts könnte nur noch ein Drittel oder gar ein Viertel der dann in Deutschland lebenden Menschen zu einer Minderheit gehören, die keinen derartigen Migrationshintergrund aufweist, gesetzt den Fall, es kommt zu einer Zuwanderung, die den demographisch bedingten Bevölkerungsrückgang ansatzweise kompensiert.

Für einzelne Städte und Regionen werden sich also verschiedenen Auslöser des Bevölkerungsrückgangs – niedrige Geburtenzahlen und Abwanderung – addieren, während sie sich für andere zumindest ansatzweise und vorübergehend ausgleichen können. Diese Polarisierung ist bereits eingetreten. Auf der einen Seite, vor allem in den neuen Bundesländern, schrumpfen Städte, wie z. B. Hoyerswerda, Eisenhüttenstadt, Guben, Schwedt oder auch größere wie Leipzig, die in den letzten 15 Jahren 15% bis 30% ihrer Einwohner verloren haben, und die – mit Ausnahme von Leipzig mit einer zumindest vorübergehenden Stabilisierung – ohne ab-

---

2 Alle Zahlen nach: H. Birg, Die demographische Wende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München 2001.

sehbares Ende auch jetzt noch weiter Einwohner verlieren. Dem stehen die westlichen Metropolen und Ballungsgebiete wie Hamburg, der Frankfurter Raum, Stuttgart, und München oder sehr beliebter Mittelstädte wie Freiburg oder Heidelberg gegenüber, die bisher noch eine Zunahme der Einwohnerzahlen verzeichnen können. Auch im Westen aber ist Stadtschrumpfung angekommen, z.B. in Gelsenkirchen, Bremen, Braunschweig, Dortmund oder Essen und vielen anderen. Angesichts der genannten Bevölkerungsentwicklung wird, das lässt sich mit Sicherheit sagen, Stadtschrumpfung von der exotischen Ausnahme zum Normalfall werden, und sogar in einer Stadt wie Stuttgart wird als Szenario damit gerechnet.

Bereits auf dieser Ebene sind einige Konsequenzen des Einwohnerrückgangs für die Stadtentwicklung klar erkennbar. Es wird eine wachsende Konkurrenz um Wirtschaftswachstum und um – junge, gut ausgebildete, deutsche – Einwohner zwischen Städten geben. Es wird zu Polarisierungen in dieser Konkurrenz kommen; und Städte, die sich nicht behaupten können, werden sich mittel- bis langfristig auflösen, sich zumindest vollkommen transformieren, also zu etwas ganz anderem werden, als sie es vor Einsetzen der Schrumpfung waren. In den schrumpfenden Städten wird es zu einer „negativen“ Bevölkerungsselektion kommen. Da nur die Mobilen, Jüngeren und Qualifizierten mit Chancen auf einen Arbeitsplatz weg ziehen werden, deren Zahl demographisch bedingt schon erheblich reduziert ist, muss damit gerechnet werden, dass sich die so genannte Überalterung in den schrumpfenden Städten noch potenziert, dass insgesamt eher die „Schwächeren“ bleiben, so dass sich Abwärtsentwicklungen in diesen Städten und vor allem auch deren innere Spaltungen verstärken können. Demographischer Bevölkerungsrückgang und Abwanderung werden sich für eine wachsende Zahl von Städten zu einem komplexen, sich selbst verstärkenden Schrumpfungssyndrom überlagern und addieren.

Daneben hat der demographische Wandel aber auch Folgen, die die stabilen oder wachsenden Städte nicht weniger treffen werden, als die schrumpfenden. So ist mit einer Auflösung von Familienzusammenhängen und einer daraus resultierenden Vereinzelung der Menschen zu rechnen, eine Vereinzelung weniger im psychologischen als im sozialpolitischen Sinn. Hilfs- und Unterstützungsleistungen, wie sie von Familien in großem Umfang immer noch erbracht werden, könnten wegfallen und wären durch öffentliche, sozialstaatliche Leistungen zu ersetzen, dies aber in einem Moment, wo eben dieser Sozialstaat durch Verschiebung der Alterspyramide bereits in extremer Weise gefordert ist. Migration von Ausländern wird – und muss – zunehmen mit allen Folgen der Integrationsprobleme, die damit verbunden sind. Und die Alterung der Gesellschaft wird einen weitgehenden Umbau der sozialen Sicherungssysteme und der sozialen Infrastruktur zur Folge haben müssen.

Nun könnte man sich natürlich vorstellen, dass von staatlicher Seite massiv gegensteuernd eingegriffen wird, z. B. durch nachdrückliche Familienförderung, durch Förderung der familiengerechten Stadt oder durch ausgleichende Regionalpolitik z. B. durch Allokation öffentlicher Einrichtungen. Der demographische Wandel steht aber in einem Kontext und produziert auch selbst Bedingungen, die derartige Ausgleichspolitik eher unwahrscheinlich werden lassen. Als ein solcher Kontext von weiteren Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung gelten z. B. der ökonomische Wandel zu Dienstleistungsgesellschaft, die Globalisierung, die ökologische Krise oder auch der Wertewandel, alles Bedingungen, die die Handlungsfähigkeit des Sozialstaates, des Staates überhaupt eher einschränken als in größerem Umfang möglich zu machen. Und der Wertewandel mit seinen Aspekten von Selbstverwirklichung wird möglicher Weise massive Eingriffe des Sozialstaates in private Lebensbedingungen in zunehmender Weise als nicht wünschenswert erscheinen lassen, so dass Ungleichheiten wieder eher den Einzelnen als Folgen ihres Handelns zugerechnet werden, und weniger als Gegenstand öffentlicher Ausgleichspolitik gewertet werden könnten. Gerade bei den erkennbaren Polarisierungstendenzen könnte private Verantwortlichkeit auch normativ wieder Priorität gewinnen an Stelle kollektiver Ausgleichssysteme, wie sie im Rahmen des Sozialstaates hoch bewertet worden sind.

Dieses Bündel von Bedingungen, das einerseits die Realisierbarkeit sozialstaatlicher Prinzipien erschwert, sie andererseits aber auch normativ abwertet, könnte also mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer latenten Auflösung des so genannten „sozialstaatlichen“ oder „sozialdemokratischen“ Konsenses, vielleicht sogar zu seinem Bruch führen, wie dies Ralf Dahrendorf bereits Ende der 1980er Jahre vermutet hat.<sup>3</sup>

Drei Elemente kennzeichnen diesen „sozialdemokratischen“ oder „sozialstaatlichen Konsens“: Gleichheit oder soziale Gerechtigkeiten als oberstes – innenpolitisches – Ziel; Handlungsfähigkeit und Autonomie der politischen Institutionen; und eine korporatistische, durch eine Vielzahl von Verbänden und Interessengruppen geregelte Integration der Ökonomie in das sozialstaatliche Modell. Und alle drei Normen des Sozialstaates scheinen als Folgen von demographischem, ökonomischem und Wertewandel zurzeit ihre Verbindlichkeit, ihre Orientierungsfunktion, ihre normative Kraft einzubüßen. Zumindest wird sie relativiert und reduziert. An die Stelle von sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit tritt eine wachsende, hohe Bewertung von Privatinitiative und Eigenverantwortung. Handlungsfähigkeit der staatlichen Institutionen als Norm trifft auf eine Staatskritik, die die Schwerfälligkeit, Bürokratisierungstendenz und Machtausü-

---

3 R. Dahrendorf, Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit, Stuttgart 1992.



bung des Staates kritisiert und statt des starken den „schlanken“ Staat vorzieht. Und an die Stelle einer Integration der Ökonomie in die Gleichheitsprinzipien der Politik tritt eher die Dominanz der Ökonomie, die staatliche Politik eher für die Durchsetzung von ökonomischen Wachstumsbedingungen einzusetzen bemüht ist, als dass umgekehrt die Ökonomie auf das Gleichheitsziel der Politik verpflichtet werden könnte.

Unter diesen Bedingungen wird bereits seit den 1980er Jahren damit gerechnet, dass sich auf politischer Ebene drei Reaktionsmuster herausbilden, die sich sowohl für den Staat als auch für die Kommunen nachweisen lassen und die jeweiligen Handlungsformen oder Handlungsprinzipien der politischen Institutionen prägen: Industriegesellschaftlich sozialstaatlicher Legitimus, Neo-Konservatismus oder wachstumskritische Dissidenz, wie es Jürgen Habermas formuliert hat.<sup>4</sup> Diese drei hier sehr allgemein formulierten Reaktionen lassen sich nun exakt auch auf kommunaler Ebene finden und beschreiben die Strategien und Perspektiven, die die Städte angesichts des demographischen – und ökonomischen – Wandels verfolgen.

Mit dem Begriff des industriegesellschaftlich sozialstaatlichen Legitimus soll eine Reformpolitik charakterisiert werden, die an den sozialstaatlichen Normen und arbeitgesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Sozialstaates festzuhalten sucht und dies durch Anpassung der Leistungsstandards zu erreichen trachtet. Fraglich bleibt in diesem Modell immer die Grenze zu neuen Ungleichheiten, mit deren Überschreitung eine Verletzung eben dieser Normen doch eintritt und die Reformierbarkeit der Industrie- oder Arbeitsgesellschaft, der unter gegenwärtigen Bedingungen möglicherweise enge, zu enge Grenzen gesetzt sind. Auf kommunaler Ebene erscheint dies Handlungsmodell unter dem Stichwort der „europäischen Stadt“, von deren Rekonstruktion man sich die Reformpotentiale verspricht, die eine Sicherung des sozialstaatlichen Prinzipien auf kommunaler, auf städtischer Ebene garantieren. Vor allem durch Rücknahme oder Rückbau der Suburbanisierung soll eine schrumpfende Bevölkerung so in den alten Kernstädten konzentriert werden, dass eine ökologisch und sozialpolitisch vertretbare Versorgung gewährleistet werden kann: Die kompakte, verdichtete, konzentrierte, eventuell multizentrale Stadt der kurzen Wege mit geringem Energieverbrauch und nähräumlicher Infrastrukturversorgung, die durch nachbarschaftliche Hilffssysteme ergänzt werden kann.

---

4 J. Habermas, Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: ders., Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V, Frankfurt/M. 1985, 141–163.

So plausibel und überzeugend dies Modell auf den ersten Blick wirkt, so „scheinrational“ könnte es aber auch sein. Seit mindestens 150 Jahren findet das statt, was wir „Suburbanisierung“ nennen, also die Auflösung der Städte in ihr Umland, selbstverständlich unter Bedingungen wachsender Bevölkerung, aber auch eines wachsenden Wohlstandes, der es den Stadtbewohnern ermöglichte, aus der Enge der Stadt, aus der ständigen und nahen Konfrontation mit Fremden ins Grün der Vorstadt und ins Einfamilienhaus mit Garten zu entfliehen. Wie die Entwicklung der Villenkolonien gezeigt hat, waren es die Wohlhabenden, die als erste der Stadt den Rücken kehrten und die Annehmlichkeiten einer städtischen Lebensweise – Wahlfreiheit, städtische Dienstleistungsberufe – mit denen des Landes – Wohnen in guter Luft und Ruhe auf großzügigem eigenen Grundstück – zu verbinden suchten. Zwar mag es in modernen Berufen neue Argumente für das Wohnen und Leben in der Stadt geben, dass diese aber immer auch ein Zwangszusammenhang war und ist, dem man sich nur aus Notwendigkeit unterwirft, wird durch eine mehr erhoffte als wirklich nachgewiesene Rückkehrtendenz in die Städte nicht außer Kraft gesetzt. Zwar sind die Städte heute sauberer als sie es zur Zeit der Früh- und Hochindustrialisierung waren. Die zu erwartende Migration macht sie aber fremder und kulturell bedrohlicher, so dass sie an sozialer Attraktivität das verlieren, was sie an ökologischer eventuell gewinnen. Darüber hinaus aber ist eine derartige Re-Urbanisierung als Reformmodell, wenn wirklich die Auflösung der Vorstädte erreicht werden soll, so langfristig und würde die Revision so gigantischer Investitionen bedeuten, die in die Suburbanisierung geflossen sind, dass eine wirkliche Umkehr der Suburbanisierung als Planungsziel jeden „vernünftigen“ Zeithorizont übersteigt. Eher wahrscheinlich ist, dass diese Strategie so genannte Stadtperforationen auf Dauer in der Kernstadt wie in der Vorstadt zur Folge haben würde, die die Lebensbedingungen in beiden beeinträchtigt. Anders formuliert, die demographisch bedingten Ausdünnungen der Besiedlung können vermutlich mit diesem Konzept weder für die Vorstadt noch für die Kernstadt aufgefangen werden, so dass sich die negativen Folgeerscheinungen des Bevölkerungsrückganges gegen das Modell dennoch durchsetzen werden.

In jedem Fall aber wird es auch in dieser Strategie der „europäischen Stadt“ zu Segregation kommen, also zur räumlichen Trennung von Bevölkerungsgruppen in unterschiedliche Teilräume der Stadt oder Region. Je stärker soziale Unterschiede ausgeprägt sind, womit wir unabdingbar zu rechnen haben, umso stärker ist auch diese räumliche Segregation, und sie wird besonders ausgeprägt, wenn sich Statusdifferenzen mit ethnischen verbinden. Angesichts wachsender Einwanderung scheint eine solche Separierung unausweichlich. Es sind aber auch Details, die diese Entwicklung forcieren. Bei rückläufiger Bevölkerung setzt eine Entspannung der Wohnungsmärkte ein. Miet- und Kaufpreise gehen zurück, so dass der Einzelne

oder ein Hauhalt schon mit geringen Mehraufwendungen eine Verbesserung seiner Wohnsituation erreichen kann. Bestimmte Wohnpräferenzen, also z. B. die, mit „Seinesgleichen“ im Stadtteil zusammen zu leben, lassen sich in der schrumpfenden Stadt leichter realisieren als in der wachsenden Stadt mit angespanntem, von Knappheit diktierten Wohnungsmarkt, in dem empfundene Nachteile hingenommen werden müssen, einfach weil eine „bessere“ Wohnung oder Wohnlage nicht verfügbar ist oder nicht bezahlt werden kann. Die geringen Vorteile, die Stadtschrumpfung zeitweilig bietet, könnten also durchaus problematische Auswirkungen haben, wobei allerdings auf die durchaus ambivalente Bewertung besonders ethnischer Segregation – als Schutzraum zur Integration in eine Gastgesellschaft bei Wahrung eigener kultureller Identität oder als materielle und kulturelle Ausgrenzung – hier nicht weiter eingegangen werden soll.

Das zweite Konzept, das des Neo-Konservativismus, setzt nicht auf den Erhalt der sozialstaatlichen Normen durch mehr oder weniger moderate Reformen, sondern auf Strategien, in denen die unvermeidlich auftretenden neuen Ungleichheiten durchgesetzt und normativ gerechtfertigt werden. Dies geschieht durch eine bedingungslose Wachstumsstrategie, der alle anderen Politikfelder untergeordnet werden. Daher ist dieses Modell auch häufig als „Wachstumsregime“ bezeichnet worden, im Unterschied zum vorhergehenden, das als „Integrationsregime“ charakterisiert wurde.

Die Problematik des neo-konservativen Wachstumsmodells scheint hauptsächlich in einer kulturellen Begründung von Wachstumspolitik zu liegen. Auch und vor allem die Kultur einer Region oder einer Stadt wird als Standortfaktor des Wirtschaftswachstums und der Konkurrenz um Einwohner eingesetzt und entwickelt, da sie die entscheidenden Qualitäten einer Stadt ausmachen soll und da diese „Stadtkultur“, landläufig unter dem Begriff ihrer „Identität“ gefasst, als Alleinstellungsmerkmal gilt. Sie ist nicht kopierbar, sie gibt die Unterscheidungen zu anderen Städten und Regionen als Vorteile einer bestimmten Stadt, die deren Wachstum begründen. Die aus den Kulturwissenschaften bekannte „Distinktionswirkung“ von Kultur wird also in diesem Modell eingesetzt und gezielt entwickelt. Das ist kein unproblematischer Vorgang, da er auf „Patriotismus“, in diesem Fall auf Lokalpatriotismus in der Stadt zielt und als solcher entweder blind macht für Benachteiligung an anderer Stelle oder diese sogar gezielt zu rechtfertigen geeignet ist. So wie – patriotisch geprägte – Nationalstaaten nach innen gerecht, nach außen aber ungerecht sind, könnten unter diesem Konzept Städte und Regionen ausschließlich ihre eigenen Belange in egoistischer Weise verfolgen, die negativen Folgen von Einwohnerrückgang aber an andere Städte und Regionen „externalisieren“. Wenn einige Städte sich in der kommunalen Konkurrenz behaupten, wenn sie also keine Einwohnerverluste hinnehmen müssen, können sie das nur er-

reichen, wenn sie aus anderen Städten und Regionen Einwohner abziehen, die Schrumpfungprobleme dort also verstärken, wie es bereits jetzt in hohem Maße der Fall ist.

Aber auch nach innen kann dieses Modell zu verstärkten Ungleichheiten führen und diese rechtfertigen. Wenn eine Stadt versucht, ihr Wachstum auf ein bestimmtes „Kulturmodell“ zu gründen, ein Modell, dass in der Regel nicht etwa nur Ausstattungsmerkmale erfasst, wie in der klassischen Standorttheorie, sondern kulturelle Verhaltensmomente, muss eine lokale Politik dafür sorgen, dass die Einwohner einer Stadt oder Region sich auch diesem Modell entsprechend verhalten, es mittragen, in seinem Sinne fühlen, denken und handeln. Alle diejenigen, die das nicht können oder wollen, gelten dann als Außenseiter, als Menschen, die ein Selbstverständnis schädigen. Da die zentrale Botschaft einer jeden derartigen „lokalen Identität“ die des Wohlstandes, des Erfolges sein wird, liegt es nahe, dass diejenigen, die in dieses Bild nicht passen, die also nicht erfolgreich und wohlhabend sind, aus dem Bild, aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt werden. Wenn wir heute von „Exklusion“ als neuer Erscheinungsform von Benachteiligung reden, so meint dies genau diese Verdrängung der Benachteiligten aus dem Bild einer Stadt oder Gesellschaft in die Unsichtbarkeit, ihren Ausschluss nicht nur aus materiellem Wohlstand, sondern aus der „Kultur“ einer Stadt oder Region. In seiner ausschließlichen Wachstumsorientierung wird die neo-konservative Reaktion auf die latente Auflösung des Sozialstaates also Ungleichheiten nach innen und außen vergrößern und gleichzeitig mit kulturellen Argumenten rechtfertigen, dies vor allem der Grund für ihre Charakterisierung als „neo-konservativ“. Alle universalistischen Normen, wie sie für moderne Staaten spätestens seit der französischen Revolution verbindlich waren, werden mit diesem Modell außer Kraft gesetzt.

Es mag sein, dass die internationale Städtekonkurrenz, wie sie mit der Globalisierung eingesetzt hat, den Kommunen und Regionen keine Alternative lässt. Dennoch muss man sich darüber im Klaren sein, was man tut, wenn man dieses Handlungsmodell verfolgt. Die politische Institution der Stadt, die Kommune wird in diesem Wachstumsmodell zum Unternehmen, die Bürger zu „Angestellten“ dieses Unternehmens, die durch Wohlverhalten, durch Mitarbeit und Solidarität den wirtschaftlichen Erfolg „ihres“ Unternehmens sicherstellen müssen. Nicht der politische, von Widersprüchen und Gegensätzen geprägte Diskurs des Bürgers, des „Sozialvertrags“ bestimmt die Politik, sondern Imagekonstruktionen, die pädagogisch und im Zweifelsfall mit Sanktionen durchgesetzt werden müssen. Ideengeschichtlich ist das das Gegenteil der „europäischen Stadt“, wenn auch in der Realgeschichte der europäischen Städte, zum Beispiel in den Hansestädten, nicht ohne Vorbild, so dass auch von einer „Hanseatisierung“ der Städte bzw. der Stadtpolitik gesprochen worden ist.

Das dritte Reaktionsmuster auf die latente Auflösung des sozialstaatlichen oder „sozialdemokratischen“ Konsenses kann in einer „wachstumskritischen Dissidenz“ gesehen werden, die eben die fragwürdigen Seiten der beiden ersten Reaktionen betont, die auch hier hervorgehoben wurden. Es entsteht die Suche nach Lebensformen, die sich durch informelle Ökonomie und informelle Hilffsysteme von den Zwangsmechanismen sowohl des Staates, auch des Sozialstaates, als auch der industriegesellschaftlichen Arbeitswelt zu emanzipieren suchen, um in kommunikativer Selbstbestimmung eine neue Utopie der Emanzipation zu finden. Für die Ende der 1980er Jahre erschienene „Neue Urbanität“ von Hartmut Häußermann und Walter Siebel<sup>5</sup> bildete diese „wachstumskritische Dissidenz“ die normative Grundlage des Modells eines neuen Zusammenlebens in den Städten, jenseits der Zwänge von industriellem Arbeitsalltag und sozialstaatlicher Machtausübung als Bedingung sozialstaatlicher Leistungen, also vor allem jenseits einer lebenslangen Verpflichtung zur Lohnarbeit als Bedingung für Sozialversicherungsansprüche, die angesichts konstant hoher Arbeitslosigkeit und der Unmöglichkeit, Vollbeschäftigung zu sichern, von sich aus zur Illusion werden mussten.

In der gegenwärtigen Stadtdiskussion und Kommunalpolitik hat diese Reaktion viel von ihrer „utopischen Energie“ verloren und ist unter dem Motto der „Bürgerstadt“ eher zu einer sehr pragmatischen „Ausfallkompensation“ für Lücken des Sozialstaates geworden. Die Gründe für diese Domestizierung der utopiehaltigen „Neuen Urbanität“ zur pragmatischen „Neuen Bürgerstadt“ liegen auf der Hand. Sowohl die materielle als auch die normative Abhängigkeit der Bevölkerungsmehrheit von den Sicherheit gebenden Großinstitutionen sowohl des Staates wie der Ökonomie wurden unterschätzt. Das tradierte Bild materiellen Wohlstandes hat sich nicht zugunsten eines kommunikativen Wohlstandes relativieren lassen, zumindest nicht bei einer Mehrheit oder doch relevanten Minderheit der Bevölkerung. Zwar haben sich im Wertewandel Selbstverwirklichungswerte durchgesetzt, diese haben sich aber nicht im erwarteten Maße auf „postmaterielle“ Werte verschoben, sondern sind an materielle Werte gebunden geblieben, an Wohnkomfort und steigende Wohnflächen, an Mobilität mit PKW oder Flugzeug, mehrere Urlaubsreisen pro Jahr, häufig als Fernreisen usw. Nicht mit Hoffnungen auf neue, kommunikative Utopien sondern mit Slogans wie „Gutes Geld für gute Arbeit“ ließen sich Wahlen gewinnen, trotz Wertewandel, grüner Bewegung und offensichtlicher Erschöpfung von Ressourcen.

Unter diesen Bedingungen kann bürgerschaftliche Selbsthilfe wohl nur zur Ausfallbürgerschaft sozialstaatlicher Mängel und als „zweitbeste“ Lösung bewertet werden, deren kommunikative Qualitäten sich eher nur dann er-

---

5 H. Häußermann/W. Siebel, Neue Urbanität, Frankfurt, M. 1987.

schließen, wenn sie als soziales mit materiellem Kapital verbunden werden kann, wie es den Mittelschichten möglich ist. Eine umfassende Alternative zum industrie- oder arbeitgesellschaftlichen Sozialstaat scheint sich nicht herauszubilden, zumindest noch nicht herausgebildet zu haben in der Alltagspraxis von Mehrheiten. Damit droht diesem Modell das zu widerfahren, was der neo-konservativen Reaktion vorgeworfen werden kann. Es könnte eine Strategie werden, die die Ungleichheiten und Fragmentierungen, die Polarisierungen der Gesellschaft verschärft, statt sie in einem neuen Wertesystem zu überwinden, da sie bislang nur relativ wohlhabenden und sozial kompetenten Mittelschichten verfügbar ist, nicht den Benachteiligten, die sie dringender brauchten.

In aller Kürze zeigt sich also, dass die Reaktionen auf die Gefährdung des Sozialstaates, auf seine latente Auflösung, die allerdings noch in den Anfängen steckt, durchweg nicht geeignet erscheinen, die Ungleichheiten, die damit neu entstehen oder sich vertiefen, wirklich aufzufangen und in ein neues Gleichheitsmodell zu überführen. Unterstellt man, dass der demographische Wandel der zentrale Auslöser für diese Auflösung sozialstaatlicher Überzeugungen und Möglichkeiten ist, scheint die These, dass dieser Wandel, der in der schrumpfenden Bevölkerung liegt, zu gravierenden Ungleichheiten mit Polarisierungstendenzen führt, durchaus berechtigt zu sein.

Die (kommunal-)politische Konsequenz wird vermutlich entweder im Versuch einer Kombination der drei Konzepte oder – als wahrscheinlichere Reaktion – in einer Dominanz des neo-konservativen Modells liegen, in dem die aufklärerische Utopie des universalistischen Sozialstaates tendenziell aufgegeben wird. Die damit verbundenen Ungleichheiten werden vermutlich in zehn bis 15 Jahren in den deutschen Städten sehr klar erkennbar sein – soweit es nicht gelingt, sie in der beschriebenen Weise unsichtbar werden zu lassen. Daraus erwachsen neue Aufgaben für die Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Vergegenwärtigt man sich, dass die Utopie des Sozialstaates selbst die säkularisierte Form einer religiösen Heilserwartungen – im Diesseits – war und ist, wird sehr offensichtlich, dass in einer Auflösung dieser innerweltlichen Erlösungshoffnung auf die Kirchen neue Herausforderungen zukommen. Sie werden nicht nur, wenn auch in verstärktem Maße, als karitative Einrichtungen gefragt sein, die Benachteiligung und Armut nicht nur lindern, sondern auch bewusst, also sichtbar machen müssten, sondern auch als Orte neuer Transzendenzerwartungen, wenn sich „irdische“ Hoffnungen als Illusionen erweisen. Es wäre sehr wohl denkbar, dass auch ihre Zukunft an diesen Fragen hängt, ob es ihnen gelingt, in der Polarisierung Partei zu ergreifen, ohne doch zu irdisch „nur“ Sozialpolitik zu betreiben, ohne aber auch Transzendenz kompensatorisch nur da zu eröffnen, wo sich immanente Erwartungen nicht – mehr – erfüllen, um

dennoch auf die unabdingbare Illusion zu verweisen, die aus kirchlicher Sicht in aller innerweltlichen Erlösungserwartung liegen muss. Dass „diese Welt“ letzten Endes nicht zu perfektionieren ist, wie es alle Utopien, auch die des Sozialstaates anstrebten, bedeutet für die zwischen sozialem Engagement und transzendenter Botschaft stehende Kirche eine durchaus ambivalente Perspektive.







## Heiko Geiling

### Utopien und Angstbilder – Leben in Hannover 2030

Über eine Stadt wie Hannover im Jahr 2030<sup>1</sup> zu sprechen, ohne sich in Spekulationen zu ergehen, ist nicht einfach; insbesondere dann, wenn die Aussagen mehr sein sollen als bloße Utopien oder ihr Gegenteil: Angstbilder. Ich will es dennoch versuchen, aber zunächst auf zwei zentrale charakteristische Bedingungen von Stadt verweisen, nämlich auf ihre *politische Akteursfähigkeit* und auf ihre *Fähigkeit zu sozialer Integration*. Nach meiner festen Überzeugung handelt es sich um Bedingungen, die zu den zentralen Wesensmerkmalen auch der Stadt des Jahres 2030 gehören werden. Anschließend erlaube ich mir eine Bemerkung zu *Angstbildern*, wie sie in Prognosen demographischer Entwicklung in Gestalt von gesellschaft-

---

1 Als ich den Veranstaltern zugesagt hatte, über die Stadt Hannover im Jahr 2030 zu sprechen, war mir das Ausmaß der im Jahr 2005 verbreiteten Zukunftsängste in unserer Gesellschaft nicht bewusst. Insbesondere die erst zu diesem Zeitpunkt von mir systematisch wahrgenommene Publikationsdichte zu negativen, um nicht zu sagen, katastrophischen Vorhersagen im Kontext des demographischen Wandels war, von einigen Ausnahmen abgesehen, nahezu überwältigend. Von daher entschloss ich mich, die Anlage des Vortrags zu ändern, auf die wissenschaftlichen Anspruch suggerierenden Hochrechnungen und Projektion demographischer Entwicklung ebenso weitgehend zu verzichten wie auf utopisch gefärbte Genrebilder der Stadt. Stattdessen schien es mir angebrachter, auf die historisch angelegte politische Gestaltungsfähigkeit der Stadtgesellschaft zu verweisen, um so dem lancierten Mythos von der demographischen Katastrophe zu entgehen.

lich-politischen „Zeitbomben“ aufbereitet werden. Zuletzt – ich will dabei nicht von Utopien sprechen – möchte ich einen Aspekt des *öffentlichen politischen Lebens* in Hannover 2030 skizzieren, wie er sich schon heute im Sinne einer konkreten Utopie bzw. als realistischer Entwurf abzeichnet.

## Die Stadt als politischer Akteur

Das Besondere der Stadt bestand nie in der Tatsache, dass ein begrenzter Raum von relativ vielen Menschen mehr oder minder gemeinsam genutzt wird. Das Besondere war immer, auf welche Art und Weise diese Organisation des zwangsläufigen Interessenausgleichs auf engstem Raum gelingt. Auf diesen zentralen Punkt war von Max Weber hingewiesen worden, dem wohl bedeutendsten deutschen Sozialwissenschaftler.<sup>2</sup> In seiner historisch-soziologischen Rekonstruktion der mittelalterlichen europäischen Stadtentwicklung verstand er die Stadt primär als politische Assoziation, als politisches Subjekt, das sich gegenüber Einflüssen und Herrschaftsansprüchen von außen konstituierte, sich schützte, sich selbst verwaltete und darüber die Freiheit des aufstrebenden städtischen Bürgertums sicherte. Diese identitätsstiftende Autonomie der alten europäischen Stadt hat Spuren in der Gegenwart hinterlassen, obwohl Städte schon lange keine eigenständigen Gesellschaften mehr darstellen und in den territorialstaatlichen Strukturen aufgegangen sind. Spuren finden sich (a) zunächst in unserer Verfassung, wo den Kommunen als dritte Ebene unserer föderalistischen Ordnung die eigenverantwortliche Regelung aller Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft garantiert wird. Darüber hinaus, und dies ganz im Unterschied zum rein marktgesteuerten Stadtmodell Nordamerikas, verfügen unsere Städte trotz aller bundes- und landespolitischen Einschränkungen über eine ganze Reihe von historisch gewachsenen Gestaltungselementen, über die nicht nur private und öffentliche Interessen abgewogen werden, sondern sich die Städte auch als ökonomisch und vor allem als politisch handelnde Akteure behaupten können. Dazu gehört (b) – ich beziehe mich dabei auf Ausführungen des Stadtsoziologen Hartmut Häußermann<sup>3</sup> – insbesondere das *städtische bzw. öffentliche Eigentum an Grund und Boden*. Aus der Tradition der Allmende stammend erlaubt es Bodenbevorratung, Nutzungsentscheidungen und Strukturplanungen, die sich nicht allein an marktorientierten Kriterien ausrichten. Damit eng verbunden ist (c) auch die städtische Bereitstellung der Wasser- und Ener-

---

2 M. Weber, Die nichtlegitime Herrschaft (Typologie der Städte) (1921), in: ders.: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen 5 1985, 727–814.

3 H. Häußermann, Die europäische Stadt, *Leviathan* 29, 2001, 237–255.

gieversorgung und der Nahverkehrssysteme. Zwar nicht selten als Munizipalsozialismus verschrien, insbesondere von interessierter liberaler Seite, garantieren *Stadtwerke und Öffentlicher Personennahverkehr* eine konjunkturunabhängig funktionierende städtische Infrastruktur, die manchmal sogar Gewinne erwirtschaftet und um die deutsche Städte in aller Welt beneidet werden. Ein weiteres Gestaltungselement städtischer Politik sind (d) die rechtlichen Instrumente der *Stadtplanung und Bauleitplanung*, die bisher noch die drängendsten Begehrlichkeiten privater Investoren zu Gunsten des Gemeinwohls in Schach zu halten vermochten. Eine zentrale Dimension stellen (e) unsere *kollektiven sozialen Sicherungssysteme* dar – eine Weiterentwicklung der traditionellen kommunalen Fürsorge bürgerschaftlicher Solidarität und Nachbarschaftshilfe. Während woanders Massenarmut, Slums und Ghettos zur Normalität gehören, hat unser Sozialstaat dies bisher bei uns verhindern können. Zuletzt ist (f) auf den städtischen bzw. öffentlichen Einfluss auf die Wohnungsversorgung hinzuweisen – auf den *sozialen Wohnungsbau*, mit dem die Qualität unserer Wohnungen und Stadtteile von der Marktfähigkeit der Einwohner weitgehend entkoppelt werden konnte. Erschreckende Bilder von Armut- und Elendsvierteln sind uns von daher bisher erspart geblieben.

Wir wissen, dass mittlerweile marktgesteuerte Modelle der Stadtentwicklung all diese Elemente unserer Stadt zunehmend in Frage stellen. Nicht allein die relative Autonomie der Stadt würde damit aufgehoben werden, sondern auch das der Allgemeinheit bzw. dem Gemeinwohl verpflichtete Erbe des Typus der europäischen Stadt. Nur als starker politischer Akteur mit sozialer Verantwortung kann die Stadt Zukunft planen und die widerstreitenden Interessen zu Kompromissen zwingen.

## **Die Stadt als Ort sozialer Integration**

Neben der politischen Akteursfähigkeit – und davon in starkem Maße abhängig – gehört zur Stadt die Fähigkeit zu sozialer Integration. Die Zukunft unserer Stadt ist davon abhängig, ob sie weiterhin sozialen Zusammenhalt gewährleisten kann. Auch hier lohnt ein Blick in die Geschichte, um den gegenwärtigen Modus sozialer Integration in der Stadt zu verstehen.

Noch bis in das 19. Jahrhundert war die gesellschaftliche Existenz der Menschen nicht eine Existenz von Individuen, sondern von Mitgliedern übergeordneter Korporationen. Die Menschen lebten fern von jeder Individualisierung als Mitglieder einzelner Zünfte, Gilden und mehr oder minder respektierter Stände. Auf der einen Seite statteten diese Korporationen den Einzelnen mit gewissen Rechten und Pflichten aus, andererseits organisierten sie aber auch die Geschäfte und die Politik des städtischen Gemeinwesens. Wer dabei nicht berufs- oder standesgemäß eingebunden

bzw. integriert gewesen ist, hatte in der Stadt keine Chance, durfte diese im äußersten Falle nicht einmal betreten, selbst nicht an Markt- und anderen Festtagen. Die damaligen Formen der Sub-Urbanisierung, falls dieser Begriff hier schon erlaubt ist, waren - ganz im Unterschied zu heute - die vor den Stadttoren gelagerten Behausungen der Nichtzünftigen, der nicht in das Sozial- und Rechtssystem der Stadt integrierten Armen und somit Ent-Rechteten. Noch im 19. Jahrhundert war es für die anwachsende Arbeiterbevölkerung nicht einfach, eine Aufenthaltsgenehmigung, geschweige denn den Bürgerstatus, in der Stadt zu erlangen. Falls es den Stadtvätern zu ‚bunt‘ wurde, schlossen sie die Stadttore, d.h. soziale Integration in der Stadt realisierte sich nur bei gleichzeitiger Exklusion bzw. Ausgrenzung von in der Regel ‚Fremden‘ und Unterprivilegierten.

In den modernen Gesellschaften ist an die Stelle der korporativen Beziehungen der Markt und das Geld getreten, die allerdings in unserem europäischen Gesellschaftsmodell in die institutionellen Ebenen von Staat, Wirtschaft und Arbeit auf der Grundlage einer sozialstaatlichen Verfassung eingebunden sind. Wir reden hier von systemischer Integration in Gestalt unserer Sozialversicherungssysteme, unserer industriellen Beziehungen, Ordnungen, Aushandlungssysteme usw., in die jeder und jede Einzelne eingebunden ist. Die gesellschaftlich-politische Ausgestaltung der Ebene der systemischen Integration beeinflusst nun zugleich die Formen der sozialen Integration bzw. die alltäglichen in Familie, Freizeit und Beruf gelebten sozialen Beziehungen der Menschen. Systemische Integration ist damit die Voraussetzung für soziale Integration.

Auf die Stadt bezogen hat die analytische Trennung dieser beiden Ebenen eine besondere Bedeutung. Sie kann uns helfen, die spezifisch städtischen Verhältnisse von Integration und Ausgrenzung besser zu verstehen. Im Idealfall charakterisieren die Chancen der Individualisierung und der Freiheit zur bürgerlichen Selbstverwirklichung die Städte auch als sogenannte ‚Integrationsmaschinen‘, insbesondere wenn berücksichtigt wird, welche Menschenmassen an Arbeitssuchenden, Flüchtlingen und auch an Migranten jüngerer Datums die bis in die 1970er Jahre wachsenden Großstädte aufgenommen haben. Die besondere Art und Weise, wie sich die Ebene der sozialen Integration auch in der modernen Großstadt erklären lässt, verweist darauf, dass die Stadt dabei nicht darauf angewiesen sein sollte, externe und die politische Akteursfähigkeit der Stadt einschränkende Instanzen und Autoritäten zu bemühen.

Schon vor 100 Jahren gab dazu der Soziologe Georg Simmel einige Hinweise, als er die Stadt als den idealtypischen Ort kapitalistischer Geldwirtschaft bezeichnete.<sup>4</sup> Er meinte damit, dass sich die sozialen Beziehungen

---

4 G. Simmel, Die Großstädte und das Geistesleben (1903), in: ders.: Soziologische Ästhetik (Hrsg. K. Lichtblau), Bodenheim 1998, 119–133.

der Menschen in der Stadt in Analogie zu denen von Marktteilnehmern gestalten, also rein sachlich und völlig entpersönlicht. Auf dem Markt sollte es völlig gleichgültig sein, ob jemand rote oder grüne, lange oder kurze Haare hat, Hauptsache er verfügt über hinreichend Geld oder andere anerkannte Tauschmittel. Diese Marktorientierung bedeutet, dass die Stadt eigentlich kein über allen Interessen schwebendes geistiges Zentrum oder moralische Instanz bräuchte, um zu funktionieren. Soziale Integration und auch Solidarität stellt sich in diesem Verständnis als Ausdruck einer funktionalen Arbeitsteilung dar, in der der Einzelne den Anderen zunächst als Tauschpartner und Marktteilnehmer wahrnimmt und dabei die persönlich begründbaren sozialen Beziehungen in den Hintergrund rücken. Diese auch als ‚organische Solidarität‘ genannte Form sozialer Beziehungen erklärt auch, warum trotz des üblichen städtischen Sozialverhaltens der Distanz, der Blasiertheit und Differenz städtisches Leben nicht im Chaos zusammenbricht, warum Autoritäten in Gestalt religiöser, militärischer oder politischer Führer überflüssig sein sollten.

Einerseits wirkt diese entpersönlichende Distanz als eine Art Selbstschutz vor der Hektik des Markt- bzw. Stadtgeschehens, andererseits birgt sie – im Unterschied zur ausgeprägten sozialen Kontrolle ländlichen Dorflebens – ungeahnte Möglichkeiten der Selbstdarstellung und Selbstverwirklichung. Allerdings ist diese typisch städtische Form der sozialen Integration nur möglich, wenn die Menschen einen gleichberechtigten Zugang zum Markt und zur Bürgerschaft haben, wenn also für die Menschen die mehr oder minder aussichtsreiche Beteiligung an der Geldwirtschaft, am Wettbewerb und an der Arbeitsteilung gegeben ist. Unter diesen Bedingungen einer gelingenden systemischen Integration, in der die Chancen und Rechte sozialer und politischer Teilhabe gewährleistet sind, kann die großstädtische Blasiertheit und Gleichgültigkeit zur Tugend und die urbane Anonymität zur Freiheit werden. Werden jedoch Einkommensdifferenzen, Unterschiede alltäglichen Konsums und Separierungen kultureller Praktiken zu unüberwindlichen Gegensätzen, wird die bloße Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlich Reichtum, wird also der für die Entwicklung der Bundesrepublik zentrale Gesellschaftsvertrag in Gestalt der Formel ‚Leistung gegen Teilhabe‘ in Frage gestellt, fehlt der typisch städtischen Form der sozialen Integration die materielle Voraussetzung. Damit würden dem Mittelalter vergleichbare Verhältnisse in Aussicht gestellt: nämlich sogenannte ‚segregated communities‘ auf der einen und ‚no go areas‘ auf der anderen Seite, ‚Malls‘, ‚skywalks‘ und andere privatisierte öffentliche Räume, die mit Hilfe von schwarzen Sheriffs und unterstrafrechtlichem Partikularrecht vor den Menschen aus den no go areas geschützt werden müssen. Die Anglizismen verweisen darauf, wo schon heute solche Zustände vorzufinden sind.

Die Fähigkeit zu sozialer Integration ist das Typische und Zukunftsfähige jener Stadt, die wir hier in Mitteleuropa des 20. Jahrhunderts kennen und schätzen gelernt haben. Sie basiert auf einem politisch vermittelten Gesellschaftsvertrag – insbesondere auch durch die Stadt als politischer Akteur vermittelt –, der für jeden einzelnen Menschen die Chance wahrt, an gesellschaftlicher Entwicklung und Reichtum teilhaben zu können.

## Demographischer Wandel?

Sofern also die Stadt als politischer Akteur soziale Integration in der städtischen Gesellschaft gewährleisten kann – so meine These – sollte auch der demographische Wandel eigentlich kein Problem sein. Gleichwohl sind wir in den letzten Jahren permanent mit gegenteiligen Informationen und Traktaten konfrontiert, mit Angstbildern und mit Inszenierungen, die sich nicht davor scheuen, sogar Generationenkonflikte zwischen Älteren und Jüngeren zu konstruieren. Das in diesem Zusammenhang immer wieder bemühte Beispiel lautet: ‚Heute finanzieren knapp vier Erwerbstätige einen Rentner, in vierzig Jahren wird es nur noch einer sein.‘ Und in der Konsequenz wird damit transportiert, dass die Älteren entweder auf Kosten der Jüngeren oder in Armut werden leben müssen; es sei denn, das Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung werde rechtzeitig von privaten Formen der Alterssicherung abgelöst werden. Zu den herausragenden Protagonisten dieser These gehört Meinhard Miegel, ein Jurist, der sich tituliert als „Wissenschaftlicher Berater“ des „Deutschen Instituts für Altersvorsorge“, eine nur scheinbar allein der Wissenschaft verpflichtete Einrichtung, sondern eine von der „Deutschen Bank“ voll finanzierte Lobbyisten-Agentur. Mit allen Mitteln – so u. a. auch die von der „demographischen Bedrohung“ sprechende Bertelsmann Stiftung<sup>5</sup> – werden von interessierter Seite amerikanische Verhältnisse angestrebt, wo zum Beispiel im Unterschied zu Deutschland nach dem Eintritt in die Rentenphase eine dramatische Zunahme der Ungleichverteilung der Einkommen zu verzeichnen ist. Ob nun die Anlagenberater der Banken oder Soziologen wie Ulrich Beck, die von einer zukünftigen Gesellschaft des Weniger reden, sie alle unterschlagen, dass die Renten des Jahres 2030 von der Wertschöpfung und vom Einkommen des Jahres 2030 abhängig sein werden. Allein bei einem jährlichen Wachstum von 2% würde sich das Realeinkommen in 35 Jahren verdoppeln, und davon brutto 35% ist immer noch mehr als

---

5 Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), „Die demographische Bedrohung meistern“. Erste Bausteine zur Erarbeitung eines nationalen integrierten Aktionsplans, Gütersloh 2003 (<http://www.aktion2050.de/cps/rde/xbcr/SID-0A000F0A-B79CDA56/aktion/bedrohungmeistern.pdf>).

heute üblich ist.<sup>6</sup> Ebenso unterschlagen werden die demographischen Hochrechnungen der sogenannten „Rürup-Kommission“. Danach soll die Zahl der 15- bis 64-Jährigen bis 2030 um sieben Millionen abnehmen, die Zahl der Erwerbstätigen aber nur um eine Million. Bei heute mehr als vier Millionen Erwerbslosen wird demnach die schrumpfende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter keine Probleme am Arbeitsmarkt haben. Und wenn die über 65-Jährigen in dieser Zeit um 6,7 Millionen anwachsen und die Zahl der Kinder und Jugendlichen um 4,1 Millionen schrumpft, muss dies volkswirtschaftlich keine Katastrophe sein, weil dann finanzielle Mittel aus Schulen, Universitäten und Kindergeld frei werden für die sozialen Sicherungssysteme. Grundsätzlich ist Skepsis angebracht bei linearen Fortschreibungen von Bevölkerungszahlen. Wenn wir uns entsprechende Prognosen aus dem Jahr 1950 vorstellen, wird völlig klar, dass Auswirkungen wie der Mauerbau von 1961, die Zuwanderung von ‚Gastarbeitern‘, die Antibaby-Pille, die Bildungsexpansion, die gestiegene Frauenerwerbsquote oder die Grenzöffnungen nach 1989 nicht vorhergesehen werden konnten.

Im Übrigen neigt auch die seriöse Bevölkerungswissenschaft nicht zur Dramatisierung. Der Übergang von der traditionellen agrarischen zur modernen Bevölkerungsweise wird von ihr als Übergang von der großen Verschwendung zur sparsameren Produktionsweise bezeichnet, von der Quantität zur Qualität der Nachwuchsproduktion. In ihrer These von der demographischen Transformation wird davon ausgegangen, dass nach Phasen der Instabilität sich das Bevölkerungsgleichgewicht ohne katastrophenhafte Epidemien, Kriege und Hungersnöte immer wieder einpendelt. Wenn berücksichtigt wird, dass es kein Land in der westlich industrialisierten Welt gibt, das allein mit einer hinreichenden Geburtenrate seine Bevölkerungszahl auf einem konstanten Level hält, müssen wir davon ausgehen, dass wir uns immer noch in einer politisch zu gestaltenden demographischen Transformationsphase befinden. Diese einigermaßen beruhigende Perspektive berücksichtigt sicherlich, dass menschliches Verhalten nicht im Sinne von Hochrechnungen berechenbar ist, und dass moderne Gesellschaften mittlerweile utopische wie dystopische Visionen durch mehr oder minder rationale Planungen ersetzen können, weil sie das subjektive Verhalten der Menschen einkalkulieren und ebenso beeinflussen können. Unter diesen Bedingungen einer politisch handlungsfähigen Stadt, die auf Grundlage vorausschauender, von katastrophischen Horrorbildern unbeeinflusster Politik und Planung ihren Weg der sozialen Integration gegangen ist, können wir uns nun einen kurzen Blick auf Hannover im Jahr 2030 erlauben.

---

6 Vgl. P. Bofinger, *Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle*, München 2005, 163.

## Hannover 2030

Ich zitiere dazu aus einem Märchen, das von Kindern und Jugendlichen einer hannoverschen Stadtteilarbeitsgruppe im Jahr 2005 verfasst worden ist:<sup>7</sup> „Es war einmal eine Familie mit sieben Kindern, die nach Hannover ziehen wollte und dabei einen besonderen Stadtteil besuchte. Hier trafen sie Menschen auf der Straße, die sie begrüßten und sie nach ihren Wünschen fragten. Sofort war jemand bereit, sie herumzuführen und ihnen den Stadtteil zu zeigen. Die Eltern waren sehr überrascht zu hören, dass es keine habgierigen Vermieter gab, sondern die Bewohner ihre Häuser selbst verwalteten und eine lebendige Nachbarschaft lebten. Auch für ihre Umgebung interessierten sie sich und informierten sich auf Versammlungen. Alle für den Stadtteil relevanten Angelegenheiten und Anliegen wurden in kontinuierlichen Arbeitsgruppen besprochen und in regelmäßigen Stadtteilverversammlungen entschieden. Auch die Kinder und Jugendlichen wurden gefragt und gehört. Dies gefiel der Familie alles sehr. Aber es kam noch besser: Sie fanden ein kleines Café in der xy-Straße, das von Müttern für Mütter betrieben wurde. Um die Kirche herum gab es einen wunderschönen Markt als Treffpunkt, mit frischen Waren aus aller Herren Länder. Künstler hatten Interesse, mit Kindern, Jugendlichen und den MitarbeiterInnen der Einrichtungen große Projekte im Stadtteil zu machen. In jedem Jahr organisierten alle ein großes Stadtteilstadtteilfest, an dem sich alle Kulturen des Stadtteils beteiligten. Die Elternvertreter der Kindertagesstätten trafen sich zur Entwicklung gemeinsamer Aktionen. Alle BewohnerInnen gaben Impulse für soziale Projekte, arbeiteten an der Entwicklung mit. Sie entschieden über die Budgets, Aufgaben und Ausstattung der sozialen und kulturellen Dienstleistungen. Da die Eigenverantwortung und Kreativität aller großen und kleinen BewohnerInnen unterstützt und gefördert wurde, konnten alle Schwachen mächtig stark werden. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute.“

Angenommen, dieses Märchen gibt einen realistischen Einblick in das Hannover des Jahres 2030, kann von der 25 Jahre zuvor immer wieder befürchteten Erosion der Urbanität nicht gesprochen werden. Weder riesige Wohnungsleerstände, Slums, Kriminalität und städtische Wüstungen lassen sich finden, noch davor durch Stacheldraht und Videoüberwachung geschützte neue städtische Siedlungen, wo Service-, Freizeit- und Loft-Wohnen um repräsentative architektonische Glanzlichter und Erlebniszentren die vermeintlich neue Urbanität versprechen. Nun stellt sich allerdings die Frage, wie das Märchen der Kinder und Jugendlichen wahr werden konnte. Die Politikwissenschaft würde sagen, dass sich in Hanno-

---

7 Volker Rohde, Quartiersmanager in Hannover-Hainholz, hat mich auf den Märchentext hingewiesen.



ver die Prinzipien des „Aktivierenden Staates“ durchgesetzt haben, eine Form der Staats- und Verwaltungsmodernisierung, die unsere weitgehend durchorganisierte und durch in aller Regel eigennützige Verbände und Organisationen vermachtete Gesellschaft in Bewegung gebracht hat. Die Politik hat dabei ihre Handlungsfähigkeit zurückgewonnen, (a) weil sie vom obrigkeitsstaatlichen Dekret zum demokratischen Dialog gewechselt ist und so gemeinsam mit den gesellschaftlichen Akteuren Prioritäten entwickelt werden konnten, (b) weil an Stelle gegenseitiger Schuldzuweisungen und Domänedenken zielklare Kooperationen möglich wurden, (c) weil über dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortungen und Leistungsvergleiche so etwas wie Produkt- und Prozessverbesserungen erreicht werden konnten und (d) weil letztlich ein Zusammenwirken erreicht werden konnte von sogenannten öffentlichen Leistungserbringern und aktiv selbstverantwortlichen Bürgern.<sup>8</sup> Auf allen Ebenen hatte die Politik die Initiative ergriffen und für zielklare Kooperations- und Selbststeuerungsprozesse in der Stadt geworben. Sie hatte sich nicht wie in den Jahren zuvor damit begnügt, mit moralischen Beschwörungen an das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu appellieren, sondern sie hatte zugleich die zahllosen Initiativen und Verbände mit ihren mächtigen Eigeninteressen in der Stadt in den Reformprozess hineingezwungen. Initiativen und Verbände werden nun im Jahr 2030 nicht nach ihren Teilinteressen und politischen Beziehungen bemessen, sondern nach ihren Leistungsfähigkeiten im Kontext der gemeinwohlorientierten Problemlösungsprozesse.

Wie soll man sich das vorstellen? Zum Abschluss dazu ein Beispiel aus dem Jahr 2030: Das hannoversche Rathaus ist bis auf die Verwaltungsspitzen mit ihren kleinen Stäben von der übrigen Stadtverwaltung geräumt. Stattdessen sind die politischen Parteien in das Haus zurückgekehrt, wo mittlerweile neben politischen Veranstaltungen auch kulturelle, u. a. insbesondere auf chinesische Touristen zielende Angebote sowie weitere die Gesamtregion betreffende Informations- und Diskussionsveranstaltungen der Bürgerschaft zum Alltag gehören. Die Einwohner haben sich das Rathaus zurückerobert. Städtebaulich hat es zu seiner alten zentralen und repräsentativen Funktion zurückgefunden, weil nach der Hitzeperiode und der nachfolgenden Tornadosaison des Jahres 2010 vom benachbarten überdimensionierten Gebäude einer bekannten Großbank nur noch ein Scherbenhaufen übrig geblieben war. Die Beschäftigten der Stadtverwaltung stehen nun in den verschiedenen Stadtbezirken zur Verfügung, zumeist in Gebäuden ehemaliger Schulen, die auch für die jeweiligen Stadt-

---

8 Vgl. W. Lamping u. a., *Der Aktivierende Staat. Positionen, Begriffe, Strategien*, Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung) 2002 (<http://library.fes.de/fulltext/stabsabteilung/01336inf.htm>).

teilöffentlichkeiten geöffnet sind. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis 19 Jahren ist auf 75 Tausend zurückgegangen und nicht wie noch 2005 befürchtet auf 63 Tausend; gleichwohl sind damit einige der städtischen Schulen für andere öffentliche Aktivitäten nutzbar geworden. Die städtische Verwaltung ist bürgerorientiert, transparent und diskursorientiert auf die Stadtteile ausgerichtet und hat das zunächst betriebswirtschaftlich verstandene neue Steuerungsmodell zum Politik gestaltenden Prozessmanagement umfunktioniert. Dazu gehören weniger Routinen und Regelungen. Stattdessen überwiegen größere Handlungsspielräume und Kernkompetenzen, Teamarbeit, Netzwerkkommunikation und prozessorientiertes Handeln.<sup>9</sup>

Dazu beigetragen hatten die politischen Repräsentanten im Stadtrat und in den einzelnen Bezirksräten der Stadt. Ihr Ausgangspunkt war das ‚Hannover-Modell der Stadtteilentwicklung durch Bürgerbeteiligung‘. Sie wollten damit gegen die Politikerverdrossenheit mobilisieren, nachdem sich bei der Kommunalwahl 2006 nur 40 % der Wahlberechtigten beteiligt hatten und im Ergebnis eine politische Situation entstanden war wie schon bei der vorausgegangenen Bundestagswahl 2005. Mit dem Hannover-Modell hat sich mittlerweile eine Form der stadtteilnahen Demokratie entwickelt und bewährt. Alle drei Monate finden in den Stadtteilen für alle Interessierte öffentliche Stadtteilforen statt. Bewohnerschaft, Initiativen, Parteien, Kirchen, Gewerbetreibende usw. stellen dort Bedarfe und Projekte zur Diskussion und Abstimmung, die im Interesse des Stadtteils liegen, Stadtteilressourcen beanspruchen oder diese erweitern. In den Foren werden Entscheidungen nach dem Konsensprinzip getroffen, um zufällige oder manipulierte Mehrheitsentscheidungen zu verhindern. Die politischen Repräsentanten in den Bezirksräten und im Stadtrat können sich jeweils nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit über die Stadtteilforen hinwegsetzen. Die Entscheidungsspielräume in den Foren vor Ort sind weitgehend und betreffen u. a. das städtische Budget, dessen Verwaltung, Planungsvorhaben und deren Umsetzung. Dazu muss man wissen, dass der städtische Gesamthaushalt weitgehend transparent gestaltet ist, zumal in den Stadtteilforen über die Anteile, die dem eigenen Stadtteil zukommen, mitentschieden wird. So ist es mittlerweile üblich, dass freie soziale und andere Trägerorganisationen, ob Vereine, Kirchen, Kammern oder Unternehmen ihre Zuschüsse und Subventionen aus Steuermitteln zu 100 % öffentlich legitimieren müssen. Sofern es einzelne Stadtteile betrifft, geschieht dies in deren Foren. Bei übergreifenden Vorhaben geschieht dies

---

9 Vgl. B. Glöckner, Neue Konzepte für die Verwaltung. Tilburger Erfahrungen mit der Verwaltungsmodernisierung, in: H. Liebmann/T. Robischon (Hrsg.), Städtische Kreativität – Potenzial für den Stadtumbau, Erkner/Darmstadt 2003, 206 – 218.

auf der Grundlage politisch beschlossener Zielvereinbarungen in öffentlichen Sitzungen des Stadtrats. Zentraler Bestandteil dieser Verfahren ist eine Agentur für Controlling, die sich aus politischen Mandatsträgern und Verwaltung zusammensetzt und dabei natürlich auch die Verwaltungsarbeit selbst überprüft. Den Beteiligten in den Stadtteilforen eröffnen sich zusätzliche Handlungsspielräume dadurch, dass sie Zuschüsse und Subventionen innerhalb des Stadtteils umleiten können, ihnen also bei Zurückweisen einzelner Vorhaben keine Nachteile dadurch entstehen, dass diese Investitionsmittel einfach woanders realisiert werden und somit für den eigenen Stadtteil verloren gehen.

Im Ergebnis des Jahres 2030 präsentiert sich die Stadt Hannover als ein die soziale Integration sichernder politischer Akteur, der die aktive Bürgergesellschaft mit ihren zivilgesellschaftlichen Ressourcen nicht als Lückenbüßer begreift, sondern als gleichberechtigten Partner einer modernisierten Verwaltung wie auch einer legitimationspflichtigen Verbands- und Organisationsstruktur.





## Hans-Joachim Höhn

### Passanten, Pendler und Flaneure: Religion in der City

Um sich ein erstes Bild von einer Stadt zu machen, orientieren sich viele Besucher an den Prospekten, die in den Tourismusbüros oder an den „InfoPoints“ der Flughäfen und Bahnhöfe ausliegen. Hier zeigen sich die Städte mit und von ihrer besten Seite. Sie signalisieren damit zugleich, wie sie gesehen werden wollen. Wunschbild und Realität liegen hier eng beieinander. Vor 200 Jahren hatte der Begriff „Prospekt“ eine andere Definition, aber dennoch eine vergleichbare Funktion: Als „Prospekt“ galt das Bild, das sich einem Reisenden bot, wenn er sich einer Stadt näherte und sie anhand ihrer typischen Silhouette aus Mauern und Wällen, Rathaus- und Kirchtürmen identifizierte. Auch heute lässt ein solcher „Prospekt“ Identifizierungen zu – nicht allein welche Stadt man vor sich hat, sondern auch, womit man zu tun bekommt, wenn man sie betritt. Wer sich heute Großstädten aus größerer Entfernung nähert, sieht von ihnen gleichzeitig das, was weit auseinanderliegt: die Peripherie, an der sich Gewerbegebiete oder Reihenhaussiedlungen ausbreiten, und das Zentrum, dessen Vertikale die Hochhäuser der Banken und Versicherungszentralen bilden. Aus der Distanz lässt sich erahnen, um was es in der Stadt geht. Hier wird sortiert zwischen oben und unten, zwischen groß und klein, zwischen innen und außen. Die Stadt zeigt von weitem, was sie ist: das Zentrum einer Region, die für eine Metropole buchstäblich nur „Umland“ bedeutet. Großstädte sind aber nicht nur Zentrum, sie haben auch eins: die City. Dieses Innere ist nicht nur ihre geographische Mitte, auf die am Rand bereits mit ent-

sprechenden Verkehrsschildern aufmerksam gemacht wird. Die City markiert auch ihr Bedeutungszentrum. Hier verdichtet, verstärkt und potenziert sich Stadtleben; hier geben Städte Auskunft über ihr Selbstverständnis. Hier konzentrieren sich Kaufhäuser und Kinos, Ämter und Behörden, Anwalts- und Arztpraxen, Theater und Museen. Hier sind die Verkehrsdichte, aber auch Immobilienpreise und Mieten am höchsten. Hier haben sich alle Instanzen und Institutionen etabliert, die für die Ansprüche des modernen Menschen bedeutsam sind. Dieses Faktum ist zur Norm geworden. Nur wer im Zentrum ist, ist von Belang.<sup>1</sup> Dorthin muss man kommen, um sich zu beweisen oder etwas durchzusetzen.

### **Problemskizze: Urbanität und Religion – ein Ausschlussverhältnis?**

In den Metropolen fallen die großen und wichtigen Entscheidungen. Sie sind der Maßstab. Wem hier etwas gelingt, der kann es überall schaffen. „If I can make it there, I'll make it anywhere!“ (F. Sinatra). Das Religiöse macht von dieser Regel keine Ausnahme – erst recht nicht das Christentum. Seine Frühzeit ist bestimmt vom Weg in die Großstädte der Antike: Ephesus, Korinth, Athen, Rom. Dagegen erscheinen auf den ersten Blick die (westeuropäischen) Großstädte der Moderne als jene Orte, an denen am ehesten und nachdrücklichsten die „Exkulturation“ des Christentums manifest wird. Der statistisch belegbare Schwund an sozialer Anerkennung und weitreichende Traditionsabbrüche innerhalb der kirchlich gebundenen Religiosität legen den Schluss nahe, die moderne Stadt sei nichts als ein säkularer Ort, an dem die Moderne erfolgreich und unwiderruflich Gott los geworden ist. Aus dieser Vermutung wird nicht selten auf ein Konkurrenz- oder Ausschlussverhältnis von Urbanität und Religiosität geschlossen.

Die folgenden Überlegungen wollen als Einspruch und Widerspruch zu der These verstanden werden, das Urbane mache das Religiöse ortlos und funktionslos. Vielmehr soll die Gegenthese stark gemacht werden: Die Stadt ist ein religionsproduktiver Ort, d.h. sie produziert Fragen, auf die Religion die Antwort sein kann. Eine solche Auffassung findet nicht auf Anhieb Zustimmung. Der Augenschein spricht offensichtlich dagegen. Dass etwa das Christentum eigentlich eine Stadtreligion ist, lässt sich höchstens noch anlässlich von Katholiken- und Kirchentagen feststellen. Bei diesen Anlässen bewegt es sich wie zu seinen Anfangsjahren auf Einkaufsstraßen und Marktplätzen. Aber schon nach wenigen Tagen ist fast alles vorbei. Das Stadtbild wird dann zwar immer noch von „Gotteshäu-

---

1 Vgl. G. Fuchs u. a. (Hg.), *Mythos Metropole*, Frankfurt/M. 1995.

sern“ geprägt. Aber das Leben in der Stadt spielt sich vor diesen Gebäuden ab, vor ihren leeren Räumen und vor ihren verschlossenen Türen. Religion zählt dann wieder zu den Privatsachen. Die Citykirchen führen dann wieder eine Kulissenexistenz. Sie stehen herum, flankieren Straßen und Plätze und sind bestenfalls Bildgeber für die Prospekte der städtischen Touristeninformation.

Seit einiger Zeit ist aber ausgerechnet die City, das Zentrum und Symbol säkularer Urbanität zum Ort einer unerwarteten Rückkehr des Religiösen geworden. Dass die moderne Stadt keineswegs „religionslos“ geworden ist, wird jedem aufmerksamen Beobachter klar, der vor allem diesseits und jenseits der christlichen Kirchen und Konfessionen auf Phänomene der Wiederansiedlung des Religiösen stößt.<sup>2</sup> Im Schatten der Kirchenbauten haben andere und neue religiöse Anbieter Aufmerksamkeit und Abnehmer gefunden. Esoterische Sinnvermittlung und psycho-meditative Lebensorientierung sind die neuen religiösen Wachstumsbranchen. In den Buchhandlungen wachsen die Regale, in denen von „Chakra“ bis „Zen“ die ganze Bandbreite nicht-christlicher Sinnofferten aufgeblättert werden kann. Die Fußgängerzonen sind der bevorzugte Ort, an dem die neuen Religionsanbieter den Kampf um Aufmerksamkeit mit Plakaten, Stellwänden und Prospekten aufnehmen. Die Seminare und Workshops fernöstlicher Weisheits- und Meditationslehrer finden zwar oft in idyllischer Umgebung auf dem Land statt, ihre Adressaten aber suchen sie mitten in der Stadt. Jede urbanitätstaugliche Spiritualität muss ihre angestammten frommen Refugien verlassen, sich auf die Straße trauen und sich zu Märkte tragen lassen.

Für manchen kritischen Zeitgenossen sind diese Beobachtungen allerdings bereits Anzeichen für eine Kommerzialisierung des Religiösen, für Anpassung und Auslieferung an seinen profanen Kontext. Die Stadt ist eben ein säkularer Ort. Wo sie dem Religiösen Raum gibt, gelten weiterhin die Bedingungen der Säkularität. Naheliegend scheint daher eine religionskritische Vermutung zu sein: Die Stadt ist ein Spiegel des modernen säku-

---

2 Die Erwartung einer fortschreitenden Säkularisierung der Stadt wird nicht allein durch den Esoterikboom der letzten Jahre dementiert. Vor allem in Migrantenkreisen gewinnt ihre religiöse Herkunftsreligion zunehmend an Bedeutung, was zuweilen öffentlich kontrovers ausgetragen wird, wenn es um den Bau von Moscheen (mit und ohne Minarett) oder um die Erlaubnis zum Schächten geht. Hier hat sich die Erwartung nicht erfüllt, dass spätestens die dritte Generation der Zuwanderer unter dem Druck eines säkularen Umfeldes ihre religiösen Traditionen relativieren und vielleicht sogar selbst säkularisieren wird. Zur multikulturellen und multireligiösen Signatur moderner Städte vgl. etwa die Studien von W.-D. Bukow u. a. (Hg.), *Der Umgang mit der Stadtgesellschaft*, Wiesbaden 2002; ders. u. a. (Hg.), *Die multikulturelle Stadt*, Wiesbaden 2001 sowie H. W. Dannowski u. a., *Fremde Nachbarn. Religionen in der Stadt*, Hamburg 1997.

laren Bewusstseins und lässt zunehmend nur noch ein religiöses Bewusstsein zu, das den Merkmalen des Säkularen entspricht. Ist aber das noch ein religiöses Bewusstsein? Befördert die moderne Stadt nicht viel eher eine „postreligiöse“ Kultur, als dass sie „postsäkulare“ Tendenzen freisetzt?

Eine Antwort auf diese Fragen kann nicht gegeben werden ohne eine präzise Erörterung, inwiefern sich wirklich Modernität, Urbanität und Religiosität ineinander spiegeln oder einander ausschließen. Eine solche Reflexion soll im Folgenden im Stile einer kleinen soziologischen Phänomenologie des Stadtlebens und des urbanen Vorkommens religiöser Ideen und Bewegungen versucht werden. In einem ersten Schritt geht es um die Merkmale urbaner Lebenswelten und Lebensstile. Danach gilt es das Spezifikum religiöser Nachfrage und Angebote im Kontext städtischer Interaktionsbedingungen zu bestimmen, um am Ende die Selbstbehauptungschancen der christlichen Kirchen zu sondieren.

### **Soziologische Streiflichter: Urbanität als Lebenswelt und Lebensstil**

Wer das Urbane definieren will, braucht mehr als nur einen Nenner,<sup>3</sup> denn die moderne Stadt erfüllt auf engstem Raum höchst unterschiedliche Funktionen. Sie bildet das kulturelle, administrative und wirtschaftliche Zentrum einer Region. Sie ist Verkehrsknotenpunkt und Umschlagplatz von Waren und Weltanschauungen. Sie bietet Raum für das Experimentieren mit neuen Lebensstilen und -formen. Sie ist Drehscheibe für Produktion und Konsum, Unterhaltung und Information, Reklame und Selbstdarstellung. Als typisch für die moderne Großstadt erweist sich die Dominanz von Sach- und Zweckbeziehungen auf seiten derer, die in ihr leben und arbeiten, sowie eine ungeheure Dynamik im Hervorbringen von Gütern und Leistungen. Es dominieren Individualismus und Pluralismus, wenn es um Werte und Überzeugungen geht. Offenheit und Unverbindlichkeit bestimmen die Kommunikationsabläufe. Nirgendwo trifft man so viele Menschen, mit denen man so wenig zu tun hat, wie in der Fußgängerzone. Die Vielzahl der täglichen Kontakte mit meist unbekanntem Menschen stellt alle Beteiligten vor eine doppelte Aufgabe: die Distanz gegenüber Fremden zu überwinden und zugleich nur soviel von sich mitzuteilen, das ausreicht, um sich nicht von der Öffentlichkeit auszuschließen. Nähe und Distanz sind stets neu auszutarieren.

Was Großstädten zum Problem wird, ist zugleich ihre Chance: ihre Größe, das Neben- und Ineinander des Verschiedenen und Ungleichzeitigen, der Widerstreit des Etablierten und des Ortlosen. Oft werden in den Städ-

---

3 Vgl. Th. Wüst, Urbanität. Ein Mythos und sein Potential, Wiesbaden 2004 (Lit.).



ten neue Impulse für soziale Utopien und Phantasien freigesetzt. Denn nur hier sind genug Talente, Köpfe und Sinne beieinander, um sich auf Neues einzulassen und Neues zu wagen. Nur hier gibt es das komplizierte Miteinander von Phantasie, Geld, Medien und Macht, das politischen und kulturellen Aufbrüchen auch zum Durchbruch verhilft. Die Stadt verspricht allen alles: neben Gütern für die breite Masse auch Spezialitäten für Spezialisten. In der Stadt gibt es Dinge, die es nirgendwo sonst gibt. Sie lebt von ihrer Farbigkeit, man lernt hier immer wieder das Neueste kennen. Nicht zuletzt deswegen zieht sie Menschen an, deren Denk- und Verhaltensweisen sich beträchtlich von den eingeschliffenen Standards ihrer sozialen Umgebung unterscheiden. Die Stadt ist ein Ort, an dem man unbehelligt von Verwandten und Nachbarn ein eigenes Leben führen kann. Für die ausgefallensten Vorlieben und Bedürfnisse bietet sie Gelegenheiten der Erfüllung. Andererseits stößt man hier vermehrt auf soziale Brennpunkte und Problemgruppen. Denn die Stadt ist auch der Kristallisationspunkt einer auf Profit gegründeten Gesellschaft, die ständig in der Gefahr steht, Erfolglose und Gescheiterte zurückzulassen oder ins Ghetto zu treiben, weil sie den Anforderungen einer Leistungs- und Konsumgesellschaft nicht mehr gewachsen sind. Sie ist ebenso Schmelztiegel wie Zentrifuge; sie kann Menschen integrieren und ausgrenzen.<sup>4</sup>

Der Zunahme von Begegnungsmöglichkeiten steht in der Stadt oft die Abnahme an Intensität gegenüber. Stadtluft macht nicht nur frei, sondern auch einsam! Städte waren und sind Niederlassungen von Menschen, die zu einem großen Teil als „ortsfremd“ gelten (und es aufgrund der hohen Fluktuationsrate in der Wohnbevölkerung auch bleiben). Wer in der Stadt lebt, existiert zu einem gewissen Grad immer in der Fremde. Hier wird jedem Individuum und jeder Gemeinschaft die eigene Identität und Tradition nie ohne die Differenz zu anderen erfahrbar. Städte waren und sind auch aus diesem Grund immer schon „multikulturell“ geprägt. Zugleich werben die Metropolen damit, dass sie nicht mehr zwischen Einheimischen und Fremden unterscheiden. Die moderne Stadt gehört allen – sofern die von ihr Angezogenen selbst und ihrerseits „pluralitätsfähig“ sind. Ohne diese Schlüsselqualifikation gelingt keine Integration.

Urbanität steht für Pluralität, für die Trennung von Privatsphäre und Öffentlichkeit. Dabei wird die Privatsphäre aufgewertet, aber auch neuen Zwängen ausgesetzt. Der Trend geht zu Existenzformen, die den Menschen bei seiner Lebensplanung und -führung auf sich selbst zurückwerfen. Fragen des Lebensstils, der weltanschaulichen Orientierung und des Wertebewusstseins werden tendenziell Angelegenheit der privaten Wahl. Die Biographie wird als Aufgabe in das Entscheiden und Handeln des

---

4 Vgl. etwa H.-J. Hohm, Urbane soziale Brennpunkte, Exklusion und soziale Hilfe, Wiesbaden 2003.

Individuums verlagert, das damit zugleich zum Drehbuchautor, Regisseur und Hauptdarsteller seiner Lebensgeschichte wird. Die Vermehrung der Handlungsmöglichkeiten, die Angebotsexplosion auf dem Erlebnismarkt, die Ausweitung der Konsumpotentiale und der Wegfall von Zugangsbarrieren nötigen das Individuum, nahezu im Alleingang „sein Glück zu machen“. „Nichts ist unmöglich“ – aber es herrscht Wahlzwang. Darum hat auch der Einzelne das Enttäuschungsrisiko selbst und allein zu tragen.

Viele Stadtmenschen leben als anlehnungsbedürftige Einzelgänger. Denn im rauen Wind der Individualisierung können sich zahlreiche Formen menschlichen Miteinanders, die ein fester Kodex sozialer Verbindlichkeiten auszeichnet, immer weniger am Leben erhalten. Dennoch hinterlässt die Individualisierung der Gesellschaft kein soziales Vakuum, vielmehr kristallisieren sich gerade in der Stadt neue Sozialtypen heraus. Ihre Merkmale sind zeitlich und räumlich begrenzte Kontakte, revidierbare Mitgliedschaften, partielle Identifikationen. Wie erzwungene Gemeinsamkeiten eine Individualisierungstendenz erzeugen, so weckt die Individualisierung des Lebens eine neue Bereitschaft zur Interaktion, ein neues Interesse an sozio-kulturellen Fixpunkten im Erlebnisstrom. Am deutlichsten wird dies in den urbanen „Szenen“, die um ein spezifisches Erlebnisangebot (Theater, Sport, Disco, Kunst) an festen Lokalitäten ein Stammespublikum und einen weiteren Kreis von Sympathisanten konstituieren. Szenen antworten auf die Frage, wie man in einer kaum überschaubaren sozialen Wirklichkeit Menschen mit ähnlichen Vorlieben und Abneigungen finden kann, ohne Abstriche an der eigenen Individualität machen zu müssen (d.h. sich vereinsmäßig organisieren zu müssen). „Szenen“ inszenieren Erlebnisse und sind Angebote, die eigene Individualität öffentlich und kollektiv zu stilisieren. Ausgestattet mit entsprechenden „lifestyle“-Angeboten scheinen sie jene Leerstellen füllen zu können, welche die ständigen Modernisierungsschübe im Verhältnis von Individuum und Gesellschaft hinterlassen. So ermöglichen sie einen nicht-individuellen Umgang mit Individualisierungszumutungen. Sie gewähren die doppelte Gnade, jemand zu sein und es nicht allein sein zu müssen.

## **Suchbewegungen: Religion in der Stadt**

Die Entwicklungen, welche Verlaufsform und Sozialgestalt der urbanen Moderne bestimmen, schlagen auch unmittelbar durch auf den Versuch, Funktion und Ort des Religiösen in der Stadt zu bestimmen. Hierzu zählen nicht allein Prozesse der Differenzierung, Pluralisierung und Individualisierung des Lebens oder die Hegemonie des Marktprinzips, sondern vor allem Prozesse der „Dekonstruktion“, d.h. des „zerlegenden Umbauens“ der überkommenen Kulturbestände. In der Wiederkehr des Religiösen in

der modernen Stadt jenseits der überkommenen religiösen Traditionen und Institutionen spiegeln sich diese Entwicklungen. Sie erklären auch die veränderten Erwartungen bestimmter Stadtbewohner an religiöse bzw. spirituelle Sinnofferten.

Religion ist vor allem in jenen Kreisen wieder im Trend, die sich zum einen von jeder Form institutionalisierter Religiosität längst abgewandt haben und sich in einem Verhältnis der permanenten Skepsis und Kritik gegenüber den christlichen „Amtskirchen“ befinden. Den Slogan der 1970er Jahre „Jesus ja – Kirche nein“ haben sie längst ersetzt durch die Überlegung: „Religiös? Warum nicht – aber wieso christlich?“ Das Spektrum der für sie interessantesten spirituellen Angebote reicht von synkretistischen Mythologien zur seelischen Innenarchitektur großstädtischer Singleexistenzen über esoterische Lebensstilszenarios bis hin zu buddhistischen Exerzitien. An diesen Phänomenen wird symptomatisch deutlich, dass die traditionelle lebensgeschichtlich-ordnende Funktion der Religion mit ihrer sozialintegrativen Komponente hinter ihre biographisch-reflexive Funktion mit ihrer Individualitätsverstärkenden Komponente zurücktritt. Die Nachfrage nach Religion äußert sich hier vor allem in der Suche nach einer neuen „Lebenskunst“, welche die Grundkonflikte und Reifungskrisen des Menschen kreativ zu bewältigen hilft, seine Lebenspraxis sinnhaft strukturieren kann und die Möglichkeit zur Vergewisserung der eigenen Identität gibt. Vom Religiösen erwartet man Auskunft auf die Frage, was es mit dem Leben eigentlich auf sich hat, worauf man es gründen kann, um Stand und Stehvermögen im Dasein zu gewinnen.

Dass diese „alten“ Sinnfragen gerade in der Stadt neu aufgeworfen werden, erklärt sich nicht zuletzt aus der Dialektik des Urbanen. Die moderne Stadt ist der Ort, an dem aufgrund immer kürzerer Intervalle von Moden, des raschen Stilwechsels und der schnellen Abfolge von „in/out“-Phasen das Passagere dominiert. Was heute aktuell ist, ist morgen passé. Die Mentalität der Großstädter/innen entwickelt sich entsprechend dieser Vielfalt und Vergänglichkeit, Buntheit und Vorläufigkeit des Erlebten. Es prägt sich eine „surfende“ Lebenseinstellung aus, wobei es darauf ankommt, jeweils auf der richtigen Welle zu reiten. Aber ebenso wie sie Bestehendes in Frage stellt, provoziert die Stadt beständig die Frage nach dem, was man nicht hinter sich bringen kann, will man vorankommen. Die moderne Stadt wird nicht wenigen Zeitgenossen bald „zu viel“, zu unübersichtlich und zu verworren. Zugleich bietet sie ihnen „zu wenig“, ist erst einmal die Trivialität dessen erkannt, was als der „letzte Schrei“ ausgegeben wird. Die moderne Stadt bietet ständig Neues, Anderes, Besseres und hinterlässt doch häufig bei jenen, die alles haben, dass ihnen etwas fehlt, auch wenn sie über alles Habhafte im Überfluss verfügen. Hier kann die Frage aufbrechen nach dem eigentlich Definitiven der Existenz, das sie nicht in einem ständigen „weiter so“ in Atem hält, sondern zu erfüllen (und vielleicht

sogar: zu vollenden) vermag. Im Religiösen erhofft man Antworten auf die Frage, ob es im Leben etwas gibt, das nicht wieder schlechtgemacht werden kann und bleibend vor dem Vergehen bewahrt bleibt. Gibt es Lebensspuren, die nicht mehr verwischen?

In der Stadt scheint das Glück auf der Straße zu liegen, aber viele Glückssucher landen in der Gosse. Wer mehr Glück und Erfolg hat, mag sich auf den Boulevards in diesem Erfolg sonnen oder sich selbstbewusst auf den Flaniermeilen bewegen. Sie sind überzeugt, dass jeder für sein Leben selbst verantwortlich ist – und ebenso für den Sinn des Lebens. Aber an allen, die es aus eigener Kraft im Leben zu etwas gebracht haben, nagt die Gewissheit: Wenn ich meinem Leben selbst einen Sinn geben muss, ist dieser Sinn ebenso vergänglich wie sein Stifter. Aber ist ein vergänglicher Sinn ein sinnvoller Sinn?

Natürlich lässt sich im urbanen Kontext diese Art der Nachdenklichkeit nicht in jedem Fall unmittelbar religiös anschlussfähig machen. Oft erschöpft sich diese Nachdenklichkeit in einem diffusen existenziellen Unbehagen. Aber die Anlässe hierfür häufen sich. Sie drängen sich auf aus dem politisch-ökonomischen Prozess der späten Moderne, aus den Zumutungen und Härten einer technisch-industriellen Kultur, aus der Zurückverlagerung der Bewältigung von Daseinsrisiken in die persönliche Lebenswelt, nachdem die staatlichen Sicherungssysteme an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gekommen sind: Was ist die Berechtigung menschlicher Existenz jenseits der Möglichkeit bzw. des Zwangs, durch Leistung oder Geld einen Platz in der Gesellschaft zu behaupten? Was ist der Sinn menschlichen Daseins, wenn der Mensch austauschbar geworden ist, wenn jeder andere an seine Stelle treten kann und wenn dies nicht nur für seine Berufsrolle gilt, sondern sogar für private, intime Beziehungen? Wie kann es der Mensch verwinden, dass seine Gedanken, Worte und Werke ihn nicht in der Welt halten können? Es ist nicht nur materielle Not, die in den Städten bisweilen zum Himmel schreit.

Wo in der Stadt „letzte“ Fragen gestellt werden, geschieht dies zwar oft diesseits und jenseits der etablierten religiösen Institutionen. Aber dies besagt nicht, dass die Religion an Faszination verloren hat, sondern dass die Kirchen an Anziehungskraft und Zuständigkeit für genuin religiöse Fragen eingebüßt haben. Hohe Aufmerksamkeitszuwächse verzeichnet die Esoterik. In den Buchhandlungen ist die Literatur aus dieser Sparte stärker vertreten als christliches Schrifttum. Die Nachfrage nach esoterischer „wellness“ kommt weniger aus dem von apokalyptischen Ängsten geplagten Kleinbürgertum (das eher zu Sekten à la Zeugen Jehovas tendiert) als aus der von Midlifekrisen bedrohten Mittelschicht, deren oberster Wert die Erhaltung ihres Leistungsvermögens und ihrer Selbstbehauptungsenergien ist. Der Typ des gebildeten und gut verdienenden Stadtbewohners sucht neben Kommerz und Karriere auch Kultur; er braucht ein spirituelles Sinn-

system, das seinem sozialen Status und Kontext entspricht. Erfolgverwöhnte Karrieristen, denen ihr beruflicher Aufstieg einiges an humaner Substanz gekostet hat, erfahren hier von der letzten großen Harmonie, welche den Kosmos durchwaltet und auch ihren Stress erträglich macht. Sie hören von unentdeckten Tiefenkräften, die in ihnen stecken und mit denen sie noch mehr aus sich machen können.

Auf dem städtischen Markt der Daseins- und Sinntherapeutika herrscht seit geraumer Zeit Gedränge und Konkurrenz. Auch Religion existiert in der Stadt nur noch im Plural – nach innen wie nach außen. Feste Zugehörigkeiten in autoritären Gemeinschaften gibt es zwar auch. Häufiger aber ist die Organisationsform der Szene, deren Angehörige auf eher unverbindliche Weise miteinander in Beziehung bleiben. Für beide Verhaltensmuster gibt es eine gemeinsame Erklärung: Moderne Gesellschaften sind multiple-choice-Gesellschaften. Es gibt nicht mehr nur eine Weise, ein richtiges Leben zu führen, sondern mehrere. Der moderne Mensch ist ein „homo optionis“, einer, der wird, was er/sie wählt. In der Stadt soll das Versprechen der Neuzeit in Erfüllung gehen, dass jedes Individuum ein eigener Mensch sein kann. Der hier entstandene weltanschauliche Pluralismus ermöglicht dem Individuum, endlich auch zum Souverän in Fragen der Religion zu werden. Nicht mehr Berufung und Bekehrung weisen den Weg zu einer religiösen Identität, sondern Entscheidung und Auswahl bzw. der Abgleich religiöser Angebote mit subjektiven Bedürfnislagen. Selbst eine weitgehende Abhängigkeit, wie sie etwa in fundamentalistischen Zirkeln nachweisbar ist, wird als Fremdkontrolle vom Individuum gesucht und gewollt. Auch die Unterwerfung unter Uniformität, selbst das Nicht-mehr-wählen-können, wird gewählt.

Stadtmenschen dehnen den in säkularen Angelegenheiten von ihnen geschätzten Plural an Entscheidungsmöglichkeiten und subjektiv wählbaren Optionen auch auf das Religiöse aus und wollen dieser Pluralität eigenhändig Rechnung tragen. Man/frau ist „selektiv“ religiös. Dabei erstreckt sich dieses Wahlhandeln sowohl auf Orte und Zeiten, die religiös unterlegt werden, als auch auf die Inhalte. Man/frau ist meist nur „auf Zeit“ religiös und womit diese Zeit gefüllt wird, ist Sache eigener Entscheidung. Manche sind auch nur vorübergehend religiös und suchen im Vorübergehen Bekanntschaft mit Meditation, Mythos und Metaphysik. Solchen Passanten in Sachen Religion kommt entgegen, dass die Differenzierung und Pluralisierung religiöser Sinnsysteme, d.h. die weltanschauliche und religiöse Multikulturalität der Städte, das Entstehen spiritueller Mischkulturen begünstigt. Sie binden sich nicht an Dogmen und fixe Lehrinhalte mit dem in ihren Augen obsoleten Unterscheidungscode „gläubig/ungläubig“. Vielmehr wählen sie aus der Vielfalt von moralischen Orientierungen und religiösen Symbolen das für sich aus bzw. arangieren es neu, was ihren jeweils aktuellen psychischen und ästheti-

schen Dispositionen entspricht. Viele setzen auch auf die spirituelle Selbstmedikation. Sie wissen selbst, was ihnen gut tut. Sie wollen Weisheit statt Dogma, Spiritualität statt Moral und suchen Sinn ohne doktrinaire Sinnsysteme. Ihre Nachfrage richtet sich auf Traditionen, mit denen sie selbst innovativ umgehen können. Und wenn die gewünschten Wirkungen ausbleiben, wechselt man den Anbieter und die Marke. Auch in Religionsdingen gibt es Pendler. Wo Menschen „en passant“ religiöse Interessen entwickeln, muss man auch mit religiöser Laufkundschaft rechnen.

## **Straßeneinsatz: Plädoyer für Passantenpastoral**

„Form follows function“ – dieser klassische Designergrundsatz ist auch bei einer sach- und zeitgemäßen Gestaltung pastoraler Konzepte zu beachten. Was in vielen Bereichen der „kategorialen“ Seelsorge (z. B. Krankenhauspastoral) mit Erfolg geschieht, wird im Kontext der Citypastoral noch immer kritisch beäugt: von den Strukturen und Funktionserfordernissen des jeweiligen sozialen Kontextes ausgehend den christlichen Glauben lebensdienlich zu vergegenwärtigen. Die Kirche tut sich in der modernen Stadt mit diesem Imperativ schwer, weil sie Ideale pflegt, die alle Anstrengungen auf überschaubare, gewachsene Gemeinschaften richten, in denen exklusiv eine unverkürzte Weitergabe des Glaubens möglich sein soll. Die Frage ist jedoch, ob gerade die Orientierung am Parochial- bzw. Gemeindeprinzip nicht jene Notwendigkeiten übersieht und jene Chancen verspielt, die mit den Kommunikationsmöglichkeiten urbaner Öffentlichkeit gegeben sind.<sup>5</sup> Gerade um ihrer Funktion willen, Öffentlichkeitsarbeit für das Evangelium zu leisten, darf sich die Kirche nicht begnügen mit Formen milieugebundenen Zusammenseins und vereinshafter Geselligkeit. Sie muss sich vielmehr einlassen auf die Extrovertiertheit des Stadtlebens und dem Spezifischen urbaner Kommunikation Rechnung tragen: der permanente Wettbewerb um Aufmerksamkeit, die Dominanz befristeter Beziehungen und die Zunahme passagerer Bindungen. Sich unter diesen Bedingungen des eigenen Auftrages neu zu vergewissern, markiert für die Kirche eine zentrale theologische und pastorale Aufgabe der Gegenwart. Der

---

5 Erst allmählich mehren sich theologische Konzepte und pastoraler Mut, nach neuen urbanen Sozialformen des Christentums zu suchen. Vgl. dazu etwa W. Grünberg, *Die Sprache der Stadt. Skizzen zur Großstadtkirche*, Leipzig 2004; U. Pohl-Patalong (Hg.), *Kirchliche Strukturen im Plural*, Schenefeld 2004; E. Purk (Hg.), *Ortswechsel. Auf neue Art Kirche sein*, Stuttgart 2003; ders. (Hg.), *Herausforderung Großstadt*, Frankfurt/M. 1999; U. Engel, *City-Seelsorge*, Leipzig 1998; C. Bäumler, *Menschlich leben in der verstädterten Gesellschaft*, Gütersloh 1993; H. W. Dannowski u. a. (Hg.), *Kirche in der Stadt*. Bd. 1–9, Hamburg 1991–1998.

Handlungsdruck nimmt zu durch den demographischen Wandel, vor allem durch den Bevölkerungsrückgang in Innenstädten, der mit sinkenden Mitgliederzahlen der Kirchengemeinden sowie steigenden Unterhaltungskosten der Kirchengebäude bei abnehmenden Finanzmitteln einhergeht und nach neuen Nutzungskonzepten auch für kirchliche Sakralbauten verlangt. Die Hauptaufgabe von Citykirchen kann nicht mehr die flächendeckende Versorgung möglichst vieler Gemeindemitglieder sein. Wo man sie von Seiten der Kirchenleitungen behalten und erhalten will, muss man ihnen neue Funktionen geben, die über ihre bisherige gemeindepastorale, parochiale Zuständigkeit hinausgehen.<sup>6</sup> Vor allem gilt es dabei, sich neu die Zielgruppe der „Pendler“ und „Passanten“ zu öffnen und neue Formate kirchlicher Realpräsenz in der Stadt zu entwickeln. Die folgenden Thesen und Postulate zum Projekt einer „Passantenpastoral“<sup>7</sup> sollen die Konturen dieser Herausforderung näher bestimmen.

(1) In der Stadt ist die Nähe ihrer Bürger/innen zur Religion in der Regel nicht mehr durch Traditionen vermittelt und durch Fixpunkte in der Familienbiographie (Taufe, Konfirmation, Heirat) abgestützt, sondern meist situativ bedingt und begrenzt. Religiöse Passanten sind „von Zeit zu Zeit“ religiös – ähnlich wie sie „auf Zeit“ politisch sind (z. B. in einer Bürgerinitiative mitarbeiten). Sie lassen sich daher nicht auf Dauer in bestimmte religiöse Gemeinschaften „eingemeinden“. Religiöse Pendler, Passanten und Flaneure können darum mit den Möglichkeiten der Gemeindepastoral auch nicht mehr erreicht werden. Sollen sie seitens der Kirche nicht gänzlich abgeschrieben werden, muss subsidiär zur Gemeindepastoral nach Formen und Wegen gesucht werden, die der „passageren“ Verfassung ihrer Religiosität entsprechen. Kaum anders kann man auch der kirchlichen Milieuverengung entgegenwirken, die daraus entstanden ist, dass in (Pastoral-)Theologie und Praxis der ideale Christ ein Gemeindechrist sein muss und die ideale Gemeinde sich über kommunitär verfasste Zugehörigkeit konstituiert. Eine solche Gleichsetzung bedeutet im Kontext einer wachsenden Pluralisierung bzw. Individualisierung des sozialen Lebens eine Selbstbehinderung bei dem Bemühen um die Inkulturation des Evangeliums. Je mehr die Kirche in ihren Pastoralkonzeptionen auf die sozial-integrative Funktion der Kirchengemeinden setzt, um so mehr erschwert

6 Vgl. hierzu die ausführliche Studie von F. W. Löwe, *Das Problem der Citykirchen unter dem Aspekt der urbanen Gemeinstruktur*, Münster 1999.

7 Diese Thesen bilden die „Quersumme“ folgender Überlegungen zur „Passantenpastoral“: H.-J. Höhn, *Vorübergehend religiös?*, in: E. Purk (Hg.), *Ortswechsel*, 38–47; ders., *Flüchtige Bekannte?!*, in: *LebSeel* 51, 2000, 229–233; ders., *Kirche ohne Gemeinde?*, in: E. Purk (Hg.), *Herausforderung Großstadt*, 45–66; ders., *„Wir lernen das Eigene besser im Streit mit dem Fremden!“ Christentum und urbane Öffentlichkeit*, in: K. Hillenbrand/B. Nichtweiß (Hg.), *Aus der Hitze des Tages*, Würzburg 1996, 193–207.

sie paradoxerweise ihre Integration in eine hochgradig individualisierte Gesellschaft. Durch die Bindung an einen überschaubaren intensiven Gemeindebetrieb verlangt die Kirche von allen Beteiligten einen Grad an Gemeinsamkeiten, wie er vorzugsweise in den geschlossenen Sozialmilieus der bürgerlichen Mittelschicht antreffbar ist, aber viele Menschen mit anderen Lebensführungsmustern „außen vor“ lässt. Nach urchristlichem Vorbild aber ist es zu wenig, nur mit den „Gottesfürchtigen“ Gespräche zu führen. Zu reden ist auch „täglich auf dem Markt mit denen, die gerade zugegen“ sind (Apg 17,17) und entweder „en passant“ mit dem Evangelium in Kontakt treten – oder überhaupt nicht. Die Wahrnehmung der Wirklichkeit Gottes kann durchaus im Moment des „Vorübergehens“ bestehen – im Erleben einer diskreten, voraussetzungslosen Zuwendung (vgl. Gen 18,1ff.).

(2) Kirchengemeinden bleiben sicher auch in Zukunft wichtig für die religiöse Beheimatung der Christen. Als christliche Sozialstationen in einer zuweilen unsozialen Gesellschaft dienen sie der Selbstentfaltung des Subjekts in seinen sozialen Primärbezügen und der Verortung des Evangeliums in diesen Primärbezügen. Die sozialen, politischen und kulturellen Besonderheiten urbanen Lebens blieben jedoch ebenso gründlich verkannt, wenn es bei dieser Korrelation von Leben und Glauben bliebe. Die Notwendigkeit einer Pastoral, die Passagen, Übergänge und Transfers zwischen den unterschiedlichen Lebens- und Handlungswelten des modernen Menschen herstellt, indem ihre Träger selbst in diesen Passagen antreffbar sind, ergibt sich soziologisch aus strukturellen Veränderungen der Lebensführung, die kirchlich unbeeinflussbar sind. Die Einheit von Wohnen, Arbeit und Freizeit hat sich räumlich aufgesplittert, der Lebensraum ist immer weniger auf das Stadtviertel beschränkt. Im sozialen Nahbereich trifft man zunehmend Menschen, mit denen man kaum mehr teilt, als benachbarte Häuser zu bewohnen. Wo Sozialbeziehungen individuell wählbar geworden sind und über räumliche Distanzen hinweg mit einem Optimum an Mobilität und an medialer Kommunikation gepflegt werden können, entstehen soziale Netzwerke und Szenen, die längst von festen räumlichen Bezügen entkoppelt sind. Will die Kirche für solche Pendler und Passanten ansprechbar sein, muss sie verstärkt diesseits und jenseits der Pfarrgemeinden präsent sein in den „Zwischenräumen“ jener pluralen Lebenswelten, in denen sich die Menschen heute bewegen.<sup>8</sup> Darüber hinaus ist jene „bipolare“ Identität zu beachten, welche Städter pflegen: Sie sind in einem bestimmten Stadtviertel oder Stadtteil beheimatet, aber schätzen und suchen neben dieser lokalen Sphäre stets auch die Dimension des Großen und Ganzen einer Stadt, das sich meist im Innenstadtbereich

---

<sup>8</sup> Vgl. M. N. Ebertz, *Aufbruch in der Kirche. Anstöße für ein zukunftsfähiges Christentum*, Freiburg u. a. 2003.



reich mit den großen Plätzen und historischen Gebäuden manifestiert. Hier finden in der Regel die großen Open-air-Veranstaltungen statt, hier ist der Ort für politische Kundgebungen, hier ist das Ziel für den City-Marathon aufgebaut.

(3) Wenn die Kirche solche urbanen Räume mitgestalten oder dort antreffbar sein will, ist nicht nur ein Ortswechsel, sondern auch eine Umstellung des pastoralen Stils unumgänglich. Sie muss ihre angestammten Immobilien verlassen und „Straßeneinsätze“ riskieren, will sie dem modernen „homo viator“ begegnen. Inmitten der Fußgängerzonen muss sie religiöse Passagen einrichten, die in ihrer Bausprache bereits das andeuten, was hier Sache ist. Diese Räume müssen Foyer-, Studio-, Ateliercharakter tragen, die Unterschiede von „drinnen“ und „draußen“ fließend machen. Wer sie betritt, fühlt sich nicht vereinnahmt und kann Nähe und Distanz zum Geschehen selbst bestimmen. Der Struktur dieser Räume muss auch das Format der darin antreffbaren Themen und ihrer Bearbeitung entsprechen. Zu thematisieren ist, was jeweils „Stadtgespräch“ ist und darum den Gegenstand christlicher Zeitgenossenschaft ausmacht. Und was solchermaßen „an der Zeit ist“, gilt es aufzubereiten über die Hermeneutik einer „urban theology“, die Theologie nicht mit den Mitteln von Dogma und Moral treibt, sondern im Stil soziologischer Zeitdiagnose arbeitet, sich um politische Urteilskraft bemüht und zu ästhetischen Installationen des Evangeliums fähig ist. Hier muss sich zeigen, ob man als Kirche wieder „satisfaktionsfähig“ wird für die Avantgarden der Stadtkultur, die sich von einer christlichen Zeitansage herausfordern lassen. Und ebenso sollte hier in Stil und Genus neben der Form des politischen Diskurses, des Infotainment, der ästhetischen Provokation noch eine andere Rede über die Stadt geführt werden können – etwa in der Weise, dass sie „ins Gebet genommen“ wird und zu bestimmten Tagzeiten innovative Formen des „Stundengebetes“ oder ein „politisches Nachtgebet“ praktiziert werden.

(4) Passantenpastoral muss ein Angebot der Kirche in der Stadt für die Stadt sein. Sie lädt kirchenferne Zeitgenossen ein, an Veranstaltungen teilzunehmen, die das Leben in der Stadt spirituell dechiffrieren wollen. Sie schafft Orte der Konzentration in einem Umfeld, das auf unterhaltsame Zerstreuung abzielt und alle Lebensinhalte auf ihre Marktgängigkeit, ästhetischen Reiz oder Erlebnisintensität testet. Hier können diejenigen Station machen, die spirituell entwurzelt sind, sich zur Konfession der Skeptiker rechnen und sich dennoch religiöse Neugier bewahrt haben. Hier können sich diejenigen einfinden, welchen die üblichen dogmatischen und kirchenrechtlichen Bedingungen zur Teilnahme am kirchlichen Gemeindeleben eine zu hohe Schwelle bedeuten. Passantenpastoral lebt von der Fähigkeit auf seiten der Kirche, Räume und Zeiten freizuhalten, in denen sie selbst sich als resonanzfähig für die vielfältigen Suchbewegungen

erweisen kann, die sich den ethisch-spirituellen Erblindungstendenzen des Säkularen widersetzen. Hier kann die Kirche auch ihrer Selbstverpflichtung zu einer „kulturellen Diakonie“ an der Gesellschaft nachkommen. Passantenpastoral kann und muss auch Sozialpastoral sein.<sup>9</sup>

(5) Passantenpastoral ist hinsichtlich ihrer Organisationsform vor allem „Szenenpastoral“. Resonanz finden ihre Programme nur dann, wenn ihre Themen von der Straße und aus den städtischen Szenen kommen und die Träger ihrer Umsetzung sich durch entsprechende Eigenschaften auszeichnen. Sie müssen eher die Merkmale neugieriger Flaneure, Surfer und Grenzgänger aufweisen, als sich durch soziale und ideologische Sesshaftigkeit auszeichnen. Nötig ist daher von seiten des kirchlich sich manifestierenden Christentums die Entdeckung und Förderung von Charismen der Extrovertiertheit. Dazu braucht es Charaktere von der Art der Spurensucher und Scouts, der Vor- und Querdenker, der Kundschafter und „Fremdenführer“, die zu den religiösen Ressourcen des Lebens in der Stadt führen. Gesucht sind religiös-säkulare Doppelsexistenzen, spirituelle Vernetzungstalente und dogmatische Nestflüchter, die den Glauben derart „veröffentlichen“, dass sie keinen Glaubenssatz aussprechen, den sie nicht zuvor der kalten Luft der Glaubens- und Kirchenkritik ausgesetzt haben. Dass ihre Adressaten unter dem Doppeldiktat von Zeitmangel und Zeitdruck stehen, setzt die Vertreter des Christentums unter Präzisionsdruck: Sie müssen sich beeilen. Der Wartezeit zwischen zwei S-Bahnen muss genügen, um auf den Punkt zu kommen und einprägsam zu bestimmen, was im Christentum Sache ist. Vollmundiges Geschwafel, fromme Phrasen und der Gestus der Besser- und Alleswisserei haben hier keine Chance.

(6) Neue Versuche, das Christliche im Urbanen zu behaupten, können nur gelingen, wenn sie eine Innovation im Verhältnis von Kirche und Stadt darstellen und Alternativen zu bisherigen Formen kirchlicher Präsenz in der Stadt entwickeln. Eine Form der herkömmlichen Antreffbarkeit bildet die *architektonische Präsenz*, die auf Dauer eher die Selbstmusealisierung des Christentums befördert. Wo und wenn sie ihrer ursprünglichen Bestimmung gemäß genutzt werden, gelten Regeln, die den säkularen Kirchenbesucher leicht zum „Kirchenfremden“ machen, weil sie ihm plötzlich ein Verhalten untersagen, das geeignet schien, sich bislang Unvertrautes und Unbekanntes zu erschließen: „Das Umhergehen ist während des Gottesdienstes nicht gestattet!“ – eine in deutschen Domen häufig aufgestellte Verbotstafel. „Nur für Beter!“ – ein ebenso häufig angebrachtes Gebots- bzw. Warnschild. Gottesdienste finden hinter verschlossenen Türen statt. Viele Zeitgenossen innerhalb und außerhalb der Kirche möchten, dass die Kirche eine geschlossene Gesellschaft bleibt, in der es nach eige-

---

9 Vgl. hierzu etwa N. Mette, „Inkarnation“ in die Stadt – Diakonie, in: A. Herzig/B. Sauermost (Hg.), ... unterm Himmel über Berlin, Berlin 2001, 123–126.

nen Regeln zugeht. Für die einen ist der Umstand, dass das Religiöse seine eigenen Regeln braucht, um sein Proprium darzustellen, Grund genug, um daraus die Normen zu machen, welche die „Kirchenfernen“ erst einmal erfüllen müssen, wollen sie in Kontakt treten mit dem Christlichen. Für die anderen ist derselbe Umstand Grund genug, Religion am Ende nur für eine Angelegenheit von Menschen zu halten, die mit den Regeln des Säkularen nicht zurechtkommen.

Die andere Form einer Antreffbarkeit von Kirchen in der Stadt ist ihre *caritativ-diakonische Präsenz*. Hierzu zählen die vielen Projekte der Sozialpastoral. Beratungsstellen, Sozialarbeit, Therapieeinrichtungen. Die Kirche ist hier an der Seite derer, die nicht mehr mithalten können mit der Stadtgesellschaft; sie steht auf der Seite der Ausgegrenzten, Außenseiter und Randexistenzen. Viele Zeitgenossen möchten, dass sie dort bleibt, dass sie Sozialstationen unterhält und selbst Station macht am Rande der Gesellschaft. Auf diese Weise lässt sich eine politisch-soziale Glaubenspraxis leicht entpolitisieren. Eine an der sozialen Peripherie stationierte Kirche stört nicht – im Gegenteil: sie entschärft das soziale Störpotential der Randgruppen

Für die Wahrnehmung christlicher Zeitgenossenschaft genügt es aber nicht, als stumme Zeugen aufzutreten. Und es reicht auch nicht, sich abseits der großen Straßen und Plätze derer anzunehmen, die ins soziale und politische Abseits geraten sind. Hier ist eine andere Form der Selbstvergegenwärtigung des Evangeliums bzw. der Korrelation von Religiosität und Urbanität angezeigt. Es geht darum, das Evangelium aus dem Halbdunkel der katedralen Seitenkapellen herauszuholen und ebenso die an die Peripherie gedrängte Armut dort sichtbar zu machen, wo man üblicherweise mit ganz anderen Dingen beschäftigt ist: im Zentrum der Städte. Nicht für eine „Vorfeldpastoral“ wird hier plädiert, nicht für die Errichtung vorge-schobener Posten einer „Neuevangelisierung“ der Gesellschaft wird hier geworben. Gefragt ist die Fähigkeit von seiten der Kirche, Räume und Zeiten freizuhalten, in denen sie sich selbst als resonanzfähig für die vielfältigen Suchbewegungen in der Stadt erweisen kann, die sich den ethisch-spirituellen Erblindungstendenzen des Säkularen widersetzen und seine ökonomisch-politischen Verkrustungen durchbrechen wollen.

Sich unter urbanen Interaktionsbedingungen zu behaupten, bedeutet bei einem prinzipiell unabschließbaren Publikum Aufmerksamkeit zu suchen. Die Stadt liebt und begünstigt alles, was medial darstellbar und reproduzierbar ist. Die City lockt über die Sinne und lässt den Aufenthalt in ihr zu einem sinnlichen Erlebnis werden. Sich widerständig darauf einzulassen bedeutet vor allem einen anderen Umgang mit den überlieferten Symbolbeständen des Christentums, als diese nur auf dogmatische Wahrheitsbehauptungen und moralische Sollensansprüche festzulegen. Es geht hier nicht darum, ästhetisch reizvolle Unterbrechungen des Tagesgeschäf-

tes zu arrangieren. Aber es kommt darauf an, nicht „sinnenlos“ über das zu reden, was ein sinnvolles Leben ausmachen kann. Ohne Beteiligung der Sinne kommt dem Menschen nichts in den Sinn, was sein Dasein und das Evangelium zustimmungsfähig macht. Viel von der Attraktivitätsschwäche des Christentums resultiert aus dem mangelnden Vermögen (oder Willen), eine Alternative zur dogmatischen oder moralischen Glaubensrede zu pflegen. Der christliche Glaube geht jedoch nicht darin auf, um ihn zu wissen und gemäß diesem Wissen zu leben. Er erschöpft sich nicht in dogmatischen Wissens- und moralischen Tatbeständen. Er kommt nicht bloß vom Hören und Sagen (vgl. Röm 10,17), sondern lässt sich auch mit allen anderen Sinnen auf seine Spur bringen, über die es der Mensch zu spüren bekommt, was das Evangelium für sein Leben bedeuten kann. Darum bedarf es sinnenfälliger Inszenierungen des Evangeliums, sein Sinngehalt muss auch ästhetisch zugänglich werden. Warum sollte man nicht versuchen, kirchliche Symbolhandlungen (z. B. Segensfeiern) darauf zu befragen, inwieweit sie eine ästhetische „performance“ des Evangeliums erlauben, bei der religiösen Passanten etwas zugesprochen wird, anstatt dass stets nur dogmatisch oder moralisch über etwas gesprochen wird?

Der christliche Glaube wird ohne Ästhetik und Symbolik kulturell unsichtbar. Allerdings darf er sich gerade in der Stadt nicht zum Agenten einer Ästhetisierung machen lassen, die letztlich in die Anästhesie führt, d.h. Unempfindlichkeit erzeugt, die Sinne betäubt durch ständige ästhetische Überdrehtheit. Es gilt, den urbanen Ästhetisierungsstrubel zur rechten Zeit zu durchbrechen und für das zu sensibilisieren, was in den Städten an Sinnressourcen verloren zu gehen droht oder übersehen wird. Ein eindrucksvolles Beispiel solcher Ästhetik „von unten“ ist die sogenannte „Klagemauer“ am Kölner Dom gewesen. Entstanden zur Zeit des Golfkrieges (1991) und misstrauisch beäugt von der kirchlichen ebenso wie von der kommunalen Obrigkeit ist die Klagemauer ein Ort der Provokation, der Kritik und des Gebetes geworden. Auf Blättern im Format DIN A4, befestigt an Wäscheleinen, waren die großen Sorgen, Hoffnungen und Träume der kleinen Leute zu lesen: der Protest der Wohnsitzlosen gegen ihre Vertreibung aus U-Bahnschächten ebenso wie die Zukunftshoffnungen junger Touristen, Zeitungsausschnitte, selbstgemachte Collagen, Notrufe und Appelle, Poesie und Polemik, nie künstlerisch ambitioniert, dafür authentischer Ausdruck des „Unbeholfenen“. Hier ereignete sich keine ästhetische Hochkultur, sondern die Ästhetik des Rinnsteins. Hier vergegenwärtigte sich die Szene der Gutwilligen und der Störenfriede, der Träumer und der Provokateure. Einer solchen urbanen „Szene“ sollte sich die Kirche öffnen. Auch für sie gilt es, aufmerksam zu machen auf die vielen blinden Flecke einer Gesellschaft, in der es darauf ankommt, es den anderen zu „zeigen“. Das Christentum stellt die Frage, was Menschen fehlt, die alles haben, und die Kirche muss auf seiten derer stehen, die nichts vorzeigen können. Die

politische Ästhetik, welche die Kirche in der Stadt hervorzubringen hat, ist die Ästhetik der Übersehenen und nach bürgerlichen Maßstäben Unansehnlichen.





## **Ulrich Krempel**

**Fremde. Alte. Niedersachsen.  
Kultur als Sinnstifter in einer anderen Stadt**

### **Voraussetzung**

Demographischer Wandel – wir alle folgen heute in unserer Besorgnisarbeit der Feststellung, dass unsere Gesellschaften schrumpfen und zugleich älter werden. Im Zusammenhang damit diskutieren wir Krisen; die der Vollbeschäftigung, der Renten, der Pflegeversicherung. Wenige sprechen vom steigenden Alter als einem Erfolg unserer gemeinsamen Anstrengungen auf Verbesserung der Gesundheit, Bekämpfung von Krankheiten und Hunger, Erhöhung von Hygiene und Arbeitssicherheit. Und wer spricht heute von der Chance des Alters, davon, einen langen Lebensprozess eben nicht nur als lineares Verstreichen von Zeit mit schließlichem Ableben zu begreifen, sondern als ansteigende Bewegung mit abschließender Sammlungs- und Besinnungsphase, mit einer sinnhaften und sinnstiftenden Phase des Verweilens im Hier und Jetzt, die gelebtes Leben sinnreich abschließt und den zurückliegenden Lebensetappen einen Sinn zu geben vermag?

Ein weiterer Teil des Personals der Krise sind die Jungen. Weniger noch als die Alten reden sie selbst, sehen wir einmal von den alterslosen, gebrochenen Gestalten der Berufsjugendlichen aus der Politik ab, die populäre Bestrafungen der Alten durch Verweigern von lebenserhaltenden Operationen, künstlichen Hüftgelenken, vierten Zähnen oder Pflegepersonal fordern. Mehr oder weniger scheinen auch die Jungen mit dem Leben be-

schäftigt, dem schwieriger werdenden Berufsleben, der steigenden Arbeits- und Perspektivlosigkeit, dem Werteverlust in der Gesellschaft. So, die machen also weniger Kinder denn je, in Gesellschaften, in denen doch gesellschaftlicher und allgemeiner Reichtum allenthalben zu spüren ist? Aber sind das nicht Gesellschaften, in denen Kinderversorgung und Schulversagen längst wieder privatisiert werden, sprich den jungen Müttern anheim gegeben, und in denen längst niemand mehr stolz ist auf die Teilhabe möglichst vieler junger Frauen am Arbeitsprozess? Laufen hier nicht allgemeine Ausbildung und gesellschaftliche Rollenmodelle längst wieder gegeneinander? Warum und wie eigentlich sollte eine junge Frau, die nicht nur Hausfrau und Mutter sein will, Kinder unter extrem hoher persönlicher Belastung und unter Verlusten im persönlichen Leben wie im Beruf in die Welt setzen, aufziehen und auf Jahrzehnte die Versäumnisse unserer Gesellschaft im Erziehungsbereich immer wieder persönlich ausgleichen?

Insgesamt scheint mir, dass in unseren Diskussionen vor allem Veränderungen unliebsamer Art beschworen werden: etwa die Vermeidung des Regeltodes im immer länger andauernden Leben. Da entzieht sich heute bereits eine ganze Generation unerwünschter Alter ihrem gewünschten Regeltod und lebt einfach länger als geplant, länger als vorhergesehen. Zugleich entziehen sich junge Generationen dem Zwang zur Reproduktion in einer kinderunfreundlichen Welt. Die Geburtenzahlen sinken. Das hat in Relation miteinander zumindest einen positiven Aspekt: die länger lebenden Alten nehmen keinem ungeborenen Kind Lebensraum weg. Platz ist für alle da. Zum ersten Mal seit vielen Jahren schrumpfen unsere Städte, stehen Häuser und Wohnungen leer, werden Stadtteile geschlossen und nicht nur Arbeitsplätze vernichtet.

Gigantische Erbsummen wechseln heute die Besitzer, von der Generation der Eltern auf die Kinder, sagen die Zeitungen. Niemand kann mehr die Renten der Zukunft bezahlen, sagen die Politiker. Wir können den Alten nicht mehr das geben, was wir ihnen versprochen und wofür sie ein Leben lang zahlten, denn die Kassen sind leer, sagen die Rentenpolitiker. Die Renditen steigen wie nie zuvor, sagt der Wirtschaftsteil der Zeitungen. Um den shareholder-value zu steigern, müssen wir Kostenfaktoren minimieren und 200, 1.200, 6.000 Leute entlassen, sagen die Vorstände der Aktiengesellschaften. Lehrstellen fehlen, gemeinsam müssen wir sie schaffen, damit die Jugend eine Perspektive hat, sagen Politik und Mittelstand.

Vom Sinn des Lebens, vom Ablauf der Lebensalter in geordneter Folge, eingebettet in ein kulturelles Umfeld, das Sicherheit und Sinn stiftet, redet niemand, während sich die Verhältnisse schnell ändern. Aber die Menschen suchen ihre Wege und den Sinn ihres Lebens, erleben das Älterwerden als Prozess vieler Aspekte, sind als Alte heute jünger denn je zuvor. Alter ist nicht der alte Mann mit dem Holzschüsselchen auf der Ofenbank.



Die Alten entscheiden die Wahlen, die Alten horten das Geld und den Besitz, die Alten (und hier die alten Männer) regieren uns, minimieren anderen Alten die Renten, die diese auf Mallorca verleben.

## **Der Freiraum als Vorgarten des Sachzwangs**

Gut, dass alles seine Ordnung hat; Ordnungswidrigkeiten werden mit Ordnungsstrafen von Ordnungshütern geahndet. Straßenverkehrsordnung, Friedhofsordnung, Kleiderordnung, Benutzungsordnung, Verordnung, Anordnung, Unterordnung. Der Rechtsverkehr führt zum Kreisverkehr. Von hier schließen die Einbahnstraßen an, jede hat einen Anfang und ein Ende. Das Leben beginnt mit der Kindheit, es folgen Jugend, Teenyzeit, die Twenties, die Dreißiger, die flotten Vierziger, Golden Fifties, Rente, Abschreibung; zwischendurch die Hindernisse auf diesem Parcours: die Schule, der Abschluss, der Beruf, die Arbeitslosigkeit, die Midlifecrisis, der Aufstieg, der Abstieg, die besonnenen Jahre des Alters.

Die Stadt existiert nur im Erdgeschoss. Einkaufsstraße, Fußgängerzone, Schaufenster, Namenszüge in Neon, der Blick nach oben endet im Innern einer Plastikmarkise. Die Tageszeiten haben sich verändert. In der Straßenbahn wünscht eine Frau der Nachbarin einen schönen Einkauf. An den Verkaufsiseln geht der Blick bis zur Augenhöhe über die Waren hinweg. Glücksgefühle im Zugreifen. An den Rändern sind die Straßen begehbar. Zwischen Hundescheiße und Autostoßstange liegt der Fußweg zu den Bezugspunkten der Gehenden. Wo steht denn der Wagen?

Vom Kaufhaus ins Parkhaus, von der Garage ins Wohnhaus, ins Hochhaus, ins Mehrfamilienhaus, ins Einfamilienhaus, ins Bürohaus, in die Architektenkammer. Es hat doch alles seine Ordnung, unsere Städte sind entsprechend organisiert. Wohngebiet, Industriegebiet, Zentrum, Einkaufszentrum, Grünegebiet, Gewerbegebiet, Vergnügungsviertel, Naherholungsgebiet, Schlafstadt, Innenstadt, Stadtrand, Verkehrsführung, Verkehrsberuhigung.

Der Freiraum ist der Vorgarten des Sachzwangs: wir wählen aus breiten Paletten. Das Angebot ist super, überwältigend, einmalig, besonders. Das ist die neue Wahlpflicht, aber je nachdem haben wir die Wahl zwischen Pflicht und Kür, zwischen Möbelring, IKEA und Knoll. Die Wahlbeteiligung liegt hoch.

Da die Dinge leider schon sie selber sind, verstecken sich die Möglichkeiten der Wahl im Äußeren. Wer in die Dinge nicht hineinsieht, schaut auf das Aussehen. Weil die Gefriertruhe eine Gefriertruhe ist, sieht sie so nicht aus. Als deutsche Bauerntruhe erst ist sie eingliederbar ins familiäre Ensemble und harmonisiert mit der Eckbank, der altdeutschen Einbauküche. Auf der Flucht vor der Funktionalität der kubischen Welt steigern wir

die Bandbreite ihrer kreativen Dekoration, im Kleinen wie im Großen; denn was schon nicht schön ist, kann wenigstens beschönigt werden.

Unsere Häuser, Kinder von Deutscher Industrie-Norm und Transportbeton, sind nicht unsere Häuser. Sie sind statisch und reagieren nicht auf den Wunsch nach Veränderungen. Beauftragt von Auftraggebern, deren Kostenaufgaben an Stelle unserer Bedürfnisse stehen, gebaut von Büros hinter Namen, die für eine bestimmte Verpackung stehen. Die Ästhetik des Außen kaschiert die genormten Vorgaben des Innens; der Erker kehrt zurück, weil die Stilfrage an die Stelle der Sinnfrage getreten ist. Wir brauchen die Erker und Türmchen, weil sie eine Entwicklung vorgeben, die unsere Entqualifizierung bemäntelt. Der black-box-Effekt der Elektronik an Stelle der einsehbaren Funktionalität der Mechanik verlangt nach der Zierform, die über unseren Verlust an konkretem Wissen und Verstehen gestülpt wird. So kommt die Postmoderne mit Computer und Verkabelung gemeinsam daher.

Wer da noch am Traum von der Einsehbarkeit funktionaler Zusammenhänge festhält, steht gegen den Strom. Wer von Bedürfnissen träumt, die er sich und anderen realisieren will, ist stillos. Wer nicht mittut bei der neuen Emotionalität, handelt verdächtig und gegen den Wettbewerb. Denn unser Dorf soll schöner werden, im Vorgarten der Sachzwänge sollen viele Blümchen blühen, treu, deutsch und selbstbewusst.

So sitzen wir da, im Reiheneigenheim aus Fertigteilen und Biedersinn, und haben unsere Option auf die Zukunft eingetauscht gegen das allgemeine Übergewicht. Nicht nur in den amerikanischen Serienkrimis klingelt immer dasselbe Telefon. Wir sitzen am anderen Ende des Kabels, alles fließt auf uns zu, und blicken begeistert in die schöne graue Zukunft. Hinter uns das unerschöpfliche Bildungsrepertoire, als Zuflucht, neben der Wand aus deutschem Glasbaustein. Die Krise ist im Kopf angelangt, macht müde und ideenlos. Beim Klassentreffen geht es um unser aller Weißtdu noch, und wann war das eigentlich genau, als wir uns selber verwirklichen wollten, als da Ziele waren, die vorwärts führten und nicht zurück?

## **Stadt**

Die jungen Familien mit Kindern verlassen die Stadt und kehren doch schließlich aus der Einöde der Vorstädte in die Stadtteile zurück. Oder die Kinder kehren in die Stadt zurück, zu Studium und Ausbildung. Oder die Eltern im beginnenden Alter nach dem Weggang der Kinder.

Die Alten konzentrieren sich auf die Stadt zum Leben und Sterben. Sie zieht es in die Versorgungseinheiten, die ihnen das Überleben im immer älteren Alter ermöglichen.

Ein Teil der Armut heißt Hartz IV und lebt in den Vorstädten, im sozialen Wohnungsbau. Diese Armut ist eine internationale, ist deutsch türkisch kurdisch albanisch serbisch kroatisch. In der Chancenlosigkeit der Kinder gleichen sich die nationalen Unterschiede einander an. All diese Menschen sind wenig gebildet und haben geringen persönlichen Reichtum.

Die Armut der Obdachlosen zieht es in die Stadt, an die Orte der Kommunikation, der Drogen und ihres langsamen öffentlichen Todes.

Gruppen treffen sich in der Stadt, denen die Stadt ansonsten nicht gehört: Jugendliche, die allmählich zur Randgruppe in der Gesellschaft werden. Kinder, die die Stadt erkunden. Fremde, die sich für eine Weile im kulturellen Kontext ihres Herkunftslandes bewegen wollen. Das Umland fährt in die Stadt zum Einkaufen, zum Erleben von Kultur.

Die Stadt gehört in Zukunft wieder den Menschen.

Die Stadt schenkt die Möglichkeit, dem Alleinsein zu entgehen. Sie schenkt Räume, in denen Soziales und Kulturelles kommunizierbar wird. Da treffen sich die Aussteiger und Herausgefallenen, sitzen beieinander wie früher die Alten unter der Dorflinde. Die Punker mit ihren Hunden und Flaschen, ihrer Musik, ihrem bettelnden Ansprechen. Die Stadt ist da für die Obdachlosen, die Alleinstehenden, die Familienlosen. Die Ausländer. Die Frauen. Die Jugendlichen. Die Kinder. Die Kirchgänger. Die Moscheebesucher. Die Synagogenbesucher. Die Sporttreibenden. Die Kinogänger. Die Konzertbesucher. Die Museumsgänger. Die Brauchtumtreibenden.

Alle Gruppen finden sich hier. Bedürfnisse aller Art werden versorgt und entsorgt: von der mitmenschlichen Kommunikation bis zur Religion und zur Kultur. Von der Domestizierung des Negativen, aber notwendigen (Armut, Prostitution) bis hin zur Bevorratung des Hochpositiven (Bauwerke höchster gemeinsamer Identifikation, Kirchen, Paläste, Museen, Ämter) findet sich in den Vierteln der Stadt alles.

## Kultur

Wir stecken mitten in einer kulturellen Diskussion um Kultur, Kulturen, Leitkultur. Neutrale Erkenntnis: „Europa ist mit großen kulturellen, historischen und politischen Unterschieden gesegnet – und dies auf sehr kleinem Raum“, sagt Prof. Axel Börsch-Supan, Koordinator von SHARE (Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe).<sup>1</sup>

1 Vgl. Neuer Europäischer Survey. Herausforderungen und Chancen des demographischen Wandels für Europa ([http://www.share-project.org/new\\_sites/PressInformation/German.pdf](http://www.share-project.org/new_sites/PressInformation/German.pdf)).

Leitkultur ist Hauptkultur. Ist die Kultur der numerisch meisten. Laut Grundgesetz ist die Gleichheit vor dem Gesetz und die Gleichheit der Andersdenkenden und –glaubenden Grundlage unserer demokratischen Verfassung. Der Schutz der Minderheiten ist uns auferlegt durch unsere Verfassung.

So steht heute, unvermittelt, eine Vielzahl von minoritären Kulturen neben der Leitkultur der Gottschalk und Fliege, Maischberger und Hansi Hinterseer, Wort zum Sonntag und Klassik nach Wunsch. Kinderkultur und Jugendkultur, Hip Hop und House, die Kultur der Gebildeten und Reichen, die Kultur der Armen und wenig Gebildeten, die religiöse Kultur, die Kulturen der Immigranten, die jüdische Kultur. Viele dieser Kulturen haben Anteil an der kulturellen Öffentlichkeit, jedoch haben nur wenige von ihnen Präsenz in den offiziellen Einrichtungen unseres kulturellen Lebens. Am ehesten finden sie sich noch in den Bereichen, die bildungs- und volksbildungsnah definiert sind, in Stadtteilzentren und Volkshochschulen. Aber was haben die nationalen Kulturen der Immigranten lebenslang in den Volkshochschulen verloren, wenn es für die nationale Kultur des Gastlandes eine so große Varietät von Orten und Erscheinungsformen gibt, von Kindergärten, Schulen, Hochschulen über Kirchen hin zu Theatern, Opernhäusern und Museen?

Wo, um den Gedanken umzukehren, bleibt in den uns allen in unserem Land gemeinsamen Institutionen die Hochkunst aus jenen Kulturen, die bei uns zu Gast sind, die hier als Minderheiten leben?

Vom zögerlichen Beginn solcher Teilhabe spricht die deutsch-türkische Kultur, die jungen Künstler und Intellektuellen mit einem Standort neben der christlichen Leitkultur in unserem Land. Sie beginnen, teilzuhaben, und reservieren sich doch eigene kulturelle und religiöse Bereiche. Sie sind einfach da, und sie bitten nicht um Erlaubnis.

In Zukunft werden wir mehr Unterschiede begreifen müssen. Der exklusive (also auch andere Kulturen ausschließende) Charakter unserer Kultur und unserer Kulturinstitutionen wird sich verändern müssen, wird leidenschaftsloser als heute die Kulturen anderer Gruppen einbeziehen müssen, ihnen Raum gewähren. Zeitgenossenschaft und historische Wahrheit sind dabei Aspekte der Arbeit der institutionellen Betreiber von Kultureinrichtungen der Zukunft – der eine auf die Gegenwart, der andere auf die Vergangenheit gerichtet. Erst in ihrer Kombination ergeben sie eine Situation, die in die Zukunft trägt.

## **Fremde, Alte, Niedersachsen**

Letztlich können wir nur neuen Sinn stiften oder uns durch die Kultur stiften lassen, wenn wir uns von der Diskussion um die rein materiellen

Dimensionen des Weniger- und Älterwerdens verabschieden. Wir müssen die neuen Chancen des Alters wieder entdecken. Denn gerade in den Künsten ist, wie sonst nur in den Texten des Alten Testaments, zu hören von der Gnade des Alters. Wenn wir vor den erotischen Zeichnungen des alten Meisters Picasso stehen, seinem Hohelied auf die menschliche Liebe, verfasst von einem Achtzigjährigen in liebevoller Vergegenwärtigung des längst Verlorenen, dann rührt uns das eigenartig an, weil wir vielleicht noch anders, noch mitten beteiligt mit unserer Sexualität umgehen. Aber Picasso schenkt uns die Dimension der Erinnerung und Vergegenwärtigung, die eine der Fähigkeiten des wachen Alters ist, und zeigt uns, dass das Alter auch die Zeit der Sammlung und Vervollkommnung geistiger Fähigkeiten und Leistungen ist. Nicht anders als der greise Chagall die verlorenen Welten seiner Kindheit, des osteuropäischen Stetl, in seinen Werken wiedererobert, neu und immer wieder bestimmt und fixiert.

Wir müssen fort von unserer nationalen und kulturellen Enge, von unserer Kirchtumspolitik. Denken, Kunst, Wissenschaft und Philosophie geschehen in weltweiten Abläufen. In unseren besten Zeiten haben wir Anteil an solchen Prozessen. Wir haben uns im ökonomischen Vorsprung Europas der letzten Jahrzehnte daran gewöhnt, die Fremde, das Fremde und die Fremden gelegentlich zu besuchen, bei ihnen auf unsere und sie verändernde Art Urlaub zu machen. Wir haben vieles kennen gelernt, aber dabei wenig gelernt. Denn wir können mit den Fremden, die heute schon bei uns sind und die anders sind als wir, auch deshalb nicht umgehen, weil wir von ihnen nichts wirklich wissen. Wir kennen ihre Sprache und Kultur so wenig wie ihre Religionen, Feste, Hoffnungen und Wünsche. Wir haben im Nebeneinanderleben mit ihnen eigentlich nur unsere Vorsprünge kultureller und sozialer Art gesichert.

Unsere Besonderheiten als Niedersachsen, als kämpferische Flachlandbewohner, so wie sie Hermann Löns in seinen Heideromanen geschildert hat, sollten wir uns bewahren, solange regionale Existenz noch einem einzigen Bewohner der Region sinnvoll erscheint. Die kulturellen Leistungen einer eher bäuerlichen Vergangenheit machen Sinn für die, die sich in ihnen noch wieder finden. Aber eigenartig genug, gerade das geht nur in enger Verbindung mit einer immer stärker werdenden europäischen Identität, einer vielsprachigen und vielkulturellen Gegenwart, die sich in den Fähigkeiten der jungen Menschen der übernächsten Generation spiegeln muss. Das wird eine mehrsprachige Arbeitswirklichkeit sein, in der sich ein friedliches Europa präsentieren wird, eine vielfältige, kulturelle Realität: Das Regionale wird nur im Nationalen, das Nationale nur im Internationalen noch aufgehoben sein können.

In der Stadt Hannover der Zukunft werden wir in vielen Zungen miteinander reden müssen. Wir werden die jeweils Anderen kennen lernen müssen, weil wir ja nur die jeweils Einen sind. Wir werden die anderen

achten und befördern müssen, um von ihnen geachtet und befördert zu werden.

In jener nahen Zeit der fortgesetzten ökonomischen Migrationen werden wir endlich den Geschichten und der Musik der Anderen zuhören, werden ihre Filme sehen und ihre heiligen wie profanen Bücher lesen, mit ihnen feiern. Ob diese Anderen nationale Minderheiten sind, ob Junge oder Alte, gleichviel; wie werden in unseren Städten Orte haben, an denen und in denen sie und ihre Kultur wie ihre Kulte vorkommen. Wir werden uns besuchen, miteinander sprechen, singen, seufzen, sehnen. Wir werden endlich voneinander wissen, werden unsere Taubheiten und Blindheiten hinter uns gelassen haben. Wir werden teilhaben am Leben und an den Träumen der Anderen, die uns gerade noch fremd waren.

Gemeinsam werden wir Städte bewohnen, die die unseren werden. Wir werden die Viertel unserer Stadt wegen ihrer Eigenheiten aufsuchen, wegen der verschiedenen Kulturen derer, die in ihnen leben. Ins nahe Kurdistan wird es nicht viel weiter sein als nach Chinatown. Und auf dem Weg ins Museum der türkischen modernen Kunst machen wir gemeinsam, Alte wie Junge, gelegentlich Halt beim Italiener oder in der deutschen Gartenwirtschaft mit griechischer Küche. Dass um uns herum die Kinder schreien, stört uns ebenso wenig wie der Anblick jener ganz Alten, die auf den Bänken in der Sonne sitzen und bei Bedarf gern ein wenig von früher erzählen, als die ersten Drohungen mit dem demographischen Wandel in unserer Stadt die Menschen in Angst versetzten.



## **Wilhelm Gräb**

### **Urbanes Christentum**

#### **Urbanität: Modernes Leben ist urban geprägt**

Urbanität ist ein Wort, das gegenwärtig in bunten Farben schillert. Urbanität begründet Architekturen und legitimiert Stadtentwicklungsplanungen. Urbanität fungiert als Kriterium im internationalen Städtewettbewerb. Urbanität beschreibt vor allem aktuelle Lebensweisen. Ihre Erwähnung entkräftet Zweifel, bricht Widerstände und setzt Visionen frei. Es scheint gegenwärtig jedenfalls so, als könnte Urbanität viel zu einer umfassenden Vision für Stadtentwicklung beitragen. Was aber ist genauer mit Urbanität gemeint?

Da empfiehlt es sich, eingangs kurz den Kontext zu beleuchten, in dem Urbanität das Nachdenken über Stadt zu prägen begonnen hat. Der Begriff hat erst 1960 einen vertieften Eingang in die städtebauliche Diskussion und in Überlegungen zur Stadtentwicklung gefunden – also mitten im Wiederaufbau, im hastigen Bauboom der 1950er Jahre. Damals waren europaweit ähnliche Veränderungen der Städte festzustellen: An den Stadträndern wuchsen Satellitenstädte aus dem Boden, während sich in den Stadtzentren Büro- und Kaufhäuser neben Kirchtürme und Rathäuser drängten. Es konkurrierten die architektonischen Symbole politischer und kirchlicher Macht, die bisher unangefochten die städtischen Silhouetten formten. Und sehr bald sollten die architektonischen Signaturen wirtschaftlicher Macht die der Politik und der Religion weit in den Schatten stellen.

Aber nicht nur in den luftigen Höhen der Stadtkronen zeichneten sich gewichtige Veränderungen ab, auch am Boden wurden städtische Zusammenhänge neu definiert. Das Wort von der „City“ begann die Runde zu machen und bezeichnete einen Transformationsprozess, in dem Stadtzentren zusehends zu tagsüber belebten, nachts aber menschenleeren Ansammlungen von Büro und Geschäftshäusern mutierten. Hinzu kam, dass die Städte durch die zunehmende Trennung von Wohnen, Arbeiten und Konsumieren auch immer mehr Verkehr produzierten. Vor allem der rasant wachsende Privatverkehr belastete den Alltag in den Städten sehr. Schnellstraßen und Stadtautobahnen wurden deshalb kreuz und quer über die bestehenden Städte gelegt. Doch weder den Bedürfnissen des Automobils noch denen der Stadt wurde damit genügt. Es verfestigte sich Ende der 50er Jahre die Einsicht, mit der Bau- und Planungstätigkeit in den Städten irgendwie gescheitert zu sein. Alexander Mitscherlichs Diktum von der „Unwirtlichkeit der Städte“ begann die Runde zu machen und erreichte viel publizistische Aufmerksamkeit.<sup>1</sup> Man stand unter dem Eindruck der Erfahrung, dass sich die Städte zunehmend zu Orten der wirtschaftlichen Produktion und des Konsums verwandeln, immer weniger jedoch Orte der Kommunikation sind, des menschlichen Kontakts, des ästhetischen Erlebens, des kulturellen Austauschs, der Begegnung mit Fremdem, der politischen Teilhabe, einer allen gleichermaßen zugänglichen Öffentlichkeit.

In dieser Situation, als die Rede von der „Unwirtlichkeit der Städte“ umging, wandte sich der Volkswirtschaftler und Soziologe Edgar Salin auf dem Deutschen Städtetag 1960 unter dem Titel „Urbanität“ an eine vorwiegend aus Architekten und Stadtentwicklungsplanern bestehende Zuhörerschaft.<sup>2</sup> Salin verstand unter dem Begriff der Urbanität und des Urbanen die Manifestation einer spezifisch städtischen Qualität der politischen Partizipation und der kulturellen Offenheit und Toleranz. Von den Planungs- und Städtebauarchitekten wurden Salins Anregungen denn auch energisch aufgegriffen. Man folgerte aus ihnen eine Neuausrichtung städtebaulichen Denkens. „Urbanität durch Dichte“, so hieß nun das Lösungswort. Der Schematismus räumlich-funktionaler Trennung sollte überwunden werden. Arbeit und Freizeit, Produktion und Konsum sollten stärker wieder zusammenfinden.

Dabei wurde allerdings vielfach übersehen, dass der Begriff der Urbanität seine Leuchtkraft gerade daraus gewinnt, dass er zunächst nicht auf die Materialität der Städte, ihre Architekturen und baulichen Kompositionen zielt, sondern auf eine Lebensweise, ja ein Lebensideal. Urbanität meint

---

1 A. Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt/M. 292004.

2 E. Salin, Urbanität, in: Erneuerung unserer Städte, Neue Schriften des Deutschen Städtetages 6, Stuttgart/Köln 1960, 9–34.



eine moderne, städtische Lebensform, die durch Offenheit, Toleranz, Innovationsfähigkeit und Flexibilität ausgezeichnet und dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Mediengesellschaft gewachsen ist.<sup>3</sup>

Lebensweisen und Mentalitäten können durch Architektur und Stadtentwicklungsplanung nicht gezielt hervorgerufen und gefördert werden. Das hat man zwar gemeint, als man in den 80er und 90er Jahren durchkomponierte Erlebnisswelten in multifunktionalen Einkaufs- und Freizeitkomplexen zu entwerfen begann. In solchen künstlichen, am Reißbrett entworfenen urbanen Welten wird urbaner Alltag jedoch bloß simuliert. Es werden zwar reiche Umsätze gemacht, man vermeidet aber alle Reibungen und Gegensätze, die Durchmischung von Altem und Neuem, Arbeit und Freizeit, Produktion und Konsum, Vertrautem und Fremdem. Solche Durchmischungen lassen jedoch die städtischen Räume erst produktiv werden.

Die neuere Diskussion um die Stadt als qualitativen Lebensraum, um die Urbanität als moderne Lebensform konzentriert sich deshalb gar nicht mehr so sehr auf Architektur und Städtebau. Man hat verstanden, dass sich eine Lebensweise nicht dem Planungswillen von Architektur- und Stadtentwicklungsbüros verdankt. Oft entsteht urbanes Leben gerade dort, wo es gar nicht geplant war. Die Menschen suchen sich selbst die Straßen und Plätze, die Regionen und Quartiere, an denen sie sich mit anderen treffen wollen. Ohne städtischen Planungswillen sortieren sich freilich auch die städtischen Parallelgesellschaften, bilden sich Kieze und Ghettos, die Türkenviertel und die noblen Suburbs. In dem allem liegen Herausforderungen für das Ideal des Urbanen, die Grenzen durchlässig zu halten, dem Fremden zu begegnen, Toleranz zu lernen, Innovationsfähigkeit und Flexibilität zu beweisen. Die Straßen und Plätze, an denen sich urbanes Leben entwickelt, sind manchmal zwar auch diejenigen, die die Stadtentwicklungsplaner dafür vorgesehen haben. In Berlin ist der Potsdamer Platz dafür ein Beispiel. Oft entstehen die Räume der Begegnung jedoch gerade dort, wo Altes und Neues sich mischt, Szenekneipen in Abbruchhäusern und schicke Restaurants in renovierten Gebäuden aus den Gründerjahren Platz finden, wie es z. B. im Berliner Scheunenviertel, rund um die Oranienburger Straße der Fall ist.

Architektur und Stadtentwicklungsplanung versuchen dieser Kontingenz des Urbanen als moderner Lebensform seit geraumer Zeit durchaus auch Rechnung zu tragen. Man durchmischt Altes und Neues, restauriert behutsam, statt abzureißen und neu zu bauen, lässt auch Altes, Abbruchreifes stehen, um jungen, alternativen, finanzschwachen kulturellen Sze-

---

3 Vgl. A. Eisinger, Urbanität. Ein Element zeitgemässer Standortpolitik?, in: M. L. Hilber/A. Ergez (Hrsg.), Stadtidentität. Der richtige Weg zum Stadtmarketing, Zürich 2004, 93–103.

nen Möglichkeiten der Entfaltung zu geben. Man hat gemerkt, dass der Humus, auf dem Urbanität gedeiht, gerade im Heterogenen, Fragmentarischen, Gegensätzlichen liegt und nicht in den keimfreien Atmosphären hochglanzpolierter, gestylter Erlebniswelten.

Folgerichtig nähert sich die Diskussion um Stadtentwicklung auch nicht mehr der Stadt so, dass sie sie als Objekt der Architektur und des städtebaulichen Planungswillens betrachtet. Man versteht die Stadt vielmehr als den Kontext, mit welchem Architektur und Stadtentwicklung interagieren. Die Stadt und ihre gewachsenen Strukturen, Räume und Atmosphären sind so vorgegeben, dass auf sie die neue Konzepte zu beziehen sind, denen die urbanistische Diskussion neue Impulse verleihen kann.

### **Religion und Urbanität: Urbanes Leben ist ebenso säkular wie plural religiös**

Noch bis in die frühe Neuzeit war die Kirche fest in die urbane Welt integriert. Die Kirchtürme beherrschten das Stadtbild. Die Kirche hatte Teil am Wachstum und an der Vermehrung der Städte, an der Blüte von Kultur und Gelehrsamkeit und – nicht zuletzt dank dem Latein als lingua franca – an der intensiven Kommunikation und Vernetzung, die ganz Europa in eine geistige und wirtschaftliche „Globalität“ integrierte. Mit der Reformation, der Aufklärung, der Industrialisierung vollzog sich dann jedoch schrittweise eine fortschreitende Desintegration der traditionellen Religionskultur. Die traditionellen Großkirchen verloren den selbstverständlichen Platz mitten im sozialen Gefüge. Die Kirchen leerten sich. Sie büßten ihre Rolle als soziale Ordnungsmächte zunehmend ein.

Die Stadt wurde zu dem Ort, an dem man die Freiheit von ständischen und religiösen Bindungen, den Zwängen der Sitte und des Brauchtums suchte. Mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert setzte die Landflucht im großen Stil ein. In der Stadt suchte man vor allem auch Arbeit. Viele gerieten dabei ins Elend. Die traditionellen sozialen Gefüge von Familie und Sippe, die ja eben nicht nur Zwang bedeuteten, sondern in sozialen Notlagen Schutz gewährten, zerfielen. Zugleich boten sich natürlich aber auch Chancen neuen sozialen Aufstiegs. In der Stadt konnten die Menschen ihre sozialen Zugehörigkeiten, ihren Wohnort, ihre Lebenspartner, ihren Beruf zunehmend selbst wählen. Die Stadt ermöglichte Wahlfreiheit schließlich auch im Blick auf Meinungen, Weltanschauungen, Glaubenshaltungen, Religionszugehörigkeiten. In die Stadt konnte man eintauchen, man konnte anonym bleiben, Milieus und Szenen aussuchen und beweglich sein. Die urbane Optionenvielfalt lockerte auch die kirchlichen Bindungen.

Über kirchliche Bindungen und Zugehörigkeiten entscheiden schließlich auch heute die engere kulturelle Umwelt, die Milieus, in denen man sich bewegt, der Freundes- und Bekanntenkreis, persönliche Begegnungen mit Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern. Die sichtbare Präsenz der Kirche, einmal im Nahbereich der vertrauten Alltagswelt, zum anderen ihre Präsenz in den Medien, wird für den Kontakt zur Kirche zunehmend wichtig.

Die Sichtbarkeit der Religion ist von maßgeblichem Einfluss auf das Verhalten der Menschen. Wo die Sichtbarkeit der Religion abnimmt, die Glocken nicht mehr läuten, die Menschen Sonntagsmorgen auf dem Gang zur Kirche nicht mehr die Straßen beleben, wird das religiöse Verhalten der Menschen anonym. Die Religion verflüchtigt sich ins Private. Ebenso nimmt eine von Religion freie Lebensführung zu. Selbst die Kasualien, die Gottesdienste an den Lebensstationen sind davon abhängig, dass die Menschen die Kirchtürme nicht aus dem Blick verloren haben, dass die Kirche in ihrer Alltags- und Lebenswelt präsent geblieben ist.

In der urbanen Welt droht sogar die kirchliche Kasualpraxis ihre Stabilität zu verlieren. Die moderne Patchwork-Religiosität, die sich auf dem Markt religiöser Sinnangebote bedient, stellt ebenso wie das verbreitete säkulare Bewusstsein eine besondere kirchliche Herausforderung dar. Gerade in den Städten hat die verhaltensnormierende Kraft von Traditionen, von Brauchtum und Sitte besonders stark abgenommen. Gerade in den Städten hat sich die Anonymität auch im Religiösen enorm durchgesetzt. So konnte sie in den Städten die moderne Patchwork-Religiosität, aber auch das säkulare Verhalten einer religionsfreien Lebensführung am besten entfalten.

Dieser Trend wird sich im Blick auf die demographische Entwicklung nicht abschwächen. Auch die Alten der Zukunft werden diejenigen sein, die in die urbane Lebensweise gewissermaßen von Kindheit an eingeübt sind, somit auch den religiösen Individualismus und Pluralismus praktizieren.

Der religionskulturelle Wandel betrifft gerade die in Zukunft Alten. Die Gleichung „alt gleich fromm“ wird in naher Zukunft nur ganz selten noch gelten. Die Alten der Zukunft sind schließlich in der DDR groß geworden oder unter den von zunehmender Kirchendistanz, Traditionsabbruch, Pluralisierung und Individualisierung geprägten westdeutschen Sozialisationsbedingungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die religiösen Lebenssinnfragen werden darum nicht ausfallen. Die Auseinandersetzung mit der Endlichkeit des Lebens und dem Endgültigwerden der Lebensgeschichte ist ja nicht an bestimmte Ausdrucksformen gebunden. Sie stellt sich dem bewussten Leben mit oder ohne Kirchenbindung. Sie wird sich aber in Zukunft wesentlich weniger auf Erfahrungen mit der kirchlichen Religionskultur und ihren Symbolen beziehen. Vielleicht kommt es zu ei-

nem späten Interesse an Kirche, Theologie und Christentum. Auszugehen ist aber davon, dass die Alten der Zukunft ihre religiösen Sinnfragen im Kontext individueller und pluralistischer Patchwork-Religiosität reflektieren werden. Sie begeben sich dann möglicherweise auch in Krisen- und Trauererfahrungen eher in psychotherapeutische Gruppen und von den Bestattungsinstituten eingerichtete Begegnungsstätten als in kirchliche Räume. Die nur noch partiell kirchlich geprägte, urbane Individuenreligion ist die Religionsform der Gegenwart und darum auch der Zukunft. Auch die kirchliche Altenseelsorge der Zukunft braucht deshalb einen religions-theoretischen Hintergrund, der zur Wahrnehmung des Religiösen auch jenseits traditioneller Prägungen anleitet, der zur Kommunikation mit der Vielfalt individueller Religiosität befähigt.

Auch in der modernen Urbanität kommt es zur Bildung neuer religiöser Sozialformen. Fortschreitende Individualisierung und Pluralisierung behalten nicht unbedingt das letzte Wort. Die neuen Alten, die die Lebensform der Wohngemeinschaft aus ihrer Jugend kennen, bauen möglicherweise diese selbst organisierende, kommunikative Lebensform altersgemäß neu wieder auf. Der Globalisierung korrespondiert die Regionalisierung, der Anonymität des urbanen Lebensraums die Bildung von Selbsthilfeeinitiativen und sozialen Netzwerken.

### **Urbane Religion: Modernes Christentum in der säkularen und religiös pluralen Stadt**

Traditionelle Kirchlichkeit hat es schwer im urbanen Raum. Traditionelle Kirchlichkeit ist ländlich geprägt. Die parochiale Struktur hat Affinität zu den Strukturen des ländlichen Raums. Bis heute ist die Kirche, die man doch gefälligst im Dorf lassen möge, ein geflügeltes Wort. Kirchliches Brauchtum und kirchliche Sitte sind im ländlichen Raum verankert. Die kirchliche Arbeit in den Gemeinden baut auf den nahen Wegen auf, auf persönlicher Bekanntschaft. Sie setzt die Kontinuitäten im Lebenslauf voraus, das Verwurzelte, familiäre Herkünfte und Traditionen, ein Stück weit immer noch die ständischen Verhältnisse.

Die urbane Kultur bringt in diese Verhältnisse gravierende Veränderungen. Zunächst, so haben wir gesehen, scheint der Zusammenhang von Urbanität und Entkirchlichung evident. Die Anonymität der Stadt lockert die kirchlichen Bindungen. Der Rhythmus des Lebens wird ein anderer. Mobilität, Mediennutzung und Konsum werden zu bestimmenden Faktoren. Kirchenaustritte sind in den Städten wesentlich häufiger als auf dem Land. Und je deutlicher in ländlichen Lebensräumen die Elemente urbanen Lebens Einzug halten, wie Mobilität, Mediennutzung und Konsumorientie-

rung, desto schwächer sind die traditionellen kirchlichen Bindungen. In den Kerngebieten größerer Städte ist die Entfremdung von den traditionellen Großkirchen am größten.

Das ist jedoch nur die eine Seite der Urbanität. Neben den traditionellen Großkirchen gibt es seit dem 19. Jahrhundert eine wachsende Zahl von religiösen Akteuren, die sich auf die urbanen Verhältnisse einstellen und das religiöse Angebot in Abstimmung auf die urbanen Verhältnisse organisieren. Die sich im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung neu entwickelnden Akteure und Gruppierungen machen sich die urbane Mobilität, die Mediennutzung, die Kommunikationsmöglichkeiten, auch die Konsum- und Eventorientierung zu Nutze. Freikirchen und charismatische Bewegungen setzen gezielt Werbung ein, arbeiten mit einem erheblichen Medieneinsatz und verstehen sich sehr oft auch darauf, ihre Gottesdienste als religiöse Events zu organisieren.

In Amerika und inzwischen weltweit ist diese Entwicklung bekanntlich sehr viel weiter vorangeschritten. In vielen Ländern Nord- und Südamerikas, Afrikas und Asiens ist inzwischen in den urbanen Regionen ein ungeheuer bunter religiöser Markt entstanden. Eine oft geradezu unüberschaubare Vielzahl religiöser Gruppierungen wirbt um Mitglieder. Sie alle setzen dabei, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg, die modernen Medien ein und adaptieren sich an die urbanen Verhältnisse der Mobilität, der Konkurrenz und des Konsums. Sie greifen mit ihrer Verkündigung und ihren Liturgien sehr stark ins emotionale Erleben. Sie setzen vor allem der urbanen Anonymität das Gegengewicht starker Gemeinschaftsbindungen entgegen. Gottesdienste werden wie Showveranstaltungen inszeniert, zugleich wird der Mangel an sozialen Kontakten durch die Organisation von kleinen Hauskreisen kompensiert.

Urbanität, das kann auch im Blick auf kirchliche Aktivitäten heißen, dass man Rechnung zu tragen versucht, den flexiblen Biographien, den flüchtigen Szenen und Lifestylegruppen, der Erlebnisorientierung. Viele seit dem 19. Jahrhundert neu entstandene religiöse Akteure agieren in diesen urbanen Verhältnissen offensiv mit. In Westeuropa, in dem am längsten staats- und volkscirchliche Verhältnisse herrschten, ist diese Liberalisierung des religiösen Marktes zwar am wenigsten weit fortgeschritten. Dennoch lässt sich ein zunehmender Erfolg der Freikirchen und charismatischen Gruppen auch hierzulande durchaus beobachten. Es stellen sich aber auch die traditionellen Großkirchen immer stärker auf eine sich in unseren Städten entwickelnde religiöse Marktsituation ein. Es setzt sich in unseren volkscirchlichen Gemeinden eine gewisse Angebotsorientierung durch. Es wird auf Zielgruppen reflektiert. Es wird die Vernetzung der Angebote im urbanen Raum organisiert. Es wird von den modernen Kommunikationsmedien Gebrauch gemacht. Es werden große Events organisiert, die Kirchentage, die Weltjugendtage. Es wird experimentiert. Neue For-

men spiritueller Erfahrung werden ausprobiert. Dabei schreckt man auch vor der Aufnahme religiöser Symbole und Rituale aus anderen Religionskontexten nicht zurück. Christliche Adaptionen zen-buddhistischer Meditationspraxis etwa machen neue Formen einer im urbanen Raum attraktiven religiösen Hybridkultur möglich.

Es ist somit nicht richtig, die urbane Kultur schlicht als Säkularisierungssphänomen, als Prozess einer geradezu zwangsläufig fortschreitenden Entkirchlichung, zu betrachten. Richten wir den Blick über Europa hinaus und dann genauer auch wieder auf unsere eigene Situation, dann können wir vielmehr beobachten, wie sich längst ein auf die urbane Situation in unseren großen Städten effektiv ausgerichteter religiöser Markt entwickelt hat und an Dynamik weiter zunimmt. Was für urbane Verhältnisse gilt, dass sie durch Mobilität, Entwicklungsdynamik, Mediennutzung, Konsum- und Erlebnisorientierung gekennzeichnet sind, gilt ebenso für vielfältige Angebote auf dem kirchlichen Markt der religiösen Möglichkeiten. Und ein Blick über Europa hinaus, nach Amerika, Afrika und Ostasien zeigt zudem, dass auf dem religiösen Markt auch in der Konkurrenz mit den anderen Weltreligionen das Christentum keineswegs schlecht abschneiden muss. Besonders die Charismatiker sind erfolgreich, vermutlich deshalb, weil sie emotionale Erlebnisdichte mit intensiven Gemeinschaftserfahrungen und hohen moralischen Verbindlichkeitsansprüchen zu integrieren vermögen. So setzen sie der Unverbindlichkeit und sozialen Kälte der modernen Stadt eine attraktive Erlebniswelt entgegen, in der sich zugleich das Gefühl des Aufgehoben- und Getragenseins einstellen kann.

Das größte Kapital der traditionellen Großkirchen sind demgegenüber, besonders natürlich im alten Europa, zweifellos die großen alten Kirchen. Sie sind kulturelle Monumente und zugleich oft die unbestrittenen Wahr- und Markenzeichen der Städte. Sie werden von Touristen besucht, für Konzerte und Kunstausstellungen benutzt und liefern Motive für Ansichtskarten. Prominente Predigerinnen und Prediger vermögen den Gottesdiensten in Citykirchen ein Publikum zu verschaffen, das aus der ganzen Region anreist. Das Konzept der Citykirchen, das die alten Innenstadtkirchen zu Orten der Begegnung von Religion und Kultur ausbaut, wird inzwischen in vielen Städten erfolgreich entwickelt und praktiziert. Dabei kommt ein urbanes Christentum zur Verwirklichung, das die wichtigen Fragen der Zeit, die Themen der Politik und der Kultur mit den Orientierungspotentialen der christlichen Tradition zu vermitteln versteht.

In den letzten Jahren hat sich verstärkt ebenso gezeigt, dass bei großen öffentlichen Erschütterungen durch Katastrophen und Trauerfälle die zentralen Kirchen eine besondere öffentliche und wichtige Rolle für das gesamte Gemeinwesen übernehmen. Der Berliner Dom, nebenbei bemerkt, spielt diese Rolle inzwischen für die ganze Republik, wenn Ereignisse wie die Tsunami-Katastrophe eintreten, die mit dem Ungeheuren und Unfass-

lichen konfrontieren. Dann wird im Berliner Dom ein ökumenischer Gottesdienst gefeiert, der von den beiden höchsten Repräsentanten der beiden großen Kirchen zelebriert wird. Aber auch sonst zeigt sich in den letzten Jahren verstärkt, dass die zentralen Kirchen in solchen Ausnahmesituationen als Orte der Besinnung und der Bewältigung des Ungeheuren, auch eines symbolischen Zusammenrückens, von weiten Kreisen in Anspruch genommen werden.

Solche Erfahrungen haben überhaupt das Nachdenken über die Rolle der Kirchen in den Innenstädten angeregt. Kirchliche Akademien und Bildungszentren werden nicht mehr wie bisher irgendwo im Grünen, sondern in der City eingerichtet. Dieser Trend wird sich fortsetzen.

Die großen alten Innenstadtkirchen werden mancherorts zu sog. offenen Kirchen umgebaut, in die dann auch Büros, Gruppenräume und Kaffeehäuser Einzug halten, ohne dass der sakrale Raum dadurch zerstört würde. Die Heilig-Kreuz-Kirche in Berlin-Kreuzberg ist dafür ein prominentes Beispiel. Solche offenen, multifunktionalen Kirchen, die mit den Multifunktionsgemeindehäusern der 60er und 70er Jahre nicht mehr viel gemein haben, ermöglichen die Feier schöner und auch ungewöhnlicher Gottesdienste, können sich zu Orten der Begegnung zwischen den Religionen entwickeln, bieten sich für Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen an, können Seelsorge- und Beratungseinrichtungen integrieren und beheimaten Gruppen, die sonst keinen Fuß in eine Kirche setzen würden.

## **Kirche in der säkularen und religiös pluralen Stadt: Öffentliche Präsenz ausbauen**

Das Christentum hat gute Chancen, sich als urbane Religion in der modernen, urbanen Kultur zu behaupten. Längst ist erkannt, dass es den Merkmalen der Urbanität, also der Mobilität, der Mediennutzung, der Konsum- und Erlebnisorientierung Rechnung zu tragen gilt. Längst gibt es viele positive Beispiele für einen entsprechenden Umbau- und Ausbau der Innenstadtkirchen. Dann eignen sie sich für kulturell erfolgreiche Citykirchenprogramme, für ein reiches Angebot an spirituellen Erfahrungsmöglichkeiten.

Die Kirchen sind präsent in der urbanen Kultur der Stadt. Sie sind sichtbar präsent natürlich vor allem durch ihre Gebäude, die – wie gesagt – nicht selten zu den Wahrzeichen der Stadt gehören. Sie sind Orte des inneren Zusammenhalts des Gemeinwesens und werden in Zeiten der Krise und des Einbruchs des Ungeheuren als solche Orte der Vergewisserung im Grundvertrauen aufgesucht.

Es gilt aber eben auch, dass die Kirchen stärker präsent sind in der urbanen Kultur als davon sichtbar und öffentlich wird. Zur urbanen Kultur

gehört jedoch dies entscheidend hinzu, dass sie Öffentlichkeit verlangt und herstellt, möglichst im Sichtbaren agiert und sich dabei eben immer auch der fortschrittlichsten Medientechnologien bedient. Wie alle gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Akteure, stehen auch die religiösen Akteure, somit auch die Kirchen, vor der permanenten Herausforderung, Öffentlichkeit herstellen, für ihre Angebote werben, die Orte, an denen ihre Angebote stattfinden, vernetzen zu müssen.

Wie dieser Aufbau öffentlicher Präsenz zu geschehen hat, ist nicht allein Sache von Medienspezialisten und Öffentlichkeitsbeauftragten. Das ist leider ein Missverständnis, das öfters passiert. Es geht vielmehr um einen permanenten Prozess und die Mitbeteiligung aller, die für die Präsenz der Kirche in der urbanen Kultur Verantwortung tragen. Von allen ist zunächst die Reflexion des Stellenwerts der Öffentlichkeit innerhalb der kirchlichen Tätigkeit im urbanen Raum zu erwarten. Was nicht öffentlich präsent ist, kommt in der Wirklichkeitswahrnehmung im Grunde gar nicht vor. Und öffentliche Präsenz wiederum stellt sich heute insbesondere über die Medienkommunikation, nicht zuletzt das Internet her. Dabei ist wichtig, darauf zu achten, dass öffentliche Kommunikation keine Einbahnstraße darstellt. Eine Kirche, die öffentlich kommuniziert, versteht sich unter modernen urbanen Gesellschaftsverhältnissen nicht allein als Sendestation, sondern ebenso als Empfangsstation. Es geht nicht darum, die Öffentlichkeit zu belehren, Verlautbarungen ergehen zu lassen, sondern in wechselseitiger Kommunikation mit und in der Öffentlichkeit sich zu bewegen. Es gilt genauso darauf zu hören und zu beachten, was die öffentlichen Themen in Politik, Kultur und Gesellschaft sind, was die Menschen bewegt und beschäftigt, was die Sorgen, Ängste und Befürchtungen sind, wie dann auch profiliert zu reden, Stellung zu beziehen, die kirchliche Position in der Öffentlichkeit klar zu dokumentieren.

Öffentliche Kommunikation ist ein komplexes, wechselseitiges Geschehen. Das gilt es auch in der Kirche zu beachten. Zugleich ist das kirchliche Profil wichtig. Es will erkennbar werden, wofür die Kirche steht und was sie als christliche Kirche zu den Fragen der Zeit, in den Grundfragen der Moral und vor allem natürlich in den Fragen der Religion, insbesondere angesichts der Einbrüche des Ungeheuren und Absurden, tatsächlich zu sagen hat. Zu einem klaren öffentlichen Reden findet die Kirche in der Öffentlichkeit aber wiederum nur, wenn sie auch in sich selber durchgängig kommuniziert. Kommunikative Vernetzung ist eines der Grundmerkmale von Urbanität. Diese kommunikative Vernetzung muss auch die Kirche realisieren, wenn sie das Christentum in der urbanen Kultur öffentlich repräsentieren will.

Ohne verbindliche Zielvereinbarungen, ohne Corporate Identity, ohne koordinierte Konzepte und ohne professionelle Umsetzung werden die Anstrengungen zur Verbesserung der öffentlichen Präsenz von Kirche im



urbanen Raum nicht den gewünschten Erfolg haben. Das Renommee, die Inhalte, die Räume sind nicht das Problem, auch das Geld ist nicht das Problem. Die Kirchen haben viel Goodwill, hervorragende Themen und ausreichende Mittel, um in der Urbanität öffentliche Präsenz zu behalten und auszubauen. Woran es lediglich hier und da fehlt, ist die effizientere Koordination der Kräfte, das professionelle Management kirchlicher Arbeit in der ebenso säkularen wie religiös pluralen modernen Kultur.



---

## Exkursion zu Beispielen urbanen Bauens und Lebens



Die Jugendkirche – offen für Alle zwischen zehn und siebenundzwanzig ([www.jugendkirche-hannover.de](http://www.jugendkirche-hannover.de))



Von der Lutherkirche zur Jugendkirche – ein neues Profil für eine alte Kirche



**Gilde Carré – Neue Nachbarschaft zwischen Ihme-Zentrum und dem alten Quartier Linden-Mitte**



**Gilde Carré – Familienorientiertes und urbanes Wohnen sind vereinbar**



Das Ende der Epoche der Großwohnsiedlungen – Abriss des 18-geschossigen Hochhauses im Klingenthal in Hannover-Vahrenheide ...



... und anschließende Neubebauung – Wohnhöfe „An den Holzwiesen“



**Aus der ehemaligen Fabrik Continental Hannover-Limmer wird die Wasserstadt Limmer – Revitalisierung einer Brache**

---

# Dieter Hoffmann-Axthelm

## Stadtumbau

### **Stadtumbau ist immer. Die Frage ist: Welcher?**

Dass Stadtumbau immer ist, erklärt sich kurz und schnell so: Das Leben steht nicht still. Selbst dort, wo man im Rückblick das Gefühl hat, eine Stadt habe über Jahrhunderte stagniert, ist der Stillstand nur scheinbar, denn von Generation zu Generation ändern sich die Menschen und ihre Gewohnheiten. Die Bedürfnisse erhöhen sich von Jahrhundert zu Jahrhundert fast unmerklich. Da kann es dieselbe Menschenzahl sein, aber was erforderlich ist, um diese Leute zufrieden zu stellen, ist mehr oder zumindest anders geworden.

Stadtumbau kann aber auch als Schock daher kommen, ausgelöst durch Naturereignisse, Krieg, Brände, politische Umschwünge, oder durch längerfristige Wirtschaftskrisen oder Konjunkturen, welche schockhaft die Standortbedingungen ändern. Ein klassisches Beispiel ist die ab 1840 erfolgende Industrialisierung der Städte durch Eisenbahn und Fabriken gewesen. Seit zwei Jahrzehnten ist die Globalisierung der Geldströme und der Bedürfnisse dabei, zumindest die Stadtzentren umzubauen, ablesbar an einer sprunghaften Zunahme der Büroflächen oder dem pilzartigen Hochwachsen von Einkaufs- und Entertainmentzentren.

In diesem zweiten Fall scheint es so, als ginge der Stadtumbau eindeutig von mächtigen äußeren Umständen aus. Sieht man genauer hin, relativiert sich dieser Eindruck. Den großen Einbrüchen – Zentrenentwicklung hier,

wegbrechende Industriestandorte dort – entsprechen ebenso viele kapillare Bewegungen.

Nehmen wir als Beispiel die von Stadtsoziologen zunehmend beklagte soziale Segregation in den Städten. Wer es sich leisten kann, entzieht sich den Zumutungen von Stadtgebieten, wo er mit Verkehrslärm oder hohen Schadstoffimmissionen konfrontiert ist, von Drogenalltag, von Ausländern. Oder man will seinen Kindern etwas Gutes tun und zieht aus der anregungsreichen Innenstadt in ländliche Randzonen, wo es irgendwie grün, aber auch vollkommen eintönig ist. Es gibt viele Gründe, und in jedem Fall führen sie dazu, dass sich die Menschen immer mehr auf sozial homogene Siedlungsbereiche verteilen und es an den einen Orten immer idyllischer wird und an den anderen immer unerfreulicher. Das Bauunternehmen, das die Reihenhäuser und Fertigteilvervillen im Umland anbietet, ist weniger der Verursacher als der Erfüllungsgehilfe – es baut, was immer sich verkaufen lässt.

Der Anteil der Einzelnen ist aber auch bei den großen stadtverändernden Investitionen durchaus erkennbar, besonders gut im Fall der Einkaufszentren. Auch sie sind die Antwort auf veränderte Bedürfnisse. Dass die Leute höhere Ansprüche an Auswahl und Atmosphäre stellen, an das Lustmoment beim Einkaufen, und dafür auch lange Wege in Kauf nehmen, dass sie auf der anderen Seite, wenn sie diese Wege machen, dann auch lieber alles an einem Punkt einkaufen: das ist erst einmal Voraussetzung, und erst danach Folge, des einzelnen Zentrums. Es sind die zu hochpotenten Verkaufsstrukturen gebündelten Bedürfnisse der Vielen, die an anderem Ort schwächere Strukturen zerstören. Das ist dann die andere Seite, über die wir uns schnell und gern beklagen: dass die Nahversorgung, der „Tante-Emma-Laden“, verschwindet. Es verschwindet natürlich noch wesentlich mehr – die ganze kleine Infrastruktur, die vorher davon lebte, dass die Bewohner sich lokal versorgten.

Damit haben wir einen wesentlichen Faktor der Desintegration von Stadtvierteln. Das Phänomen ist deutlich, nur die Ursache ist schwer zu greifen, weil es nicht ausreicht, die ökonomische Potenz oder Gewinnstrategie eines Veranstalters an den Pranger zu stellen. Diese riesigen Einkaufszentren, diese „Factory Outlet Centers“ an der Autobahn, diese merkwürdigen Zusammenballungen von Groß- und Supermärkten weit außerhalb der Städte, all das wäre ja überhaupt nicht möglich, wenn es nicht von den Nutzern angenommen würde. Das Leben ist für die Mehrheit der Menschen auf diese Art und Weise bequemer, und so beklagen sie sich erst nachher, wenn es da, wo sie leben, immer öder wird.

Das Gleiche ist der Fall, wenn Investmentfonds oder bankenabhängige Investitionsinstitute mit monofunktionalen Geschäfts-, Büro-, Hotel- und sonstigen Zentren in eine Innenstadt hineinplatzen. Wer hat ihnen dafür das Geld gegeben? Eben doch wir, die Geld anlegen, die mehr Geld haben, als wir täglich aufessen und es nicht für soziale Zwecke verwenden oder



für Brot-für-die-Welt spenden, sondern dahin bringen, wo es eine möglichst hohe Rendite bringt.

Der wegfallende direkte Kontakt zwischen Auftraggeber und Objekt produziert einen entsprechend einseitigen und anonymen Stadtumbau. Ihn kennzeichnet politisch, dass er privat angestoßen wird und nicht öffentlich geplant, sondern meist unmittelbar mit den politischen Spitzen ausgehandelt ist – fast stets mit der Drohung verbunden, man werde, falls die jeweilige Stadtverwaltung zu viele Bedenken trägt, eben woanders investieren. Die derart durchgesetzte Investition ist tatsächlich oft genug das Gegenteil von dem, was sich die Stadtplanung am Ort wünscht. Der Planung verbleibt dann nur noch die Aufgabe der baurechtlichen Gangbarmachung und allenfalls einer gewissen Schadensbegrenzung.

Dieser Stadtumbau ist zwangsläufig zukunftsblind. Eine heute getätigte Investition muss die Bedürfnisse nur des Tages treffen, denn sie soll jetzt und nicht in zehn Jahren die den Anlegern in Aussicht gestellte Rendite einspielen. Was in vier Jahren ist, ist schon eine andere Sache, da ist vielleicht schon wieder die Geschäftsführung ausgetauscht, und was in acht, in zehn, in fünfzehn Jahren ist, ist ferne Zukunft, in der diejenigen, die heute handeln, nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden.

Auch die Kunden beispielsweise eines Einkaufszentrums wollen nicht wissen, was auf sie zukommen könnte. Ein Betreiber muss sie da treffen und begeistern, wo sie heute sind und begeistert sein wollen – statt gezwungen, sich auf eventuelle Verzichte, auf zukünftige schwierige Situationen einzustellen, vielmehr aufgefördert, eben jetzt und so lange es geht, den Überfluss zu genießen.

So sehen denn auch die Investitionen aus, die im Augenblick unsere Städte mit einer neuen Schicht von Stadtumbau überdecken. Das Gebäude der Nord/LB, in dem wir hier tagen, ist – ich bitte unseren freundlichen Gastgeber um Nachsicht – ein gutes Beispiel. Man kann sich angesichts der ostentativen Willkür solcher Glaspaläste schon fragen, ob wir uns nicht in einer Spätzeit befinden. Bauten dieser Selbstgefälligkeit und Kostenträchtigkeit sind, historisch betrachtet, typische Zeichen dafür, dass eine Welle bald kippen wird. Wann sind die größten Barockschlösser errichtet worden? Fünf Jahre vor der Französischen Revolution. Aber das ist eine instinktive Vorbereitung, die wir alle betreiben, indem wir vorher noch einmal richtig zulangen.

## **Was wäre ein Stadtumbau aus Einsicht?**

Das ist eine hypothetische Frage. Aber können wir überhaupt anders als nolens volens davon auszugehen, dass es Vernunft in der Welt gibt? Unter Vernunft sei dabei nicht die Vernunft der Experten verstanden – die ist

meistens kurz geschaltet –, sondern ein überall gegebenes und über die ganze Gesellschaft verteiltes Maß an Intelligenz und Einsicht. Alle Menschen sind in irgendeiner Art und Weise vernünftig. Sie wissen, wo ihr Vorteil liegt, sie können zwischen kurz- und langfristigen Vorteilen ebenso unterscheiden wie zwischen öffentlichen und privaten.

In den alltäglichen kleinen Entscheidungen, und manchmal auch in den großen politischen, wird diese Vernunft allerdings immer neu überannt durch andere Gesichtspunkte – wir haben bei der letzten Wahl einmal mehr gesehen, wie so etwas passiert, aber es geschieht natürlich bei zahllosen anderen Entscheidungen auch. Wir wissen, dass die Welt unsicher ist – trotzdem reisen wir wie die Teufel. Wir wissen, dass alles teurer wird – trotzdem geben wir mehr aus als je zuvor. Es ist einfach so. Aber das hindert nicht daran, dass es so etwas wie Einsicht und Vernunft gibt und dass man sich auch darüber verständigen kann, was eigentlich in einer gegebenen Situation vernünftig wäre.

Von daher kommt man ganz zwanglos auf ein Programm vernünftiger Vorsorge, über das sich heute ein rechtzeitig vorgreifender Stadtumbau auf den Weg bringen ließe. Was stünde in diesem Programm? Das ergibt sich nicht aus reiner Vernunft, sondern natürlich summieren sich da die Einsichten und Erfahrungen ganzer Jahrzehnte. Ich unterscheide grob vier verschiedene Formen von Stadtumbau.

(1) Die historisch älteste ist der ökologische Stadtumbau. Die Ökologiediskussion der siebziger Jahre hat überhaupt erst das Wort „Stadtumbau“ in Umlauf gebracht. Schon damals ging es nicht nur um Rußfilter und verhandelte Mengengrenzungen, sondern man begann auch, die auf unendliches Wachstum ausgelegten Stadtstrukturen der Moderne zu hinterfragen und ihnen eine Urbanistik der Funktionsmischung entgegenzusetzen. Dieser ökologische Stadtumbau ist keineswegs veraltet. Es ist nur so: Je näher man dem Vorausgesagten kommt, desto weiter wird es im Bewusstsein abgedrängt. Wenn es aber zutrifft, dass wir jetzt in die Phase kommen, wo das, was Wissenschaftler seit vierzig Jahren vorhersagen, langsam ankommt, dann wird uns auf längere Sicht gar nichts anderes übrig bleiben, als die Städte umzubauen. Man kann weiter debattieren, ob der Klimawandel selbstgemacht ist, oder wie viele andere Faktoren noch mitspielen, klar ist, dass im abschmelzenden Eis sich Veränderungen anzeigen, die zu einem anderen Umgang mit sämtlichen Ressourcen zwingen werden – mit Rohstoffen, Flächen, Zeit, sozialen Bindungen, Kindern.

Man wird vor allem anders mit dem Auto umgehen müssen. Das will heute kaum einer wissen, wir sind ein Volk, das weltweit Automobile exportiert. Trotzdem wird es, sagt die Vernunft, so nicht weitergehen. Ganz abgesehen davon, dass es immer teurer werden wird, weil ein einmal erreichtes Preislevel auf den Ölmärkten nicht wieder auf alte Niveaus herabsinkt.

(2) Der zweite Stadtumbau ist der demographische. Die demographische Schrumpfung ist seit 35 Jahren vorausgesagt, in den Büchern der sechziger Jahre nachzulesen. Auch da ist nichts, was neu wäre, sondern es ist einfach nur verdrängt worden. Ob es uns gefällt oder nicht, wir werden uns darauf einstellen müssen, dass wir als Zahler weniger werden, während wir als Konsumenten gleichzeitig einen Stand der Flächennutzung und damit der Zerdehnung von Infrastrukturnetzen erreicht haben, der so nicht mehr finanzierbar sein wird. Man kann nirgendwo Jahr für Jahr mehr Quadratmeter Nutzfläche in Benutzung nehmen und immer besser versorgen, und dann gleichzeitig die Nutzerzahl reduzieren, ohne dass es irgendwann zum Konkurs kommt. Hier wird notwendigerweise Stadtumbau nötig sein.

Damit steht nicht weniger als die gängige Form der Stadterweiterung zur Diskussion, das, was man seit den fünfziger Jahren bis zum Exzess betrieben hat: das System, ständig Stadt in die Fläche zu exportieren. Dieses System wird unter den selbstaufgehäuften Lasten zusammenbrechen. Wir werden wieder mehr zusammenrücken müssen. Das hat nichts mit Nostalgie, mit einer Rückkehr zur Stadt des 19. Jahrhunderts zu tun. Es ist einfach so, dass wir uns etwas leisten, was in Zukunft nicht mehr für alle bezahlbar sein wird.

(3) Der dritte Stadtumbau ist der fiskalische. Unsere Städte sind heute im allgemeinen teurer, als wir uns das leisten können. Anders gesagt: Wir verlangen mehr an öffentlichen Gütern, als wir eigentlich bezahlen wollen oder können, und verschieben das Problem auf die Blackbox Staat/öffentliche Finanzen. Praktisch bedeutet das, dass man in der Mehrzahl der deutschen Kommunen bereits an der Grenze steht, wo es nicht mehr weiter geht, wo also entweder die Leistung reduziert werden muss oder der gesamte Mechanismus der Kostenverteilung so geändert werden muss, dass die Leistung Stadt wieder bezahlbar ist.

Das kann enorme Macht- und Aufgabenverschiebungen verlangen, von denen wir heute im Kopf noch weit entfernt sind. In der Politik stellt sich, wenn Einsicht und Interesse sich wechselseitig blockieren, die Frage der Großen Koalition. In den Städten kann man das Problem drastischer ausdrücken: Die Kostenfrage bringt in jeder einzelnen Stadt die politische Grundfrage in Bewegung, wer zahlt und wer entscheidet. Das gehört zur Stadtgeschichte wie das Amen zur Kirche. Das Zensuswahlrecht des 19. Jahrhunderts beispielsweise begründete die Beschränkung des aktiven und passiven Wahlrechts auf die Mitglieder der obersten Steuerklasse nicht völlig zu Unrecht mit dem Argument, sie bezahlten schließlich die Stadt. Als die kleinen Leute begannen, über Gas-, Strom- und Wasserrechnung Infrastrukturkosten selber zu bezahlen, musste man ihnen auch das allgemeine Wahlrecht zuerkennen.

Nach offizieller Lesart wäre die kommunale Dauerkrise einfach dadurch zu beheben, dass man die Städte besser am staatlichen Steueraufkommen beteiligt. Aber das ist zu kurz und vor allem nur rückwärts gedacht, nicht nach vorne. Denn woran wir hier rühren, ist die sozialstaatlich gelenkte Stadt der Moderne. Durch die Verstaatlichung der Stadtfinanzen zu Beginn der Weimarer Republik sind die Städte überhaupt erst, und zwar bewusst, in die Lage gebracht worden, ganz überwiegend von staatlichen Zuwendungen abhängig zu sein und entsprechend als unterste Ebene der Staatsverwaltung zu funktionieren. Seitdem sind sie von der Höhe der staatlichen Zuwendungen abhängig. Mit kleinen und kleinsten Verschiebungen bei der Grund- und Mehrwertsteuer, mit denen man sich bisher behelft, ist es aber aus folgendem Grund nicht mehr getan: Da der Staat – Bund und Länder – inzwischen in der gleichen Situation ist, versucht er so viele Lasten wie möglich auf die Städte abzuwälzen und ihnen so wenig wie irgend möglich zukommen zu lassen.

Wenn die Städte langfristig aus dieser Lage herauswollten, müssten sie sich an ihre Bürger wenden – und damit eben auch sehr viel mehr Entscheidungsrechte an sie abtreten. Genau das ist der kritische Punkt. Hier zu einem veränderten Modell lokaler Machtverteilung zu kommen: das wäre fiskalischer Stadtumbau.

(4) Um die Konsequenzen noch etwas deutlicher zu machen, unterscheide ich jetzt noch einen vierten Typ von Stadtumbau, den institutionellen. Wenn eine bürgerbezogene Kostenverteilung nötig werden sollte – wir bekommen in Zukunft so viel, wie wir auch zu bezahlen bereit sind –, dann geht es nicht nur um Kosten-, sondern mehr noch um Machtverteilung, also um einen politischen und verwaltungstechnischen Stadtumbau. Der Engpass, in welchem die Städte heute stecken, lässt sich im übrigen nicht darauf beschränken, dass die Finanzen knapp sind. Es sind auch die intellektuellen Ressourcen zu knapp, um die ganzen Probleme zu lösen, die in einer modernen Stadt aus der erreichten sozialen und funktionalen Desintegration entstehen. Es gibt einfach zu viel an sozialen Problemen, zu viele misshandelte Kinder, zu viele Drogenabhängige, zu viele Streitfälle usw. in der Alltagsstruktur der Stadt, als dass das alles über öffentliche Eingriffe gewährleistet werden könnte, d.h. auch hier muss umverteilt werden, auch hier muss Verantwortung zurückgegeben werden an die Bewohner. Es muss also ein Stadtumbau in der Institution und im politischen Aufbau des Gemeinwesens stattfinden.<sup>1</sup>

---

1 Vgl. hierzu die weitergehenden Überlegungen des Autors: D. Hoffmann-Axtelm, Lokale Selbstverwaltung. Möglichkeit und Grenzen direkter Demokratie, Wiesbaden 2004.

Was Stadtumbau aus Einsicht wäre, ist damit skizziert, holzschnittmäßig zwar, aber vielleicht doch nicht nur beunruhigend, sondern auch perspektivenreich und zukunftsfähig. Es geht um einen Stadtumbau, der die Stadt aus den Sackgassen, in die wir uns in acht Jahrhunderten erfolgreichster Stadtgeschichte am Ende hinein gesteuert haben, wieder herausbringt.

## **Ein Stadtumbau aus Einsicht findet nicht statt**

Der Beruf des Stadtplaners ist, nach dem soeben Gesagten, nicht das Zentrum des Stadtumbaus, findet sich heute vielmehr eher an der Peripherie der Probleme. Aber er ist ein guter Beobachtungsort, um das Scheitern von Planungsvernunft zu erleben.

Man kann das, wovon man glaubt, es sei vernünftig und an der Zeit, durchaus in Planform bringen – solange man sich von voraussehenden Querschüssen noch nicht beeindrucken lässt. Spätestens dann, wenn man die beauftragende Verwaltungseinheit überzeugen will, bricht diese Souveränität zusammen. Der Plan wird so lange abgeschliffen, bis er Meinung des Hauses ist. Dann ist immer noch die Frage, wie wichtig das dem politisch verantwortlichen Dezernenten oder Stadtrat tatsächlich ist. Dieser wird abwägen, ob er damit durchkommt, und ob das nicht etwas ist, womit er, der Parteipolitiker, Politik machen kann. Fällt die Entscheidung positiv aus, trägt er das Vorhaben in den Stadtrat und kämpft dafür. Um beschlossen zu werden, muss der Plan – sonst ziehen die Kollegen bzw. die anderen Parteien nicht mit – abermals gestutzt und abgeschliffen werden.

Nun findet das alles heute auch nicht mehr in geschlossenen Rathäusern statt, sondern die Sache wird in den Zeitungen diskutiert, es meldet sich zu Wort, wer immer durch das Geplante eine Schmälerung seiner Interessen befürchtet, und es muss dann in der Regel noch einmal geschliffen und geändert werden. Entsprechend schwierig ist es, überhaupt noch eine konsistente Linie in die Planung einer Stadt hineinzubringen. Nun kommt hinzu, dass Stadtplanung für das, was ich vorhin als Stadtumbau skizziert habe, ein zu enges Fenster ist. Man sieht das den Stadtentwicklungsplänen, kurz StEP, zwar nicht an: Sie tun so, als könne man als Planer die gesamte Stadt steuern, Bevölkerung, Wirtschaft, Sozial-, Schul-, Kulturentwicklung und natürlich nebenbei auch noch Verkehr, Netze, Freiflächen usw. Aber das ist Fiktion, weil die Dinge sich selbständig bewegen, und weil selbst die Zuständigen in Verwaltung und Politik ihre eigenen Wege gehen, was immer in den Plan an Entwicklungszielen hineingeschrieben worden sein mag.

Das ist kein Trost, denn wie dem Stadtplaner geht es auch allen Anderen, die sich am Umsteuern und Erneuern versuchen, egal auf welchem

Gebiet der Stadtpolitik. Auch ein Bürgermeister hilft da nicht weiter. In der Mehrzahl der Kommunalverfassungen, vor allem der norddeutschen, hat er gar nicht die Macht, etwas allein durchzusetzen, er ist eher Moderator und Integrator, also ein Spezialist fürs Abschleifen und nicht fürs Zuspitzen. Wenn es gut geht, gelingt es ihm, das Insgesamt angemeldeter Ziele mehr oder minder heruntergekürzt zu einer halbwegs erkennbaren Politik zu bündeln. Allen ist klar, dass es das zusammenfassende und durchsetzende Subjekt staatsautoritärer Zeiten nicht mehr gibt.

Das Problem, das sich damit stellt, kann man schärfer auch so formulieren: dass die planerische Vernunft nicht mehr politikfähig ist. Jeder Politiker wird, bevor er etwas anpackt, erst einmal prüfen, ob er sich damit nicht die Finger verbrennt. Das Gefühl dafür, was überhaupt noch transportierbar ist und was nicht, ist Teil seiner Professionalität. Von einer gewissen Komplexität an ist auch das aus Einsicht Notwendige nicht mehr transportierbar. Da sagen einem schon die unteren Verwaltungsgruppen, dass sie so etwas nicht nach oben geben können, und wenn man auf oberer Ebene diskutiert, heißt es: „Das kann ich nicht in den Stadtrat bringen, dafür bekomme ich keine Mehrheit.“ Politiker wollen auch nicht mehr ständig hören oder lesen, was eigentlich getan werden müsste, aber nicht durchgesetzt werden kann. Das wiederum hat Folgen für die wissenschaftliche Beratungsumgebung aus Fachhochschulen, Instituten, Expertengremien. Dieser Zulieferbereich will Aufträge haben, gibt sich also besonders realistisch und begrenzt damit das Denkbare noch einmal – was nicht hineinpasst, wird schnell als utopisch diffamiert.

Was wird also aus unserer Planungsvernunft? Gehen wir auf Zustände wie im 16. Jahrhundert zu, wo Vernunft nur in der Maske der Utopie auftreten konnte? Wobei der Unterschied zum 16. Jahrhundert der wäre, dass es im 16. Jahrhundert noch eine große Neugier auf diese Vernunft gab. Jetzt stehen wir am anderen Ende, wir sind müde von zu viel gescheiterter, zu anstrengender Vernunft. Wir wollen eigentlich nicht mehr durch Vernunft geängstigt und aufgestört, nicht mehr zu Verzicht oder Taten aufgestachelt werden.

## **Was stattfindet, ist ein Stadtumbau aus Not**

Es wird zweifellos weiter geplanten Stadtumbau geben. Aber der Stadtumbau von oben, der auf uns zukommt, wird einer aus Not sein. Da erleben wir in der Bundespolitik derzeit die entscheidenden Weichenstellungen. Wir sehen z. B., dass Hartz IV in seiner Anwendung bereits den Stadtumbau aus Not vorwegnimmt, wenn jemand, der eine größere Wohnung bewohnt, als ihm zusteht, in eine kleinere umziehen muss. Es reicht, sich das auf einer höheren Stufenleiter vorzustellen, um zu sehen, welches Poten-

zial der Umorganisation von Städten so einfache administrative Mechanismen wie Hartz IV, V, VI und was noch folgen mag, in sich tragen. Die Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld kommt ja auch nicht allein, sondern auf dem Hintergrund einer weitgehenden Privatisierung der öffentlichen Wohnungsbestände. Damit wird nicht weniger als die ein Jahrhundert lang aufgebaute öffentliche Wohnungswirtschaft abgeschafft, also die Verantwortung des Staates und der Kommunen für die Wohnversorgung der unteren Schichten.

Der Staat, eingespannt zwischen Steuerflucht der Wirtschaft und großen Einkommen einerseits und der Steuerunlust und wachsenden Belastung der Normalhaushalte andererseits, ist überfordert. Große Apparate neigen in solcher Lage dazu – das sehen wir z. B. an der Bundesbahn –, nicht dort zu kürzen, wo eigentlich gekürzt werden muss, nämlich am eigenen Fleisch, an den aufgeplusterten Verwaltungen und Flächen, sondern man kürzt an der Leistung, also da, wo es die Nutzer trifft. Die Antwort des Staates ist nicht Verschlinkung – das würde zu viele Besitzegoismen aufrufen –, sondern Leistungsabbau – ohne daß aber Steuererhöhungen ausgeschlossen werden. Den möglichen Stadtumbau betrifft vor allem die Streichung der Fördermodelle des Sozialen Wohnungsbaus, aber auch – gewiss ein Positivum – die anstehende Abschaffung der Eigenheimpauschale.

Die Städte handeln ihrerseits im Rahmen dieser Logik, wenn sie ihre Wohnungsbestände und öffentlichen Gesellschaften verkaufen. Aber sie verkaufen noch weit mehr, nämlich die seit dem 19. Jahrhundert aufgebauten und einstmals hoch produktiven Stadtwerke. D. h., wir haben zwei parallel laufende Entwicklungen: Die Infrastrukturkosten steigen und werden rasant weitersteigen, und zeitgleich werden die technischen Infrastrukturleistungen – Gas, Wasser, Elektro – privatisiert, ebenso die Krankenhäuser. Damit ist es nicht mehr Sache der Stadt, für bezahlbare Gebühren und Qualität zu sorgen. Jetzt müssen die Nutzer sich mit den privaten Anbietern auseinandersetzen, globalen Spielern, die nicht nur die lokalen Werke aufkaufen, sondern zugleich in immer größere und zunehmend internationale Energie- und Mischkonzerne einschmelzen. Angesichts von Preisabsprachen unter den großen Anbietern muss ein Minimum an Marktkonkurrenz von den Nutzern über Prozesse allererst hergestellt werden.

Immerhin ist das möglich. Dass der öffentliche Zugriff auf die Stadtwerke aufhört, ist angesichts heutiger Politikverhältnisse im übrigen auch durchaus positiv, weil es die Möglichkeiten politischer Korruption einengt. Bei den Städten verbleibt das, was sie bislang noch nicht verkaufen können, z. B. das Straßennetz, die ganzen Flächen, Grünanlagen, Schulen usw. Auch hier wird die Sanierung den bequemsten Weg gehen. Man fragt also nicht, ob bei steigenden Anlegungs- und Unterhaltungskosten tat-

sächlich so viel Straßenfläche vorgehalten werden muss. Es wird vielmehr alles gelassen, wie es ist, und entweder die Straßen verrotten, d.h. die Schlaglöcher vermehren sich, oder die Instandhaltungskosten werden auf die Nutzer umgewälzt. Z. B. hat Berlin eines der opulentesten Straßennetze und zugleich das niedrigste Verhältnis von Auto zu Einwohner in ganz Deutschland. Angesichts riesiger Finanzprobleme wird nicht das vollkommen überzogene Straßennetz reduziert, sondern man hat gerade beschlossen, in Zukunft die Herstellungskosten wieder an die Anrainer abzugeben, ohne dass diese aber, anders als im 19. Jahrhundert, eine Möglichkeit haben, selber mitzubestimmen, wieviel Straße gebaut wird. Da die Grenze zwischen Reparatur und Neubau fließend ist, befürchtet man nicht ohne Grund die Überwälzung auch der Reparaturkosten auf die Eigentümer, welche sie selbstverständlich an die Mieter weitergeben werden, ganz gleich, ob diese Auto fahren oder nicht.

So oder so ähnlich wird es noch mit vielem anderen gehen, mit Freiflächen, Schulen, Kindergärten usw. Im Prinzip wäre dagegen auch nichts einzuwenden, wenn das einher ginge mit einer entsprechenden Aufteilung der Entscheidungsbefugnisse. So aber werden bloß Lasten abgewälzt. Das allerdings ist ein Spiel, das nicht unbegrenzt vorangetrieben werden kann. Wir erleben zwar gerade erst die Anfänge, aber wenn man das Muster zu Ende denkt, dann läuft eine solche Einseitigkeit der Vertragsänderung auf heftige Auseinandersetzungen zwischen Stadtverwaltungen und Nutzern zu. Die Nutzer werden sich irgendwann wehren, alle historische Erfahrung zeigt das.

### **Die Zivilgesellschaft kann Ergebnis, aber nicht Träger des Prozesses sein**

Unvermeidlich fragt man sich, ob es denn, wenn die Politik hier versagt, für integrierende Einsicht vielleicht noch andere Träger gibt. Wenn nicht die Politik, also Bund, Länder, Gemeinden, wer käme überhaupt noch in Betracht? Die Verbände? Sie sind entweder sortenrein von einem jeweiligen Wirtschaftsinteresse geleitet oder aber, soweit öffentlich verantwortlich, in das Korsett beauftragter Selbstverwaltung eingebunden, also nur erweiterter Staat. Die Antwort lautet dann in der Regel, der Ansprechpartner sei die Zivilgesellschaft. Das klingt gut, angesiedelt irgendwo zwischen Grünen, Bertelsmannstiftung und Tony Blair, weder ganz neu noch ganz das nicht mehr funktionierende Alte. Aber kann man dieser Wortschöpfung die harte Funktion einer Zentrierung der vorhandenen Kräfte zutrauen? Und vor allem: Wer ist damit in Tat und Wahrheit gemeint? Wenn nicht alle und also keiner, dann, im Zweifel, wir selbst: Wir, insofern wir uns als Bürger von uns als Besitzegoisten unterscheiden. Das aber ist, ab-



gesehen davon, ob wir uns die Rolle überhaupt zutrauen, eine recht vieldeutige Unterscheidung. Nicht weniger problematisch ist, dass wir als Bürger nirgendwo zu einer unterscheidbaren Masse zusammentreten, vielmehr als solche nur über ein eigensinniges Medium existieren, das, was man Öffentlichkeit nennt. Nun gibt es aber die alte bürgerliche Öffentlichkeit schon lange nicht mehr. Was es gibt, ist eine Vielzahl zersplitterter Teilöffentlichkeiten, die nur insofern eine eigene Ebene bilden, als sie alle von technischen Medien abhängig sind, von Wegen und Mitteln der Veröffentlichung und Kommunikation.

Welche Teilöffentlichkeit ist für die eben skizzierten Probleme überhaupt ansprechbar, wenn nicht gar zuständig? Hier ist am ehesten noch auf eine mehrheitlich intellektuelle Öffentlichkeit zu setzen, die im wesentlichen aus den gehobenen Druckmedien und dem politischen Funk und Fernsehen und ihrem Publikum besteht. Dieser Komplex fühlt sich eben auch tatsächlich angesprochen, wenn von der Verantwortung der Zivilgesellschaft die Rede ist.

Nun handelt es sich da aber um eine Öffentlichkeit, die in ihren Möglichkeiten und Schwächen vielleicht am besten gekennzeichnet ist, wenn ich sie als moralische bezeichne. Diese moralische Öffentlichkeit ist zunächst einmal ziemlich buntscheckig, sie setzt sich aus der ehemaligen und heutigen Linken, aus den Grünen und ihren Sympathisanten, aus sozial-liberalen Gruppierungen, aus christlich-sozialen Zusammenhängen, aus Wertkonservativen zusammen, weiter aus Institutionen wie den Kirchen und den laizistischen Sozialverbänden, Umweltorganisationen, privaten Stiftungen und Vereinen, hinzu kommen Sonntagsreden der Verbände und der Staatsrepräsentanten oberhalb des parteipolitischen Alltags.

Diese Öffentlichkeit ist nicht nur zu heterogen, um eine Position zu den harten Problemen des Stadtumbaus zu haben, sie leidet vor allem unter ihrem Konstruktionsprinzip selbst, der Moralität. D.h., dasjenige, was sie in Bewegung setzt, liegt im Grunde außerhalb der Sache, um die es geht. Wer da auf sich selber schaut, wann und warum er sich erregt, wird meist feststellen müssen, dass er, wenn jemand etwas nicht tut, was eigentlich vernünftig ist, vorwiegend deshalb wütend wird, weil es eigentlich unmoralisch ist.

Damit ist nichts gegen Moralität gesagt. Problematisch ist die Verhältnisbestimmung. Moral weiß nicht, was wir tun sollen, sondern nur, was wir nicht tun sollen. Sie ist nicht dazu da anzuleiten, sondern zu begrenzen. Die Anleitung gehört in ein anderes Feld, das der Sachkenntnis. Indem die moralische Öffentlichkeit überall moralisch reagiert, zieht sie die Moral in Bereiche hinein, wo sie nichts stiftet als Verwirrung und falschen Zungenschlag, wo sie aber auch gut brauchbar ist, um sich vor der Härte der Probleme zu schützen: Wir wollen generell alle das Beste – die Aufgabe, es

sachpolitisch auszudrücken und vor allem den Widerspruch zwischen meiner moralischen Position und meinen eigenen Wirtschaftsinteressen zu lösen, diese Aufgabe verschieben wir aber auf die Politik, auf Verwaltungen und Verbände, auf den Staat. Steckt uns da nicht zu viel Luthertum in den Knochen? Es gibt den Staat, der die Politik macht, und es gibt das Volk, das Vernunft entwickelt unter der Voraussetzung, dass es selber nicht regiert.

Das ist jetzt eher historisch ausgedrückt, man kann es aber auch aktueller ausdrücken: als Zweigleisigkeit von Politik und Kultur. Die moralische Öffentlichkeit ist nicht nur weitgehend auch Kulturöffentlichkeit, sie erlebt überhaupt Moral im Register der Kultur. Dem entspricht, dass wir einen Kulturbereich engeren Sinnes haben, der in keiner Weise rückgekoppelt ist mit den realen wirtschaftlichen, ökonomischen, politischen, verwaltungsmäßigen, technischen Problemen, die die Dinge so laufen lassen, wie sie laufen. So gehen die zwei Stränge gut getrennt nebeneinander, ein mehr oder minder idealistisches Bewusstsein der guten Einsichten und moralischen Stellungnahmen, und ein Welt der harten Notwendigkeiten, deren Details man nicht so genau sehen will, weil es dann mit der moralischen Beurteilung vorbei wäre, und dazwischen ein riesiger Graben.

Entsprechend funktionieren zwei getrennte Öffentlichkeiten – nicht nur die moralische, sondern auf der anderen Seite des Grabens auch die weit mächtigere der harten Realitäten. Letztere diskutiert z. B. bis ins Kleinste die Details einer Steuerreform, diese aber vermag sich lediglich darüber aufzuregen, dass jemand in verantwortlicher Position nicht zwischen brutto und netto zu unterscheiden weiß. In der zweiten Öffentlichkeit wird die Erhöhung der Mehrwertsteuer vorbereitet, werden Reformen abgewürgt, neue Leistungskürzungen angemeldet, also das, was dann tatsächlich Alltag und Handeln der Vielen bestimmt. Auf der anderen Seite des Grabens aber bleibt es bei einer Öffentlichkeit der ganz hohen Einsichten und Begriffe ohne Zugriff auf das, was tatsächlich geschieht.

Stadtumbau hat nun genau mit den harten Dingen zu tun, mit Haushaltsrecht, kommunalen Hebesätzen auf diese oder jene Steuer, mit Finanzausgleich, Bau- und Verwaltungsrecht, mit einer unendlichen Fülle staatlicher Gesetze und Verordnungen, aber ebenso mit steigenden Energiepreisen, sinkenden Einkommen, Einkaufsgewohnheiten usw. Wenn man sich mit diesen Dingen in ihrer ganzen Komplexität beschäftigt, entfällt einem schnell die kritische Keule. Man sieht, wie streng umhegt das Problemfeld ist, wie sehr die Handelnden eingebunden sind in eine Fülle von außen auf sie einwirkenden Mächten, mit denen sie irgendwie umgehen müssen. Das viel missbrauchte Wort Max Webers aus „Politik als Beruf“, es gelte, dicke Bretter zu bohren – im Blick auf eben diese Härte des kommunalen Alltags ist es gemünzt.

Vorausschauender Stadtumbau ist ein extrem dickes Brett, dem mit leichtem Gerät – z. B. mehr Gemeinsinn und Selbsthilfe, Bürgerbüros und besserer Kommunikation, Bürgersteuer und Planungszellen – nicht beizukommen ist. Zivilgesellschaftliche Tugenden wiegen da zu leicht, sie geben die Härte eines integrierenden Subjekts nicht her, welches den Herrschaftskern der bisherigen Planungssubjekte ersetzen und selber Planung tragen würde. Dann dreht sich aber die Sache um: Das, was Träger des Stadtumbaus sein sollte, wäre es heute schon wirklich da und belastbar, kann sich dann erst als Produkt des Umbaus bzw. im Prozess selber herstellen.

## **Zu erwarten ist ein Stadtumbau von unten**

Stadtumbau ist immer. Die Anpassung auf die neuen Bedingungen wird also keineswegs ausfallen. Sie tritt nur anders ein, als man das vom Standpunkt vorausplanender Vernunft sich vorstellt. Die Nutzer werden selbstverständlich irgendwann gezielt auf wachsende Infrastrukturkosten, staatliche Leistungsrücknahmen und kontinuierlich steigende Benzinpreise reagieren. Sie werden es privat tun, ohne Verabredung, vielmehr jeder für sich und so gut er kann. Der Stadtumbau wird also möglicherweise in einer Wolke chaotischer Entwicklungen vor sich gehen. Wenn viele Menschen spät, aber zur gleichen Zeit erkennen, dass die Existenz im Umland mit Eigenheim und zwei Autos nicht mehr finanzierbar ist, fallen die Eigenheimpreise der Teppichurbanisierung rasant, während ebenso rasant Wohnungs- und Häuserpreise in den Städten steigen dürften, weil mangels Nachfrage in der Zwischenzeit nicht genug hergestellt werden konnte bzw. zu viel abgerissen oder umgenutzt werden musste.

Vielleicht geht es aber auch ganz ruhig vor sich, darauf soll es bei dem hier angestellten prognostischen Versuch nicht ankommen. Auf jeden Fall wird es zur Entfaltung nicht nur von massenhafter Unvernunft kommen, sondern auch von massenhafter Vernunft, nämlich Einfallsreichtum, Anpassungsfähigkeit, Ineinandergreifen von Marktprozessen und veränderten Nutzeranforderungen. Das System, auf welches es hinausläuft, ist das eines kollektiven Durchwurstelns. Wissenschaftlich nennt man dieses Ineinander von verzögerter Marktreaktion und individueller Selbsthilfe „Inkrementalismus“. Wirtschaft, Haushalte, Stadtverwaltungen akkomodieren sich wechselseitig. Jeder fährt seine individuellen Prioritäten aus, und daraus entsteht irgendwann das neue Verteilungsmuster. Dies allerdings unter erheblichen Materialausfällen und sozialen Verwerfungen. Die Zeitverzögerung kostet – dieser Nachteil ist uns sicher.

Bei solchen Aussagen muss man allerdings immer auch die Unterschiedlichkeit der Städte im Auge behalten. Das sind Unterschiede keineswegs nur der Einwohnergröße, auch nicht nur der Gewerbesteuerhöhe, ob-

wohl da inzwischen die Schere zwischen reichen und armen Städten nicht weniger stark auseinander geht als bei den privaten Einkommen. Die dramatischsten Unterschiede zeigen sich bei der demographischen Entwicklung. Es gibt eine große Anzahl von Städten, die aufgrund mangelnder Arbeitschancen ständig Einwohner verlieren und in ihrer Altersstruktur zunehmend vergreisen, wo man also zuschauen kann, wie schon heute die Zukunft wegbricht. Die Mehrzahl dieser Städte liegt in Ostdeutschland, es wäre aber unvorsichtig, das Problem auf den Unterschied von Ost und West zu begrenzen. In westdeutschen Randzonen, im Nordwesten und im Südosten etwa, gibt es annähernd vergleichbare Entwicklungen.

Dass es jenseits von Demographie und Gewerbesteuer trotz allem noch einen Spielraum der Selbstbestimmung gibt, zeigt sich an Städten annähernd gleicher Lage und Wirtschaftskraft, die gleichwohl in ihrem kommunalen Gesundheitszustand erheblich voneinander abweichen. Hier stoßen wir auf Unterschiede der kommunalen Kultur – wie tüchtig und einfallreich eine Stadtverwaltung arbeitet oder wie schematisch und lustlos; ob Kommunalpolitik in einem Klima gemeinsamer Anstrengung für die Stadt vor sich geht oder als Kampf aller gegen alle in einem gleichsam vergifteten Stadtklima; inwieweit mutige Entscheidungen möglich sind, weil sie von einer Bevölkerungsmehrheit begriffen und getragen werden, usw.

Da ist also weder Grund für Rechthaberei noch für Pessimismus. Die Planungsämmerung war lange vorzusehen, und dass Planungsvernunft nicht ausreicht, zeigte bereits der real existierende Sozialismus. Das heißt nicht, dass es Anlass gäbe, auf die arg begrenzte Vernunft des Marktes zu vertrauen – davon war oben schon die Rede. Wenn es auf dem eben skizzierten Wege naturwüchsiger Umorientierung zu einem neuen Muster kommt, dann, weil weder Staat noch Wirtschaft als ausreichende Assistenten bereitstehen, vielmehr die Einzelnen die Hauptlast werden schultern müssen. Das werden sie nicht vergessen, und die Städte danach werden andere sein als heute – nicht nur in der physischen Verteilung der Bewohnerdichten, Nutzungen und Baumassen, sondern vor allem auch in der unsichtbaren Verteilung der Macht.

Was übrig bleibt, ist die Traurigkeit des Diagnostikers. Es geht nicht nach Plan: Das sieht man ein, man hat es aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts gelernt. Aber dass sich jeder Schritt nach vorn nur unter den riesigen Verlusten zeitverzögerter Reaktion herstellt, das macht nicht fröhlich.

## Exkurs: Stadtumbau und Kirche

Hinter der Frage, ob es denn, wenn die Politik versagt, für integrierende Einsicht vielleicht noch andere Träger gibt, zeichnete sich bereits leise die andere Frage ab, ob unter Umständen die Kirche hier eine Rolle habe. Aus dem zu Zivilgesellschaft, Kultur und moralischer Öffentlichkeit Gesagtem erhellte auch bereits, dass die Kirchen weitgehend ein Teil dieser Öffentlichkeit sind, also zu den verschiedenen Gesellschaften in der Gesellschaft gehören, die sozusagen Inseln von Einsicht darstellen, aber eine Einsicht, die mit den Bedingungen ihrer Verwirklichung nicht ausreichend verzahnt ist.

Nun ist aber zumindest meiner Generation nach den heftigen Erfahrungen der siebziger Jahre klar, dass man hier gar nicht vorsichtig genug vorgehen kann. Es ist damals gerade seitens der Linken ein ziemlicher Missbrauch getrieben worden, man hat die Kirche benutzt, nicht weil man sich ihr zugehörig fühlte, sondern instrumentell, als Plattform, manchmal auch als Unterschlupf, wie z. B. auch die Kunst, die Stadtplanung oder die Denkmalpflege. Also erwarten Sie jetzt nicht, dass ich der Kirche ein Auftragspaket schnüre. Kirchen sind kein Ersatz für das fehlende Subjekt des Stadtumbaus. Das ist auch nicht ihr Job. Die Kirchen sind dazu da, ihren eigenen Vorteil zu realisieren, kirchlich gesagt, ihre Sache. Die Kirche wird also aus ihrem eigenen Zentrum zu entscheiden haben, wie sie mit den Aussichten und Notwendigkeiten des Stadtumbaus umgeht.

In Klammern gesagt: Wir bewegen uns theologisch hier, wenn auch auf unterer Ebene, in jenem schwierigen Feld, das im Luthertum einst so übersichtlich durch die Zwei-Reiche-Lehre geebnet war. Darunter hat bereits die Barmer Erklärung von 1934 einen Schlusstrich gezogen, auch wenn erst heute ankommt, was damals, unter vielen Wenns und Abers, formuliert wurde. Das hieß nach 1945 – und dafür standen damals Namen wie Niemöller, Heinemann, Gollwitzer, Iwand, dafür steht bis heute etwa ein Trutz Rendtorff –: Trennung vom Staat, um zu einer Politik zwischen den Lagern, zwischen den Blöcken frei zu sein.

Auf Stadtebene wurde dies erstmals in den siebziger Jahren getragen, als zahlreiche Kirchengemeinden begannen, sich in ihrem Stadtviertel sozialpolitisch zu engagieren: für Ausländerarbeit und Asyl und nicht zuletzt – ein Protagonist war beispielsweise Klaus Duntze, der in Berlin-Kreuzberg die „Strategien für SO 36“ auf den Weg brachte – gegen sozialhygienische Kahlschlagsanierung und für eine soziale und integrative Stadterneuerung, wirkliche Politik von unten.

Das ist der Erfahrungshintergrund, den wir haben. Das Thema Stadtumbau stellt nun aber nicht nur größere, sondern auch recht anders gelagerte Fragen. Zum einen kommt heute ein Motiv der Barmer Erklärung zum Tragen, das nach 1945 schnell wieder verloren ging: die – seinerzeit

vom Bruderrat geforderte – Selbstorganisation der Gemeinden als Kirche von unten. Zum anderen ist die Kirche heute, anders als in den siebziger und achtziger Jahren, als sie gleichsam als Sponsor linksalternativer Bewegungen und Projekte fungierte, mit dem Umstand konfrontiert, dass sie selbst von der demographischen Entwicklung in ihrer Existenzweise betroffen ist. Sie ist ganz pragmatisch zu neuen Konzepten gezwungen, genauer gesagt und auf unser Thema zugespitzt: Sie wird sich in Zukunft vermutlich ganz anders in den Städten einrichten müssen.

Nach fast zweitausend Jahren Durchgang durch die Staatlichkeit scheint die Lage der Kirchen wieder der der alten Kirche vor Konstantin ähnlich zu werden. Die Kirche wächst aus ihrer historischen Situation als Machtkirche heraus, und viel interessanter ist heute die Kirchlichkeit, die, weil das Reden und Bekennen immer schwieriger wird, ihre Wirksamkeit in Tun und Dasein umsetzt, in ein körperliches Hinausgehen und Sichaussetzen. Gleichzeitig geht sie ihrer ökonomischen Vorteile als Staatskirche langsam aber sicher verlustig, weil immer mehr Leute aus der Kirche austreten und keine Kirchensteuer mehr zahlen. Die Folge ist, dass die Kirche nicht anders sparen muss als Staat und Kommune. So bleiben ihr auch die entsprechenden Härten der Sanierung ihrer Finanzen nicht erspart. Sie muss Leute entlassen, sie muss Lokale aufgeben, d.h. das ganze Programm, was wir vom Staat her erleben, wird zunehmend auch von der Kirche abgearbeitet.

Sie gleicht dem Staat gerade darin, dass auch sie eine Institution mit lastendem Überbau ist und Mühe hat, nicht an der Leistung, sondern am institutionellen und immobilien Fleisch zu kürzen. Da die Kirche nicht so unentbehrlich ist wie der Staat, kann sie sich dessen Handlungsweise aber nicht leisten. Sie will es im Grunde wohl auch gar nicht, weil sie sich, wie es scheint, zunehmend davon überzeugt, in dieser Bewegung aus dem Machtgehäuse heraus auch etwas lange Verlorenes wiederzugewinnen. Der Weg führt als erstes, gleichlautend bei Protestanten wie Katholiken, der Richtung nach nicht gerade auf die Straße, aber weit mehr als in der Vergangenheit in die realen Städte hinein.

Das Tragische ist also nur, dass in dem Augenblick, wo die Kirche auf neue Weise in die Städte geht, die Städte sich desintegrieren. Wir können zusehen, wie sie in lauter segregierte Brocken zerfallen, in Nutzungsbrocken, in soziale Brocken, in Brocken der Unbrauchbarkeit, in homogene Stadtsegmente, die kaum noch in Bewegung zu bringen sind. Die Kirche ragt mit ihrer finanziellen Problemlage in diese zerfallende Stadt hinein, und ihr ureigenstes Interesse ist es, diese Segregation aufzuhalten, denn wenn es weiter geht, steht sie irgendwann im Nichts. Sie findet dann einfach ihre Leute nicht mehr, weil die so weit verstreut sind und in ihren Problemen und Interessen und Kulturen so weit voneinander entfernt sind, dass sie nicht mehr zu einer Gemeinde zusammen zu holen sind.

Soziale Segregation scheint nur so lange ungefährlich, wie man meint, das ließe sich alles noch mit großen Beschwörungen oder Bekenntnissen übergreifen. Irgendwann schlagen aber die Interessendivergenzen durch, und dann helfen keine gemeinsamen Bekenntnisse mehr.

Der Stadttod ist eben der Tod von Öffentlichkeit und eben auch von religiöser und kirchlicher Öffentlichkeit. Die Kirche lebt also, ob sie es will oder nicht, davon, dass die Stadt nicht kaputtgeht. Das heißt nicht, dass sie zum Aktivisten des Stadtumbaus werden müsste. Es heißt lediglich, dass sie in ihrem eigenen Interesse eine besondere Aufmerksamkeit entwickeln muss. Konservieren ist tödlich, aber Modernismus ist auch keine Lösung. Worum es geht, ist das Biegsamer- und Flüssigerwerden des eigenen Auftretens, der Art, sich zu zeigen. Das ist in vielen Städten schon weit gediehen ist, wie unter anderem die offenen und, in den Großstädten, die City-Kirchen zeigen. Es gibt ebenso die anderen Fälle, dass die Gemeinden sich weigern, ihren Vorteil in der Stadt wahrzunehmen. Als Stadtplaner hat man da seine besondern Erfahrungsfelder. Die Stadtplanung der Vergangenheit hat vielerorts die Kirchen einfach abgedrängt und ihnen ihr Umfeld, und damit ihr zwar nicht eigentumsmäßig, aber funktional zustehende Wirkungsflächen weggenommen, weil die Verkehrsrücksichten – Schnellstraßen, Abbiegespuren, Parkplätze, Tiefgaragen usw. wichtiger waren. Da ist einiges rückgängig zu machen, damit die betreffenden Kirchen in die Stadtöffentlichkeit zurückkehren.

Christliche Gemeinden können es eben nicht so machen wie beispielsweise die unter uns lebenden neuen Buddhisten, die sich als Individuen organisieren, sich unbekümmert um Entfernungen und Stadtprobleme an einem zentralen Ort treffen und dort ihre psychischen oder religiösen Bedürfnisse decken, während alle anderen, eigenen wie lokalen Probleme draußen bleiben, weil nicht Teil dieses religiösen Settings. Diese Möglichkeit haben christliche Gemeinden nicht. Ihre Kultur ist die einer Kirche, die genau auf der Schnittkante sitzt zwischen Markt und Kultur. Sie ist zu sehr Teil der Stadt, um ganz Geist werden zu können. Soweit sie Stadt ist, ist sie eben nicht nur Moral, Geist, Kultur, sondern – theologisch das Thema der Leiblichkeit – auch Ökonomie, Politik, Straßenöffentlichkeit, ist sie Arbeitgeber, Mieter, Eigentümer, Interessenvertreter, Investor usw. Sie muss die Art der Finanzierung ihrer selbst verändern und ihre Investitionsziele neu bestimmen, aber sie kann sich nicht zurückziehen, ohne sich selber zu verkennen und unkenntlich zu machen.







## **Barbara von Bremen**

### **Stadt und Kirche: Erfahrungen und Herausforderungen in Dortmund**

#### **Zur Orientierung**

Dortmund gehört zusammen mit Essen zu den größten Städten des Ruhrgebiets. Beide Städte haben knapp 600.000 Einwohner. Gut 200.000 Menschen gehören in Dortmund der evangelischen Kirche an, etwa 174.000 der katholischen Kirche, gut 4.000 Menschen sind jüdischen Glaubens. Die übrigen werden nicht mehr differenziert erfasst. Ich bin seit 1989 Pfarrerin an St. Petri. Zusammen mit meiner Kollegin bin ich verantwortlich für die Stadtkirchenarbeit an dieser Kirche.

Die Dortmunder St. Petri Kirche liegt gegenüber des Hauptbahnhofs. Sie ist eine von vier mittelalterlichen Stadtkirchen. Ihr Standort im Herzen der Innenstadt, einige Meter abseits der Einkaufsmeile garantiert öffentliche Aufmerksamkeit.

Die Petrikirche ist ein klarer gotischer Hallenbau aus der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts. Wer sie betritt, ist überrascht von ihrer Helligkeit und Weite. Tageslicht fällt ungebrochen durch die weißen Fenster. Ein Raum von Bänken befreit, flexibel bestuhlt, der den Blick nach oben zieht, in das fantastische gotische Gewölbe. Sein wertvolles Schmuckstück ist der goldene flandrische Flügelaltar von 1521 im Chorraum der Kirche. St. Petri ist eine Kirche ohne Nischen: Was sich in ihr befindet, verbirgt sich nicht, sondern setzt sich aus.

## **St. Petri – eine Stadtkirche**

St. Petri ist eine von vier typischen Stadtkirchen: Sie liegen in der City, in der kaum noch jemand wohnt, die aber im Alltag und vielleicht auch am Sonntag voll von Menschen ist. St. Petri hat wie die anderen Kirchen mit stadthistorischen Rang in der Innenstadt einen raumgreifenden Reichtum, den wir auszuschöpfen versuchen, mit und für Menschen dieser Stadt. Denn die historischen Sakralräume sind anziehend für Menschen jeder Herkunft. Sie haben jede einen auratischen Sog. Ohne großes Zutun ist Kirche hier präsent, funktionierende Volkskirche, Seismograf für das keineswegs erloschene Bedürfnis nach religiöser Bildung und Erfahrung.

Stadtkirchen sind in der Skyline Dortmunds Mahnmale für die Ewigkeit und geben dem Diskurs über Lebenssinn und -grenze, über Spiritualität und Transzendenz einen wunderbaren Erfahrungsrahmen. Sie sind offen für alle, sie sind einige der wenigen Räume in der Stadt, die nicht kommerziell sind, in ihnen trifft sich der Querschnitt der Bevölkerung – unverzweckt.

Als Stadtkirche ist St. Petri ein stadttöffentlicher Erfahrungsraum mit der Herausforderung, Zeitgenossenschaft zu üben: Einen Dialog zu führen mit außerkirchlicher Spiritualität und Religiosität und anderen Denk- und Glaubensweisen, mit Kunst und Kultur.

Konkret heißt das: Menschen anzusprechen, die zur Kirche kommen und sich doch nicht an eine Gemeinde binden wollen. Ein Großteil der kirchlich Distanzierten gehört zu ihnen: Die, die Gemeinden bei den Kasualien erleben, aber auch die, die längst die Institution Kirche für sich abgehakt haben, aber für die Kirchenräume attraktiv sind, die sie besichtigen. Aber auch die Passanten, die sich ausruhen ... oder die nur mal kurz schauen möchten, wie's da drinnen aussieht.

Eine ganz wesentliche Frage ist für uns: was suchen diese Menschen eigentlich in der Kirche? Was fasziniert sie? Was lässt sie so lange dort verweilen?

## **Arbeitsformen**

St. Petri ist Veranstaltungskirche, möglichst häufig in Kooperationen. mit anderen Gruppen, Vereinen, Institutionen in der Stadt, kirchlichen wie nichtkirchlichen. Dadurch öffnen wir die Kirche für neue Milieus und Menschen, die sonst nicht kommen würden und sorgen dafür, dass ein Dialog stattfindet zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft. Unterschiedliche Angebote ziehen unterschiedliche Menschen und kulturelle Szenen an. Sie bilden sozusagen eine eigene „Gemeinde auf Zeit“.

Wenn wir bei Ausstellungen oder Vorträgen mit der Universität oder der Fachhochschule kooperieren, dann kommen verstärkt Studierende und ihr Umfeld. Im Rahmen unseres Mystik-Projektes hatten wir einen interreligiösen Schwerpunkt. Es fand unter anderem eine Meditation eines Sufi-Ordens statt. Sie zog Menschen interkulturell gemischt an, die wir allein nie erreichen.

Unsere Kommunikations- und Arbeitsformen, unsere Ästhetik müssen als stadtkirchliches und öffentliches Angebot eine Offenheit, ein plurales Klima ausstrahlen. Das bedeutet Sorgfalt in der Vorbereitung und Gestaltung, eine gastfreundliche Grundhaltung ausstrahlen, angefangen beim Auftreten des Küsters. Jede/r soll sich willkommen geheißen und wohl fühlen, soll das Gefühl haben: Hier geben sich Leute für mich Mühe, ohne, dass ich sie mir verdienen muss, was auch immer oder ob auch immer ich glaube. Offenheit, Durchlässigkeit und Distanz sorgen dafür, dass immer wieder auch Menschen Zugang finden, die bis dahin noch nichts mit St. Petri zu tun hatten. Wir bemühen uns, soweit es sinnvoll ist, im Anschluss an Veranstaltungen noch einzuladen zum Gespräch, um Austausch und Begegnung zu fördern.

## **Aufgabe und Profil**

Mit St. Petri verbinden viele Menschen Aufbruch und Offenheit, Heilsames, Inspirierendes, Kirche mit Mut zu neuen Wegen. Dabei ist das Tragende der Kirchenraum selbst, das, was er spricht, woran er erinnert, seine besondere Atmosphäre.

Alle sind willkommen, ob sie zu einer Kirche gehören oder nicht. Zu uns kommen Evangelische, Katholische, Ausgetretene, Menschen, die lange keine Berührung mit Kirche hatten, Menschen, die anderen Religionen gegenüber aufgeschlossen sind, Menschen, die Berührung zur Esoterik haben.

Konkret heißt das: Wir haben es mit einer städtischen Öffentlichkeit zu tun, in der Religiosität in hohem Maße individualisiert und nicht mehr institutionell verankert ist. Unsere Herausforderung besteht also darin – mit Wolfgang Grünberg zu sprechen –, mit der Religion der Einzelnen, mit deren Hoffnungen, Schmerzen und Sehnsüchten, in denen sich der scheinbar abwesende Gott spiegelt, umzugehen.

Im Laufe der Jahre hat sich das Profil der Arbeit immer wieder verändert. Stand in den ersten Jahren der Öffnungsprozess im Mittelpunkt, hat sich in den letzten Jahren neben dem Dialog mit zeitgenössischer Kultur vor allem der Bereich Spiritualität als Schwerpunkt entwickelt. Es besteht ein starkes Bedürfnis nach neuen Formen von Spiritualität, in der sich die Menschen selbst stärker berührt fühlen möchten, einbringen können, die stärker biografisch orientiert sind.

Heutige sog. „postmoderne“ Lebensverhältnisse sind gekennzeichnet einerseits von Unübersichtlichkeit, andererseits von Flexibilität; von Unsicherheiten, die Angst einflößen und von befreiendem Tun-Dürfen; von hoher eigener Verantwortung und verdeckter oder offener Fremdbestimmung.

Die Frage, ob diese Entscheidung gut, jener Versuch sinnvoll ist, ist in den seltensten Fällen einfach zu beantworten. Die Prüfung der Geister wird in der Postmoderne schwierig. „Alles ist möglich“: Die zweite Ehe kann gelingen und die Patchwork-Familie ein wunderbarer Ort der Liebe und Geborgenheit für Kinder und Eltern sein, der Kirchenaustritt kann befreiend wirken, die Beerdigungsansprache eines konfessionsunabhängigen Predigers tröstlicher und persönlicher sein als die des Ortspfarrers.

Es bestehen immer noch tiefe Gräben zwischen dem, wonach Menschen heute spirituell hungern und dem, was die Kirche ihnen anbietet. Die Bedingungen postmoderner Existenz schaffen neue Umfelder für kirchliches Handeln, so entstehen alte und neue Rituale, Segnungsgesten, Deutungen der Schrift, die die Selbstheilungs- und Selbstfindungskräfte wachrufen und fördern können.<sup>1</sup>

## Programm

Den Sakralraum Kirche als eine eigene Kraft- und Machtquelle für das eigene Leben zu erfahren – das ist z.Z. die prägendste Kraft, die von St. Petri ausgeht. In unserem kirchlichen Handeln sprechen oft gerade die einfachen, nicht wortlastigen Formen an: eine Segenshandlung, ein Heilritual wie die Salbung, gemeinsames Schweigen und Beten in Gemeinschaft, ein Kerzenritual.

## Gottesdienste und Spiritualität

Wesentlichen Anteil an unserem spirituellen Schwerpunkt hat der monatliche Gottesdienst, der zu einem verhältnismäßig großen Teil von Menschen besucht wird, die nach Jahren oder Jahrzehnten mal wieder einen Gottesdienst besuchen und/oder auch sonst keinen Kontakt zur Kirche haben.

Die Sprache, die Themen, die Formen, die Werbung und die deutlich ausgewiesene Programmatik spielen für den Zuspruch, den diese Gottesdienste finden, eine Rolle. Jeweils am letzten Sonntag im Monat um 11.30 h beginnt der Gottesdienst nach einer kurzen Begrüßung und Ein-

---

1 Vgl. A. Spindel, Jenseits von Eden – oder mitten drin?, Diakonia 36, 2005, 331–334.

führung mit einer Anrufung durch die Gemeinde, einem Klangteppich freigesungener Klänge, die den Raum erfüllen. Mal laut und voll, dann leise und zart. Ein Eröffnungselement, in der allen Religionen bekannten Tradition der Eröffnung einer heiligen Handlung durch Klänge und Gesänge. Ein für alle zunächst ungewohntes Element, aber in St. Petri hat es sich etabliert, und der Gesang ist oft voll und vielstimmig. „Wohltuend, dass einmal die feiernde Gemeinde einen Gottesdienst eröffnet und nicht die Worte des Pfarrers“, so äußerte sich einmal eine Besucherin.

In jedem Gottesdienst feiern wir das Abendmahl in einer offenen Form, entwickelt im Blick auf kirchenferne Menschen. Die Gottesdienste sind konzipiert als thematische Reihen jeweils über drei bis fünf Sonntage mit Predigten, zu denen Gastpredigerinnen, regelmäßig auch Nichttheologinnen und kirchlich Distanzierte, eingeladen werden. Gewählt werden Themen, von denen wir denken, dass sie berühren und Interesse wecken, die existentiell oder gesellschaftspolitisch oder religiös von Bedeutung sind (z. B.: Über das Böse, Körper, Heilwerden, Zeitenwende, Liebe, Tod, „Wohin mit dem Kreuz?“, Heiliges, „Mythos Mutter“, Übergänge).

Die Stärke der Predigten ist die inhaltliche Kompetenz und das Engagement, das die eingeladenen Predigerinnen aufgrund ihres Arbeits- und Lebenskontextes einbringen. Prononcierte, auch provozierende Positionierung ist ausdrücklich erwünscht.

Neben dem Predigtschwerpunkt bekommt die Liturgie, das feiernde Element immer mehr Gewicht. Die neu entwickelten liturgischen Elemente der Anrufung zum Eingang des Gottesdienstes sowie die offene Gestaltung der liturgisch schlichten Mahlfeier finden großen Zuspruch und haben für viele der Besucher und Besucherinnen eine hohe Bedeutung.

Die Musik (Orgel und Akkordeon) hat im Gottesdienst eine eigenständige Rolle. Die Lieder stammen aus dem Repertoire der bekanntesten alten Gesangbuchlieder, die – wenn inhaltlich geboten – mit Textveränderungen oder neuen Textfassungen versehen sind. Mehr und mehr etablieren sich Taizé-Gesänge.

## **Gottesdienstpublikum**

Es gibt inzwischen eine Art Stammpublikum, das mehr oder weniger regelmäßig kommt, aber insgesamt sind die Besucherinnen und Besucher heterogen und nehmen punktuell teil. Es kommen überwiegend Frauen, darunter viele katholische, Studierende, mittlerweile auch mehr und mehr Männer, Leute aus anderen Kirchengemeinden, die andere Gottesdienstformen und eine andere Gottesdienstsprache suchen oder am Thema interessiert sind. Viele, die teilnehmen – das kommt in den Nachgesprächen zur Sprache – sind Neugierige, die seit langem keine Gottesdienstterfah-

rung mehr haben oder auf negative Gottesdiensterfahrungen zurückblicken. Sie sind positiv überrascht und neugierig geworden durch die pointiert angekündigte Programmatik, durch Interesse am Thema und kommen häufig aufgrund der Zeitungsmeldung. Manche Themen bzw. Predigerinnen ziehen auch besondere Szenen an. Mund-zu-Mundpropaganda aber ist das stärkste Werbemedium.

## **Selbstverständnis und Spirituelle Tradition**

Die Gottesdienste stehen theologisch in der Tradition der Mystik, der Befreiungstheologie und der Feministischen Spiritualität und Theologie. Auf diesem Hintergrund prägen einige Grundsätze die Gottesdienste:

- offene und gastfreundliche Atmosphäre
- die Beteiligungsformen sollen dem Distanzbedürfnis vieler entgegenkommen
- Fragen werden mehr geschätzt als fertige Antworten
- nicht der Glaube muss Maßstab für den Gottesdienst sein, sondern der Hunger und die Sehnsucht
- Vorrang der Gegenwart vor der Überlieferung (aktuelle Themen als Ausgangspunkt)
- die biblische/jüdisch-christliche Tradition und kirchliche Verkündigung soll kritisch gelesen und neu übersetzt werden
- wirklichkeitsnahe, natürliche, gerechte Sprache
- erfahrungsbezogener Ansatz
- Überwindung „protestantischer Dauerberedung“ (Fulbert Steffensky):
- die Raumsymbolik soll sprechen, Stille, Töne und Handlungen
- der Gottesdienst soll für Menschen ein Ort für ihre Sehnsucht, für Wahrheitssuche, Klage, Heilung und Protest sein
- er ist von der Fragehaltung geprägt: wenn jemand zum ersten Mal kommt, wie empfindet er/sie das?

## **Gedenkfeiern und Rituale**

Eines der ersten von uns entwickelten Rituale ist die Pfingstnacht.<sup>2</sup> Sie sowie ein Gedenkritual am 9. November und am Totensonntag feiern wir schon seit einigen Jahren mit großem Interesse. In den vergangenen Jah-

---

2 B. von Bremen, Die Feier der Pfingstnacht – eine neue Tradition, ZGP 17, 1999, 38–40.

ren haben wir auch angefangen, andere Formen spiritueller Praxis zu entwickeln, Rituale zu Lebensthemen im Jahreskreis oder im Kirchenjahreskreis wie eine vorweihnachtliche Feier der Nacht oder eine Reihe von Ritualen zu den vier Elementen Feuer, Erde, Wasser, Luft.

Rituale sind eine verdichtende Form spiritueller Erfahrung mit einem hohen Anteil an Raum für eigene spirituelle Arbeit und Erfahrung, weniger Wort und Nachdenken, dafür mehr Stille und Symbolhandlung.

### **Heilungsfeier mit Salbung<sup>3</sup>**

Den Körper und die Seele berühren – unter diesem Motto bieten wir drei bis viermal im Jahr eine Heilungsfeier mit Salbung an. Dieser Gottesdienst hat eher den Charakter einer meditativen Feier; Menschen können zum Wochenausklang in der Kirche zur Ruhe kommen, nach innen gehen, sich für Gott öffnen. Neben einer schlichten Liturgie ist diese Feier getragen von der eigentlichen Handlung der Salbung an den Handinnenflächen und der Stirn, verbunden mit einem dreigliedrigen Zuspruch und einem Segen. Die Salbung ist eine machtvoll und wirkräftige Zeichenhandlung, ein äußerst intimer Akt, der von den Spenderinnen, ein Team von Freiwilligen, ein hohes Maß an Einfühlung verlangt, ein Gespür für eigene Grenzen und die der Empfangenden. Für die meisten ist die Salbung eine Erfahrung, die lange nachhält. Sie kann an Verwundungen der Vergangenheit rühren, Sehnsüchte wecken, Lebenshoffnungen stärken.

### **Meditationen**

Zusätzlich haben wir mit Meditationsangeboten angefangen, neue Formen spiritueller Praxis kennenzulernen und „leibhaftig“ zu erfahren. Seit einigen Jahren gibt es Stille – Meditationen mit Gebetsgebärden und Tanz-Meditationen, auch im leergeräumten, nur mit Kerzen erleuchteten Kirchenraum auf Decken.

### **Begegnung mit zeitgenössischer Kunst und Kultur**

Warum Kunst und Kultur in der Kirche? Das ist heute zum Glück keine strittige Frage mehr, hat sie vor gut 10 Jahren noch provoziert. Kirche nimmt in der Begegnung mit der Kultur teil an der Eigenart ästhetischer Erfahrung, die ungeschlossen und vieldeutig ist und übt sich selbst in

---

3 A. Begemann, Erfahrungen mit neuen Ritualen, *Diakonia* 36, 2005, 335–338.

der Kultur der Verschiedenheit, der Wahrnehmung des Fremden, Anderen. Dieser Prozess ist deshalb so unverzichtbar und gewinnbringend, weil Kirche und Religiosität selbst heute nicht mehr eindeutig und abgeschlossen sind und mehr denn je angewiesen sind auf Dialoge und Auseinandersetzungen mit den Menschen von heute. St Petri bietet sich wegen seiner klaren, schmucklosen Architektur, der Raumweite und -höhe und seinem hellen Licht durch das einfache Verbundglas in den Fenstern für künstlerische Inszenierungen hervorragend an.

## **St. Petri als Klangraum**

St Petri ist durch ihre spezifische, hier und dort unberechenbare Akustik immer wieder ein spannender Klangraum und gefragter Konzertort. Es hat sich herumgesprochen, dass Petri im Gegensatz zu den Schwester-Innenstadtkirchen Musik außerhalb der Grenzen traditionell definierter Kirchenmusik fördert, durch eigene Konzertveranstaltungen mit dem Schwerpunkt zeitgenössische Musik, experimentelle Musik und Performance. Wir experimentieren auch mit neuen Konzertformen, indem wir die klassische Bühnensituation aufbrechen durch Inszenierungen an unterschiedlichen Ort im Kirchenraum, durch das Angebot von Liegeplätzen auf Decken im leergeräumten Kirchenschiff.

## **Begegnung mit der Tradition**

Seit gut einem Jahr setzen wir uns wieder mehr mit der Tradition in unserer Kirche auseinander. St. Petri besitzt einen (von noch 200 existierenden) kostbaren Antwerpener Schnitzaltar von 1521. Er wird z. Z. für teures Geld – gesammelt von einem Förderverein – restauriert. Diese Arbeit findet hoch oben am Gerüst statt. Das hat es uns ermöglicht, dass auch wir dem Kunstwerk auf „Augenhöhe“ begegnen können. Viele einzigartige Fotos haben wir so erstellt von Gesichtern, Körperhaltungen, Gebärden der Figuren, mit denen wir jetzt arbeiten. Inspiriert durch diese 500 Jahre alten Figuren, ihre Körperhaltungen und Gebetsgebärden bieten wir Vorträge, Projektionen, liturgische Nächte, spezielle Kirchenführungen an.

## **Öffnung als Leitmotiv**

In St. Petri versuchen wir die Türen möglichst weit zu öffnen, dies aber nicht beliebig zu tun. Profil zu zeigen heißt auch, nicht für alle da zu sein. Es gibt viele, die in dieser Kirche, abgesehen von der täglichen Öffnung im



Alltag, kein Angebot finden. Aber was wir anbieten, versuchen wir möglichst punktgenau und sorgfältig zu konzipieren und zu gestalten.

Öffnung der Kirche heißt für uns Dialog mit den Menschen, wie sie heute leben. Mit zeitgenössischer Religiosität, auch mit außerkirchlicher Religiosität und Spiritualität, mit zeitgenössischer Kultur, insbesondere Literatur und Musik und wenn machbar auch Kunst.

Öffnung heißt für uns Kooperation mit allen, die etwas wollen und mit denen wir übereinkommen. Öffnung heißt Gastfreundschaft, und das bedeutet auch: Kooperationspartnern den Kirchenraum für diese begrenzte Zeit als ihren zu überlassen und ihre eigene Logik als geltende zu achten.

Öffnung heißt für uns Dialog, und der bedeutet nicht selten, selbst zu lernen, wenn es um einen wirklichen Dialog geht. Wir verstehen uns bewusst nicht von vornherein als Besizende (des Kirchenraumes) und Habende (der Tradition, Bibel, Kirche) und Wissende um den Mehrwert des Glaubens im Rücken.

Natürlich gibt es immer auch wieder Grenzsituationen – ist das noch stimmig, vertretbar? Im gottesdienstlichen Rahmen stellt sich diese Frage besonders, wenn es um synkretistische Versuche geht, im Dialog mit Andersgläubigen oder indifferent religiösen Menschen. Verschärft stellt sich diese Frage, wenn es darum geht, Kriterien aufzustellen für eine Nutzung, die kommerzielle Absichten verfolgt. Um diese Diskussion kommen wir nicht herum, denn dass diese Großkirchen mittelfristig nicht mehr zu halten sind, wenn nicht Eigeneinnahmen erwirtschaftet werden, ist unumstritten. Hier stehen wir aber, im Vergleich zu anderen Städten, noch am Anfang.

## **Wer kommt?**

Im Laufe der Arbeit ist St. Petri ein Ort geworden, zu dem veranstaltungsbezogen Menschen aus dem gesamten Stadtgebiet und der Umgebung kommen. Die Verteileradressen reichen in die umliegenden Städte hinein. Es kommt ein Stammpublikum aus dem kirchlichen und nicht-kirchlichen Spektrum, und es kommen neue und uns unbekannte Menschen, die durch unterschiedliche Werbeträger auf uns aufmerksam geworden sind (Tagespresse, Einladungsprogramme, die in der Stadt ausliegen, Mundpropaganda).

## **Wie sind wir organisiert?**

Die Stadtkirchenarbeit ist auf der Ebene des Kirchenkreises angesiedelt, also nicht parochial strukturiert. Wir haben ein Kuratorium als beratenden

Beirat mit Kirchenvertreter/innen und Personen aus der Stadtöffentlichkeit und einen geschäftsführender Ausschuss der Petri-Kirche, der die baulichen, terminlichen, finanziellen und personellen Belange der Kirche regelt. Zur Petri-Kirche gehört noch eine kleine Gemeinde von ca. 2000 Mitgliedern, die die Kirche für ihre Gemeindegottesdienste in Form eines Nutzungsvertrages nutzt.

### **Planungen**

Im nächsten Jahr findet in Dortmund eine große Mittelalter-Ausstellung statt. Dortmund war eine alte Hansestadt, von der außer den alten Kirchen wenig übrig ist. Wir sind Teil dieser Ausstellung, als zentraler Veranstaltungsort und auch mit unserem kostbaren Altarschatz, mit dem wir z. Z. viele neue Entdeckungen machen.

Wir wollen unser spirituelles Angebot weiterentwickeln, planen wieder ein Schwerpunkt-Projekt zum Thema „Religion heute“ in möglichst breiter Kooperation und bemühen uns weiter, St. Petri zu bespielen.

Ewas grundsätzliches zum Schluss: Stadtkirchenarbeit braucht die volle Unterstützung für Experimente und einen Vorschuss an Vertrauen von kirchenleitender Seite. Sie muss auch Fehler machen können, wie sonst sollen neue Ideen entstehen und Gestalt gewinnen?



## **Lothar Wittkopf**

### **Stadt und Kirche: Erfahrungen und Herausforderungen in Berlin**

#### **Meine kirchliche Arbeitssituation – mein Erfahrungshintergrund**

Ich bin Superintendent des Kirchenkreises Berlin Stadtmitte, der 1998 neu gebildet worden ist aus ehemals drei selbständigen Kirchenkreisen im Ostteil und zwei ehemals selbständigen Kirchenkreisen im Westteil der Stadt. Motive der Neubildung waren:

(1) die Zusammenführung östlicher und westlicher Arbeitsformen und Erfahrungen im Wege eines Lernprozesses,

(2) die Solidaranstrengung aller zusammengeführten Kirchengemeinden zur Sicherstellung geordneter Strukturanpassungen und Ausgabenreduzierungen,

(3) die Entwicklung eines stadtkirchlichen Arbeitskonzeptes für den zentralen Bereich der sich neu definierenden Stadt Berlin.

Hinsichtlich der beiden ersten Zielsetzungen kann eine erfolgreiche Bilanz gezogen werden. Durch Gemeindevereinigungen sind aus 47 Kirchengemeinden (1998) bis heute 28 Gemeinden entstanden, ohne dass erhebliche Einschränkungen im Angebot, auch im Gottesdienstangebot, vorgenommen werden mussten. Die Personalkosten konnten deutlich zurückgeführt werden. Das Arbeitsprofil einzelner Kirchen konnte verdeutlicht werden.

Ein arbeitsteiliges und zwischen allen Gemeinden abgestimmtes stadtkirchliches Arbeitskonzept – die dritte Zielsetzung – lässt sich jedoch nur schwer herausbilden. Die Parochie-Orientierung in der Kirchenverfassung, in der Finanzverfassung und im Bewusstsein steckt den Rahmen für wirkliche Reformansätze zu eng.

Derzeit bereiten wir im Kirchenkreis eine Zukunftskonferenz vor. Für das Jahr 2015 werden alle relevanten Daten der Kirchengemeinden in einem Fortschreibungs-Szenario hochgerechnet. Dabei werden alle prognostizierten Rückgänge bei den Finanzeinnahmen berücksichtigt, ebenso die Verlusten beim Immobilienvermögen durch notgedrungen unterlassene Bauinvestitionen. Das Ergebnis wird uns sehr wahrscheinlich vor Augen führen, dass die bisher praktizierten Strukturanpassungen nicht ausreichend sind und wir bei verantwortlicher Planung eine sehr viel grundsätzlichere und weitreichendere Reform-Agenda verabreden müssen. Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung skizziere ich einige Herausforderungen und Aufgaben.

## **Herausforderungen und Aufgaben**

### **Alternativen zur parochialen Organisationsform zulassen**

Die Organisationsform flächendeckender Betreuung und Präsenz muss relativiert werden zugunsten der Konzentration auf verkündigungs-, seelsorge-, themen- und projektorientierte Schwerpunkt-Orte, die qualitativ ausgewiesen sind und kompetent arbeiten. Nur auf dem Weg der Differenzierung und Spezialisierung kommen wir zu einer finanzierbaren Strukturierung unserer Stadtkirchenarbeit. Nur so können wir Arbeitsteiligkeit organisieren, Überlastungen zurückführen und zugleich neue Motivation fördern.

Ich orientiere mich an dem alternativen Denkansatz von Uta Pohl-Patalong und ihrem Vorschlag der „kirchlichen Orte“.<sup>1</sup> In Aufnahme dieses Modells wähle ich jedoch andere Begriffe, um – so hoffe ich – Verdeutlichungen zu erreichen.

Ich möchte von Stadt-Kommunitäten sprechen, die ausgesuchte Stadtkirchen (ggf. auch andere kirchliche Gebäude) revitalisieren. Die Kommunität kann aus Menschen der örtlichen Gemeinde entstehen, die eingeladen werden zu einem neuen Aufbruch geistlichen Lebens am vertrauten Ort. Es können aber auch neu Hinzukommende sein, Projektinteressierte, religiös Suchende. Verfassungsrechtlich denke ich an eine Analogie zur Personalgemeinde. Die Kommunität ist eingebunden in Kirchenkreis und

---

1 U. Pohl-Patalong, Von der Ortskirche zu kirchlichen Orten. Ein Zukunftsmodell, Göttingen 2004.

Landeskirche. Sie unterliegt der Kirchengesetzlichen Aufsicht. Durch kirchengesetzliche Regelung (Erprobungsgesetz) ist sie jedoch frei, besondere Lebens- und Arbeitsformen von Zeugnis und Dienst auszugestalten. Entscheidende Kriterien für die kirchliche Einsetzung und Beauftragung sind:

(1) die Kommunität lädt ein zu öffentlichem Gottesdienst, zur Feier der Sakramente und ist für einen zu vereinbarenden Bereich zuständig für Seelsorge und Kasualhandlungen,

(2) die Kommunität ist darüber hinaus für einen Dienst zuständig, der im Wege der anzustrebenden Arbeitsteiligkeit mit dem Kirchenkreis vereinbart ist oder auch einem gesamtkirchlichen Auftrag nachkommt. Dieser spezifische Dienst kann etwa lokal bezogen oder zielgruppenorientiert sein, er kann im diakonischen Bereich oder im Bereich der Bildungsarbeit angesiedelt sein.

Von der einvernehmlichen Verabredung dieses doppelten Auftrages ist der Diensteinsatz von Ordinierten abhängig und ebenso die Zuweisung kirchlicher Finanzmittel. Nach einer gemeinschaftlich aufzubringenden Anschubfinanzierung muss es das Ziel sein, dass die Stadt-Kommunität ihren Finanzbedarf in erheblichem Umfang selbst aufbringt. Bezogen auf ihre konkrete und öffentlich relevante Arbeit muss sie sich um das Einwerben von Spenden und Förderbeiträgen bemühen. Abgestufte Mitgliedschafts-, Beteiligungs- und Mitfinanzierungsformen sollen erprobt werden. Komplementär zur Kirchensteuerfinanzierung soll eine nicht mitgliedschaftsgebundene Finanzierungsform erschlossen werden.

Lebensfähigkeit und Finanzierbarkeit solcher Stadt-Kommunitäten werden abhängen von der Vitalität ihres geistlichen Lebens, ihrer exemplarischen Arbeit und von ihrer Präsenz in der Stadt (City-Kirchen, Symbolkirchen, exponierte Gebäude). Der konstitutive Zusammenhang von Zeugnis und Dienst, Glaube und Diakonie wird unmittelbar anschaulich. Die Introvertiertheit mancher klein gewordener Gemeinden kann durch die Außenwirkung der übernommenen Schwerpunktaufgabe überwunden werden. Die Kommunität lädt ein zu gemeinschaftlichem Leben in der verantwortlichen Trägergruppe, sie bietet aber auch die Möglichkeit zu frei gewählten Partizipationsformen (begrenzt oder auch befristetes Engagement). Ihr öffentlicher Verkündigungs- und Seelsorgedienst gewinnt Überzeugungskraft durch die gelebte Praxis. Zudem ist sie ein sehr geeignetes Einübungsfeld für ökumenische Partnerschaften.

Solche Stadt-Kommunitäten sollten dort erprobt werden können, wo parochialverfasste Gemeinden nicht mehr öffentlichkeitsrelevant und also nicht mehr missionarisch tätig sind oder die Finanzausstattung eine Fortführung bisheriger gemeindlicher Arbeitsformen unmöglich macht. Ihr Aufbau und ihr Zusammenwirken mit verbleibenden Parochien muss im Rahmen einer kreiskirchlichen Entwicklungsplanung vereinbart werden (stadtkirchliches Arbeitskonzept).

Die folgenden Gesichtspunkte zur Perspektivplanung „Stadt und Kirche“ vertragen sich ausnahmslos mit der Idee von den Stadt-Kommunitäten, setzen sie jedoch nicht voraus.

### **Der Gottesdienst in der Stadt**

Ich plädiere für eine Qualifizierung unserer gottesdienstlichen Angebote und möchte eher dem Qualitätskriterium den Vorzug geben als dem Gesichtspunkt der Quantität. Nicht die Anzahl der Gottesdienstorte, sondern die gemeinschaftsbildende Kraft und die öffentliche Ausstrahlung unserer Gottesdienste sind der Vitalitätstest für die Kirche in der Stadt. Es braucht Konzentration (äußere wie innere), wenn theologische Intensität, liturgische Sorgfalt, kirchenmusikalische Akzentsetzung und kommunikative Gestaltung zusammenfinden und kreativ werden sollen.

Zur Qualifizierung muss eine vermehrte Differenzierung hinzutreten. Es ist von großer Bedeutung, dass Besucherinnen und Besucher eines evangelischen Gottesdienstes einen verlässlichen Gestaltungsrahmen vorfinden (agendarischer Ablauf, Sonntagslesungen, Wochenlied, Predigt). Aber diese Wertschätzung teilen insbesondere informierte, kenntnisreiche Gemeindeglieder. Kirchendistanzierte, religiös suchende Menschen, Neugierige sollten auch spezieller angesprochen werden. Themengottesdienste, Predigtreihen, Gottesdienste, die sich an Zielgruppen, Erinnerungstagen, Stadtereignissen u. a. orientieren sollten häufiger angeboten werden. Die gottesdienstliche Verkündigung sollte nicht nur das Kirchenjahr in den Blick nehmen, sondern auch den säkularen Kalender und den Stadtkalender. Das bedarf weitsichtiger Planung wie auch der Bereitschaft zur schnellen und aktuellen Reaktion.

Es kann nicht darum gehen, in möglichst vielen Stadtkirchen einen vielgestaltigen Wechsel der Gottesdienstformen anzustreben. Vielmehr sind die unterschiedlichen Gottesdienstprofile überschaubar und verstetigend den je am besten geeigneten Stadtkirchen zuzuordnen.

### **Missionarische Bildungsarbeit und gezielte Mitgliedschaftswerbung**

Wir brauchen eine neue Konzentration der Kräfte auf die Aufgabe der Aufklärung und der Information über den Glauben. Die Stichworte sind vielfach genannt: Erwachsenenkatechumenat, Grundkurse des Glaubens, Themenseminare, Vorbereitungskurse auf die Erwachsenentaufe. Zu Bausteinen einer wirklich missionarischen Bildungsarbeit werden diese Angebote jedoch erst dann, wenn sie nicht aus einer kirchlichen Innensicht als „Gemeindeseminare“ konzipiert und angelegt sind, sondern die distanzierte Disposition der religiös noch Suchenden ernst nehmen.

Wieder ist angezeigt, diese Aufgaben an ein oder zwei Stellen der Stadt zusammenzuführen, dort aber kompetent und professionell wahrzunehmen.

men und stadtweit zu bewerben. Denkbar ist eine Zusammenarbeit oder Zusammenlegung mit den Einrichtungen der Bildungswerke, Stadtakademien, Ämtern für Gemeindedienst und der volks- oder stadtmisionarischen Dienste. Hier sind vorrangig auch Kircheneintritts- und Wiedereintrittsstellen anzusiedeln, die sich als Agenturen einer gezielten und stadtweiten Mitgliedschaftswerbung verstehen. Gemeindeaufbau in der Stadt kann nicht mehr ausschließlich im parochialen Zuschnitt erfolgen.

### **Das kulturelle Gedächtnis der Stadt**

Verstärkt und fortgeführt werden müssen die Bemühungen zur täglichen Öffnung von Kirchen. Ebenso die Entwicklung von kirchenpädagogischen Konzepten, Angeboten zu Kirchenführungen, Orgelführungen und Führungen auf kirchlichen Friedhöfen. Eine zentrale Koordination für die Stadtkirchen und innerstädtischen kirchlichen Friedhöfe empfiehlt sich zur konzeptionellen Entwicklung und Qualifizierung der Angebote und ebenso zum Aufbau und zur Pflege der Kooperation mit städtischen Kulturinstitutionen und mit dem Tourismus- und Beherbergungsgewerbe. Dieses Netzwerk kann dann auch genutzt werden zur Bewerbung von Kirchenmusiken und anderen kulturellen Veranstaltungen in den Kirchen.

Zur Finanzierung dieser zu intensivierenden Form der Öffentlichkeitsarbeit und des Verkündigungsdienstes im Kontext des Kulturgeschehens der Stadt ist die kontrovers diskutierte Frage nach der Erhebung von Gebühren und Eintrittsgeldern neu aufzugreifen.

### **Entlastung in der Verwaltung**

Neue Aufgabenzuschreibungen bei wahrscheinlich auch weiterer Personalreduzierung müssen für die Stadtgemeinden einhergehen mit deutlicher Arbeitsentlastung einerseits durch die arbeitsteilige Schwerpunktbildung, ganz wesentlich aber auch durch Entlastung im Verwaltungsbereich.

Aus meiner Sicht ist es vorrangig, die Aufgaben der Immobilien- und Liegenschaftsverwaltung zusammenzuführen, sie um eine gezielte Immobilienentwicklung zu ergänzen, um so ein kompetentes und professionell arbeitendes Gebäudemanagement in einer Hand zu etablieren. Vorstellbar ist eine privatrechtlich verfasste Gesellschaft, die im Auftrag der Stadtgemeinden tätig wird. Die Anzahl der zu verwaltenden und zu entwickelnden Objekte muss sich bemessen an dem Ziel, dass diese Gesellschaft wirtschaftlich arbeiten kann. Angesichts sinkender Kirchensteuereinnahmen ist die Verbesserung der Ertragsituation aus der Immobilienbewirtschaftung nicht nur dringend wünschenswert, sondern gerade im zentralen Bereich der Städte auch aussichtsreich.

Entsprechendes gilt für die kirchlichen Friedhöfe in innerstädtischer Lage. Ein von mehreren Gemeinden gebildeter Trägerverband kann durch

gemeinsame Verwaltung, zentrale Flächenbewirtschaftung und zentrale Steuerung des Personal- und Maschineneinsatzes erstens die Wirtschaftlichkeit verbessern und zweitens die Gemeindeleitungen entlasten.

### **Öffentlichkeitsarbeit**

Die Bedeutung einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit ist bereits angesprochen. Die Zielsetzung muss sein, dass wir uns einbringen und teilhaben an den Kommunikationssystemen der Stadt. Schaukasten und Gemeindebrief bleiben im kleinteiligen Nahbereich wichtig. Von immer größer werdender Bedeutung ist jedoch eine ergänzende und professionell angelegte Öffentlichkeitsarbeit auf Stadtebene. Vieles spricht für ein quartalsmäßig erscheinendes Stadtkirchen-Magazin, das als kostenlose Beilage zur Tagespresse erscheint.

Der Ausbau und die Qualitätsverbesserung des Auftritts der Stadtkirchen im Internet verlangt noch große Anstrengungen. Sehr überlegenwert erscheint mir zudem ein stadtzentrales Info-Telefon, über das abrufbar sind: Veranstaltungshinweise, zentraler Buchungsservice, Kontaktaufnahme mit Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen, Beratung in Kasualfällen, Beratung in Eintritts- und Wiedereintrittsfragen, Vereinbarung von Beratungs- und Seelsorgegesprächen. Ideal wäre eine bundeseinheitliche Rufnummer. Um ein qualitativ gutes Angebot und eine 24-Stunden-Erreichbarkeit zu realisieren, ist eine Zusammenlegung des Info-Telefons mit der örtlichen Telefonseelsorge anzustreben.

Ergänzt werden sollten diese Angebote durch regelmäßige Pressekonferenzen und Gespräche mit Medienvertretern.

### **Neue Finanzierungswege**

Zusätzlich zu den Bemühungen um Mitteleinwerbung durch Sponsoring, Spenden, Förderbeiträge, Patenschaften u. a. müssen gesamtkirchliche Anstrengungen zur Finanzierung der Stadtkirchenarbeit unternommen werden. Kirche in der Stadt ist so etwas wie das „Schaufenster“ für die Kirche einer ganzen Region oder gar einer ganzen Landeskirche.

Darum ist eine (neue) Diskussion zu eröffnen um kirchliche Sonderzuweisungsmittel für die Arbeit an City-Kirchen und ausgewiesenen Stadtkirchen mit besonderer Bedeutung. Ebenso müssen neue Wege beschritten werden im Solidarausgleich zwischen finanziell starken Gemeinden und finanziell bedürftigen Gemeinden, die im stadtkirchlichen Arbeitskontext aber von hervorgehobener Bedeutung sind. Gemeinden und Kirchenkreise in noch ausgewogen strukturierten Wohnbereichen (Stadttrandlagen) sind zu gewinnen für eine auch finanzielle Mitverantwortung hinsichtlich der kirchlichen Arbeitsfähigkeit in den Innenstädten mit ihren sozialen Verwerfungen und Brennpunkten.



---

## Schlussbemerkung

Angesichts der Prognosen zur demographischen Entwicklung, zur Mitgliedschafts- und Kirchensteuerentwicklung bekräftige ich meine Einschätzung, dass unsere bisherigen Strukturanpassungen noch zu kurz greifen und wir also tiefer greifende Reformschritte einleiten müssen. Die Kirche hat teil an den vielgestaltigen Auswirkungen eines gesellschaftlichen Wandels. Zu diesem Wandel gehört auch, dass vielfach ein neues religiöses Suchen festzustellen ist, dass Menschen in ökonomischen Krisen und Umbruchsituationen neu nach Vergewisserung und Sinngebung für ihr Leben fragen. Entscheidend wird sein, wie wir uns als Kirche diesem Wandel stellen: zögerlich, resignierend, den Entwicklungen hinterher laufend oder perspektivisch und weitsichtig vorausgreifend, geleitet von der Hoffnung, die unseren Glauben trägt. Das Evangelium selbst lässt zwischen diesem Entweder-Oder jedenfalls keine Wahl.





## **Ayça Polat / Andrea Janßen**

**„Jeder Topf findet seinen Deckel und Deutschland ist für uns der Deckel geworden“ – Die zweite Generation türkischer Migranten in Hannover**

### **Einleitung und Konzept der Studie**

Migranten aus der Türkei sind in Deutschland die mit Abstand größte Gruppe der Einwanderer. Begonnen hat die Einwanderung aus der Türkei 1961 mit einem Vertrag über die Anwerbung von damals so genannten Gastarbeitern. Sie füllten in Zeiten der Vollbeschäftigung die Lücken des westdeutschen Arbeitsmarkts und nahmen die Arbeitsplätze ein, die für die Deutschen nicht attraktiv waren: unqualifizierte Industriearbeit. Aus der Arbeitsmigration, die zeitlich befristet geplant war, ist für einen Großteil der Migranten dauerhafte Einwanderung geworden. Spätestens mit dem Aufwachsen einer zweiten Generation in der BRD sind auch für die deutsche Gesellschaft die Fragen relevant geworden, die für alle Einwanderungsgesellschaften von zentraler Bedeutung sind: Was bedeutet Integration, was Ausgrenzung? Woran entscheidet es sich, ob Integration gelingt oder der Weg in die Randständigkeit bis hin zur dauerhaften Ausgrenzung führt?

In dem Forschungsprojekt „Zwischen Integration und Ausgrenzung – Lebensverhältnisse türkischer Migranten der zweiten Generation“<sup>1</sup> haben wir sowohl die objektiven Verläufe der Biographien von türkischen Migranten der zweiten Generation erhoben, als auch deren subjektive Interpretationen in den drei Dimensionen Arbeit, soziale Netzwerke und Woh-

nen. Es ging uns um die Karrieren innerhalb dieser Dimensionen und um deren Wechselwirkungen. Um die gesellschaftlichen Bedingungen für diese Verläufe in den Blick zu bekommen, waren die Handlungs- und Sichtweisen von Gatekeepern der Arbeits- und Wohnungsmärkte ein zweiter Schwerpunkt der Studie.

Das Kernprogramm der Empirie besteht zum einen aus 55 offenen, thematisch strukturierten Interviews mit türkischen Migranten der zweiten Generation, die jeweils zur Hälfte im funktional gemischten Altbauquartier Hannover Linden-Nord und in der Großsiedlung Hannover Vahrenheide-Ost wohnen. Zum anderen wurden 41 Interviews mit Gatekeepern<sup>2</sup> des Arbeitsmarkts und des Wohnungsmarkts durchgeführt.

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse zu den Karrieren der Migranten in den drei Dimensionen vorgestellt. Im dritten Abschnitt werden objektive und subjektive Faktoren für die Karrieren der Migranten diskutiert. Der letzte Abschnitt beschäftigt sich mit möglichen Schlussfolgerungen aus den Forschungsergebnissen für die politische Praxis.

## **Karrieren der Migranten und Migrantinnen**

### **Arbeit**

Betrachtet man Daten zur Arbeitsmarktsituation türkischer Migranten, so vermitteln sie das erwartete Bild: Sie sind überproportional in der Industrie und als unqualifizierte Arbeiter beschäftigt und haben mit über 22 Prozent die höchste Arbeitslosenquote der Migranten in Deutschland. In unserem Sample (fast ausschließlich Migranten mit Hauptschulabschluss) gibt es keinen Fall einer klassischen beruflichen Integrationskarriere wie der vom Handwerkerlehrling über den Gesellen zum Meister. Für die breite Mittelgruppe unserer männlichen Interviewpartner spielt Industriearbeit immer noch eine wichtige Rolle, sie sind in diesem Segment prekär integriert. Selbst die wenigen Erfolgreichen, die in das mittlere Segment qualifizierter Dienstleistungsarbeit aufgestiegen sind, haben sehr diskontinuierliche Beschäftigungsverläufe. Die überwiegende Mehrheit des Samples hat Probleme bei den Übergängen an der ersten und zweiten Schwelle, die Beschäftigungsverhältnisse verlaufen diskontinuierlich und haben ein niedriges Qualifikationsniveau.

- 
- 1 Das Forschungsprojekt wurde von der VW-Stiftung im Rahmen des „Niedersächsischen Forschungsverbands Technikentwicklung und gesellschaftlicher Strukturwandel“ gefördert. Außer den Autorinnen waren Prof. Dr. Walter Siebel und Dr. Norbert Gestring an dem Projekt beteiligt.
  - 2 D.i. Personen, die aufgrund ihrer beruflichen Position über Bewerber auf den jeweiligen Märkten entscheiden.

Die Ausgrenzungskarrieren verlaufen unterhalb der unqualifizierten Industriearbeit und damit auch unterhalb des typischen Arbeitsmarktsegments der ersten Migrantengeneration: Der Einstieg in den Arbeitsmarkt erfolgt ohne Berufsausbildung, danach folgen häufig wechselnde prekäre Beschäftigungsverhältnisse bei Zeitarbeitsfirmen und randständigen Betrieben sowie lang andauernde Phasen der Arbeitslosigkeit.

Die berufliche Situation der Frauen ist ebenfalls äußerst problematisch. Aber anders als die Männer haben Frauen die Statusalternative „Hausfrau“. Knapp ein Drittel der Frauen ist nicht auf den Arbeitsmarkt orientiert. Sie finden in der Hausfrauenrolle ihre Bestätigung. Diese Frauen möchten – wenn überhaupt – nur eine Teilzeitbeschäftigung ausüben, um ein Zubrot für das Familieneinkommen zu verdienen.

Im Vergleich zu den anderen Dimensionen ist die Gefahr einer Ausgrenzungskarriere auf dem Arbeitsmarkt sowohl für die Frauen als auch für die Männer am höchsten. Neun der 25 interviewten Männer und 13 der interviewten 30 Frauen gehören zum Typ der Ausgrenzung. Nur elf Männer und sogar nur fünf Frauen haben eine Integrationskarriere, weitere fünf Männer und drei Frauen sind prekär integriert: Scheitern oder ein mühsames Sich-über-Wasser-halten ist das gängige Muster, Erfolg eher die Ausnahme.

Weniger gefährdet erscheinen die Karrieren in den Dimensionen Wohnen und soziale Netze: Hier überwiegt eine Integration auf niedrigem Niveau.

### **Soziale Netzwerke**

Soziale Kontakte und soziale Beziehungen sind in verschiedener Hinsicht von Bedeutung: Zuneigung, Akzeptanz und die Möglichkeit, Probleme mit anderen besprechen zu können, sichern psychische Stabilität und vermitteln ein Gefühl der Zugehörigkeit. Neben dieser emotionalen Seite sind soziale Netze aber auch in materieller Hinsicht bedeutend. Sie sind ein soziales Kapital, das Bourdieu<sup>3</sup> als Ressource definiert, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe basiert. Verleihen von Geld und Gütern, Leistungen wie Babysitten oder Reparaturen an Auto oder Wohnung erleichtern die Bewältigung des Alltags, ein Tipp von Freunden oder Bekannten über einen Job kann die entscheidende Information bei der Suche nach Arbeit sein.

Integration heißt in der sozialen Dimension, dass sich die sozialen Netzwerke im Zeitverlauf vergrößern und mehr Ressourcen bereitstellen. Die übliche Entwicklung von sozialen Beziehungen im Lebensverlauf verlaufen allerdings anders: Während in der Schulzeit das soziale Netz sehr

---

3 P. Bourdieu, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: R. Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, 183–198.

groß ist, verkleinert es sich meist im Lebensverlauf und spätestens bei der Familiengründung. Die Netzwerke der befragten Migranten zeigen ebenfalls diesen typischen Verlauf. Da sie meist mit Eintritt in das Erwachsenenalter heiraten, beginnen auch ihre Netze sehr früh zu schrumpfen.

Die sozialen Netze der meisten Migranten sind ethnisch und sozial homogen sowie räumlich auf das nähere Umfeld begrenzt. Die familiären Kontakte spielen eine zentrale Rolle. Die Familie ist für türkische Migranten der zweiten Generation der wichtigste Schutz gegen soziale Isolation und gewährleistet materielle und emotionale Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags. So stellt eine interviewte Migrantin fest: *„Man braucht ja eigentlich, wenn man so große Familie hat, ich meine viele Geschwister, man braucht eigentlich keine Freunde.“*

Die Mehrheit unserer Befragten hat ein rein familiales Netz, ihr soziales Netz besteht ausschließlich aus familiären Nahbeziehungen und Kontakten zu Verwandten. Ein Viertel hat neben den Familienbeziehungen auch regelmäßige und intensive Kontakte zu Freunden und Bekannten. Weniger als ein Sechstel hat ethnisch heterogene Netzwerkbeziehungen, d.h. sie haben außer türkischen noch Freunde anderer Nationalitäten.

Das familiale Netz bietet verlässliche, aber eng begrenzte Ressourcen. Zudem schränkt die hohe Distanzempfindlichkeit der sozialen Netze die Optionen der Migranten auf dem Wohnungsmarkt zusätzlich ein. Die Begrenzung der Optionen durch die Familie zeigt sich insbesondere beim Heiratsverhalten. Es wird sehr früh geheiratet. Außerdem wird innerhalb der türkischen Community geheiratet. Zwei Drittel holen ihre Ehepartner aus der Türkei.

## **Wohnen und Stadtteil**

Die Frage der Integration bzw. Ausgrenzung am Wohnungsmarkt bezieht sich erstens auf die Wohnungsversorgung und zweitens auf das Wohnquartier, d. h. wir fragen nach der Qualität der Wohnung und nach den Effekten von Segregation in unterschiedlich strukturierten Wohnquartieren. Deshalb haben wir zwei typische Migrantenquartiere untersucht: ein funktional gemischtes Altbauquartier in Hannover Linden-Nord und eine monofunktionale Großsiedlung des sozialen Wohnungsbaus in Hannover Vahrenheide-Ost.

Die Wohnversorgung der zweiten Generation hat sich nach der „Gastarbeiterphase“ verbessert. Gleichwohl gibt es auch hier insbesondere im Hinblick auf Wohnfläche und Ausstattung der Wohnungen große Unterschiede zu den Deutschen. So lag die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf bei den von uns befragten Migranten mit 20 qm deutlich unter dem Durchschnitt Hannovers von 40 qm. Zudem wohnen Migranten häufig in Stadtteilen, die von deutschen Haushalten wegen Umweltbelastungen, schlechter Bausubstanz und schlechtem Image gemieden werden.

Die meisten Befragten haben auf dem Wohnungsmarkt eine Integrationskarriere auf niedrigem Niveau gemacht. Sie konnten sich zwar im Lauf der Zeit hinsichtlich der Wohnverhältnisse verbessern, haben aber nach wie vor einen bescheidenen Wohnstandard: Eine Wohnung mit 60 qm Wohnfläche für zwei Erwachsene und zwei Kinder ist ein typisches Beispiel für eine Wohnversorgung auf niedrigem Niveau. Mehr als einem Drittel der Migranten gelingt der Aufstieg in eine größere, besser ausgestattete Mietwohnung oder in eine Eigentumswohnung. Ausgrenzungskarrieren, die durch eine dauerhafte Verschlechterung der Wohnversorgung gekennzeichnet sind, kommen lediglich bei neun Fällen vor und betreffen vor allem Migranten aus dem Altbauquartier Linden-Nord, da diese verstärkt über den unsicheren privaten Wohnungsmarkt versorgt und häufiger von Ausgrenzung am Arbeitsmarkt betroffen sind.

Trotz der unterschiedlichen Karriereverläufe gibt es in den Wohnbiographien der Migranten einige auffällige Gemeinsamkeiten. Eine ist das *Fehlen einer postadoleszenten Phase* – es gibt keine Wohnphase zwischen dem Wohnen bei den Eltern und dem Wohnen mit dem Ehepartner. Eine zweite Gemeinsamkeit ist das *Verbleiben in der elterlichen Wohnung* auch nach der Hochzeit. Dies stellt für die frisch verheirateten Migranten oftmals eine Sparstrategie dar.

### **Quartierseffekte**

Die Migranten, die wir befragt haben, leben in zwei Stadtteilen Hannovers: Vahrenheide-Ost und Linden-Nord. Linden-Nord ist ein innenstadtnahes, studentenreiches Viertel und Vahrenheide-Ost eine Großsiedlung der sechziger/siebziger Jahre, die im Laufe der Zeit immer mehr zu einem der „Problemviertel“ in Hannover wurde.

Wie leben die Migranten in diesen Vierteln? Welchen Einfluss hat das Wohnquartier auf die Lebenssituation und die Lebenschancen der Migranten? Die Eigenschaften von Quartieren können für die Bewohner Ressourcen sein, die bei der Bewältigung von prekären Lebenslagen helfen, sie können aber auch zusätzliche benachteiligende Effekte haben.<sup>4</sup>

Denkbar sind solche negativen oder positiven Quartierseffekte in vier Dimensionen: in der materiellen, in der sozialen, in der politischen und in der symbolischen Dimension. Zunächst wird kurz auf die Theorie von Quartierseffekten eingegangen, anschließend werden die beiden Quartiere auf diese Effekte hin untersucht. Im Mittelpunkt stehen dabei die Auswirkungen der Quartierseigenschaften auf die Lebenssituation von türkischen Migranten.

---

4 N. Gestring/A. Janßen, Sozialraumanalysen aus stadtsoziologischer Sicht, in: M. Riege/H. Schubert (Hg.), Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis, Opladen 2002, 147–160.

## Zur Theorie von Quartierseffekten

Die *materielle* Dimension umfasst Art und Qualität des Wohnbestandes, die Existenz und Nutzbarkeit öffentlicher Plätze und die Infrastruktur. Monofunktionale Wohnsiedlungen erschweren die Alltagsorganisation der Bewohner und bieten kaum Jobmöglichkeiten. Fehlende oder nicht nutzbare öffentliche Plätze verringern Freizeitmöglichkeiten und Anlässe für soziale Kontakte.

Die *soziale* Dimension ist in zweierlei Hinsicht von Bedeutung: Netzwerke auf Quartiersebene stellen soziales Kapital dar, also „Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen“.<sup>5</sup> Zweitens ist das Quartier für Kinder und Jugendliche auch ein „Lernraum“,<sup>6</sup> in dem die Erwachsenen eine Vorbildfunktion haben. Spielt z. B. Erwerbstätigkeit im Quartier nur noch eine untergeordnete Rolle, bekommen die Heranwachsenden Verhaltensweisen vorgelebt, die zur Bewältigung von Armut und Benachteiligung sinnvoll sein mögen, aber außerhalb des Quartiers nicht akzeptiert werden.<sup>7</sup>

Neben der sozialen Struktur muss in Migrantenvierteln auch die Bedeutung *ethnischer Segregation* berücksichtigt werden. Die Einschätzung von Segregation für die Integration von Migranten ist dabei wissenschaftlich recht umstritten. Sie wird einerseits als Hemmnis der Integration interpretiert, die die Annäherung der Migranten an die deutsche Gesellschaft verhindert, andererseits wird sie als integrationsfördernd eingeschätzt, da sie den Aufbau sozialer Netzwerke und die Selbsthilfe erleichtern kann.

In der *politischen* Dimension geht es um politische Repräsentanz. Der politische Einfluss auf Stadt- und Quartiersebene ist vom Interesse und von der Organisations- und Durchsetzungsfähigkeit der Quartiersbewohner abhängig. Das dafür notwendige kulturelle Kapital fehlt allerdings gerade in den Teilen der Stadt, in denen die Bevölkerung besonders von der Partizipation profitieren würde.

Der vierte Quartierseffekt ist die *symbolische Ebene*: Das Image des Quartiers kann sich auf die Bewohner übertragen und das Selbstbild beeinflussen. Das Leben in einem stigmatisierten Quartier kann ein Gefühl von Ausgrenzung erzeugen oder verstärken. Stigmatisierung kann im extremen Fall auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt beeinflussen, wenn z. B. die „schlechte Adresse“ die Chancen auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz verringert.

---

5 P. Bourdieu (s. Anm. 3) 190f.

6 H. Häußermann, Die Krise der sozialen Stadt, Aus Politik und Zeitgeschichte B 10–11/2000, 13–21.

7 W. J. Wilson, The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass and Public Policy, Chicago/London 1987.



## Lebensverhältnisse in zwei typischen Migrantenquartieren

### *Die materielle Dimension*

Hinsichtlich der materiellen Dimension ergibt sich in den beiden Stadtteilen ein sehr heterogenes Bild:

So ist die Architektur Vahrenheides typisch für die Großsiedlungen der sechziger und siebziger Jahre: Zeilenbau mit einzelnen Hochhauskomplexen. Es gibt viel Grün, aber wenig nutzbare öffentliche Plätze. Die kommerzielle Infrastruktur beschränkt sich auf einige Discounter. Es dominiert die soziale Infrastruktur, die einen überwiegend karitativen Charakter hat.

Im Stadtteil Linden-Nord dagegen gibt es nur wenig Grün, aber ein paar öffentliche Plätze und in der Nähe einige Parkanlagen. Es ist funktional gemischt und mit den vielen Kneipen und Restaurants auch für Besucher attraktiv. Bei der sozialen Infrastruktur fällt die Vielzahl von selbstorganisierten Vereinen und Initiativen auf.

Der erste Eindruck ist also ein ressourcenreiches Altbauquartier und eine Großsiedlung, die vor allem wegen des Fehlens kommerzieller Infrastruktur benachteiligt erscheint.

Das Urteil der Migranten über die materielle Ausstattung in ihren Quartieren weicht jedoch von dieser Analyse ab:

Die Lindener Migranten sind unzufrieden mit der baulichen Struktur des Quartiers und der Qualität der Wohnungen. Sie beschweren sich über fehlende Grünflächen und Parkplätze und zu kleine und zu teure Wohnungen.

Die Vahrenheider sind dagegen mit ihren Wohnungen zufriedener. Sie übernehmen somit nicht die Mittelschichtskritik an der Architektur, die Großsiedlungen als quasi unbewohnbar tituliert: „*Eine der schönsten Gegenden Hannovers*“, schwärmt ein Migrant. Die türkischen Haushalte entsprechen mit dem erwerbstätigen Mann, der nicht oder teilzeitarbeitenden Frau und den zwei bis drei Kindern genau dem Haushaltstyp, für den diese Siedlungen gebaut wurden.

Ein großer Vorteil von Vahrenheide-Ost wird mit den vielen Spielplätzen und Kindergärten in seiner Kinderfreundlichkeit gesehen. Das große Angebot an sozialer Infrastruktur für Erwachsene wird dagegen fast komplett ignoriert. Diese Distanz gegenüber staatlich organisierten Hilfsangeboten zeigt sich bei den Lindener Migranten in gleicher Weise. Aber auch die selbstorganisierten Vereine und Initiativen in Linden-Nord werden von den Migranten kaum genutzt.

Eine größere Bedeutung kommt der kommerziellen Infrastruktur in Linden-Nord zu: Die Einkaufsmöglichkeiten werden gelobt und die Cafés als Treffpunkte genutzt. Außerdem zeichnen sich positive Effekte der funktionalen Mischung auf die Arbeitskarrieren und die sozialen Netzwerke ab. Die Migranten aus Linden-Nord haben öfter im Quartier einen Job gefun-

den oder sich im Stadtteil selbständig gemacht. Auch haben die Gelegenheitsstrukturen, die das funktional gemischte Linden-Nord bietet, zu größeren und intensiveren Netzwerken der Migranten beigetragen.

Auch die Migranten in Vahrenheide-Ost haben an der spärlichen kommerziellen Infrastruktur im Quartier nichts auszusetzen, im Gegenteil: es wird betont, dass man alles kriegen könne, was man braucht. Jobmöglichkeiten oder Gelegenheiten zur Knüpfung von sozialen Kontakten ergeben sich aber bei den befragten Migranten kaum. In dieser Hinsicht kann die Großsiedlung prekäre Lebenslagen von Bewohnern unter Umständen verschärfen.

### **Die soziale Dimension**

Vahrenheide-Ost und Linden-Nord sind mit Anteilen von jeweils etwa 15 Prozent die Stadtteile Hannovers mit dem höchsten Prozentsatz türkischer Bevölkerung, darüber hinaus sind die beiden Stadtteile in der sozialen Dimension sehr unterschiedlich. In den letzten Jahrzehnten ist die soziale Struktur in Vahrenheide-Ost zunehmend von Benachteiligung geprägt, in Linden-Nord leben dagegen sehr unterschiedliche soziale Gruppen. Die soziale Struktur im Quartier wird von den Vahrenheider Migranten als großes Problem angesehen. Man grenzt sich von den anderen Bewohnern ab. Diese Distanz hat Auswirkungen auf die ethnische Zusammensetzung ihrer sozialen Netzwerke: Sie sind überwiegend ethnisch homogen, sehr familienzentriert und stellen – vor allem was die Zugänge zum Arbeitsmarkt angeht – nur wenig soziales Kapital bereit.

In Linden-Nord ist es anders: So grenzen sich auch die Lindener Migranten von bestimmten Gruppen im Quartier ab, zugleich aber wird der Stadtteil als studentisch, offen und multikulturell wahrgenommen.

Dies zeigt sich auch an den ethnisch heterogenen und größeren Netzen der Lindener Migranten. Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt haben sie außerdem die leistungsfähigeren Netze, es zeigt sich die „strength of weak ties“,<sup>8</sup> da die Lindener häufiger über weitläufige Beziehungsnetze im Stadtteil an Jobs gekommen sind. Hinsichtlich des sozialen Kapitals besteht somit in der Großsiedlung eine größere Gefahr von benachteiligenden Effekten, wenn die schwachen sozialen Netze vor Ort Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt noch verstärken.

Den zweiten vermuteten Effekt – den der Herausbildung devianter Normen und Verhaltensweisen – haben wir dagegen nicht festgestellt. Im Gegenteil: Die Männer zeigen in ihrer Funktion des Ernährers eine ausgesprochen hohe Arbeitsmarktorientierung. Gerade die Vahrenheider Befragten bilden die stabilsten Haushalte im Quartier und haben außerdem das star-

---

8 M. Granovetter, The Strength of Weak Ties, AJS 78, 1973, 1260–1380.

ke Bedürfnis, sich und ihre Kinder vor – echten oder vermeintlichen – schlechten Einflüssen im Quartier zu schützen.

Das *türkische* Milieu in der Großsiedlung spielt für die Migranten keine überragende Rolle; in Linden-Nord dagegen ist es sehr präsent und trägt dazu bei, dass sich die Migranten im Altbauquartier heimisch fühlen, und dies mit allen Vorteilen und Nachteilen: Die ethnische Infrastruktur erfüllt viele Bedürfnisse und wenn man im Quartier unterwegs ist, trifft man immer Leute, die man kennt. Andererseits fürchten die Migranten die soziale Kontrolle und das Getratsche der türkischen Nachbarn und der Türken im Stadtteil.

Insgesamt sind unsere Ergebnisse zur ethnischen Segregation weitaus unspektakulärer als es die theoretische Diskussion vermuten lässt. Von einer türkischen Community, aus der sich die zweite Generation befreien müsste oder von türkischen Clanstrukturen kann keine Rede sein. Die Netzwerke der Migranten bestätigen dies: Sie sind meist klein und distanzempfindlich. Die engsten Familienmitglieder nehmen eine herausragende Stellung ein und bestimmen auch den Wohnort der Migranten.

### ***Die politische Dimension***

Der Anteil der Wahlberechtigten an der Wohnbevölkerung in Vahrenheide-Ost ist unterdurchschnittlich, was den politischen Einfluss des Quartiers einschränkt. Verstärkt wird dieser Effekt durch die geringe Wahlbeteiligung. Von der Politik versprechen sich viele Bewohner von Vahrenheide-Ost offenbar keine Verbesserung ihrer Situation.

Die Politikferne und das geringe kulturelle Kapital der Vahrenheider führt aber nicht zu einer Vernachlässigung des Quartiers durch die Stadtpolitik, im Gegenteil: 1989 gab es bereits sieben Gutachten über das Quartier, seit 1997 ist der Stadtteil Sanierungsgebiet und dann ein Modellprojekt im Rahmen der „Sozialen Stadt“.

In Linden-Nord ist der Anteil der Wahlberechtigten ähnlich niedrig wie in Vahrenheide-Ost, aber die Wahlbeteiligung liegt etwa im städtischen Durchschnitt. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl selbstorganisierter kultureller und politischer Vereine. Das Potenzial für die Durchsetzung von Bewohnerinteressen ist damit in Linden-Nord um einiges höher.

Allerdings zeigen die Migranten weder in Vahrenheide-Ost noch in Linden-Nord großes Interesse, sich politisch zu engagieren. Dabei lässt sich die soziale Distanz zu selbstorganisierten Vereinen auch durch die Schichtzugehörigkeit erklären, da der Großteil der befragten Migranten Hauptschulabsolventen sind.

### ***Die symbolische Dimension***

Linden-Nord ist kein stigmatisiertes Quartier. Das ergibt die Befragung der Gatekeeper nach dem Image der beiden Stadtteile: es wird sowohl als „Klein-

Istanbul“ als auch als „studentisch, witzig“ wahrgenommen. Die Lindener Migranten gehen aber davon aus, dass ihr Stadtteil ein schlechtes Image hat. Den Grund dafür sehen sie im hohen Ausländer- und Türkenanteil.

Sie zeigen drei Strategien, mit dem Image umzugehen: Einerseits wird das Fremdbild übernommen, d.h. die Migranten sorgen sich um die Sozialisationsbedingungen ihrer Kinder, nehmen nur wenig am Quartiersleben teil und würden gerne umziehen.

Eine andere Strategie besteht im „blaming of the others“: Diese Migranten grenzen sich von den Personengruppen oder kleinräumigen Quartieren ab, die sie für den Ruf verantwortlich machen.

Es gibt aber auch einen selbstbewussten Umgang mit dem Image des Stadtteils, indem es zwar wahrgenommen, aber zugleich durch die eigene, positivere Wahrnehmung des Stadtteils relativiert wird. Diese Migranten zeigen eine Art Lokalpatriotismus und bezeichnen sich stolz als „Lindener“.

Vahrenheide-Ost ist seit Entstehung der Großsiedlung ein Thema in der lokalen Presse: es wurde zunächst die Architektur bemängelt, dann das soziale Milieu. Auch das Urteil der Gatekeeper fällt eindeutig aus: „letzter Abstieg“ oder „Bronx von Hannover“ sind typische Kommentare. Es besteht ein ausgeprägtes Bewusstsein über die Stigmatisierung des Stadtteils; die Migranten haben sie mitunter am eigenen Leib erfahren. Sie führen die Stigmatisierung auf das soziale Milieu und auf die Wohnungs- und Stadtpolitik zurück, die für die soziale Segregation verantwortlich gemacht wird. „*Es ist 'ne soziale Gegend*“, ist ihre Erklärung für das schlechte Image und meint den hohen Anteil an Sozialhilfeempfängern im Quartier. Die Befragten fühlen sich vom Staat alleine gelassen und zeigen ein Gefühl der Ausgrenzung innerhalb der Stadt.

Ein selbstbewusstes Zurückweisen des schlechten Images ist daher bei den Vahrenheidern nicht zu finden: Die Migranten übernehmen entweder das Fremdbild oder sie grenzen sich von bestimmten Gruppen oder Straßenzügen im Quartier ab. Diese Abgrenzung hilft ihnen, ein positives Selbstbild zu bewahren; Identitätsbildung durch das Quartier oder Lokalpatriotismus gibt es nicht. Als „Hannoveraner“ bezeichnet sich mancher, als „Vahrenheider“ niemand.

Effekte der Stigmatisierung auf dem Arbeitsmarkt durch die schlechte Adresse betreffen, nach den Gesprächen mit den Gatekeepern des Arbeitsmarkts zu urteilen, nicht alle Gruppen, sondern vor allem Schulabgänger von bestimmten, schlecht angesehen Schulen, die auf Ausbildungsplatzsuche sind.

### **Fazit: Benachteiligende Großsiedlung?**

Betrachtet man die benachteiligenden Effekte der beiden Stadtteile, zeigt sich ein Bild, das in wichtigen Aspekten nicht mit der gängigen Wahrnehmung übereinstimmt. Insbesondere im Urteil der Migranten schneiden die

Quartiere anders ab als erwartet: hinsichtlich der baulichen Struktur wird das multifunktionale Altbauquartier schlechter, die monofunktionale Großsiedlung dagegen besser bewertet.

Trotz der positiven Bewertung von Grünanlagen und Parkplätzen wirken sich *fehlende funktionale und soziale Mischung* negativ auf Jobmöglichkeiten, Quantität und Leistungsfähigkeit der sozialen Netze und damit auf das soziale Kapital aus.

Das größte Problem der Großsiedlung aber ist ihre Stigmatisierung. Nicht nur, dass sie ein Gefühl der Ausgrenzung bei den Migranten hervorruft, sie verschärft die sozialen Entmischungsprozesse: Verstärkt durch den entspannten Wohnungsmarkt in Hannover und der zunehmenden Konzentration von Belegrechtswohnungen in Quartieren wie Vahrenheide-Ost, trägt das schlechte Image der Großsiedlung zu anhaltenden Abwanderungen der Mittelschicht bei. Wenn die soziale Segregation von Benachteiligten steigt, sinkt das soziale Kapital und die Kaufkraft im Quartier, was sich wiederum weiter negativ auf das Image auswirkt und so weiter. Ein *circulus vitiosus*, eine Abwärtsspirale kann so entstehen.

## **Faktoren der Integration und Ausgrenzung**

Wie lassen sich die Karrieren der Migranten in den drei Dimensionen erklären? Neben den bereits beschriebenen Quartiereffekten gehören die Bedingungen und Veränderungen der Arbeits- und Wohnungsmärkte, Diskriminierung durch Gatekeeper, die Familie sowie die sozialen Netzwerkbeziehungen zu den wichtigsten erklärenden Faktoren. Aber auch kulturelle – sowohl ethnisch als auch schichtspezifisch bedingte – Orientierungen der Migranten selbst haben Einfluss auf die Karrieren.

### ***Strukturwandel des Arbeitsmarkts***

Der Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt hat für die Integrationschancen unserer Befragten weit reichende Konsequenzen. Im Zuge der Deindustrialisierung und der Tertiärisierung wurden viele unqualifizierte Arbeitsplätze in der Produktion abgebaut. Während die Gastarbeiter in den sechziger und frühen siebziger Jahren per Rekrutierung integriert wurden und relativ sichere Arbeitsplätze in den großen Industriebetrieben hatten, ist die heutige Situation der Un- und Niedrigqualifizierten von Instabilität und Prekarität geprägt. Der Strukturwandel hat einen enormen Bedeutungsgewinn von Qualifikationen zur Folge. Un- und Niedrigqualifizierte gehören zu den „Modernisierungsverlierern“.<sup>9</sup> Und für die Wenigen, die überhaupt

---

9 M. Schumann, Das Ende der kritischen Industriesoziologie?, *Leviathan* 30, 2002, 325–344.

noch in Industriebetrieben eingestellt werden, sind die Hürden höher geworden: Nicht nur eine berufliche Ausbildung wird vorausgesetzt, sondern auch die Bereitschaft, befristete Verträge und untertarifliche Bezahlung zu akzeptieren.

Da die meisten befragten Migranten nur einen Hauptschulabschluss, aber keine Berufsausbildung haben, verfügen sie kaum über die schulischen und auch nur selten über die beruflichen Qualifikationen, die für die Integration in das sichere Arbeitsmarktsegment eine immer größere Rolle spielen.

### ***Funktionswandel des sozialen Wohnungsbaus***

Bei den Rahmenbedingungen des Wohnungsmarkts sind vor allem die entspannte Lage auf dem Wohnungsmarkt und die Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus zu nennen. Der soziale Wohnungsbau erfüllt als Segment, das nicht den Marktmechanismen unterliegt, zwei wichtige Funktionen: Durch die festgelegten Höchstpreise können auch die Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt eine gewisse Grenze nicht überschreiten. Die zweite Funktion besteht in der Versorgung „breiter Schichten des Volkes“ mit angemessenem Wohnraum. Allerdings hat sich diese Funktion immer mehr zu einer Versorgungsfunktion von Haushalten gewandelt, die sich aufgrund ihrer Einkommenssituation oder aufgrund von Diskriminierung nicht selbst versorgen können.<sup>10</sup>

Unsere Ergebnisse erlauben Zweifel daran, dass der soziale Wohnungsbau auch *unter den heutigen Bedingungen* diese Funktionen erfüllt: Der Wohnungsmarkt in Hannover ist recht entspannt. Es ist nicht schwierig, auch auf dem privaten Markt eine Wohnung zu einem bezahlbaren Preis zu mieten. Die Mietkosten der interviewten Migranten, die in einer privat vermieteten Wohnung leben liegen unterhalb der Mieten, die die Bewohner in einer Sozialwohnung aufbringen müssen. Zugleich sind die Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus qualitativ oft schlechter als die privaten Wohnungen. Die Funktion, die Mietpreisentwicklung auf dem privaten Markt zu mäßigen, erfüllt der soziale Wohnungsbau in Hannover nicht mehr.

Die zweite Funktion des sozialen Wohnungsbaus – die der Verhinderung von Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt – scheint auf den ersten Blick durch unsere Ergebnisse bestätigt zu werden: Unter den Migranten aus der Großsiedlung des sozialen Wohnungsbaus gibt es kaum jemanden mit einer Ausgrenzungskarriere, während einige Lindener Migranten eine Ausgrenzungskarriere hinter sich haben. Der Grund dafür ist jedoch, dass Migranten aus Linden häufiger eine Ausgrenzungskarriere auf dem Ar-

---

10 H. Häußermann/W. Siebel, Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens, Weinheim 1996, 165f.

beitsmarkt gemacht haben und dementsprechend weniger Geld für die Miete aufbringen können. Mit diesen Ergebnissen wird die enorme Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus gerade für die Integration einkommenschwacher Haushalte unter Bedingungen von Wohnungsknappheit nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber in Zeiten eines entspannten Wohnungsmarkts erfüllt er kaum noch seine Funktionen.

### **Diskriminierung**

Unter Diskriminierung verstehen wir die Ungleichbehandlung von Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Diskriminierung spielt für die Arbeitsmarkt- wie für die Wohnungsmarktkarrieren türkischer Migranten eine Rolle.

So wird in verschiedenen Untersuchungen darauf hingewiesen, dass türkische Migranten auch bei entsprechenden Qualifikationen gegenüber Deutschen bzw. anderen Migrantengruppen auf dem *Arbeitsmarkt* benachteiligt werden.<sup>11</sup>

In unserer Studie finden sich ebenfalls Belege für Diskriminierung türkischer Migranten auf dem Arbeitsmarkt. Aus den Interviews mit den Gatekeepern des Arbeitsmarkts wissen wir, dass bestimmte Gruppen unter den türkischen Migranten besonders von Diskriminierung betroffen sind und Diskriminierung verstärkt in bestimmten Sektoren des Arbeitsmarkts auftritt. Junge türkische Männer und Frauen mit Kopftuch sind besonders von Diskriminierung betroffen. Bis auf eine sind alle Kopftuchträgerinnen unseres Samples unfreiwillig aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt.

Bei den Begründungen der Gatekeeper für diskriminierende Verhaltensweisen lassen sich zwei Argumentationsmuster unterscheiden: Begründungen, die sich auf Dritte, das heißt auf das Verhalten von Kunden und Kollegen berufen, und Begründungen, die auf eigenen Überzeugungen beruhen. Zu Ersteren zählen ökonomische Verluste und Konflikte in den Betrieben, die bei der Beschäftigung von türkischen Migranten befürchtet werden. Für alle Gatekeeper von Dienstleistungsunternehmen ist das Tragen von Kopftüchern unakzeptabel, sobald Kundenkontakt zur Tätigkeit gehört.

In dem von Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften kontrollierten Segment des *Wohnungsmarkts* ist die Diskriminierung von türki-

11 A. Goldberg u. a., Arbeitsmarkt-Diskriminierung gegenüber ausländischen Arbeitnehmern in Deutschland, *International Migration Papers* 7, 1995, 46–52; F. Kalter/N. Granato, Die Persistenz ethnischer Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt, *KZfSS*, 3, 2001, 497–520; W. Seifert, Berufliche Integration von Zuwanderern in Deutschland. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, 2001 ([http://www.bmi.bund.de/cln\\_028/nn\\_121576/Internet/Content/Common/Anlagen/Themen/Zuwanderung/DatenundFakten/Seifert\\_\\_pdf,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Seifert\\_pdf](http://www.bmi.bund.de/cln_028/nn_121576/Internet/Content/Common/Anlagen/Themen/Zuwanderung/DatenundFakten/Seifert__pdf,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Seifert_pdf)).

schen Migranten offensichtlich: Bis auf eine Ausnahme streben alle befragten Unternehmen eine Quotierung türkischer Mieter an, um den Anteil von Migranten in den jeweiligen Häusern zu limitieren. Danach könnte in einem Mietshaus mit zwölf Wohnparteien kein weiterer türkischer Mieter einziehen, wenn bereits drei oder vier Migrantenhaushalte in diesem Haus wohnen. Als übliches Quotierungsziel gilt ein Anteil von Migrantenhaushalten pro Haus, der ein Drittel nicht übersteigt. Bei den Begründungen für die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt lassen sich ebenfalls solche finden, die sich auf das Verhalten Dritter berufen (Beschwerden anderer Mieter), wie auch Begründungen, die auf eigenen Überzeugungen beruhen (Stereotype und Vorurteile).

Angesichts des momentan entspannten Wohnungsmarkts können die Wohnungsunternehmen ihr Ziel der Quotierung allerdings kaum durchsetzen, da sie sonst Leerstände in Kauf nehmen müssten. Die Bereitschaft der Wohnungsunternehmen, türkische Haushalte zu quotieren, ist jedoch groß.

### ***Familie als Netz und Käfig***

Im Zusammenhang mit Integrations- und Ausgrenzungsprozessen kommt den Familien der Migranten eine herausragende Bedeutung zu: Familiäre Kontakte, Bindungen und Verpflichtungen haben für die Migranten höchste Priorität. Die Folgen der engen familiären Bindungen sind allerdings ambivalent und lassen sich unter dem Schlagwort ‚Netz und Käfig‘ zusammenfassen: Die Familien bieten einerseits vielfältige materielle sowie emotionale Unterstützungsleistungen und werden von den Migranten oft als letzter verlässlicher Rettungsanker in ökonomisch und psychisch schwierigen Lebenslagen wahrgenommen. Auf der anderen Seite sind die Ressourcen, die die Familie bieten kann, auf einen engen Rahmen begrenzt, und in vielen Fällen wirkt sich der familiäre Einfluss hinderlich auf die Wohnungsmarkt- und Arbeitsmarktkarrieren aus. So ist die räumliche Nähe zu den Eltern entscheidend bei der Wahl des Wohnstandorts.<sup>12</sup> Für nahezu alle Befragten war ein Wegzug aus dem Stadtteil, in dem die Familie wohnt, undenkbar. Das ist die Erklärung dafür, dass die Vahrenheider Migranten für ihre oftmals schlechteren Wohnungen bereit sind eine höhere Miete zu zahlen als die Lindener.

Ein restriktiver Einfluss der Familie auf die Arbeitsmarktkarrieren der Migranten zeigt sich auf zwei Arten: Erstens konnten die Eltern aufgrund

---

12 Vgl. auch B. Nauck, Eltern-Kind-Beziehungen in Migrantenfamilien – ein Vergleich zwischen griechischen, italienischen, türkischen und vietnamesischen Familien in Deutschland, in: Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (Hg.), Empirische Beiträge zur Familienentwicklung und Akkulturation. Materialien zum 6. Familienbericht, Band 1, Opladen 2000, 347–392; W. Hinrichs, Ausländische Bevölkerungsgruppen in Deutschland, Berlin 2003, 30.



ihrer geringen Sprachkenntnisse und fehlender Informationen über das deutsche Schulsystem in schulischen und beruflichen Angelegenheiten kaum Hilfe bieten. Zweitens schränkt die Familie in einigen Fällen Optionen ein, wenn sie z. B. eine frühe Heirat der Migranten forciert.

### ***Heiratsverhalten***

Durch die frühe Heirat bleibt keine Zeit für Aus- oder gar Weiterbildung. Vor allem für Frauen sind die überwiegend transnationalen Ehen mit einem hohen ökonomischen Risiko verbunden. Ihre Ehepartner aus der Türkei verfügen nicht über berufliche Qualifikationen, die in Deutschland anerkannt sind und haben deshalb enorme Probleme bei der beruflichen Integration, zugleich können sie aufgrund von Mutterschaft nicht für den Familienunterhalt sorgen oder haben nur ein geringes Einkommen. Darüber hinaus verfestigen die transnationalen Ehen die ethnische und soziale Homogenität der sozialen Netze, weil aufgrund der Sprachkenntnisse der Ehepartner nur Kontakte zu Türken aufgebaut und gepflegt werden können und weil der Ehepartner aus der Türkei nicht über soziales Kapital verfügt, das bei der Job- und Wohnungssuche in Deutschland hilfreich sein kann.

### ***Schwache soziale Netzwerke***

Die sozialen Netze tragen nur eingeschränkt zur Integration auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt bei. Sie sind sozial und ethnisch weitgehend homogen. Nur eine kleine Gruppe von Migranten hat dauerhafte freundschaftliche Kontakte zu Deutschen. Informelle Kontakte über Bekannte und Freunde reichen nicht über enge Kreise hinaus. So sind etwa beim Arbeitsmarkt Tipps und Informationen weitgehend auf das prekäre unspezifische Segment beschränkt.

Die Leistungsfähigkeit der sozialen Netzwerke ist abhängig von der sozialen Heterogenität der Netze. Die in der soziologischen Diskussion oft behauptete Leistungsfähigkeit ethnisch heterogener Netze<sup>13</sup> wird durch unsere Ergebnisse nicht bestätigt. Die ethnische Zugehörigkeit der Netzwerkmitglieder bestimmt nicht per se den Nutzen oder das soziale Kapital, das diese bieten können. So gehören die Deutschen, mit denen einige der Befragten Kontakt haben, selber den unteren sozialen Schichten an und verfügen nicht über soziales Kapital, das für die Integration auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt Nutzen bringen könnte. Es ist somit in erster

---

13 H. Esser, Integration und ethnische Schichtung. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, 2001 ([http://www.bmi.bund.de/cdn\\_028/nn\\_121576/Internet/Content/Common/Anlagen/Themen/Zuwanderung/DatenundFakten/Esser\\_\\_pdf,templateId = raw,property = publication-File.pdf/Esser\\_pdf](http://www.bmi.bund.de/cdn_028/nn_121576/Internet/Content/Common/Anlagen/Themen/Zuwanderung/DatenundFakten/Esser__pdf,templateId = raw,property = publication-File.pdf/Esser_pdf)).

Linie die soziale, nicht die ethnische Homogenität, die die Leistungsfähigkeit der Netzwerke beschränkt.

### ***Normative Orientierungen***

Auch die normativen Orientierungen der Migranten spielen eine wichtige Rolle für ihre gesellschaftliche Positionierung. Gemeint ist damit ein Habitus, der sich unter dem Einfluss materieller und sozialer Bedingungen herausbildet.<sup>14</sup> Einstellungen und Vorgehensweisen werden nicht nur durch die türkische Herkunftskultur determiniert, sondern auch durch die überwiegende Zugehörigkeit zur Unterschicht in der BRD.

Bei unseren Interviewten haben wir vier Einstellungen und damit zusammenhängende Verhaltensweisen beobachtet, die Einfluss auf ihre Ausgrenzungs- respektive Integrationskarrieren haben. Es handelt sich hierbei um ihre Ansprüche an Arbeit und Wohnen, ihre Gelegenheitsorientierung bei der Arbeitssuche, ihr Rollenverständnis und ihre soziale Distanz zu Deutschen.

*Ansprüche:* Die *Ansprüche an Arbeit* sind niedrig und vornehmlich rein instrumentell. Arbeit ist für die meisten ein Mittel zum Zweck, die Familie ernähren zu können. Die Ansprüche an Arbeit sind auch deshalb so niedrig, weil die Migranten – auch in den entscheidenden Jahren des Übergangs von der Schule in die berufliche Ausbildung – zum Teil noch stark von der Rückkehrorientierung ihrer Eltern geprägt waren.

Auch die *Ansprüche an das Wohnen* sind generell niedrig. Sie reichen kaum über das Notwendigste hinaus und bewegen sich nur unwesentlich oberhalb dessen, was sie bereits realisiert haben. Familienzuwachs und damit Platzmangel in der Wohnung und weniger eine Verbesserung der ökonomischen Situation bilden den Anlass zu einem Wohnungswechsel. Die geringen Ansprüche verweisen auch auf das geringe Budget, das in vielen Haushalten für die Miete zur Verfügung steht, und lassen sich als Reduktion kognitiver Dissonanz interpretieren.

*Gelegenheitsorientierung:* Bei der Suche nach Arbeit überwiegt eine Gelegenheitsorientierung. Man nimmt, was sich bietet. Die meisten unserer Befragten sind eher zufällig an ihre Arbeitsplätze gekommen, als dass sie zielorientiert nach bestimmten Beschäftigungen gesucht hätten. Die niedrigen Ansprüche an Arbeit und die Gelegenheitsorientierung sind sowohl auf eine realistische Einschätzung der eigenen Chancen zurückzuführen – man weiß, dass man keine große Wahl hat – als auch auf die Erfahrungen im Herkunftsland, die die Befragten von ihren Eltern übernehmen. Der türkische Arbeitsmarkt lässt noch weniger als der deutsche langfristige Planung zu.

---

14 P. Bourdieu, Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt/M. 1987.

*Rollenverständnis:* Die meisten Interviewpartner haben eine traditionelle Rollenauffassung. Demnach sehen sich die Männer als verantwortlich für den Familienunterhalt. Für die Frauen haben häusliche und mütterliche Verpflichtungen Vorrang vor beruflichen Aspirationen. Als Folge dieser Rollenauffassung sind die Frauen – wenn überhaupt – nur geringfügig oder Teilzeit beschäftigt. Dieses Rollenverständnis ist mit einem hohen ökonomischen Risiko verbunden, da im Falle der Arbeitslosigkeit der Männer oder nach einer Ehescheidung der Familienunterhalt nicht gesichert ist.

*Soziale Distanz zu Deutschen:* Ein weitere häufig zu beobachtende Einstellung der Migranten ist ihre kulturell begründete Distanz zu Deutschen. Dabei reproduzieren die Befragten die klassischen Stereotypen über die kalten und autoritären Deutschen. Zugleich berichten nur wenige Migranten über eigene negative Erfahrungen mit Kontakten zu Deutschen. Es ist anzunehmen, dass sie ihre Vorbehalte von ihren Eltern übernommen haben. Die erste Generation hat auch deshalb eine so hohe Distanz zu Deutschen, weil der Aufenthalt in Deutschland immer als vorübergehend geplant war und deshalb Kontakte zur Aufnahmegesellschaft nicht notwendig erschienen.

Neben der Übernahme der Einstellungen der ersten Generation spielt auch hier der Bildungsgrad und die Schichtzugehörigkeit eine Rolle. So weisen repräsentative Studien darauf hin, dass mit steigender Bildung die soziale Distanz zu Deutschen abnimmt.<sup>15</sup> Es scheint plausibel, dass auch die nahräumliche Umgebung und die sozialstrukturellen Merkmale der Deutschen, mit denen die Migranten täglich in Kontakt kommen, Einfluss auf die soziale Distanz haben. So finden sich unter den befragten Lindenern mehr Migranten mit Kontakten zu Deutschen als bei den Vahrenheidern. Linden-Nord ist im Gegensatz zu Vahrenheide-Ost ein sozial gemischtes Quartier, so dass die türkischen Migranten hier auf andere Deutsche treffen als in der sozial homogeneren Großsiedlung.

---

15 F. Şen u. a., Intergeneratives Verhalten und (Selbst-) Ethnisierung von türkischen Zuwanderern. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, 2001 ([http://www.bmi.bund.de/cln\\_028/nn\\_121576/Internet/Content/Common/Anlagen/Themen/Zuwanderung/DatenundFakten/ZfT\\_\\_pdf,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/ZfT\\_pdf](http://www.bmi.bund.de/cln_028/nn_121576/Internet/Content/Common/Anlagen/Themen/Zuwanderung/DatenundFakten/ZfT__pdf,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/ZfT_pdf),51f.)), 51f.; B. Nauck/A. Steinbach, Intergeneratives Verhalten und Selbstethnisierung von Zuwanderern. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, 2001 ([http://www.bmi.bund.de/cln\\_028/nn\\_121576/Internet/Content/Common/Anlagen/Themen/Zuwanderung/DatenundFakten/Nauck\\_\\_pdf,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Nauck\\_pdf](http://www.bmi.bund.de/cln_028/nn_121576/Internet/Content/Common/Anlagen/Themen/Zuwanderung/DatenundFakten/Nauck__pdf,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Nauck_pdf)).

### **Zufall und Charakter**

Insgesamt haben wir eine Vielzahl an Faktoren diskutiert, die eine Antwort auf die Frage, woran es liegt, ob Integration gelingt oder scheitert, geben können. Aber diese Faktoren beschreiben vor allem Restriktionen. Wenn man die Bedingungen betrachtet, denen die Migranten auf dem Arbeitsmarkt unterworfen sind, und das Kapital, das sie selbst für den Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt mitbringen, findet man schwerlich Erklärungen für eine Integrationskarriere. Eine Integrationskarriere gibt es nur dann, wenn der Migrant hartnäckig ist, eine gute Portion Glück hat und zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort ist. Kurz: Angesichts der Restriktionen, denen türkische Migranten der zweiten Generation in der BRD unterworfen sind, sind Integrationskarrieren nur dann zu erwarten, wenn *Zufall und ein besonderer Charakter* zusammentreffen.

### **Politische Schlussfolgerungen**

Welche politischen Handlungsempfehlungen können ausgehend von den Studienergebnissen gegeben werden? Dazu wurden im Forschungsprojekt Überlegungen auf der rechtlichen Ebene allgemeiner Integrationspolitik, auf der Ebene bildungspolitischer Maßnahmen und auf der Ebene der Stadtteilpolitik angestellt. Im Folgenden beschränken wir uns auf einige zentrale Empfehlungen:

Auf der rechtlichen Ebene unterstreichen die Ergebnisse die Notwendigkeit eines Antidiskriminierungsgesetzes. Zwar kann ein solches Gesetz die Diskriminierung von Migranten nicht vollständig abschaffen, es kann aber durchaus Einfluss auf die soziale Ächtung von Diskriminierung und auf die Diskriminierungsbereitschaft haben.<sup>16</sup> Zudem stünde Diskriminierung dann nicht mehr in einem rechtsfreien Raum und hätte die wichtige symbolische Wirkung auf die Migranten, dass rassistisch motivierte Diskriminierung vom Staat nicht geduldet wird.

Auf der Ebene der bildungspolitischen Maßnahmen liegt es auf der Hand, dass die Befunde und die rückläufige Ausbildungsbeteiligung von Migrantenjugendlichen die Forderung nach gezielten Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen, die an sozialpädagogische Unterstützungsprogramme gekoppelt sind, untermauern. Um für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund den späteren Einstieg in den qualifizierten Arbeits-

---

16 E. Kürsat-Ahlers, Die Bedeutung der staatsbürgerlich-rechtlichen Gleichstellung und Antidiskriminierungspolitik für Integrationsprozesse, in: U. Mehrländer/G. Schultze (Hg.), Einwanderungsland Deutschland. Neue Wege nachhaltiger Integration, Bonn 2001, 117–142.

markt zu erleichtern, ist die Anhebung ihres Leistungsniveaus unumgänglich.

Auf der Ebene der Stadtpolitik hat sich nach unseren Befunden die soziale, nicht die ethnische Segregation als Problem erwiesen. Folgeprobleme sozialer Segregation zeigen sich vor allem in der Großsiedlung. Die fehlende funktionale und soziale Mischung in Vahrenheide-Ost wirkt sich negativ auf die Jobmöglichkeiten und die Leistungsfähigkeit der sozialen Netze aus. Zudem trägt die soziale Segregation zu einer ausgeprägten Stigmatisierung des Stadtteils bei. Aus dieser Stigmatisierung wiederum resultiert bei den Migranten ein starkes Bedürfnis der Distanzierung und ein Gefühl der Ausgrenzung. Was lässt sich gegen die soziale Segregation tun?

Den Zuzug von Angehörigen der deutschen Mittelschicht anzustreben, ist ein illusionäres Ziel. Angesichts der aufgrund entspannter Wohnungsmärkte sich beschleunigenden selektiven Abwanderung muss das erste Ziel sein, *‚bessere‘ Haushalte*, zu denen auch viele der von uns interviewten Migranten aus der Großsiedlung gehören, im Gebiet zu halten. Sie können als Vorbilder und als lokale Eliten fungieren. Dazu ist die breite Palette baulicher Maßnahmen, die überall in deutschen Großsiedlungen unternommen werden, notwendig. Auch die häufig praktizierte Freistellung von der Fehlbelegungsabgabe und der Belegungsbindung kann ein Mittel sein, selektive Wanderungen zu mildern.

Großsiedlungen wie Vahrenheide-Ost sind architektonisch und städtebaulich die falsche Form des sozialen Wohnungsbaus, weil sie eine hohe soziale Segregation befördern und weil sie extrem anfällig für Stigmatisierung sind. Aber weder die falsche Form noch die genannten ambivalenten Wirkungen in der derzeitigen Konjunktur des Wohnungsmarkts sollten als Argumente dienen, dieses marktferne Segment der Wohnungsversorgung ganz abzuschaffen. Ideal wäre ein dezentrales Angebot kleinerer Bestände in weniger auffälligen Bauformen.

Nach den Aussagen der Gatekeeper des Wohnungsmarkts tragen auch soziale Konflikte zwischen Deutschen und Migranten zur Abwanderung *‚besserer‘ Haushalte* bei. Konfliktmoderation im Quartier könnte solche Konflikte entschärfen und damit die Gefahr einer weiteren sozialen Entmischung verringern.

Da die familiären Netzwerke der Migranten eine wichtige Unterstützungsfunktion haben, sollte die freiwillige Segregation von Migranten zugelassen werden. Erzwungene Desegregation oder Quotierungen sind zudem kontraproduktiv, wenn Migranten zu den Bewohnergruppen gehören, die den Stadtteil stabilisieren können. Segregation dagegen, die durch Diskriminierung erzwungen ist, muss verhindert werden.

Ein anderer Aspekt der Stadtpolitik ist die Versorgung von Wohnquartieren mit sozialer Infrastruktur. Unsere Ergebnisse zeichnen hinsichtlich der Nutzung von staatlichen Angeboten auf Stadtteilebene ein klares, aber

befremdliches Bild: Weder die soziale Infrastruktur mit ‚klassischem‘ fürsorglichen Charakter in der Großsiedlung noch die teilweise selbstorganisierten Angebote im Altbauquartier werden von den türkischen Migranten genutzt. Dabei sprechen viele Gründe dafür, dass die Migrantenfamilien durchaus von Angeboten sozialer Infrastruktur profitieren würden. Wie also könnte eine Infrastruktur aussehen, die auch türkische Migranten anspricht?

Ein Ansatzpunkt sind die Defizite der sozialen Netzwerke. Die Schülerhilfe ist ein Versuch, das geringe kulturelle Kapital der Eltern auszugleichen. Ein zweiter Ansatz ist der Versuch, die soziale Infrastruktur auf diejenigen Migranten auszuweiten, die aus Gründen wie Scheidung aus dem familiären Unterstützungsnetzen herausfallen. Das Problem der sozialen Distanz ist ein Hauptgrund für die geringe Inanspruchnahme der infrastrukturellen Angebote. Deshalb ist es wichtig, die Angebote besonders niedrigschwellig zu gestalten und mit interkulturell geschultem bzw. biculturellem Personal auszustatten.

Das Wichtigste – zugleich aber auch das Schwierigste – ist es, durch gezielte Maßnahmen der Stigmatisierung der Stadtteile entgegenzuwirken.

Bauliche Maßnahmen verbessern den äußeren Charakter eines Quartiers und so vielleicht auch das Image, können aber Stigmatisierung nicht aufheben. Um das Image nachhaltig zu verbessern, müsste die stigmatisierende Wirkung jahrzehntelanger negativer Berichterstattung in den Medien, sozialer Segregation und anhaltender selektiver Wanderungen entschärft werden. Ein lohnenswerter Versuch wäre es, überlokale kulturelle Attraktionen und Freizeiteinrichtungen im Quartier anzusiedeln, die auch für auswärtige Besucher attraktiv sind und dazu beitragen können, dass sich die Bewohner anderer Stadtteile ein eigenes Bild vom vermeintlich ‚gefährlichen‘ Quartier machen.



## **Michael Heesch**

### **Hannover plusZehn. Ein Stadtentwicklungsprogramm**

#### **Stadtentwicklungsprogramme**

In der Vergangenheit waren Stadtentwicklungsprogramme häufig der Versuch, ein durch viele Zahlen und Prognosen formuliertes Ziel für einen bestimmten Zeitraum oder ein bestimmtes Jahr zu beschreiben. Wenn dieses Ziel erreicht sein würde, so die Meinung, würde die Stadt ganz anders aussehen, gewachsen vor allem. Stadtentwicklungsprogramme, sie waren häufig ein Sieg der Zahlen über die Bilder.

Die jüngeren Stadtentwicklungsprogramme der Stadt Hannover sind anders. In den letzten zehn Jahren erschienen:

- Das Hannoverprogramm 2001 als Sonderinvestitionsprogramm mit konkreten Projekten zur Entwicklung Hannovers bis zur EXPO 2000.<sup>1</sup>
- Das Handlungsprogramm zur Stadtentwicklung „Zukunft Hannover 2001–2005“ mit Zielsetzungen und Vorgaben für die Zeit nach der EXPO mit fünf Leitthemen und neunzehn Handlungsfeldern.<sup>2</sup>

---

1 Hannoverprogramm 2001. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung nach 2000 – Handlungsprogramm bis 2000 (Hg. Landeshauptstadt Hannover), Hannover 1995.

2 Handlungsprogramm zur Stadtentwicklung 2001–2005 (Hg. Landeshauptstadt Hannover, Schriften zur Stadtentwicklung Heft 83), Hannover 2000.

Beide Stadtentwicklungsprogramme haben drei große Vorteile gegenüber den Stadtentwicklungsprogrammen vergangener Jahrzehnte:

- Sie beschreiben Projekte und Programme, die in der Stadt von der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern entwickelt, bearbeitet und realisiert werden sollen.
- Ihre Laufzeit ist relativ kurz bemessen.
- Es besteht die Verpflichtung zur Überprüfung der Programme – nicht im Sinne einer quantitativen Abfrage, sondern im Sinne einer inhaltlichen Prüfung – und zur Klärung der Frage: Was kommt danach?

## **Haushaltskonsolidierungsprogramme**

Parallel zu den Stadtentwicklungsprogrammen laufen die Haushaltskonsolidierungsprogramme, die an Schärfe und Konkretheit zugenommen haben. Mit den Haushaltskonsolidierungsprogrammen soll dem Rückgang der Einnahmen mit einer deutlichen Reduzierung der Ausgaben begegnet werden – nach einer intensiven Aufgabenkritik, die untersucht, welche Aufgaben die Stadtverwaltung leisten muss (Pflichtaufgaben) und welche sie sich zusätzlich in welchem Umfang leisten sollte und kann.

## **Demografischer Wandel**

Sowohl die Stadtentwicklungsprogramme als auch die Haushaltskonsolidierungsprogramme werden formuliert vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Der demografische Wandel ist als quantitatives Phänomen den Fachleuten schon länger bekannt. Im Eingangsvortrag zu diesem Symposium ist er noch einmal eindrücklich beschrieben worden.<sup>3</sup>

Sichtbar geworden sind die Auswirkungen des demografischen Wandels auf Stadt und Raum zunächst in den jungen Bundesländern und einigen Großstädten der USA. Plakativ werden sie mit den Begriffen der „schrumpfenden Stadt“ und der „perforierten Stadt“ beschrieben.

### ***Demografischer Wandel, das bedeutet:***

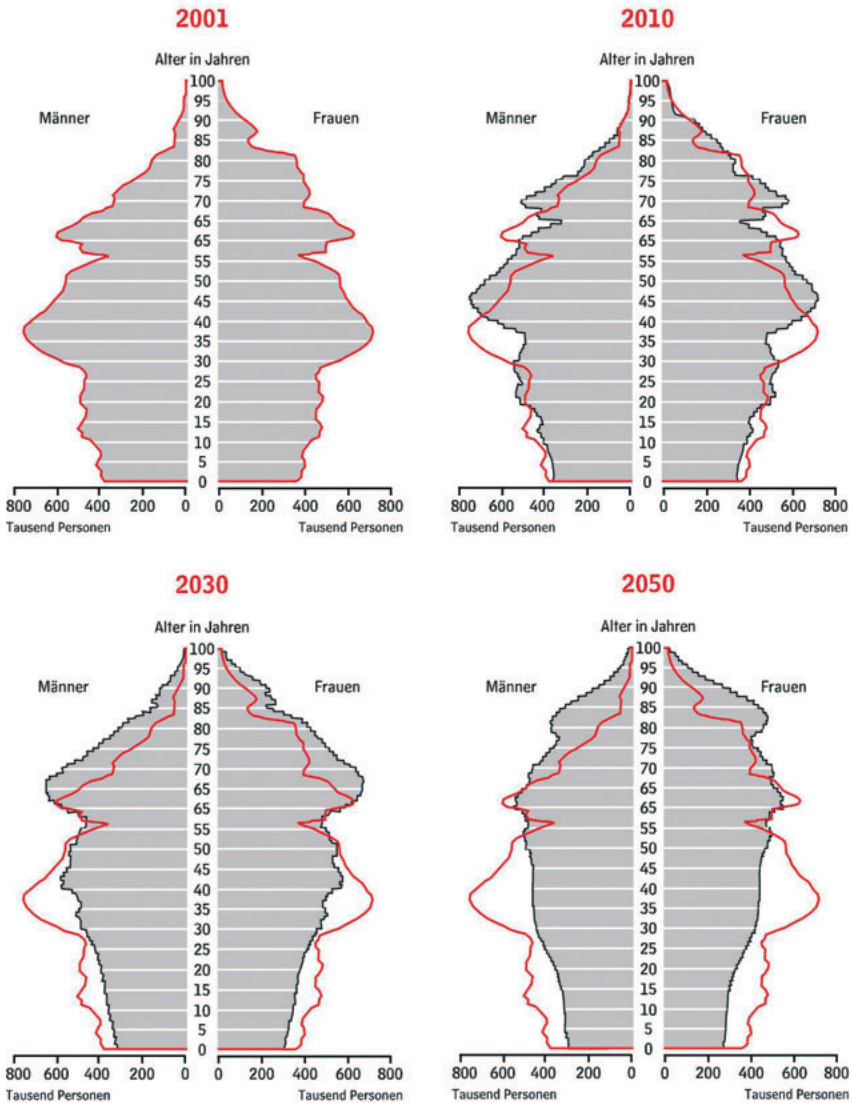
- Wir werden weniger: Auch für die Stadt Hannover sagen die meisten Bevölkerungsprognosen eine sinkende Einwohnerzahl voraus.
- Wir werden älter: Bereits heute sind ein Viertel der Einwohner Hannovers 60 Jahre alt und älter, in 2010 wird es 10% weniger Kinder unter 10 Jahren geben.

---

3 S.o. S. 19–31.



## Prognosen zur Entwicklung des Altersaufbaus der Bevölkerung in Deutschland bis 2050



- Wir werden bunter: Bereits heute haben mehr als 20% der Einwohner einen Migrationshintergrund.
- Wir werden ärmer: Die Schere zwischen hohem und niedrigem bzw. gar keinem Einkommen aus Erwerbsarbeit wird sich weiter öffnen.

Allerdings: Die Entwicklung wird nicht überall gleich sein. So wie hier die Armut wächst und dort der Reichtum, wird es in Hannover Stadtteile geben, die wachsen, und andere, die schrumpfen.

Somit stellt sich die Frage: Wie kann die Stadt mit diesen Aussichten umgehen, um im Wettbewerb der Städte und Regionen nicht zurückzufallen, um den Prognosen der Negativentwicklungen etwas entgegenzusetzen? Was ist zu tun, um die Ressourcen und Qualitäten der Stadt zu erhalten und zu nutzen?

Wenn man im Wettbewerb steht, muss man sich von den anderen Wettbewerbern unterscheiden – am besten durch ein so genanntes Alleinstellungsmerkmal oder ein Profil, das weit genug trägt für ein Stadtentwicklungsprogramm und das allgemein positiv besetzt ist, zugleich aber nicht beliebig und nicht einschränkend ist. Ein Profil, mit dem sich die gesamte Stadtgesellschaft identifizieren kann.

Sind Begriffe wie „EXPO-Stadt“, „Messe-Stadt“, „Sport-Stadt“, „Event-Stadt“, „Wissenschaftsstadt“, „Einkaufsstadt“, „Stadt im Grünen“, „Stadt der Gärten“ herausragend? Reichen sie aus, um als Überschrift das ganze Spektrum der Qualitäten der Stadt Hannover zu preisen, das Haben und das Sein der Stadt zu beschreiben?

Weiter gefragt: Reicht das Haben und das Sein bereits aus? Das Stadtentwicklungsprogramm „Hannover plusZehn“<sup>4</sup> meint: Nein – man muss auch das Tun beschreiben.

### **Die Vorgeschichte von „Hannover plusZehn“**

Das Programm „Zukunft Hannover“<sup>5</sup> war Ergebnis eines breit angelegten Dialogs zur Stadtentwicklung, bei dem in ca. dreißig Veranstaltungen rund eintausendfünfhundert Expertinnen und Experten sowie Einwohnerinnen und Einwohner aktiv waren. Es wurde vom Rat der Stadt Hannover beschlossen.

Das Programm „Hannover plusZehn“ hingegen wurde weitestgehend in der Verwaltung erarbeitet. Diejenigen, die die Haushaltskonsolidierung vertreten und bewältigen müssen, sollten auch die Zukunftsaufgaben entdecken, beschreiben und gestalten. Die Stadtverwaltung, die für das Funktionieren der Stadt zuständig ist und die mit den ihr übertragenen und angetragenen Aufgaben eine hochkomplexe Organisation ist, musste sich intern bekannt machen, sich intern auseinandersetzen, Aufgaben- und

---

4 Hannover plusZehn – Arbeiten für eine junge und innovative Stadt 2005–2015 (Hg. Landeshauptstadt Hannover), Hannover 2005. Im Internet: [http://www.hannover.de/deutsch/politik/pol\\_lhh/hann2015.htm](http://www.hannover.de/deutsch/politik/pol_lhh/hann2015.htm).

5 S.o. Anm. 2.



Projektkritik durchführen und dabei klären, was vor dem Hintergrund der sich verändernden Bedarfe und Bedürfnisse in Zukunft machbar sein wird.

Dieser Prozess, der von interdisziplinär besetzten Arbeitsgruppen geführt wurde und der sich mit den drei Leitthemen „Junge Stadt“, „Innovative Stadt“ und „Bürgerschaftliches Engagement“ in sechs Handlungsfeldern<sup>6</sup> über einer Sammlung von sechshundneunzig Projekten auseinandersetzte, dauerte annähernd zwei Jahre. Er mündete schließlich in das Programm „Hannover plusZehn“ und beschreibt in zehn formulierten

<sup>6</sup> 1. Bildung, Qualifizierung, Kultur; 2. Wirtschaftsstruktur im Wandel; 3. Migration, Integration; 4. Leben in Hannover, Familien mit Kindern; 5. Freizeit und Freiraumqualitäten; 6. Aufgabenkritik und Anpassung der Infrastruktur.

„Pluspunkten“ mit sechsunddreißig Projekten das priorisierte Handeln der Stadt im Zeitraum der nächsten zehn Jahre:

- 1 Hannover setzt auf bürgerschaftliches Engagement und lebendige Stadtteile
- 2 Hannover investiert in Bildung und Kinder
- 3 Hannover fördert die Integration
- 4 Hannover schafft familienfreundliches Wohnen
- 5 Hannover handelt weltoffen
- 6 Hannover stärkt die Wirtschaft
- 7 Hannover verbindet Wissenschaft und Stadt
- 8 Hannover l(i)ebt Stadtkultur
- 9 Hannover schützt Klima und Umwelt
- 10 Hannover sichert die Handlungsfähigkeit.

Im Spannungsfeld zwischen Pluspunkt 1 und Pluspunkt 10 liegen die Zielsetzungen der aktiven Stadt.

### Plus 1

Hannover setzt auf bürgerschaftliches Engagement und lebendige Stadtteile

## 1.2 Bürgerschaftliches Engagement in den Stadtteilen

### Lebendige Stadtteile

Mit Öffentlichkeitskampagnen sowie lokalen Netzwerken und Angeboten in Stadtteilen sollen Menschen für das bürgerschaftliche Engagement gewonnen und die Stadtteilentwicklung gestärkt werden. Ziel ist es, den Menschen vor Ort gezielte Informationen über Engagementmöglichkeiten anzubieten, ihnen auf kurzem Wege Kontakte zu Einrichtungen und Initiativen zu vermitteln sowie spezifische Teilnehmungsformen weiter zu entwickeln.

- Aufbau von Informations- und Kontaktstellen für bürgerschaftliches Engagement in den Stadtteilen. Entwicklung von Multiplikatorteamen im Verbund von Fachkräften und Freiwilligen, stadtteilbezogene Internetangebote. Für bestimmte Stadtteile soll eine Image-Verbesserung erreicht werden.
- Die Fortführung von Elternwerkstätten als lokale Bündnisse zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen und der Erziehung

kompetenzen der Eltern. Förderung von Bildungs- und Kultur- sowie Sportangeboten für Kinder und Jugendliche durch Vereine im Stadtteil.

- Gewinnung von Schülerinnen und Schülern als „Mentoren“ und „Paten“ in der Schule und im Stadtteil.
- Projekte der Nachbarschaftshilfe.
- Einwohnerinnen und Einwohner übernehmen Patenschaften für die Pflege von Grünanlagen und Parks. Gemeinschaftswiesen werden von Nachbarschaften gepflegt und genutzt.
- Fortführung von themenorientierten Zukunftsforen/offenen Stadtteilversammlungen zur Beteiligung am Geschehen in den Stadtteilen.
- Entwicklung von Projekten, die gemeinwohlorientierte Aktivitäten (z.B. Aufräumaktionen, Nachbarschaftsveranstaltungen, Umgestaltungen von Räumen) unterstützen.

### Verantwortlich:

Fachbereich Planen und Stadtentwicklung, Stadteilkulturarbeit, Büro Oberbürgermeister

### Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Städtische Einrichtungen

### Kooperation:

Freie Träger, Freiwilligendienste, Schulen, Netzwerk Bürgermitwirkung, Vereine, Stiftungsinitiative, Unternehmen

## Was machen wir nun damit?

Von herausragender Bedeutung für die Stadtentwicklung wird in Zukunft die Befassung mit den Stadtteilen sein – deshalb kommt dieses Thema nicht nur in Pluspunkt 1 explizit, sondern auch in Pluspunkt 4, 6 und an anderen Stellen vor. Die Stadt ist der Ort, wo man regelmäßig Fremde trifft, im Unterschied zum Dorf, wo es keine Fremden gibt. Die Stadt ist kein Dorf, aber sie besteht aus vielen Dörfern, den Stadtteilen. Die Stadt Hannover als Ganze ist mehr als die Summe ihrer zweiundfünfzig Stadtteile, doch sind es vor allem die Stadtteile, die Orte der Identität, der Identifikation, der Integration und des lokalen Engagements für Ökonomie, Soziales und Kultur bieten.

Eine zweite wichtige Leistung des Programms „Hannover plusZehn“ besteht in dem Ansatz der Focussierung und damit der Priorisierung im Hinblick auf das zusätzlich Leistbare. Das Programm beschreibt nicht, was insgesamt an Pflicht- und auch freiwilligen Aufgaben von der Verwaltung bearbeitet wird.

### Plus 4

Hannover schafft familienfreundliches Wohnen Integrative Stadtteilentwicklung

## Integrative Stadtteilentwicklung

### Integratives Stadtteilmanagement

Die Potenziale der hannoverschen Stadtteile sollen durch eine integrative Stadtteilentwicklung gestärkt werden.

- Förderung der Kooperation zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern, örtlicher Wirtschaft sowie Vereinen und Initiativen in den Stadtteilen.
- Entwicklung gemeinsamer Strategien und nachhaltiger Maßnahmen.
- Kommunikationsstrukturen sollen ausgebaut werden.
- Nachhaltige Nutzung der vorhandenen Ressourcen und Qualitäten.

### Soziale Stadt

- Im Rahmen des Bund-Länderprogramms „Die soziale Stadt“ werden die Sanierungsgebiete Hainholz (bis ca. 2014), Mittelfeld (bis ca. 2008) und Vahrenheide-Ost (bis ca. 2009) entwickelt.

- Weitere Stadtteile werden zur Aufnahme in das Programm vorbereitet.

### Stadtplatzprogramm

- Mit dem Stadtplatzprogramm (10-Jahres-Programm seit 1999) werden Plätze mit zentraler Funktion zur Stärkung der urbanen Lebensqualität modernisiert. Sie sollen Impulse für lokale Zentren geben.
- Bei der Entwicklung der Projekte spielen Aspekte des Gender Mainstreaming, der Barrierefreiheit und der Kriminalprävention im Städtebau eine große Rolle.

### „Hannover heißt Zuhause“

- Die Kampagne „Hannover heißt Zuhause“ stellt die Lebensqualität der Stadtteile heraus und stärkt die Identifikation der Bevölkerung mit ihren Stadtteilen.

### Verantwortlich:

Fachbereich Planen und Stadtentwicklung

### Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Wirtschaft, Fachbereich Bauen, Fachbereich Soziales, Fachbereich Jugend und Familie, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün, Fachbereich Bildung und Qualifizierung

### Kooperation:

Sanierungskommissionen, Stadtteilforen und-initiativen, Gewerbetreibende

Am Beispiel von Pluspunkt 4 – Hannover schafft familienfreundliches Wohnen – kann das deutlich werden. Er richtet den Focus auf eine Zielgruppe (junge Familien mit Kindern), auf bestimmte Angebote (familienfreundliches Wohnen, in verschiedenen Wohnformen aber eben auch im Einfamilienhaus in der Stadt), auf einen Partner (die Wohnungswirtschaft und die Wohnungsbauunternehmen) und auf die Kinderbetreuung – dieses alles neben den Aufgaben und Angeboten der Stadt für die älteren Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

Das Programm „Hannover plusZehn – Arbeiten für eine junge und innovative Stadt“ macht Angebote an Bürgerinnen und Bürger im Sinne der drei von Albrecht Göschel eingangs beschriebenen Modelle von Stadt:<sup>7</sup>

- der Europäischen Stadt, indem Hannover Raum und Fläche für Wohnen und Arbeiten als Kernstadt der Region entwickelt und sichert
- der Kulturstadt, indem Hannover sich dem Wettbewerb mit anderen Städten um seine und um neue Bürger und Bürgerinnen stellt
- der Bürgerstadt, indem Hannover die aktive Bürgergesellschaft fordert und fördert.

Das Ziel ist eine Verlässlichkeit in der Partnerschaft mit dem bürgerschaftlichen Engagement unter Sicherung der Handlungsfähigkeit für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Hannover.

Nun mag man fragen: Wo bleibt denn nun das unverwechselbare Profil der Stadt? Ist das, was hier geboten wird, nicht ein bisschen etwas von allem? In der Tat – aber das ist keine Schwäche, sondern eine Stärke von „Hannover plusZehn“: intelligente Selbstbeschränkung der Stadtplanung zur Vermeidung von unerwünschten Nebenwirkungen, wie Albrecht Göschel sie mit Recht angemahnt hat.

---

7 S.o. S. 25–31.



## **Wolfgang Grünberg**

### **Was die Stadt im Innersten zusammen hält – Die Segensmacht der Stadtkirche**

Mitte September 2005 fand in Magdeburg die Jahrestagung der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung statt. Über 300 Akademiemitglieder, zumeist Städtebauer und Architekten, Professoren und Baudirektoren befassten sich mit einem Thema, das sie so noch nie behandelt hatten: „Was hält die Stadt im Innersten zusammen?“, lautete die Leitfrage.

Sie spielt, wie leicht zu merken ist, auf Goethes Faust an, dessen Erkenntnisdrang nicht zu bremsen ist und der endlich wissen will, „was denn die Welt im Innersten zusammen hält“. Die Antworten der Wissenschaften befriedigen ihn nicht. Nur einer bietet sich als Helfer an: Mephisto. Der weiß Bescheid und weist Faust auf einen besonderen, den experimentellen Weg der Erkundung hin – auch um den Preis der eigenen Seele.

Sind die Fachwissenschaften, die sich mit der Stadt beschäftigen, mit ihrem Latein am Ende? Die absehbare Krise der Städte in den nächsten Jahrzehnten, bei denen es wenige „winner“ aber viele „looser“ geben wird, lässt wieder große, elementare Fragen stellen, wie sie Kinder stellen, Fragen über die Experten meist die Hände über dem Kopf zusammen schlagen.

„Was die Welt und was die Stadt im Innersten zusammen hält“, das ist eine Frage, die wegen ihrer elementaren Wucht und Direktheit Experten erst einmal verstummen lässt.

Haben die Stadtsoziologen nicht Recht, die es mehrheitlich aufgegeben haben, einen qualitativen Stadtbegriff zu formulieren? Sie reden von „Ballungsräumen“ oder „Agglomerationen“, von „urbanen Landschaften“

oder „zentralen Dienstleistungsdistrikten“ in der City usw. Aber das Ganze? Kann es überhaupt noch in den Blick geraten?

Aber auch mit dem klassischen Gegenbegriff zur Stadt, dem Begriff „Dorf“ steht es nicht viel anders. Was ist es, könnte man also allgemeiner fragen, was das *Gemeinwesen innerlich zusammen hält*?

Hat die Theologie hier etwas aus unserer Tradition einzubringen? In vier Schritten und einem Nachwort will ich versuchen, mögliche Antworten zu durchdenken.

## Die Silhouette von Lübeck

*„Damit die erde hafte am himmel,  
schlugen die menschen kirchtürme in ihn  
sieben kupferne nägel,  
nicht aufzuwiegen mit gold“*

Die Stadtkrone Lübecks, dieses markante Gesicht der einstigen „Königin der Hanse“ steht den meisten Menschen hierzulande – besonders freilich den Marzipan- und Marmeladenkonsumenten – in ihrer einmaligen Prägnanz deutlich vor Augen. Reiner Kunze verfremdet in diesem Widmungsdicht<sup>1</sup> unsere Alltagsperspektive: Nicht in die Erde, sondern in den Himmel sind die sieben berühmten Kirchtürme dieser Stadt „eingeschlagen“. Ist der Himmel für Kunze ein stabiler, haltbarer Stoff, in den man Nägel einschlagen kann?

Erinnern wir uns an alte Holzbalkendecken einer Basilika. In die kann man gut und gerne Nägel einschlagen, kupferne sogar, auch sieben an der Zahl, die Zahl der Vollkommenheit. Aber was tragen diese Nägel? Sie tragen die Erde, damit die Erde *hafte am himmel*. Der *Himmel* gibt der Erde Halt und Stabilität. Als könnte sie sonst zerbrechen. Darum sind diese Nägel nicht *aufzuwiegen mit Gold*.

Kunze scheint hiermit das Dreistufenmodell des ptolemäischen Weltbildes zu zitieren. Aus den Säulen, die sonst die Erde als Scheibe über dem Chaos der Unterwelt tragen, sind in Kunzes Gedicht große, tragende, kupferne Nägel geworden. Sie haben ihre Basis nicht in der dunkel-feuchten Chaosflut, sondern befestigen die Erdscheibe am Himmel.

Ohne Bilder geredet: Wer die Erde nur aus sich selbst heraus versteht, wer sich mit der Immanenz als allein zugänglicher Lebenssphäre völlig zufrieden gibt, verkennt sowohl die reale Gefahr des Absturzes ins Chaos, in die „Unterwelt“, aber er ist zugleich auch blind für Nahtstellen zwischen

---

1 R. Kunze, Gedichte, Frankfurt/M. 2001, 155.



Himmel und Erde. Es gibt sie – sagt das Gedicht. Sieben Türme zu Lübeck zum Beispiel.

Was hält die Stadt im Innersten zusammen? Natürlich das Gleiche, was die Welt im Innersten zusammenhält, die These nämlich, dass es keinen Himmel ohne Erde und keine Erde ohne Himmel gibt, dass sie zwar zu unterscheiden, nicht aber nicht zu trennen sind, so wahr die Christen zu Recht Weihnachten, Karfreitag und Ostern feiern. Kann diese theologische These irgendwie plausibel gemacht werden?

Die Fragen nach dem, was die Stadt im Innersten zusammenhält und was sie spaltet und zerreißt, behandelt Fragen, die seit über 8000 Jahren in den Stadtkulturen der Menschheit gestellt und real beantwortet werden, Tag für Tag und Nacht für Nacht. Brennende Autos sind Fackeln und Farnale. Im *Theatrum urbis* sind, historisch gesehen, viele Antworten durchgespielt worden. Das hat Lewis Mumford in seiner universalen Kultur- und Zivilisationsgeschichte der Stadt eindrücklich gezeigt. Am Ende zieht er folgendes Fazit:

„Ursprünglich nahm die Stadt als Wohnstätte eines Gottes Gestalt an – als Ort, wo ewige Werte gegenwärtig waren und göttliche Möglichkeiten offenbart wurden. Zwar haben die Symbole gewechselt, aber die Wirklichkeit dahinter ist geblieben. Mehr denn je wissen wir, dass die verborgenen Möglichkeiten des Lebens weit über die stolzen Formeln unserer Wissenschaft hinausreichen und dass ihre Verheißungen weiterer Wandlungen des Menschen ebenso bezaubernd wie unerschöpflich sind. Es ist zweifelhaft, ob sich ohne die religiösen Perspektiven, welche die Stadt erschlossen hat, mehr als ein kleiner Teil der menschlichen Begabung zu leben und zu lernen entwickelt hätte. Der Mensch wächst nach dem Bilde seiner Götter und nach den Maßstäben, die sie ihm gegeben haben. Die Mischung aus Göttlichkeit, Macht und Persönlichkeit, welche die antike Stadt ins Leben gerufen hat, muß nach den Begriffen der Ideologie und Kultur unserer Zeit neu angerührt und in neue städtische, regionale und universale Formen gegossen werden. Um die wahnwitzigen Kräfte zu besiegen, die heute die Zivilisation im Innern bedrohen, müssen wir uns über die alten Enttäuschungen und Verneinungen erheben, die der Stadt von jeher das Leben erschwert haben. Sonst werden sich die unfruchtbaren Götter der Macht ungehindert durch organische Schranken und oder menschliche Ziele, den Menschen nach ihrem eigenen gesichtslosen Bilde schaffen und der Menschheit ein Ende setzen“.<sup>2</sup>

---

2 L. Mumford, *Die Stadt. Geschichte und Ausblick*, Bd. 1, München 1980, 673 (= *The city in history. Its origins, its transformations, and its prospects*, New York 1961).

Mumford schrieb diese Zeilen auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges 1961. Kann sich theologische Reflexion dieser ungeschminkten Deutung auch heute noch anschließen? Ich denke schon, denn es stimmt doch: Die Geschichte der Stadt umfasst auch ihre eigene Katastrophengeschichte, die Geschichte der zerstörten, der verlassenen, der untergegangenen Städte: Atlantis und Pompeji, Sodom und Gomorra, Babylon und Nagasaki, Karthago und Königsberg. Die Liste lässt sich beliebig verlängern.

Aber daneben steht auch die andere Realität, ihre „Wiederauferstehung“. Nahezu völlig zerstörte Städte sind immer wieder aufgebaut worden. Welche Kräfte sind es, die sie zerstören und untergehen lassen und sie wieder und wieder haben auferstehen lassen? In Mythen wird davon zunächst berichtet: Mutter Erde (Adama) trägt den Menschen (Adam). Sie ist getränkt von vergossenem Blut (Dam). Davon berichten die ersten Kapitel der Bibel. Besteht hier ein Zusammenhang, der in der hebräischen Bibel unmittelbar zu hören ist?

Unsere von Leid gezeichnete Erde ist nicht nur Staub und Asche. In die Haut der Erde sind nicht nur Wunden und Narben eingeritzt, die von erstorbenen Städten künden. Aber das Gegenteil stimmt auch: Wie Phönix aus der Asche haben tödlich verletzt erscheinende Städte immer wieder, auch nach dem zweiten Weltkrieg, ein lebendiges Gesicht erhalten. Ob Hannover oder Warschau, ob Magdeburg oder Danzig, ob Köln oder Rotterdam, ob Nagasaki oder Dresden. Die Liste lässt sich im nationalen, europäischen und im Weltmaßstab beliebig verlängern.

Das „Stirb und Werde“ von Städten ist schlichte Realität. Wir sprechen dabei von Städten metaphorisch, als seien sie Lebewesen, als seien sie Persönlichkeiten. Die Dialektik des „Stirb und Werde“ der Städte spiegelt sich besonders in ihren alten, zumeist bedeutenden Stadtkirchen. Sie sind exemplarischer Beleg der Katastrophengeschichte ihrer Städte wie auch ihrer „Auferstehungen“.

Im Jahr 2005 wurde das besonders an der national und international beachteten „Weihe“ der Frauenkirche in Dresden vor Augen geführt. Die Geschichte dieser protestantischen Stadtkirche bis hin zu ihrer Zerstörung, die symbolträchtige Bedeutung ihrer Ruine, an der – mit erkennbar anderem Profil – die kirchlichen Gedenkfeiern der Zerstörung Dresdens stattfanden, das weltweite Echo auf den „Ruf aus Dresden“, die besondere Art ihres Aufbaus unter Verwendung der alten Steine, also ihre „Auferstehung“ ohne den Untergang vergessen machen zu wollen, all das fügt sich zu einem Lehrstück par excellence zusammen.

Die Frauenkirche Dresden, aber nicht nur sie allein – man denke nur an die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin oder St. Michaelis Hamburg, an St. Marien in Lübeck oder die Marktkirche in Hannover und viele andere Kirchen sind als *Stadtsymbole* und *Symbolkirchen* anzusprechen. Dabei spiegeln sie nicht nur Tod und Verderben, sondern künden auch von

Kräften, die ein Gemeinwesen im Innersten tragen und *erneuern*, Kräfte, die helfen, auch aus tödlichen Krisen heraus wieder neues Leben zu schaffen. Sind sie genauer zu kennzeichnen?

## **Die Gewalt der Stadt – ein ewiger Fluch? Kirchen als Kainsmale des Gemeinwesens**

Kain ist – biblisch gesehen – der Vater der Städte. Nach dem Brudermord an Abel spricht Gott Kain an: „Wo ist dein Bruder Abel?“ Kain antwortet mit der sprichwörtlich gewordenen Ausrede, die eine Lüge ist: „Ich weiß es nicht. Soll ich meines Bruders Hüter sein?“ Gott erwidert: „Was hast Du getan? Die Stimme des Blutes Deines Bruders schreit zu mir von der Erde. Und nun: Verflucht seist Du auf der Erde, die ihr Maul aufgetan und deines Bruders Blut von deinen Händen empfangen hat. Wenn Du den Acker bebauen wirst, soll er dir hinfort seinen Ertrag nicht geben. Unstet und flüchtig sollst du sein auf Erden“ (Gen 4,9–12).

Auf Kains Erwiderung, er würde nun zeit Lebens bedroht und ein Opfer der Rache werden und sich nirgendwo mehr sicher fühlen können, antwortet Gott mit einer Zeichenhandlung. Kain, der Ackerbauer, wird zwar ein „Getriebener“ sein müssen, aber ein besonderes Zeichen, das Kainsmal würde ihn schützen. Niemand solle ihn erschlagen.

Kain ist doppelt gezeichnet, einmal durch sein Getriebensein, durch Sehnsucht nach verllorener Heimat und Geborgenheit, die es jenseits des Paradieses nicht mehr gibt, aber er ist gleichfalls gezeichnet durch das Kainsmal als Gottes Schutzzeichen.

So wird aus dem Ackerbauer Kain der erste Städtebauer: „Kain erkannte seine Frau. Sie ward schwanger und gebar den Henoah. Und er baute eine Stadt, die nannte er nach seines Sohnes Namen Henoah“ (Gen 4,17).

Städte sind Objektivationen des allzu Menschlichen. Darum sind sie ebenso Orte der Gewalt wie der Kreativität. Die Stadt ist voller Unruhe, die ebenso schöpferisch wie destruktiv sein kann. Aus dem sesshaften Ackerbauer Kain wird der äußerlich und innerlich gehetzte Stadtnomade. Aus dem Ahnenregister Henochs, des Sohnes Kains, ergibt sich, dass von ihm ebenso Zither- und Flötenspieler abstammen wie Erz- und Eisenschmiede (Gen 4,21–22). Die Stadt ist Ort der Kultur wie Ort der Gewalt. Die Stadt ist kein heiliger Garten, sondern Waffenschmiede und Konzerthaus gleichermaßen.

Die Spannung des Stadtlebens ist herausfordernd und destruktiv zugleich. Sie erwächst aus dem Selbstbehauptungswillen des Menschen auch auf Kosten Anderer. Aber es bleibt die unstillbare Sehnsucht nach dem unverstellten friedlichen Leben aller, dem Frieden mit sich selbst, dem Frieden untereinander und dem Frieden mit Gott. Daraus formen sich neue

Hoffnungsbilder als Synthese von Paradies und Stadt, von der in den letzten Kapiteln der Bibel die Rede ist (Apk 20–22).

Die Frage stellt sich: Kann das in unstillbare Sehnsucht verwandelte Ahnen eines Ortes direkter, unvermittelter Gottesbegegnung und neidloser Geschwisterlichkeit unter Menschen verwandelt werden in Hoffungsenergie und Perspektiven humaner Stadtentwicklung? Kann der Fluch der bösen Tat, wenn schon nicht abgewendet so doch jedenfalls begrenzt werden? Eine Stadt ohne ein Zukunftsmodell, ohne ein Hoffnungsbild ihrer selbst löst sich als Gemeinwesen auf. Das Kainsmal ist ein Hoffungszeichen. Es will und kann den Kreislauf von Rache und Vergeltung, von Gewalt und Gegengewalt unterbrechen. Es ist darum Hebamme eines Gemeinwesens, in der Recht und Gnade regieren und so dem Teufelskreis der Gewalt der Boden entzogen wird. So wird für den mit Gottes Mal gezeichneten Städtebauer Kain eine neue Stadtvision vorstellbar.

Der mittelalterliche Rechtssatz: „Stadtluft macht frei“, d. h. das Asyl für verfolgte Leibeigene aus anderen Städten vor dem Altar und deren formelle Gleichstellung als unbescholtene Bürger nach einem Jahr, folgt der neuen Logik des Kainsmals: Recht und Gnade sind keine Gegensätze, sondern Humanisierungsversuche gegen eine wilde Gewaltpraxis, die geordnetes Leben zerstört. Die Stadt als Rechts- *und* Gnadenraum, ihr Gewaltmonopol als Gegengewicht gegen alle privaten Rache- und Vergeltungsfeldzüge, z. B. die Fehdepraxis, die erst in nachreformatorischer Zeit ihr Ende fand.

Was bedeutet das für zentrale Stadtkirchen? Sie sind, metaphorisch gesprochen, Kainsmale der Städte. Stadtkirchen erinnern an die Opfer der Gewalt und an die latente Gewaltfähigkeit aller Menschen. Sie sind Orte des kollektiven Gedächtnisses und darum Mahnzeichen, denn Kain ist unser Ahnherr.

Stadtkirchen ermahnen uns: „Erkennt Eure Gewaltanfälligkeit – und seien es nur die Affekte heimlichen Fasziniertseins. Durchbrecht den Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt. Widersteht dem Mechanismus, Fremde, Andere zu Sündenböcken zu machen. Durchschaut Eure eigenen Übertragungsmuster des eigenen Schattens auf Andere, die bei Anderen bestraft werden müssen, um selber entlastet zu sein.“

Die Liste der Opfer ist lang, die diesem Muster gemäß litten und umgebracht wurden: Juden und Hexen, Schwarze und Behinderte, eben Andere, die zu Urhebern allen Übels hoch stilisiert wurden, um dann umso grausamer bestraft, vertrieben oder ermordet wurden. Intellektuelle Aufklärung, die diesen Mechanismus durchschaut, hat hier allein nicht geholfen.

Wo also sind Kraftquellen, die hier Einhalt gebieten können? Was hilft dazu, dass Menschen sich selbst als potentiell schuldig werdende annehmen und akzeptieren können? Wo wächst eine reife Identität jenseits von Allmachtswahn und Ohnmachtslust? Das ist, nach theologischem Urteil im Kern eine religiöse Frage.

Die theologische Perspektive fragt darum nach Möglichkeiten zu einer inneren Überwindung des Gewalt- und des Sündenbockmechanismus. Sie läge, so kann man konstruieren, in der Erfahrung unbedingten Respekts und seiner bedingungslosen Akzeptanz als Mensch unabhängig von Vorleistungen oder Nachweisen. Der Kern des christlichen Glaubens ist, protestantisch gesehen, die Rechtfertigung des Gottlosen durch Gott in Christus. Darin wurzelt – theologisch gesehen – die unbedingte, heilige Akzeptanz, also die Würde des Menschen als Ebenbild Gottes. Das Annehmen und Geltenlassen der in Christus offen zu Tage liegender unbedingten Liebe und Begnadigung (die freilich Kritik um der Gerechtigkeit willen einschließt) müsste ermutigen, sich selbst als schuldig zu akzeptieren und auf alle Versuche, das eigene Übel auf andere zu projizieren, verzichten zu können.

Mehr noch: So würde eine Umkehrung des Sündenbockmechanismus denkbar. Denn im Geschick Jesu Christi ist auch ablesbar, dass auf freiwillig übernommenem stellvertretenden Einstehen für Andere Segen ruht.

## **Beten und Tun des Gerechten. Bonhoeffer und Abraham in Berlin und Sodom**

An der Wende zum Jahr 1943 hat Dietrich Bonhoeffer – vier Monate bevor er verhaftet und ins Tegeler Gefängnis gebracht wurde – einen Text verfasst, dem er, im Rückblick auf 1933, den Titel gibt: „Nach 10 Jahren. Rechenschaft an der Wende zum Jahr 1943“. In ihm heißt es am Ende:<sup>3</sup>

„Sind wir noch brauchbar?“

Wir sind stumme Zeugen böser Taten gewesen. Wir sind mit vielen Wassern gewaschen, wir haben die Künste der Verstellung und der mehrdeutigen Rede gelernt, wir sind durch Erfahrung misstrauisch gegen die Menschen geworden und mussten ihnen die Wahrheit und das freie Wort oft schuldig bleiben, wir sind durch unerträgliche Konflikte müde oder vielleicht sogar zynisch geworden – sind wir noch brauchbar? Nicht Genies, nicht Zyniker, nicht Menschenverächter, nicht raffinierte Taktiker, sondern schlichte, einfache, gerade Menschen werden wir brauchen. Wird unsere innere Widerstandskraft gegen das uns Aufgezwungene stark genug und unsere Aufrichtigkeit gegen uns selbst schonungslos genug geblieben sein, dass wir den Weg zur Schlichtheit und Geradheit wiederfinden?

---

3 D. Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, in: E. Bethge u. a. (Hg.), Dietrich Bonhoeffer Werke (= DBW), Bd. 8, Gütersloh 1998, 38f.

Der Blick von unten

Es bleibt ein Erlebnis von unvergleichlichem Wert, dass wir die großen Ereignisse der Weltgeschichte einmal von unten, aus der Perspektive der Ausgeschalteten, Bergwöhnnten, Schlechtbehandelten, Machtlosen, Unterdrückten und Verhöhnnten, kurz der Leidenden sehen gelernt haben. Wenn nur in dieser Zeit nicht Bitterkeit oder Neid das Herz zerfressen hat, dass wir Großes und Kleines, Glück und Unglück, Stärke und Schwäche mit neuen Augen ansehen, dass unser Blick für Größe, Menschlichkeit, Recht und Barmherzigkeit klarer, freier, unbestechlicher geworden ist, ja, dass das persönliche Leiden ein tauglicherer Schlüssel, ein fruchtbareres Prinzip zur betrachtenden und tätigen Erschließung der Welt ist als persönliches Glück. Es kommt nur darauf an, dass diese Perspektive von unten nicht zur Parteinahme für die ewig Unzufriedenen wird, sondern dass wir aus einer höheren Zufriedenheit, die eigentlich jenseits von unten und oben begründet ist, dem Leben in allen seinen Dimensionen gerecht werden, und es so bejahen.“

Bonhoeffer folgert daraus ein Jahr später: „unser Christsein wird heute nur in zweierlei bestehen: im Beten und im Tun des Gerechten“. <sup>4</sup> D. i. das innere Band, das ein Gemeinwesen zusammen hält. Bonhoeffer orientiert sich damit, biblisch gesehen, am Verhalten Abrahams zur Abwehr der Katastrophe von Sodom und Gomorra. Er ahnt an der Schwelle zum Jahr 1943, dass Berlin das Geschick von Sodom und Gomorra erleiden wird, weil die Zahl derer zu gering ist, die dem Rad der braunen Geschichte in die Speichen greifen.

Und Abraham? Er fleht zu Gott, ja er verhandelt mit ihm, weil auch er wegen schwerer Verfehlungen Unheil über Sodom kommen sieht. Wörtlich heißt es:

„Aber Abraham blieb stehen vor dem Herrn und trat zu ihm und sprach: Willst du denn den Gerechten mit dem Gottlosen umbringen? Es könnten vielleicht fünfzig Gerechte in der Stadt sein; wolltest du die umbringen und dem Ort nicht vergeben um fünfzig Gerechter willen, die darin wären? Das sei ferne von dir, dass du das tust und tötest den Gerechten mit dem Gottlosen, sodass der Gerechte wäre gleich wie der Gottlose! Das sei ferne von Dir! Sollte der Richter aller Welt nicht gerecht richten? Der Herr sprach: Finde ich fünfzig Gerechte zu Sodom in der Stadt, so will ich um ihretwillen dem ganzen Ort vergeben“ (Gen 18,22–26).

Der Fortgang ist bekannt. Abraham fragt Gott erneut, ob nicht auch fünf- undvierzig Gerechte als stellvertretende rettende Bürgschaft für die Bewahrung der Stadt ausreichen. Und Gott antwortet: „Finde ich in der Stadt

---

4 Ebd. 435.

fünfundvierzig Gerechte, will ich sie nicht verderben“ (Gen 18,28). So geht es weiter. Schließlich handelt Abraham die Zahl der Gerechten bis auf zehn herunter. Auch hier antwortet Gott: „Ich will die Stadt nicht verderben um der zehn willen“ (Gen 18,32). Es scheint so, dass sich Abraham und Gott damit geeinigt haben. Lapidar heißt es: „Und der Herr ging weg, nachdem er aufgehört hatte mit Abraham zu reden und Abraham kehrte wieder um an seinen Ort“ (Gen 18,33). Sowohl aus menschlicher wie aus göttlicher Perspektive scheint also darüber Einverständnis zu bestehen: Es muss eine Mindestzahl von Betenden und Gerechten (Zedakim) geben, damit stellvertretendes Handeln wirksam wird.

Diese tiefsinnige Stadtgeschichte spricht vom *Segen* stellvertretenden Handelns, aber auch zugleich von deren Grenze. Diese Geschichte ist die Gründungslegende der orthodoxen, jüdischen Gottesdienstpraxis, derzufolge es mindestens 10 Männer bedarf, um Gottesdienst abhalten zu können. Gilt die Segenskraft des stellvertretenden Handelns der Zedakim, der Gerechten, auch für die „Gerechten aus den Völkern“ und analog auch für den Segen des christlichen Kultus?

M.E. gilt generell: Im jüdischen und christlichen Gottesdienst geht es immer um beides: um Huldigung *und* Entmächtigung, um Lobpreis und Dank gegenüber dem Gott, der sein Volk aus der Sklaverei, aus Ägypten befreit *und* die Kritik am Kult des Tanzes um das goldene Kalb oder anderer von Menschen auf den Thron gehobenen Mächte und Gewalten und ihrer Repräsentanten.

Bonhoeffer weiß das und spitzt Benedikts Formel: *ora et labora*, „bete und arbeite“ noch einmal – in jüdischer Weise – zu. Es geht um *Beten* und *Tun des Gerechten* als heilsam heilenden Kräften. Es geht nicht um formales Funktionieren, nicht um selbstvergessen ergebene Pflichterfüllung, nicht um business as usual. Es geht vielmehr um das tägliche Einüben einer alternativen Perspektive, die im Beten eingeübt wird. Es geht um die Perspektive Gottes, die uns – christlich gesprochen – exemplarisch in der Bergpredigt und in deren Mitte im Vater-Unser-Gebet Jesu vorliegt: „Dein Name werde geheiligt. Dein Reich komme, Dein Wille geschehe“ (Mt 6,9–13).

Sieben Bitten – „nicht aufzuwiegen mit Gold“ könnte man mit Reiner Kunze wieder sagen. Aus gleicher Perspektive heraus sind auch die Seligpreisungen formuliert worden: „Selig sind, die da Leid tragen; denn sie sollen getröstet werden. Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen“ (Mt 5,3–10).

Von dieser Perspektive aus erschließt sich die stellvertretende Segenskraft des Gottesdienstes und der Zuordnung seiner beiden Dimensionen Beten und Tun des Gerechten. Es war ja gerade die Verzweiflung Bonhoeffers, wie viele Kirchenführer sich vom NS-Wahn anstecken ließen und die Solidarität mit den Juden, unseren (religiösen) Eltern, auf-

kündigten, die entsprechend dem vierten Gebot eigentlich zu ehren sind.

Sind Synagogen und Kirchen Orte des Betens und Anstiftungen zum gerechten Handeln? Wo war die Stimme der Kirchen im Novemberpogrom 1938 in Deutschland? Es sind weniger als 50, weniger als 40, weniger als 30, weniger als 20, vermutlich weniger als 10 Prediger gewesen, die hier eindeutig gepredigt und zum gerechten und notwendigen Protest aufgerufen haben.

Mir geht es nicht um Anklagen. Mir geht es um die Bedeutung von Segenskräften, die von Synagogen und Kirchen ausgehen oder zumindest ausgehen könnten. Sowohl biblisch, als auch politisch lässt sich begründen, dass Gottesdienste eine viel zu wenig gewürdigte, aber zugleich fundamentale, weil *stellvertretende* Bedeutung haben.

Ohne die Widerstandsgruppen gegen Hitler hätte Deutschland kein neues nationales Fundament nach 1945 bzw. nach 1989 wieder aufbauen können. Oder mit dem Verfassungsrechtler Böckenförde geredet: „Die Demokratie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht schaffen kann.“ Wo liegen diese Voraussetzungen und wer schafft sie?

Synagogen, Stadtkirchen (im Prinzip natürlich auch Moscheen) können Friedensorte in einer Gesellschaft und Segensmächte *in* der Stadt und *für* die Stadt sein. Sie waren es in ihrer besten Tradition auch. Aber das Umgekehrte gilt ebenso: Wo Beten und Tun des Gerechten unterbleibt oder verraten wird, wo Hass gepredigt und bei Übergriffen auf Minderheiten weggeschaut wird, da werden auch Kultstätten zum Fluch ihrer Städte. Da überlebt die Kraft des Betens und des Tuns des Gerechten als innerster Kraft der Städte außerhalb von Kultstätten. Darum müssen Kirchen und Gemeinden (um im eigenen Horizont zu bleiben) ihre eigene Schuldgeschichte aufklären, beweinen und einen neuen Anfang suchen.

Wo dies vollzogen wird, geschieht wiederum etwas Stellvertretendes, nämlich die Unterbrechung eines Teufelskreises, die Verheißung eines neuen Anfangs. In Gottes Namen neu anfangen dürfen, darum geht es beim Erteilen und Empfangen des Segens am Ende jedes Gottesdienstes: Segen und Sendung gehören liturgisch und sachlich zusammen: „Missa est“.

## Die Kirche als Abbild des himmlischen Jerusalem

Ich komme noch einmal auf das anfangs zitierte Gedicht von Reiner Kunze zurück. Von den hölzernen, oft mit dem Bild des himmlischen Jerusalem bemalten Kassettendecken einer alten Basilika erschloss sich die kühne Metaphorik Kunzes.

Das „himmlische Jerusalem“ galt wiederum als Urbild der Stadt, gleichsam als ihre reinste Idee.<sup>5</sup> Insofern fungierte die Erwartung des Himmlischen



schen Jerusalems auch als normatives Kriterium der irdischen Städte. Vom 11. bis zum 13. Jahrhundert sind in Europa mehrere Tausend Städte plan-

- 5 In den Stadtpredigten des Albertus Magnus oder im Traktat *De Sacramento* des scholastischen Theologen und späteren Bischofs von Paris, Wilhelm von Auvergne (gest. 1249), kann man das hermeneutische Muster finden, wie himmlisches Urbild und irdisches Abbild aufeinander bezogen werden: „Irdisches kann nur vom Himmlischen, Unvollkommenes nur vom Vollkommenen her interpretiert werden“ (U. Meier, *Mensch und Bürger. Die Stadt im Denken spätmittelalterlicher Theologen, Philosophen und Juristen*, München 1994, 30). Kathedralen und Stadtkirchen aus dieser Zeit sind in ihrer Vollkommenheit eine Erinnerung an eine durch und durch positiv besetzte jenseitige und irdische Stadtidee, die sich von der Stadtkritik Augustins und seiner Abwertung der *civitas terrena*, der irdischen, gottfeindlichen Stadt, fundamental unterschied. Wilhelm von Auvergne: „Stellen wir uns eine Stadt vor, die aus dem Zusammenschluss so vollkommener Menschen besteht, dass deren ganzes Leben nichts anderes ist als Ehrerweisung und Dienst an Gott, als geschuldete Pflicht und Ehre, als Unterstützung der Mitmenschen ... Jene Stadt aber, dies edle und großartige Bauwerk, ist [im Unterschied zur Unvollkommenheit des Landes und des Waldes, W.G.] gemacht aus behauenen und kunstvoll gemeißelten Steinen, aus Steinen, die glatt und geziert sind mit dem ganzen Schmucke der Baukunst: Die einzelnen Bürger sind so gleich den Steinen und dem Holz, welche verherrlicht sind durch die Sorgfalt eines Baumeisters“ (zitiert ebd. 31). Meier kommentiert: „Sinnfällig steht in diesen Gedanken die Stadt dem Wald, die Natur dem Kunstwerk, das Gemachte dem Gewordenen, der Bürger dem Rest der Menschen gegenüber. Die Stadtbürger werden mit schön gebildeten Steinen und bearbeitetem Holz verglichen; Geradheit, Ebenmaß und Beständigkeit der kunstfertig behandelten Materialien deuten auf Gerechtigkeit, Billigkeit und Tapferkeit in den Herzen der Bürger. Das gestaltete Bild ist eindeutig: Der von Menschen gemachte Baukörper Stadt hebt sich aus einer naturhaften, wilden Umgebung heraus. Diese Gegenüberstellung wird auf die in beiden Regionen lebenden Menschen analog übertragen. ... Die Stadt ist die Vollendungsform menschlicher Gemeinschaft“ (ebd. 31f.; vgl. meinen Beitrag: Wenn Himmel und Erde sich berühren. Stadtfriede – Religionsfriede – Gottesfriede, in: W. Grünberg, *Die Sprache der Stadt, Skizzen zur Großstadtkirche*, Leipzig 2004, 123–137). In Architektur und Ästhetik vieler mittelalterlicher Kirchen finden wir ein Bildprogramm, das eine Stadtidee impliziert, die wir heute erst mühsam wieder rekonstruieren müssen. Wer mittelalterliche Kirchen nur ästhetisch, als Solitäre, wahrnimmt, bleibt unterhalb ihres eigenen Anspruchs: Diese Kirchen wollen gebaute Perspektivwechsel sein: Es geht primär nicht darum, den Menschen aus dem finsternen Jammertal des Diesseits den Weg ins himmlische Jenseits zu weisen. Nein: Die Kathedralen sind, mit Kunze gesprochen, goldene Nägel, an denen erkennbar wird, wie die Erde himmelsnah bleibt, wenn die Idee eines verinnerlichten Lebens aus dem Geist der Bergpredigt zum Kriterium humaner Stadtgestaltung wird. Überspitzt kann man sagen: Die Kathedralen als Antizipationen des Himmlischen Jerusalems implizieren Stadtutopien und sind darum selbst auch als symbolische Stadtgrundrisse zu lesen.

mäßig gegründet worden. Sie prägen und repräsentieren, jedenfalls in Deutschland, bis heute die Städtestruktur unseres Landes.

Die zentralen Stadtkirchen der Städte waren – im Unterschied zu den Bischofskirchen – immer mehr als geistliche Versorgungszentren. Die zentrale Stadtkirche lag zumeist nahe dem Rathaus und dem Marktplatz. Ökonomische, politische und geistliche Kräfte gingen so ein Mit- und ein Widereinander ein und bildeten zusammen jenes dynamische, konkurrierende und kooperierende Kräftepotential, aus dem die Stadtblüte dieser Jahrhunderte hervorging. Ob nun romanische Gottesburgen wie in Hildesheim, ob die backsteingotischen Basiliken Lübecks oder die anderer Hansestädte im Ostseeraum, Kirchen repräsentieren in ihrem Bau- und Bildprogramm meist auch Interpretationen einer normativ-jenseitigen Stadtidee, nämlich der Vision des Himmlischen Jerusalems.

### **Ein Beispiel: Die Ratskirche St. Nikolai zu Stralsund**

Wie die meisten Kirchenbauten aus der mittelalterlichen Blütezeit der Städte unterscheidet St. Nikolai den Chorraum als Kleriker- oder Chorherrenkirche gegenüber der Laienkirche des „Volkes“. Als Trennlinie fungiert der Lettner mit dem Triumphkreuz. Chorraum und Laienkirche sind durch einen Kranz von Kapellen umgeben, die im Prinzip von fast allen gesellschaftlich relevanten Gruppen der damaligen Zeit abgemietet oder gekauft wurden und in eigener Regie „bewirtschaftet“ wurden. Daneben gab es eine Fülle von Seitenaltären, die Gilden, Zünften oder bestimmten anderen Gruppen wie z. B. den Fernhandelskaufleuten gehörten. In St. Nikolai der Stralsunder Ratskirche in evangelischer Trägerschaft kann man eine solche Binnendifferenzierung bis heute nachvollziehen und bewundern.

Dort kann man z. B. nachweisen, dass am Seitenaltar der Nowgerodfahrer, der Fernhandelskaufleute, vor und nach großer Fahrt am Seitenaltar, einem Retabel, (Klappaltar) nicht nur gebetet oder eine Andacht gehalten wurde. Auch wichtige Geschäftsgespräche fanden im Angesicht des Altars statt. Die Kapellen wurden also in Eigenregie und nicht nur zu religiösen Angelegenheiten im engeren Sinn genutzt.

St. Nikolai war die gebaute Schutzmantelmadonna, unter deren Mantel bzw. Dach alle spezifischen Gruppen der Stadt Platz fanden. Die Kirche bildete die Stadtgesellschaft ihrer Zeit in *versöhnter* Verschiedenheit ab. Darüber hinaus barg sie in sich aber noch einen Überschuss an Glanz und Schönheit indem sie Erzähltraditionen des Himmlischen Jerusalems aufnimmt: Diese zukünftige Stadt hat zwölf offene mit den wertvollsten Edelsteinen besetzte Tore in alle Himmelsrichtungen. Rathaus und Tempel sind verschwunden, weil die Gesetze den Menschen ins Herz geschrieben sind (Apk 21,21–27). Daraus ergibt sich die „concordia“, der Einklang von Einsicht und solidarischem Handeln.

Ästhetische Vollkommenheit veranschaulicht hiermit zugleich das utopisch-politische Programm eines Gemeinwesens, das – modern gesprochen – die Kultur der Differenz mit der Solidarität der Verschiedenen versöhnt und so handlungspraktisch Ideen zur Zusammengehörigkeit einer „verbesserlichen Stadt“ frei setzt.

Ratskirchen dieser Art sind *auch Kunstwerke*, in denen Ästhetik, Kultur und Moral ihre symbolische und exemplarische Einheit finden. Sie gehören als Gesamtkunstwerke auch dem Gemeinwesen als Ganzem und sind deswegen von ihm aus auch mit zu unterstützen.

Die radikale Veränderung der gesellschaftlichen Binnenstrukturierung der Stadtgesellschaft heute gegenüber der ständisch und zünftig organisierten Stadtgesellschaft des Mittelalters impliziert einen kulturellen und sozialen Auftrag zu einer protestantischen Neuformulierung der Idee der Stadt, des Gemeinwesens als Darstellung des Miteinanders der Unterschiedenen unter Berücksichtigung derer, die im Sinne von Bonhoeffers „Blick von unten“ vom städtischen Leben ausgeschlossen *werden*.

In jeder Stadt, in jedem Gemeinwesen, muss es offenbar Orte und Gelegenheiten geben, sich bei Wahrung aller sozialen, ökonomischen und kulturellen Verschiedenheiten als zusammen gehörende Einheit zu erfahren. Wo die Relation zu den Anderen durch räumliche („segregierte“) Exklusivität buchstäblich völlig aus dem Blick verschwindet, also nur der eigene Erdkreis und nur der eigene „Himmel“ gesucht wird, fällt die Stadtgesellschaft und letztlich auch ihre gebaute Substanz völlig auseinander.

St. Nikolai zu Stralsund und analoge Kirchen im gesamten Ostseeraum künden demgegenüber vom *ungeteilten Himmel über allen*, von der ausdifferenzierten, aber zusammengehörigen Stadt. Wo ist heute dieser Ort – wo wird die Einheit der Städte heute erlebbar? Stadtpolitisch knüpfen „Events“ und „Festivals“ der Innenstädte an diese Sehnsucht an, die Stadt als Einheit, als Heimat aller Bürger zu erleben. Solche Veranstaltungen versprechen prinzipiell mehr als sie halten können, denn allein deren Kommerzialisierung schließt die weniger Bemittelten wieder aus. Events und Festivals *können* also ihre eigenen Versprechungen gar nicht einhalten. Wo liegen andere Traditionen oder Ideen, die *Einheit der Stadt darzustellen*?

Die katholische Tradition hat seit langem Wege gefunden, wie die Stadt jedenfalls exemplarisch ganz in den Blick gerät. Faschings-, Fronleichnam-, Pilgerumzüge sind katholische Varianten für den Versuch, das gemeinsame Wesen der Stadt, das Gemeinwesen im Ursinn wieder erlebbar zu machen.

Der Protestantismus ist hier zaghafter und hat es nur zu wenigen Formen bzw. Ansätzen in dieser Hinsicht gebracht. Wenn z. B. vom Turm der St. Michaeliskirche in Hamburg seit vielen Jahrhunderten bis zu drei mal täglich Choräle über der Stadt erklingen, die von Trompeten und Posauen in alle Himmelsrichtungen geblasen werden, dann ist dies eines der

wenigen Beispiele aus protestantischer Tradition. Die Läuteordnungen für die Glocken der Kirchtürme sind bislang leider noch nicht daraufhin untersucht worden, wie sie jeweils in den verschiedenen Epochen und Zeiten die „Stimmung(en)“ der Stadt profilierten.

Bestimmt gibt es in vielen Städten und Stadtkirchen lokale Festtraditionen, die Funktionen dieser Art erfüllten. Der von den Festen erhoffte und erwartete „Überschuss“ an Schönheit und verwandelnder Freude ist durch Kommerzialisierung allein nicht zu erreichen. Das wird zunehmend Konsens unter den Veranstaltern in den Kommunen.

Wo bleibt hier der Beitrag der Kirchen? Wo die Inszenierung des Segens der Stadt mit den Mitteln der christlichen Tradition?

## **Kirchen als Segen der Stadt**

„Verlässlich geöffnet“ steht, Gott sei Dank, immer öfter auch an Portalen evangelischer Stadtkirchen. Die liturgische Revolution der Teelichter (Fulbert Steffensky) hat auch die protestantischen Kirchen erreicht, geöffnet und verändert. Zum Spezifikum des Protestantismus gehört es, dass er die Gottunmittelbarkeit des bzw. der Einzelnen betont – und damit, so schien es, die Rolle der Kirche als Institution und die Rolle des Kirchengebäudes immer unwichtiger machte. Zwar stand die Rolle des Pastors als Prediger und Liturg, als Lehrer und Seelsorger nie zur Disposition, aber das Wichtigste war das „Wort“, das Evangelium, die Bibel. Das heilige Buch im Verein mit dem Katechismus, so die Hoffnung, Sorge schon für eine christliche Sozialisation der Einzelnen und in deren Summe auch zur Christlichkeit des Gemeinwesens. Möglicherweise lebt die derzeitige Bücherflut von „Ratgeberbüchern“ zur (oft esoterisch geprägten) Spiritualität letztlich noch von dieser protestantischen Hochschätzung des Buches und der daraus abgeleiteten rein funktionalen Begründung für die Kirche als Dienstleistungsagentur für religiöse Bedürfnisse.

Angesichts großer gesellschaftlicher Probleme und Krisen wird ein Minimalkonsens in der Gesellschaft – und damit die Rolle übergreifender Institutionen – wieder wichtiger werden.

Seit Schleiermacher unterscheidet man drei Grundformen von Christlichkeit – die individuell personale des Subjekts, die gemeindlich/kirchliche und die gesellschaftliche Christlichkeit. Diese Gestaltungsformen des Christlichen bestehen in einer Stadt sowohl nebeneinander als auch „in“ und „übereinander“. Diese Formen werden im Laufe des Lebens mal alternativ, mal additiv genutzt – je nach Wahl und Lebenslage. In Wendezeiten der Biographie, in individuellen aber auch in kollektiven Krisen und Notzeiten – wie immer wieder bei Naturkatastrophen – zeigt sich dramatischer als sonst, dass der Mensch der solidarischen Gemeinschaft,

aber auch der Ruhe, der Einkehr, des Trostes, kurz des Segens bedürftig ist. Auch Menschen, die der Kirche den Rücken gekehrt oder nie einen Bezug zu ihr hatten, wollen, wie empirische Untersuchungen zeigen, dass Kirchen – als Gebäude, aber auch als Institution und in ihren personaler Repräsentanten – erreichbar sind. In diesem Sinne wollen nahezu alle Menschen, dass Kirchen „offen“ sind. Real wie metaphorisch sind Kirchen in diesem dreifachen Sinn Segensräume (Ulrike Wagner-Rau) in der Stadt und für die Stadt.

Sie sind Orte und Gelegenheiten zur Feier des gemeinsamen Grundes unser aller Existenz. Das gilt für Diakonie genauso wie für die Liturgie. Denn sie haben den gleichen Ursprung in der Abendmahlsgemeinschaft, zu der die Christen von Gott in Christus eingeladen sind. In dieser Gastfreiheit sind Kirchen unverzichtbar und leisten der Gesellschaft einen hohen, notwendigen Dienst. Sie repräsentieren den langen Atem der Geschichte und der offenen Zukunft. Sie machen das Nachdenken nachhaltiger und langfristiger, gerade auch in kritischen Phasen der individuellen wie der kollektiven Geschichte. Sie bilden uns – zu glauben, zu lieben, zu hoffen.

Dabei ist der Status der Kirche als Minderheit in der Stadt kein Makel: In urbanen Gesellschaften bilden Minderheiten schon jetzt die Mehrheit der Bevölkerung. Es kommt freilich auf das Profil dieser Minderheiten und ihre Absichten an, ob sie nur Nischen für sich selbst suchen oder einer Hoffnung verpflichtet sind, die größer ist als sie selbst.

Die Hoffnungen der jüdischen wie der christlichen Tradition sind so weit gespannt, wie nur irgend vorstellbar. Die Bibel beginnt mit der Schöpfung und endet im Neuen Testament mit der Hoffnung auf einen Neuen Himmel und eine Neue Erde. Darum darf sich die Kirche nie und nimmer in die Nischen flüchten und dort ihr Leben fristen. Sie verrät sonst ihre *größere Hoffnung*. Die Kirche gehört also auf den Markt, sie gehört in die Öffentlichkeit.

*Segen* meint im Ursprungssinn Fruchtbarkeit. Und mitgedacht ist dabei, dass Fruchtbarkeit nicht ein technisches Verfahren ist, sondern Anteil an der weitergehenden Schöpfung hat, im Kern also – trotz aller Einsicht in evolutionäre Prozesse – ein Mysterium bleibt. Das wird jedem klar, dem ein neu geborenes Kind in den Arm gelegt wird. „Welch ein Segen ist das!“ sagt man dann. Diesen Segen zu feiern – sich ihm anzuvertrauen und Menschen dafür zu öffnen, dafür sind die Kirchen da. Oder – mit den Worten von Reiner Kunze gesprochen:

*„Damit die erde hafte am himmel,  
schlugen die menschen kirchtürme in ihn  
sieben kupferne nägeln,  
nicht aufzuwiegen mit gold“.*



# Das Programm des Symposiums

## Montag, 10. Oktober

- 10 Uhr**      **Marktkirche**  
**Begrüßung**  
 Stadtsuperintendent Wolfgang Puschmann  
 Oberbürgermeister Dr. h.c. Herbert Schmalstieg
- 10.30 Uhr**    **Demographischer Wandel: Polarisierung der deutschen Städte**  
 Dr. Albrecht Göschel, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
- anschließend Podiumsdiskussion*  
 Stadtsuperintendent Wolfgang Puschmann; Oberbürgermeister  
 Dr. h.c. Herbert Schmalstieg; Dr. Albrecht Göschel  
 Moderation: Pastorin Hanna Kreisel-Liebermann
- 15 Uhr**      **Sprengel-Museum**  
**Utopien und Angstbilder – Leben in Hannover 2030**  
 Prof. Dr. Heiko Geiling, Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstruktur-  
 turforschung, Universität Hannover
- anschließend Diskussion*  
 Moderation: Pastor Bertram Sauppe
- 16.30 Uhr**    **Passanten, Pendler und Flaneure: Religion in der City**  
 Prof. Dr. Hans-Joachim Höhn, Seminar für Katholische Theologie,  
 Universität Köln
- anschließend Diskussion*  
 Moderation: Stadtsuperintendent Wolfgang Puschmann
- 20 Uhr**      **Neustädter Kirche**  
**Fremde, Alte, Niedersachsen. Kultur als Sinnstifter in einer anderen Stadt**  
 Prof. Dr. Ulrich Krempel, Sprengel-Museum Hannover
- 20.45 Uhr**    **Urbanes Christentum**  
 Prof. Dr. Wilhelm Gräß, Seminar für Praktische Theologie,  
 Humboldt-Universität Berlin
- anschließend Podiumsdiskussion*  
 Prof. Dr. Ulrich Krempel; Prof. Dr. Wilhelm Gräß; Dr. Dominik von  
 König, Stiftung Niedersachsen  
 Moderation: Pastor Michael Stier

## **Dienstag, 11. Oktober**

- 9.30 Uhr**     **Rathaus**  
*Exkursion zu Beispielen urbanen Bauens und Lebens*
- 9.45 Uhr**     **Jugendkirche**  
Stadtjugendpastorin Uta Junginger  
Pastor Torsten Pappert
- 10.45 Uhr**    **Gilde-Carré**  
Dipl.-Ing. Michael Heesch,  
Leiter Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
- 12.15 Uhr**    **Wasserstadt Limmer**  
Dipl.-Ing. Roland Kastner, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
- 15 Uhr**        **Vahrenheide**  
Pastor Bodo Kahle  
Dipl.-Ing. Karl Schuchert, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
- 16.30 Uhr**    **Sprengel-Museum**  
**Podiumsdiskussion**  
**Nachlese zur Exkursion**  
Dipl.-Ing. Michael Heesch; Stadtjugendpastorin Uta Junginger; Pastor Bodo Kahle; Dipl.-Ing. Roland Kastner; Pastor Torsten Pappert; Stadtsuperintendent Wolfgang Puschmann; Dipl.-Ing. Karl Schuchert  
Moderation: Diakoniepastor Walter Lampe
- 20 Uhr**        **Nord/LB**  
**Stadtumbau**  
Dr. Dieter Hoffmann-Axthelm, Berlin
- anschließend Podiumsdiskussion**  
Dr. Dieter Hoffmann-Axthelm; Dr. Arno Brandt, Nord/LB;  
Prof. Dr. Peter Hansen, Gundlach-Gesellschafter, Raumplanung  
Universität Dortmund; Ingrid Heineking, PlanungsFachFrauen  
Hannover  
Moderation: Prof. Dr. Barbara Zibell, Fachbereich Architektur,  
Universität Hannover  
Pastor Dr. Wolfgang Reinbold



## Mittwoch, 12. Oktober

10 Uhr

**Stadtteilzentrum KroKuS Kronsberg**

**Stadt und Kirche.**

**Erfahrungen und Herausforderungen in Dortmund und Berlin**

Pastorin Barbara von Bremen, Dortmund

Superintendent Lothar Wittkopf, Berlin-Mitte

**anschließend Diskussion**

Moderation: Stadtsuperintendent Wolfgang Puschmann

12 Uhr

**„Jeder Topf findet seinen Deckel und Deutschland**

**ist für uns der Deckel geworden“ – Die zweite Generation**

**türkischer Migranten in Hannover**

Dr. Ayça Polat/Dr. Andrea Janßen, Institut für Soziologie, Arbeitsgruppe Stadtforschung, Universität Oldenburg

**anschließend Podiumsdiskussion**

Dr. Ayça Polat; Margret Klingenberg-Aoues, ProMigration, Diakonisches Werk, Hannover

Moderation: Dipl.-Päd. Dirk von der Osten, Runder Tisch für ein interkulturelles Hannover

15 Uhr

**Hannover plusZehn**

Dipl.-Ing. Michael Heesch, Leiter Fachbereich Planen und Stadtentwicklung, Hannover

**anschließend Podiumsdiskussion**

Dipl.-Ing. Michael Heesch; Dietmar Althof, Mövenpick Deutschland;

Dr. Sabine Meschkat-Peters, Freunde des Historischen Museums, Hannover; Waltraud Stühmer, Concorde Hotel am Leineschloss

„Belmondo“, Hannover; Bernd Voorhamme, City-Gemeinschaft Hannover

Moderation: Pastor Dr. Wolfgang Reinbold

18 Uhr

**Marktkirche**

**Was die Stadt im Innersten zusammen hält.**

**Die Segensmacht der Stadtkirche**

Prof. Dr. Wolfgang Grünberg, Institut für Praktische Theologie, Universität Hamburg

**anschließend Podiumsdiskussion**

Prof. Dr. Wolfgang Grünberg; Propst Klaus Funke, Regionaldechant, Katholische Kirche in der Region Hannover; Stadtsuperintendent Wolfgang Puschmann

Moderation: Hans Werner Dannowski, Stadtsuperintendent i.R., Hannover



---

# Die Autoren und Autorinnen dieses Bandes

Barbara von Bremen ist Pastorin in Dortmund

Dr. phil. habil. Heiko Geiling ist apl. Professor am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover

Dr. Albrecht Göschel ist Projektleiter des Forschungsverbundes „Stadt 2030“ am Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin

Dr. Wilhelm Gräß ist Professor für Praktische Theologie an der Humboldt-Universität Berlin

Dr. Rolf Grave ist Stadtplaner im Fachbereich Planen und Stadtentwicklung der Landeshauptstadt Hannover

Dr. Wolfgang Grünberg ist Professor em. für Praktische Theologie an der Universität Hamburg und Direktor der Arbeits- und Forschungsstelle „Kirche und Stadt“

Michael Heesch ist Leiter des Fachbereichs Planen und Stadtentwicklung der Landeshauptstadt Hannover

Dr. theol. Dieter Hoffmann-Axthelm lebt als freier Planer und Publizist in Berlin

Dr. Hans-Joachim Höhn ist Professor für Systematische Theologie am Institut für Katholische Theologie der Universität Köln

Dr. rer. pol. Andrea Janßen ist wissenschaftliche Angestellte beim Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim

Dr. Ulrich Krempel ist Direktor des Sprengel-Museums Hannover und Honorarprofessor an der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

Dr. rer. pol. Ayça Polat ist wissenschaftliche Angestellte am Institut für Soziologie der Universität Oldenburg

Wolfgang Puschmann ist Stadtsuperintendent in Hannover

Dr. Wolfgang Reinbold ist Pastor in Hannover und Privatdozent für Neues Testament an der Georg-August-Universität Göttingen

Dr. h.c. Herbert Schmalstieg ist Oberbürgermeister in Hannover

Lothar Wittkopf ist Superintendent in Berlin

